

**Institut für Bildungsforschung  
in der Max-Planck-Gesellschaft**

**20**

# **Studien und Berichte**

**Adolf Kell**

**Die Vorstellungen der Verbände  
zur Berufsausbildung**

**Band II**

**Berlin 1970**

INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG  
IN DER MAX - PLANCK - GESELLSCHAFT  
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTEN E. V.

Hellmut Becker

Friedrich Edding    Dietrich Goldschmidt    Saul B. Robinsohn

STUDIEN UND BERICHTE

In dieser Reihe veröffentlicht das Institut Beiträge zur Bildungsforschung, die als Dokumentation oder Vorarbeit gedacht sind oder aus technischen Gründen in der vorliegenden Form und nicht im Buchdruck erscheinen.

Bestellungen an die Verwaltung des Instituts, 1 Berlin 31, Blissestr. 2, bei gleichzeitiger Überweisung von DM 10,-- auf das Konto Nr. 91/588 der Sparkasse der Stadt Berlin West.

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Zustimmung des Instituts gestattet.

D 188

<u>INHALTSVERZEICHNIS</u>	Seite
Anmerkungen	3
zu 1. Einleitung	3
zu 2. Untersuchungskonzeption	3
zu 3. Einzelanalysen der Verbandsäußerungen zur Struktur des westdeutschen Ausbildungssystems	16
zu 3.1 Die Vorstellungen des Handwerks	16
zu 3.2 Die Vorstellungen von Industrie und Handel	71
zu 3.3 Die Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	153
zu 3.4 Die Vorstellungen des Deutschen Verbandes der Gewerbelehrer (DVG)	166
zu 3.5 Die Vorstellungen des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer (VDDH)	192
zu 3.6 Die Vorstellungen der Christlich- Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union Deutschlands (CDU/CSU)	199
zu 3.7 Die Vorstellungen der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (FDP)	209
zu 3.8 Die Vorstellungen der Sozial- demokratischen Deutschlands (SPD)	225
zu 4. Synopsis der Verbandsäußerungen zur Struktur des westdeutschen Ausbildungssystems	240
zu 5. Ausblick	240

	Seite
Literaturverzeichnis	245
Bücher	245
Broschüren, Manuskripte, Stellungnahmen, Zeitschriftenartikel	252
Gesetze, Gutachten Statistiken	314

ANMERKUNGEN

zu 1. Einleitung

zu 2. Untersuchungskonzeption

- <sup>1</sup> Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, Empfehlungen und Gutachten (DAfEuB), Folge 7/8, Stuttgart 1965.

Zum Beweis für die Behauptung, daß das Interesse der Öffentlichkeit an den Problemen der Berufsausbildung durch die Empfehlungen und Gutachten des Ausschusses eine bisher nicht erreichte Stärke aufweist, können die Reaktionen auf die folgenden vergleichbaren Veröffentlichungen angeführt werden.

Verein für Sozialpolitik: Die Reform des Lehrlingswesens, 16 Gutachten und Berichte, Schriften Band 10, Leipzig 1875.

Zentralstelle für Volkswohlfahrt: Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses, Vorbericht und Verhandlungen der 5. Konferenz am 19. und 20. Juni 1911 in Elberfeld, Berlin 1912.

Deutscher Ausschuß für Technisches Schulwesen: Die Lehrlingsausbildung in der mechanischen Industrie, Abhandlungen und Berichte, Band VI, Berlin 1919.

WARE, George, W.: Berufserziehung und Lehrlingsausbildung in Deutschland, herausgegeben vom Amt des Hohen Kommissars für Deutschland, Amt für öffentliche Angelegenheiten, Kulturabteilung, o.O. 1952.

Gutachten zur Berufsausbildung der Deutschen Jugend, erstattet vom Ausschuß für Berufserziehung im Auftrage der Ständigen Konferenz der Kultusminister in der Deutschen Bundesrepublik, Bielefeld o.J. (1952).

Eine Fortsetzung und weitere Intensivierung der Diskussion um die Berufsausbildung unter dem spezifischen Aspekt der betrieblichen Ausbildung scheint neuerdings durch die Lehrlingsempfehlung des Bildungsrates ausgelöst worden zu sein (Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, "Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung", Bonn 1969). Vgl. auch Abschnitt 3.2.3.

- <sup>2</sup> Antrag der SPD-Bundestagsfraktion am 11.4.1962, die Bundesregierung zur Vorlage eines Berufsausbildungsgesetzes zu veranlassen.

FDP-Gesetzentwurf vom 26.6.1962 zur Novellierung der Gewerbeordnung. Einstimmiger Beschluß des Bundestages am 27.6.1962, die Bundesregierung bis zum 1.2.1963 zur Vorlage eines Berufsausbildungsgesetzes aufzufordern. Die Bundesregierung ist der Aufforderung nicht nachgekommen.

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Arbeitsmarktes an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik (Arbeitsmarkt-Anpassungsgesetz) der SPD-Bundestagsfraktion, BT-Drucksache V/887; im folgenden als "SPD-Entwurf" zitiert.

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Berufsausbildung (Berufsausbildungsgesetz) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, BT-Drucksache V/1009; im folgenden als "CDU-Entwurf" zitiert.

3 LUTZ, Burkhard; BAUER, Leo; KORNATZKI, Jürgen von: Berufsaussichten und Berufsausbildung in der Bundesrepublik, eine Dokumentation des Stern, 3 Folgen, Hamburg 1964, 1965, 1966.

4 Zum Begriff "Duales System" vgl. DAfEuB, Folge 7/8, a.a.O., S. 68;

vgl. auch ABEL, Heinrich: Das Berufsproblem im gewerblichen Ausbildungs- und Schulwesen Deutschlands (Bundesrepublik Deutschland), Braunschweig 1963, S. 36.

Diese Aussage bezieht sich auf die Diskussion um eine frühere Folge der Gutachten und Empfehlungen des DAfEuB, den "Rahmenplan", (Folge 3).

5 Vgl. SCHORB, Alfons O.: Für und Wider zum Rahmenplan, Stuttgart 1960, S. 12.

6 Als solche - im Schwerpunkt soziologisch orientierten - Untersuchungen, auf die zum Teil zur Verkürzung der eigenen Anmerkungen zurückgegriffen wird, sind vor allem zu nennen:

HONDRICH, Karl Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden, Berlin 1963.

BAETHGE, Martin: Ausbildung und Herrschaft - die unternehmerischen Interessen in der Bildungspolitik. Ein bildungssoziologischer Beitrag zum Verhältnis von Wirtschaftsinteressen und Bildungspolitik - dargestellt am Beispiel der unternehmerischen Spitzenverbände. Dissertation Hannover 1969.

NYSSSEN, Friedhelm: Schule im Kapitalismus. Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule, Köln 1969.

- 7 Um das politische Gewicht der Verbände berücksichtigen zu können, wird in den jeweiligen Vorbemerkungen zu den Einzelanalysen versucht, die von SCHNEIDER als "Indikatoren" gekennzeichneten Kriterien zur Beurteilung des Einflusses und der Macht von Verbänden zu erfassen. Vgl. Anmerkungen 20 und 42.
- 8 Die Analysen werden auf der modelltheoretischen Grundlage durchgeführt, die Herwig BLANKERTZ in einem Beitrag zum 65. Geburtstag Walther Löbners entwickelt hat. Um den Ansatzpunkt der folgenden Überlegungen aufzeigen zu können, soll das BLANKERTZ'sche Modell kurz referiert werden.
- Vgl. BLANKERTZ, Herwig: Berufsbildungstheorie und berufliche Ausbildungskonzeptionen, in: Deutsche Berufs- und Fachschule (DBFSch) 1967, S. 408 - 422.
- 9 Diese Aussage hängt vom wissenschaftstheoretischen Standpunkt des Betrachters ab. Wird einmal als Prämisse unterstellt, durch wissenschaftliche Untersuchungen ließen sich bestimmten Bildungsinhalten eindeutig optimale Organisationsformen ihrer Vermittlung zuordnen, so sind die Fragen der Schulorganisation und der Ausbildungskonzeption letztlich didaktische Probleme. Informations- und lerntheoretische Ansätze wären dann gar nicht vor das angezeigte Deduktionsproblem gestellt, weil sie die Bildungsinhalte als außerpädagogisch festgelegte Daten ansehen und ihr wissenschaftliches Interesse sich gerade auf das oben als gelöst unterstellte Problem der optimalen Vermittlung von Bildungsinhalten richtet. Eine normative Pädagogik dagegen würde die Deduktion der Bildungsinhalte als möglich bejahen und könnte unter der gesetzten Prämisse bis zu logisch abgeleiteten organisatorischen Entwürfen vorstoßen. Der hier weiter verfolgte bildungstheoretische Ansatz nimmt insofern eine Mittelstellung zwischen informations- und lerntheoretischer einerseits und normativer Pädagogik andererseits ein, als die inhaltliche Bestimmung der Bildung als außerpädagogischer, politischer Konsens der gesellschaftlichen Mächte angesehen wird, den die Pädagogik jedoch mit der (formalen) Norm "Eigenrecht des Kindes" zu brechen vermag, ohne an die Stelle der abgewiesenen Gehalte selbst neue Inhalte setzen zu können (vgl. BLANKERTZ, Herwig: Bildungsbegriff, in: Die geisteswissenschaftliche Pädagogik am Ausgang ihrer Epoche - Erich Weniger, Weinheim und Berlin 1968, insbesondere S. 106).
- 10 Als Beispiel sei auf die "Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen" verwiesen, deren zehn Folgen einen gewissen Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich der organisatorischen Neugestaltung des deutschen Schul- und Bildungswesens erheben dürfen. Hinter der Vollständigkeit verbirgt

sich aber keinesfalls eine geschlossene pädagogische Theorie. Das geht sowohl aus der Kontroverse zwischen Heinrich ABEL und Herwig BLANKERTZ (BLANKERTZ, Herwig: Berufspädagogik im Mittelraum. Bericht und kritische Anmerkungen zu Heinrich Abels Studie über das Berufsproblem, in: Die Berufsbildende Schule (DBbSch) 1965, S. 244 - 249. ABEL, Heinrich: Replik als Versuch einer Standortbestimmung, in: DBbSch 1965, S. 249 - 252. Vgl. auch BLANKERTZ, Herwig: Der Deutsche Ausschuß und die Berufsbildung ohne Beruf, in: DBbSch 1965, S. 314 - 321. Ders.: Berufsbildungstheorie und berufliche Ausbildungskonzeptionen, a.a.O., S. 415 und 419) als auch aus vielen kritischen Anmerkungen zu den Gutachten, insbesondere zur Folge 7/8, hervor, von denen nur eine als für das aufgezeigte Problem besonders interessante herausgehoben werden soll.

"Hier geht es ... um die mangelnde Originalität und Tiefe der ideellen Bezüge und den fehlenden begeisternden Schwung. Sie sind der Preis für den notwendigen Verzicht auf radikale Einseitigkeit reformerischer Aussage, wie sie nun einmal jede echte pädagogische Bewegung kennzeichnet. Man mag die nüchterne eklektische Verfahrensweise des Ausschusses einerseits begrüßen. Wie wir sahen, wird sie sowieso nicht allen berechtigten Sach- und Gruppenansprüchen gerecht. Unserer ... Erziehungs- und Bildungssituation fehlt andererseits nichts nötiger als der zündende Funke neuer, das tiefste Innere des Menschen beunruhigende Ideen - die Zumutung des Normativen."

(DÖRSCHEL, Alfons: Kritik an den Vorschlägen des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: DBFSch 1966, S. 85.) DÖRSCHEL neigt offenbar der Meinung zu, es könnten aus pädagogischen Normen geschlossene Ausbildungskonzeptionen abgeleitet werden. An einigen Stellen scheint auch der Deutsche Ausschuß zu implizieren, bildungstheoretische Vorstellungen würden einen bestimmten schulorganisatorischen Aufbau bedingen (z.B. beim Entwurf der Hauptschulkonzeption. Vgl. insbesondere die vorwiegend psychologische Begründung der Hauptschule als Jugendschule, Folge 7/8, S. 17.).

11 BLANKERTZ, Herwig: Berufsbildungstheorie und berufliche Ausbildungskonzeptionen, a.a.O., S. 415; die bei der Darstellung des Modells in den Text übernommenen Seitenangaben beziehen sich auf diesen Aufsatz; (Unterstreichungen A.K.).

12 Vgl. BLANKERTZ, Herwig: Berufsbildung und Utilitarismus, Düsseldorf 1963, insbesondere S. 114 ff.



- 13 Zwischen der optimalen Entfaltung des Menschen entsprechend seiner Individualität und einer optimalen Ausbildung seiner Fähigkeiten zur Übernahme betrieblicher Funktionen muß keineswegs Deckungsgleichheit bestehen. Um die Vorstellungen der Verbände zu diesem wichtigen Problem in der Analyse herausarbeiten zu können, wird unter dem Kriterium "Zielsetzung" der Ausbildung auf die Dualität von ökonomischer und pädagogischer Zielsetzung einzugehen sein.
- 14 Unter Wirtschaftssystem werden hier die über die theoretischen Ordnungsmodelle (Wirtschaftsordnung) und rechtlichen Kodifizierungen (Wirtschaftsverfassung) hinausgehenden, diese interpretierende und ausfüllende Vorstellungen (Sitten, Bräuche, Regeln, Usancen - Weltanschauung, Politik) verstanden, die erst eine systematische Zusammenschau aller das wirtschaftliche Handeln beeinflussenden Faktoren erlauben (vgl. KELL, Adolf: Die Stellung des Kaufmanns in der Wirtschaft, in: Moderner Ratgeber des Kaufmanns, herausgegeben von Ludwig STEINHERR, München 1969, S. 22).
- 15 Hier wird deutlich, wie sehr wissenschaftliche Analysen den politischen Konsens durch Offenlegung der Zusammenhänge beeinflussen könnten. Das heutige Unwissen in diesem Punkt setzt diejenigen Verbände von vornherein dem Ideologieverdacht aus, die trotzdem ihre Vorstellungen zum Ausbildungssystem mit einem Rückgriff auf das Argument der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu rechtfertigen versuchen.
- 16 Das Gemeinte soll an zwei Beispielen erhellt werden:
- a) Es lassen sich die Arbeitsanforderungen selbst dann nicht völlig abweisen, wenn der Erziehungswille der Gesellschaft die Forderungen der Arbeitswelt negieren wollte.
  - b) Standespolitische Mindestansprüche von Lehrerverbänden sind ohne Gefährdung der gesamten Erziehung nicht abweisbar.
- 17 Den Zusammenhang zwischen Bildungstheorie, Ausbildungskonzeptionen und Bedingungsfaktoren der Ausbildung verdeutlicht Herwig BLANKERTZ in einem Schaubild (S. 421).
- 18 Vgl. KELL, Adolf: Der Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen..., a.a.O., S. 464.

- 19 Vgl. S. 15 f. Zusätzlich sei angemerkt, daß die politische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nur wenige die Wirtschaft betreffende verfassungsrechtliche Vorschriften enthält. Für deren Konkretisierung im Wirtschaftssystem gewährt das Grundgesetz einen weiten Spielraum. (Vgl. GUTMANN, G.: HOCHSTRATE, H.-J.; SCHLÜTER, R.: Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Heft 4, herausgegeben von K. Paul HENSEL, Stuttgart 1964, insbesondere S. 13 - 18 und dort aufgeführte Literatur). Demnach ist die inhaltliche Festlegung der Ausbildungskonzeptionen durch den Rechtsrahmen der "Sozialen Marktwirtschaft" sehr gering. Der Spielraum engt sich allerdings mit der Ausformung des verfassungsrechtlichen Rahmens durch die jeweils herrschende politische Gruppe ein. Dieser Umstand wird in der Diskussion meist zu wenig berücksichtigt. Wenn die herrschende Gruppe eine Ausbildungskonzeption als unvereinbar mit der (durch sie geprägten) Wirtschaftsordnung ablehnt, wird damit eine inhaltliche Gestaltung der Wirtschaftsordnung selbst vorgenommen. Andere Gruppen können dann nicht die Vereinbarkeit der abgelehnten Ausbildungskonzeption mit dieser so geprägten Wirtschaftsordnung nachweisen, sondern nur mit einer ihren Vorstellungen entsprechenden. Das Patt der Meinungen besteht dann gar nicht auf der Ebene der Ausbildungskonzeptionen, sondern auf der der Wirtschaftsordnung. Verschiedentlich wird auch mit dem Versuch der Durchsetzung eines Ausbildungssystems als Partikularinteresse die Veränderung der Wirtschaftsordnung angestrebt.
- 20 Für den Versuch, nach der Analyse der Verbandsäußerungen den Rahmen für einen denkbaren zukünftigen Konsens abzustecken, ist zu berücksichtigen, daß die Position der Verteidiger des Bestehenden prinzipiell durch das Gewicht des Faktischen verstärkt wird.
- 21 Vgl. als Beispiel die einseitige Betonung des konkreten Erziehungsprinzips durch das Handwerk (Abschnitt 3.1.3.6 insbesondere Anmerkung 212).
- 22 Vgl. SCHNEIDER, Herbert: Die Interessenverbände, München-Wien 1965, S. 17 f.
- 23 Vgl. HONDRICH, Karl Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden, a.a.O., S. 55;  
DÜBBER, U.: An den Stellwerken der Macht, in: Die neue Gesellschaft 1962, Heft 2, S. 102.

- 24 Nach HONDRICH ist die "Suche nach Verbündeten" wesentlicher Teil in der Dramaturgie von Verbandsideologien (HONDRICH, Karl Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden, a.a.O., S. 131).
- 25 Berücksichtigung finden aber solche Artikel, mit deren Inhalt sich die Schriftleitung ausdrücklich identifiziert. Vgl. als Beispiel die Identifizierung mit Teilvorstellungen des Handwerks durch Industrie und Handel im Abschnitt 3.2.3.
- 26 Vgl. SCHNEIDER, Herbert: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 9.
- 27 Die Frage, inwieweit die Gruppe der betrieblichen Ausbilder geschlossene Vorstellungen zur Berufsausbildung entwickelt hat, ob diese wesentlich von denen der Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände abweichen und über welche Verbände die Ausbilder ihre Vorstellungen zu artikulieren versuchen, ist hier ausgeklammert worden. Sie müßte durch eine gesonderte Analyse beantwortet werden.
- 28 Für die hier im Vordergrund stehenden Probleme der Ausbildung im dualen System kämen nur die öffentlichen Betriebe (Bundespost, Bundesbahn) für eine Analyse in Betracht.
- 29 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (StJb); Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Stuttgart und Mainz, jeweils Gebiet VII: Erwerbstätigkeit, Abschnitt C: Berufsausbildung.
- 30 Die Begründungen für die Auswahl liefern die Vorbemerkungen zu den Einzelanalysen, in denen auch der organisatorische Aufbau der Verbände und die Formen ihrer Verflechtung erläutert werden. Zur Problematik der gegenseitigen Abgrenzung beider Ausbildungsbereiche vgl. insbesondere Anmerkung 349.
- 31 Als weitere bedeutende Verbände wären zu nennen: Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) und Deutscher Beamtenbund (DBB).
- 32 Mitgliederbestand am 31.12.1963.  
Vgl. RIEGE, Fritz-Albert: Die gewerkschaftlichen Organisationsformen in der Bundesrepublik Deutschland, Dissertation Göttingen 1965, S. 68;

SCHNEIDER, Herbert: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 49.

Demgegenüber DAG: etwa 480.000, CGB: etwa 180.000,  
DBB: 650.000 Mitglieder.

Die im DBB vertretenen Beamten können außerdem nicht als unmittelbar an der dualen Ausbildung Beteiligte angesehen werden, soweit es sich nicht um die Lehrer an berufsbildenden Schulen handelt. Deren Vorstellungen werden jedoch durch die Analyse des Deutschen Verbandes der Gewerbelehrer und des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer, die beide über die Landesverbände fast ausschließlich dem DBB korporativ angehören, berücksichtigt.

33 Vgl. Abschnitt 3.3.1.

34 Vgl. SCHNEIDER, Herbert: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 52. Die Unterschiede äußern sich besonders im Bereich der kaufmännischen Berufsausbildung.

35 Die sich aus der christlichen Grundauffassung ergebenden, besonderen Aspekte zur Berufsausbildung gehen durch die Analyse der CDU-Vorstellungen jedoch nicht verloren.

36 Allerdings bliebe durch eine gesonderte Untersuchung zu klären, inwieweit sich die in den Fachgruppen "Gewerbliche Schulen" und "Kaufmännische Schulen" entwickelten Vorstellungen innerhalb der GEW gegenüber den Auffassungen anderer in der Mehrheit befindlicher Lehrergruppen durchzusetzen vermögen, und welcher politische Stellenwert den GEW-Vorstellungen innerhalb des DGB zukommt. Daß in Einzelfragen die Auffassungen der in der GEW organisierten Lehrer berufsbildender Schulen in weit höherem Maße mit denen des DVG und des VDDH übereinstimmen als mit den Vorstellungen anderer Lehrergruppen des eigenen Verbandes, geht aus Minderheitsvoten hervor.

Vgl. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL): Plan zur Neugestaltung des deutschen Bildungswesens, Frankfurt/Main 1962, S. 14. Zur Ergänzung der Formulierung "In der Hauptoberschule wird - auf der Grundlage einer vertieften Einsicht in die Vielgestaltigkeit moderner Arbeitswelt - die Überleitung in das Berufsleben durch schulische Maßnahmen der beruflichen Vorbereitung angebahnt... Hier beginnt ein enges Zusammenwirken von Oberschule, berufsbildender Schule und Berufsberatung" verlangen die Fachgruppenausschüsse "Kaufmännische Schulen" und "Gewerbliche Schulen" die Aufnahme folgender Anmerkung: "... wo zunächst auch immer in der Übergangszeit die organisatorische Angliederung erfolgt, muß gesichert sein, daß die Bildungsaufgabe der Oberschule erfüllt wird."

Vgl. auch die Hinweise über das Verhältnis von GEW/DGB bei NYSSSEN, Friedhelm: Schule im Kapitalismus, a.a.O., S. 34 f. und S. 134 ff., sowie Abschnitt 3.3.1.

- 37 Vgl. TOPITSCH, Ernst: Sprachlogische Probleme der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, in: Logik der Sozialwissenschaften, herausgegeben von Ernst TOPITSCH, Köln und Berlin 1965, S. 27 f.
- 38 Vgl. SCHNEIDER, Herbert: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 20 (SCHNEIDER zitiert MEYNAUD, der neben Monographien, die das gesamte Verbandswesen behandeln und Untersuchungen, die sich auf einen bestimmten Verband erstrecken, die sogenannten Case-Studien unterscheidet, die das Wirken mehrerer Verbände in einem besonderen Fall - in einem bestimmten Bereich - zum Gegenstand haben).
- 39 BLANKERTZ, Herwig; CLAESSENS, Dieter; EDDING, Friedrich: Ein zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung? Gutachten im Auftrage des Senators für Arbeit und soziale Angelegenheiten des Landes Berlin, Berlin 1966, S. 29ff.
- 40 LEMPert, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg, Grundlagen für die Bemessung des Zeitraumes der Ausbildung bis zum Facharbeiterniveau, Freiburg im Breisgau 1965, S. 19 (Klammereinfügung A.K.).
- 41 Das Festhalten an dem im wesentlichen durch den DAfEuB publik gemachten Begriff (vgl. Anmerkung 4) wird später durch die Festlegung der Kristallisationspunkte der Analyse und der Untersuchungskriterien begründet.
- 42 Vgl. SCHNEIDER, Herbert: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 154. SCHNEIDER nennt als Beispiele die Mitgliedszahl, Finanzkraft und Machtchance der Verbände.
- 43 Vgl. Anmerkung 392.
- 44 Vgl. Anmerkung 4.
- 45 Vgl. Abschnitte 2.4 und 2.5.
- 46 Die Einzelanalysen sind im Rahmen eines rechtswissenschaftlich akzentuierten Forschungsprojektes über Verfassungsfragen von Berufsfreiheit und Berufsausbildung des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft (RICHTER, Ingo: Über die öffentliche Verantwortung für Berufsausbildung und berufliche Erwachsenenbildung, Rechtsgutachten für die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Als Manuskript

gedruckt, Berlin 1969, S. 236) als Forschungsauftrag begonnen worden. Sie sind unter pragmatischen Gesichtspunkten abgeschlossen worden: VDDH 12/1966; DGB 1/1967; CDU/CSU 2/1967; SPD 4/1967; FDP 7/1967; DVG 9/1967; Handwerk 2/1969, Industrie und Handel 10/1969.

- 47 Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, "Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung", a.a.O.
- 48 Vgl. Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, S. 40 f.
- 49 Vgl. die Ausführungen über eine Strategie zur Entwicklung von Berufsordnungsmitteln, die auf der Basis des auch hier zugrunde gelegten Modells "Berufsbildungstheorie und berufliche Ausbildungskonzeptionen" entwickelt wurde.
- KELL, Adolf: Der Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf die Ordnung der Ausbildungsberufe, in: DBFSch 1969, S. 462 ff.
- 50 Die hier angesprochene Problematik ist vergleichbar mit der für die Entwicklung von Fachdidaktiken.
- Vgl. dazu ACHTENHAGEN, Frank: Grundlagen und Probleme einer Didaktik des fremdsprachlichen Unterrichts an Wirtschaftsschulen - Entwurf eines Forschungsprogrammes, Dissertation Berlin 1969.
- Vgl. auch BLANKERTZ, Herwig: Theorien und Modelle der Didaktik, München 1969.
- 51 Vgl. KELL, Adolf: Die Folgerungen aus der Hauptschul-konzeption für die Berufsausbildung, in: BLZ 1968, Heft 1, S. 35;
- LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 68.
- 52 Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß zu den Ausbildungsinhalten aufgrund des hier unterlegten Modells unter anderem auch die kritische Reflexion über die Praxis gehört. Zu prüfen wäre, inwieweit allein unter diesem Gesichtspunkt und der möglichen Gefahr bloßer Anpassung durch die praktische Erkenntnis-gewinnung der theoretische Aspekt für die Berufsausbildung zunehmende Bedeutung erlangt.
- 53 Vgl. KELL, Adolf: Die Folgerungen aus der Hauptschul-konzeption für die Berufsausbildung, a.a.O., S. 35.

- 54 DAFeuB, Folge 3, Stuttgart 1965, S. 16 und 27.  
Dagegen wird von den Schülern der Höheren Schule  
"geistige Fassungskraft", "Phantasie" (ebenda,  
S. 47) und "wissenschaftliches Denken" (ebenda,  
S. 46) verlangt.
- 55 Vgl. LITT, Theodor: Führen oder Wachsenlassen,  
8. Auflage, Stuttgart 1960.
- 56 Vgl. dazu ABEL, Heinrich und GROOTHOFF, Hans-Hermann:  
Die Berufsschule. Gestalt und Reform, Darmstadt 1959,  
S. 58;  
JEANGROS, Erwin: Stilformen der Berufserziehung, in:  
DBFSch 1953, S. 2 f.  
LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ...,  
a.a.O., S. 68 ff. ;  
STRATENWERTH, Wolfgang: "Betriebsgebundene" und "schul-  
gebundene" Berufserziehung, in: DBFSch 1959, S. 811 - 822.
- 57 Vgl. dazu den Versuch, einen Gegensatz von Ökonomie  
und Pädagogik aufzuheben, bei LEMPERT, Wolfgang und  
EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 69 ff.
- 58 Hier könnte die von LEMPERT angedeutete "List der  
Vernunft", die zu einer Identität von Ökonomie und  
Pädagogik führen soll, ihren Ansatzpunkt haben.  
Vgl. LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeit-  
dauer ..., a.a.O., S. 69 ff.
- 59 Dieser Satz kann als bleibende Erkenntnis der  
Erziehungswissenschaft angesehen werden, die durch  
den Neuhumanismus gewonnen wurde.  
Vgl. HUMBOLDT, Wilhelm von: Theorie der Bildung des  
Menschen, in: Wilhelm von Humboldt, Werke in fünf  
Bänden, herausgegeben von Andreas FLITNER und Klaus  
GIEL, Band I, Darmstadt 1960, S. 235;  
MOLLENHAUER, Klaus: Pädagogik und Rationalität, in:  
DDSch 1964, S. 665 - 676.
- 60 Vgl. die Darstellung des Gesamtzusammenhangs dieser  
Aussage bei BLANKERTZ, Herwig: Berufsbildung und  
Utilitarismus, Düsseldorf 1963.
- 61 Dazu seien nur zwei Beispiele aus den Bereichen  
Bildungstheorie und Ausbildungskonzeption angeführt:  
"Ob es eine innere Berufenheit gibt, für welche die  
Gemeinschaft keine 'berufliche' Auswirkungsmöglichkeit  
bietet, möchte ich bezweifeln" (KERSCHENSTEINER, Georg:  
Theorie der Bildung, Leipzig 1926, S. 40).

Es gibt eine Variante zur Stufenausbildung, die "von vornherein eine möglichst weitgehende Übereinstimmung herbeizuführen sucht zwischen der Struktur des Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft und der Eignungs- und Begabungsstruktur der Jugendlichen" (DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 12).

Vgl. auch DAHRENDORF, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht, Bramsche/Osnabrück 1965, insbesondere S. 21 ff.

- 62 Auf die psychologische Problematik kann hier nicht näher eingegangen werden. Einen kurzgefaßten Überblick über die verschiedenen Standpunkte in der Psychologie gibt  
KESSELRING, Michael: Allgemeine Psychologie, 4. erweiterte Auflage, Bad Heilbrunn 1959, S. 133 - 167.
- 63 Ansätze sind vorhanden bei BOEHM, Ullrich und WINTERHAGER, Wolfgang Dietrich: Ein Modell zur Organisation und Finanzierung der beruflichen Bildung, in: DBFSch 1968, S. 889 - 900;  
EDDING, Friedrich: Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg im Breisgau 1963.  
  
KRATZSCH, Konrad: Die Aufwendungen der Wirtschaft für die betriebliche Berufsausbildung, in: WWI-Mitteilungen 1963, S. 304 - 309;  
WAHRMUT, Hans: Kosten und Erträge der Lehrlingshaltung im Handwerk, Köln 1957;  
WANDER, Hilde: Berufsausbildung und Produktivität, Kiel 1953;  
WINTERHAGER, Wolfgang Dietrich: Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung, Stuttgart 1969.
- 64 Vgl. KOSIOL, Erich: Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 13 f.
- 65 Hier könnte der Versuch ansetzen, aus makroökonomischer Sicht die Produktivität der Ausbildung verschiedener Länder miteinander zu vergleichen, die unterschiedliche, aber in sich einheitliche Ausbildungssysteme aufweisen.
- 66 Ein Entwurf zu einer empirischen Untersuchung über qualitative Unterschiede einzelner Ausbildungsformen stellt die Projektskizze dar bei BLANKERTZ, Herwig; CLAESSENS, Dieter; EDDING, Friedrich: Ein zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung?, a.a.O., Anhang S. 1.



- 67 Vgl. LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., insbesondere S. 17 - 22.
- 68 Für einige Ausbildungsberufe haben LEMPERT/EBEL festgestellt: "Je niedriger die Ausbildungsqualität, desto höher der Ausbildungserfolg" (LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 263 f.)
- 69 Unter "Leistungsgrad" wird "... das prozentuale Verhältnis der erreichten Leistung zur Leistung einer durchschnittlichen vollgeübten Fachkraft verstanden" (ebenda, S. 204).
- 70 Da nach der Voruntersuchung zum Beispiel das Kriterium "Berufsordnung" ausgeschieden wurde, sind einige Aspekte dazu in einem Aufsatz dargestellt worden, die insbesondere die Interessenlage einiger Verbände - der Arbeitgeberverbände - erhellen.
- Vgl. KELL, Adolf: Der Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf die Ordnung der Ausbildungsberufe, in: DBFSch 1969, S. 452 - 466.
- 71 So wurde neben den oben schon erwähnten Problemen der Berufsordnung und der Ordnungsmittel die ganze didaktische Problematik ausgeklammert, weil die Festlegung der Ausbildungsberufe und der Ausbildungsinhalte durch ihre Abhängigkeit von den Arbeitsanforderungen so vielgestaltige Aspekte aufweisen, daß Vergleiche der Vorstellungen kaum möglich sind.
- Vgl. dazu das Modell einer Strategie zur Entwicklung von Berufsordnungsmitteln (Anmerkung 70, S. 462 ff.).
- 72 Vgl. die Ansätze zu einer Klärung des Begriffes "Duales System" von GRÜNER, Gustav: Das duale System, in: DBbSch 1965, S. 391 - 393;
- WISSING, Jürgen: Das "duale System" oder welches sonst?, in: DBFSch 1966, S. 347 ff.

zu 3. Einzelanalysen der Verbandsäußerungen zur Struktur  
des westdeutschen Ausbildungssystems

zu 3.1 Die Vorstellungen des Handwerks

- 73 Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung),  
i.d.F. vom 28.12.1965, BGBl. I, 1966, S. 1.  
  
Nach § 1 Abs. 2 gilt nur ein Gewerbebetrieb als Handwerks-  
betrieb, "wenn er handwerksmäßig betrieben wird und voll-  
ständig oder in wesentlichen Tätigkeiten ein Gewerbe  
umfaßt, das in der Anlage A zu diesem Gesetz aufgeführt  
ist". Die Anlage A enthält 125 Gewerbe.
- 74 Deutscher Handwerkskammertag (DHKT), Jahresbericht 1966,  
a.a.O. (vgl. Anmerkung 89), S. 246 ff.
- 75 Prozente des Bruttoinlandsproduktes 1965. Vgl. DHKT-  
Jahresbericht 1966, S. 261.
- 76 DAfEuB, Folge 7/8, a.a.O., S. 79 f.;  
DHKT-Jahresbericht 1966, S. 246 ff.
- 77 Siehe Tabelle auf der folgenden Seite (Anmerkungen S. 17).  
Vgl. DHKT-Jahresbericht 1966, S. 255;  
  
RASPE, Herbert: Aufbau und Aufgaben der Organisation der  
Berufserziehung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., (vgl.  
Anmerkung 93), S. 80.
- 78 Absolut zwischen 180.000 bis 200.000 Unternehmen.  
(Vgl. RASPE, Herbert: Aufbau und Aufgaben ..., a.a.O.,  
S. 66).
- 79 Auf der Basis des Vergleichsjahres 1963; Anlernlinge  
inbegriffen. (Vgl. StJb 1965, S. 163; DIHT-Schriftenreihe,  
Heft 92 (Berufsausbildung 1963), S. 31.)
- 80 Vgl. die Tabelle zu Anmerkung 77.  
Der durchschnittliche Anteil der Lehrlinge an den Gesamt-  
beschäftigten beträgt etwa 10%, an den "Fachkräften"  
(Meister, Gesellen, Facharbeiter - insgesamt 58,1% der  
Beschäftigten) etwa 18% (DHKT-Jahresbericht 1966, S. 252 f.).
- 81 O.V.: Klare Antworten, in: DLw 1967 (vgl. Anmerkung 90),  
S. 329.
- 82 DHKT-Jahresbericht 1965, S. 261 - 263.

Betriebsgrößenstruktur und Lehrlingsquoten im Handwerk (Tabelle zu Anmerkung 77)

Beschäftigten- größenklasse (Betriebe mit ... Beschäftigten)	% der Betriebe (Sept. 1962)	% der Beschäftigten (Mai 1963)	% der Lehrlinge (Mai 1963)	Anteil der Lehr- linge in % der Beschäftigten (Mai 1963)
1	29,5	5,1	0,4	0,7
2	18,6	6,5	3,6	5,5
3 - 4	22,3	13,2	16,0	11,9
5 - 9	18,2	19,9	30,3	15,1
10 - 19	6,8	15,4	19,7	12,4
20 - 49	3,3	16,9	15,4	8,9
50 - 99	0,9	10,6	7,6	6,9
100 und mehr	0,4	12,4	7,0	5,6
Absolut	686.440	4.072.130	430.840	

(nach: DHKT-Jahresbericht 1966, a.a.O., S. 255;

RASPE, Herbert: Aufbau und Aufgaben der Organisation der Berufserziehung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 80)

- 83 Vgl. RASPE, Herbert: Aufbau und Aufgaben ..., a.a.O., S. 78 - 91; DHKT-Jahresbericht 1965, S. 261.
- 84 Die Einheitlichkeit der Willensäußerungen wird weitgehend durch organisatorische und personelle Verflechtungen in der Geschäftsführung der Dachverbände erzielt (vgl. DHKT-Jahresbericht 1966, S. 4).
- 85 Vgl. o.V.: Gefährliche Experimente, in: DLw 1966, S. 378; an anderer Stelle werden 65.000 bis 68.000 Meister und Gesellen und 2.000 bis 2.200 hauptamtliche Kräfte genannt, die allerdings nicht nur an der Organisation der Berufsausbildung beteiligt sind (RASPE, Herbert: Aufbau und Aufgaben ..., a.a.O., S. 84).
- 86 Beratendes Organ, bestehend aus Vertretern der Handwerkskammern, der Bundesinnungsverbände und des Gesellenstandes. Sein Vorsitzter, zur Zeit der Berliner Schlossermeister Herbert Snigola, ist gleichzeitig Mitglied des beschließenden Vorstandes des DHKT (DHKT-Jahresbericht 1965, S. 121; DHKT-Jahresbericht 1966, S. 4).
- Vgl. zum organisatorischen Aufbau der handwerklichen Selbstverwaltung und deren Tätigkeit im Bereich der Berufsausbildung auch DHKT: Handwerksfördernde Arbeit der Handwerkskammern, Bonn 1957.
- Deutsches Handwerks-Institut: Das Handwerk in der modernen Wirtschaft, Bad Wörishofen 1966.
- Institut für Berufserziehung im Handwerk: Die Berufserziehungsarbeit der Landesinnungsverbände, Köln 1967.
- KOLBENSCHLAG/PATZIG: Die deutsche Handwerksorganisation, Bonn 1968.
- 87 Geschäftsführer Dipl.-Ing. Herbert RASPE; Würdigung in: DLw 1959, S. 126.
- 88 Die engen Verbindungen zwischen den handwerklichen Vorstellungen und den theoretischen Schriften vor allem Friedrich SCHLIEPER's und Wilhelm WERNET's sind offenkundig, jedoch ist bisher ideologiekritisch nicht untersucht worden, welcher Art die Beziehungen zwischen den wissenschaftlichen Aussagen der beiden Autoren und den Äußerungen der Handwerksverbände sind. Da dieses Teilproblem nicht noch zusätzlich in die Analyse einbezogen werden kann, soll nur auf die in der

Abgrenzung (Abschnitt 2.2.1) genannten Verbands-äußerungen zurückgegriffen werden. Für den Kenner der Schriften SCHLIEPER's und WERNET's kann durch diese Einengung wenigstens deutlich gemacht werden, in welchem Maße ihre Gedanken vom Handwerk aufgegriffen worden sind. Offen bleiben muß einstweilen, ob und inwieweit pragmatische Forderungen des Handwerks nachträglich theoretisch untermauert wurden.

- 89 Jahresberichte von 1955 bis 1966, als Manuskripte gedruckt, Bad Wörishofen, o.J.; im folgenden zitiert als "DHKT-Jahresbericht 19..". Da die Äußerungen des DHKT als von allen für die Berufsausbildung primär zuständigen Handwerkskammern (HK) getragener Konsens angesehen werden können, werden Veröffentlichungen einzelner Handwerkskammern nur herangezogen, wenn sie die Äußerungen der Dachorganisationen näher interpretieren oder stark abweichende Vorstellungen beinhalten, die die Richtung auf eine mögliche Weiterentwicklung der Ausbildungskonzeption andeuten.
- 90 Zeitschrift für die gesamte Berufserziehung im Handwerk. Im Auftrage des DHKT herausgegeben von Anton HOCKELMANN, Präsident des DHKT, und Dr. KOLBENSCHLAG, Geschäftsführer des DHKT, Handwerker-Verlagshaus, Hans Holzmann, Bad Wörishofen; im folgenden zitiert als "DLw 19..".
- 91 Herausgeber: Zentralverband des Deutschen Handwerks, Halbmonatsschrift für Handwerkspolitik, -wirtschaft und -kultur; Organ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des DHKT und der Bundesvereinigung der Fachverbände des deutschen Handwerks, Haus des deutschen Handwerks; im folgenden zitiert als "DHwB 19..".  
Weitere Zeitungen der einzelnen Handwerkskammern wurden nur herangezogen, soweit darin eine von der des DHKT abweichende Auffassung zum Ausdruck kam. Vgl. auch Anmerkung 89.
- 92 Zum Beispiel Stellungnahme der BDA, des BDI, des DHKT und des DIHT zu Folge 7/8 der Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Bonn/Köln 1965.
- 93 Festgabe für Friedrich Schlieper zu seinem 70. Geburtstag, herausgegeben von Wolfgang STRATENWERTH im Auftrage der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Berufserziehung im Handwerk an der Universität zu Köln e.V., Köln 1967; im folgenden zitiert als "Festgabe".  
In dieser Festschrift kommen die Vorstellungen des Handwerks als Äußerungen seiner offiziellen Vertreter am stärksten konzentriert zum Ausdruck.

94 Die Betonung des historisch Gewachsenen und Bestehenden wird daher auch von keiner anderen Gesellschaftsgruppe gegen Reformbestrebungen in so starkem Maße ins Feld geführt. Dafür einige Beispiele: "Die Gesamtleistung des lebendig Bestehenden überwiegt noch bei weitem die Reformkraft des impulsiv werdenden." (REINERMANN, Wilhelm: Die Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Festgabe, a.a.O., S. 106).

"Bisher hat noch niemand den schlüssigen Beweis dafür erbringen können, ... daß die Umwandlung der Berufsschulpflicht in der bisherigen Form in mindestens zwei Pflichtschuljahren bessere Erfolge erzielen könne." (RASPE, Herbert: Probleme der Berufsschule, in: DLW 1962, S. 6).

"Medizinisch, psychologisch und pädagogisch wurde bisher nicht erwiesen, daß ein 10. Schuljahr erforderlich ist." (O.V.: Schulpolitische Experimente abgelehnt, in: DLW 1967, S. 363 - ähnlich in: Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 8).

"Es bleibt daher zu hoffen, daß auch im politischen Raum bei den entscheidenden Beratungen der Gesetzentwürfe die Vernunft und die Besinnung auf das Bewährte über die politischen Experimente obsiegen wird." (GRESS, W.: Entwürfe für ein Berufsausbildungsgesetz, in: DLW 1966, S. 359).

"Das Handwerk hat die Realität für sich ..." (O.V.: Realistische Bildungspolitik tut not - Zitat Snigola - in: DLW 1967, S. 348).

"Diese Argumentation (für ein Berufsausbildungsgesetz; A.K.) könnte in ihrer Perfektion faszinieren, wenn sie eben nicht die Wirklichkeit völlig außer acht ließe." (RITZERFELD, Gerd: Berufsausbildung in der Diskussion, in: DLW 1967, S. 229); vgl. auch Anmerkung 140, Zitat 2.

Eine weitere historisch bedingte, handwerkstypische Argumentationsform ist das Bestreben, neue Aspekte der Berufsausbildung als im Handwerk längst bestehende oder in Ansätzen vorhandene Tatbestände auszuweisen. Vgl. als Beispiele:

Zur überbetrieblichen Unterweisung (Anmerkung 181)

Zur "Fallmethode" (Anmerkung 216)

und zur Stufenausbildung (Die Handwerkslehre hat das gleiche Grundprinzip wie die Stufenausbildung, die deshalb hier als weitgehend verwirklicht angesehen werden kann - o.V.: Leichtfertige Berufsprognosen, in: DLW 1965, S. 4).

95 Vgl. REINERMANN, Wilhelm: Die Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Festgabe, a.a.O., S. 92.

Ein typisches Beispiel findet sich ebenda:

"Negative Feststellungen über die Ausbildungsverhältnisse

in kleinen Werkstätten aufgrund von Befragungen (vor allem von Berufsschülern und Lehrlingen; A.K.) haben geringen Aussagewert." (S. 110).

"Daß Fragebogen-Erhebungen bei Lehrlingen über deren eigene Beurteilung ihrer betrieblichen Ausbildung auch unvoreingenommen eingerichtet und unbeeinflusst beantwortet werden können, beweist der ... bei 250 Lehrlingen ... durchgeführte Test. Hierbei überwog die positive Aussage bei weitem." (Anmerkung 13, S. 111; Unterstreichungen A.K.).

Die handwerkliche Ausbildung ist auch für einen nicht geringen Teil von Jugendlichen Ausgangsbasis für spätere Techniker und Ingenieure. Darüber liegen keine genauen Statistiken vor, aber es ist sicher "kein geringer Bedarf" (DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 77).

Gegen den Vorwurf, zu viele Lehrlinge auszubilden, wird argumentiert:

"Wir haben bisher noch niemanden gefunden, dem es möglich war, den objektiven Nachwuchsbedarf einzelner Berufe zahlenmäßig exakt nachzuweisen." Der Autor schließt: "Alle diese Maßnahmen erhalten ihren Sinn aus der im Handwerk heute noch herrschenden Auffassung über den sittlichen und erzieherischen Wert der Handwerkslehre. Dieser Wert wird sinnlos, wenn man die Nachwuchsfrage zum Gegenstand einer rechnerischen Kalkulation macht." (BLÜMER, H.: Ist die Ausbildung im Handwerk fragwürdig? in: DLw 1955, S. 258 f.).

Gegen die statistische Untersuchung LEMPERT's (LEMPERT, Wolfgang: Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich 1950 bis 1963, Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Studien und Berichte 7, 1966) wird festgestellt: "Der Verfasser des Berichts geht offensichtlich von dem Wunschbild aus, daß die Wirtschaft von morgen nurmehr Arbeitskräfte benötigt, die in Grundberufen ausgebildet sind." (GRESS, Werner: Konzentration auf wenige Berufe, in: DLw 1967, S. 159).

Vgl. auch Anmerkung 151 und KIND, Werner: Zum Selbstverständnis des Handwerks, in: Festgabe, a.a.O., S. 122-130.

96 DHKT-Jahresbericht 1963, S. 299.

97 Ebenda:

Zugleich sieht sich das Handwerk auch als zeitgemäß, dynamisch und fortschrittlich.

"Keinen Zweifel ließ man darüber, daß die so ergänzte Meisterlehre durchaus zeitgemäß und jugendgemäß sei und daß man daher an ihr unter keinen Umständen rütteln

dürfe." (O.V.: Dynamik der Meisterlehre, in: DLw 1957, S. 173 - vgl. auch ebenda S. 190 - 192).

"... und daß die Handwerkslehre entgegen aller unsachlichen Kritik von bestimmter Seite durchaus dynamisch und zeitgemäß ist." (O.V.: Mainzer Bilanz, in: DLw 1962, S. 201).

"Dafür, daß die handwerkliche Meisterlehre zeitgemäß ist, gebe es so viele Beispiele, daß man darüber gar nicht mehr zu diskutieren brauche ..." (O.V.: Zeugnis für die Meisterlehre - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1963, S. 157).

"Gott segne das ehrbare, fortschrittliche Handwerk." (O.V.: Leistungswettkampf 1955, in: DLw 1955, S. 177).

- 98 "Ausgehend von der Überzeugung, daß der Charakter handwerklicher Betriebsformen zwar Wandlungen erfährt, in seiner Grundstruktur aber bestehen bleibt, wird das Prinzip der Meisterlehre auch für die Zukunft als unentbehrlich und unersetzlich erachtet." (DHKT-Jahresbericht 1959/60, a.a.O., S. 79).

Vgl. auch RASPE, Herbert: Sicherung einer universalen Ausbildung, in: DLw 1958, S. 227.

O.V.: Die Meisterlehre in der Diskussion, in: DLw 1960, S. 359.

O.V.: "Stern"-Deutungen, in: DLw 1964, S. 1.

(Hier wird SCHLIEPER wie folgt zur Begründung zitiert: "Die günstigste Voraussetzung für die Heranbildung der in der veränderten technischen Welt benötigten Arbeitskräfte dürfte eine praxisnahe berufliche Grundausbildung in der Form der betriebsgebundenen Lehre unter der Obhut eines Lehrmeisters sein. Die Tatsache der fortschreitenden Rationalisierung in der Industrie kann generell auf keinen Fall als Begründung dafür dienen, die bis heute bewährte Form der betriebsgebundenen Berufserziehung selbst im Bereich der Industrie grundlegend zu ändern, die von der Automatisierung betroffen werden. Noch viel weniger hat das Handwerk einen Grund, von der Meisterlehre abzugehen.")

RASPE, Herbert: Ordnungsfragen der Berufsausbildung, in: DLw 1966, S. 342. (Im Handwerk findet keine Zertrümmerung der Berufsstrukturen statt, sondern nur eine Wandlung bestimmter Fertigkeiten und Kenntnisse innerhalb der Berufe.)

- 99 "Neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung können nur insoweit beschritten werden, als sie in den grundsätzlichen Rahmen der handwerklichen Meisterlehre hineinpassen." (DHKT-Jahresbericht 1961, S. 53).



"Bildungsreform im guten Sinne wird zweifellos eine permanente Reform sein müssen, die bei ständiger Berücksichtigung neuer Entwicklungen in wohlüberlegten Schritten vorgeht und Gewaltlösungen meidet. Wie Bildung überhaupt sollte Bildungsreform einen organischen Wachstums- und Reifeprozess darstellen." (WILD, J.: Begrüßung auf dem Kongreß "Jugend im Handwerk 1966", in: Bildungsauftrag des Handwerks und Bildungsreform, Dokumentation '66, Jugend im Handwerk, vierter Kongreß 1966, veranstaltet vom Zentralverband des Deutschen Handwerks anläßlich der 18. Internationalen Handwerksmesse, München, am 16. und 17. Mai 1966, Bonn o.J., S. 11; zitiert als ZDH: Jugend im Handwerk 1966.

100 "Leitsätze für die Intensivierung der Handwerkslehre durch pädagogische Maßnahmen", in: DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 101.

101 In der Zeit der Berufsnot der Jugendlichen wurde die Mehraufnahme von Lehrlingen über den natürlichen Bedarf hinaus als besondere Leistung des Handwerks herausgestellt, als dessen Ziele die Vermittlung einer guten Ausbildung und Erziehung der Jugend, der Sicherung des handwerklichen Nachwuchses und der Erhaltung eines hohen Leistungsstandes des deutschen Volkes angegeben wurden. (O.V.: Der "Lehrlingswart" im neuen Jahr, in: DLw 1954, S. 1.)

Später wurde an dieser Vorstellung festgehalten.

"Das Handwerk ist und bleibt die große Ausbildungsstätte der deutschen Wirtschaft." (O.V.: Handwerk für Nachwuchsausbildung überflüssig?, in: DLw 1955, S. 339.)

"Auch in der Zukunft wird die deutsche Wirtschaft auf diesen Zustrom guter Fachkräfte, die das Handwerk ausbildet, nicht verzichten können ..." (METZGER, Karl: Das Ausbildungssystem den Verhältnissen anpassen, in: DLw 1954, S. 38).

Die Handwerkslehre ist die große Schule des Volkes, (AHRENS, Adolf: Überlegungen zur Berufsausbildung und -erziehung, in: DHwB 1962, S. 212).

"Die Förderung des qualifizierten Nachwuchses liegt im Interesse des Volksganzen." ... "Das Handwerk ist auch heute noch die große Ausbildungsstätte der Nation." (HOCKELMANN, Anton: Des Handwerks Ehre ist seine Leistung, in: DLw 1958, S. 203 f.).

"Das Handwerk hat sich immer als gewerbliche Ausbildungsstätte der Nation betrachtet und muß demzufolge eine den unmittelbaren Interessen der Handwerksbetriebe übergeordnete Nachwuchspolitik betreiben." ... "Das Handwerk bildete

und bildet für die gewerbliche Wirtschaft schlechthin aus." (KOLBENSCHLAG, Heinrich: Das Handwerk und seine Nachwuchspolitik, in: DLw 1960, S. 147).

In diesem Zusammenhang ist die Übernahme des Ausspruchs: "Wer die Jugend besitzt, dem gehört die Zukunft" interessant. (Vgl. o.V.: Appell an das soziale Verantwortungsbewußtsein, in:DLw 1955, S. 50 f.).

KOLBENSCHLAG, Heinrich: Nachwuchswerbung - ein Gebot der Stunde, in: DLw 1963, S. 139.

- 102 Dieser beifällig aufgenommenen Formulierung durch den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Mainz/Trier, Geronné, wird noch hinzugefügt, daß das Handwerk auch die größte Erziehungsstätte sei. (O.V.: Handwerk und Berufsberatung, in: DLw 1958, S. 165.)

"Die Erziehung der Jugendlichen im beruflichen Raum ist eine Aufgabe, die dem Handwerk nicht nur im Interesse seiner selbst, sondern der gesamten Gesellschaft gestellt ist." (RITZERFELD, G.: Berufsausbildung als Erziehungsaufgabe, in: DLw 1960, S. 65).

- 103 Hier werden Rudimente aus der politischen Auseinandersetzung der Jahrhundertwende deutlich, wo das Handwerk als konservative Kraft gegen die "zersetzenden" Tendenzen der Sozialdemokratie betrachtet und gefördert wurde.

"Mit dieser Hinführung zur selbständigen, leistungsstarken und risikowilligen Berufspersönlichkeit leistet die Meisterlehre im Kampf gegen die drohende Vermassung einen wertvollen staatspolitischen Dienst." (O.V.: Die Meisterlehre steht nach wie vor in hohem Ansehen, in: DLw 1962, S. 267.)

Es sei eine große, "volkserzieherische Aufgabe", diese Partnerschaft (Gemeinschaft von Meister und Gesellen, Zusammenwachsen zu einer großen Handwerksfamilie; A.K.) zu erzielen. (HOCKELMANN bei der Gründung des Deutschen Junghandwerkerbundes, in: DLw 1956, S. 344).

Im Zusammenhang mit der Nachwuchsfrage und dem "Trend zur höheren Schule" gewinnt der gleiche Grundgedanke folgende Formulierung: "Wir haben schon überfüllte und darum in ihrer Arbeit behinderte Lehranstalten und Hochschulen. Es folgt später: Überfüllung akademischer und anderer Büroberufe, Beschäftigung vieler handwerklich begabter Menschen in für sie wenig geeigneten Berufen, Beschäftigung vieler Absolventen von höheren Schulen, Hochschulen und so weiter in Tätigkeiten unter ihrem Ausbildungsniveau. Wir haben schon einmal erlebt, wie anfällig unzufriedene "Stehkragenproletarier" und "Intellektuelle" für politischen Radikalismus sein können." (Unterstreichungen A.K.). (O.V.: Berufsausbildung und Gewerbeförderung, in: DLw 1961, S. 90).

- 104 Bericht der Handelskammer Düsseldorf, in: DLw 1958, S. 175.

Dieses Selbstverständnis macht auch die Opposition gegen die Einführung von Lehrlingshöchstzahlen begreiflich.

"Daß die Wiedereinführung von generellen Lehrlingshöchstzahlen weder verfassungsmäßig mit dem Grundrecht der freien Wahl von Beruf und Arbeitsplatz vereinbar noch sachlich gerechtfertigt sei, hat der DHKT mehrfach nachdrücklich zum Ausdruck gebracht." (DHKT-Jahresbericht 1961, S. 132; vgl. auch DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 79).

- 105 KOLBENSCHLAG, Heinrich: Wandlungen der Meisterlehre, in: Kulturpolitik und Menschenbildung, Festschrift für Paul Luchtenberg, herausgegeben von Lore REINMÖLLER, Neustadt/Aich 1965, S. 350; ganz ähnlich DHKT-Jahresbericht 1957/58, S. 103.

"Berufsausbildung und Berufserziehung im Handwerk heißt: Junge Menschen, unter Berücksichtigung ihrer individuellen Anlagen, durch eine vernünftige Bemessung von Ausbildung und schöpferischer Selbsttätigkeit, von Unterricht und Selbstbildung in Verbindung mit allen gebotenen Erziehungsfaktoren zu Persönlichkeiten zu entwickeln, die am Ende ihrer Arbeit nicht nur firm in ihren manuellen Tätigkeiten sind, sondern auch einen Überblick über die berufliche Wirklichkeit und ihren sinnvollen Zusammenhang haben." (SÖRENSEN, Richard: Schwierigkeiten und Bemühungen in der Meisterlehre, in: DLw 1962, S. 93 f.)

Der Doppelaspekt wird auch mit den Begriffen Wissen und Charakter, Leistung und Verantwortung, Fertigkeiten und Verhalten gefaßt. (Vgl. o.V.: Die Meisterlehre steht nach wie vor in hohem Ansehen, in: DLw 1962, S. 267).

- 106 DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 80.

"... vernachlässigt werden die Möglichkeiten der Einzellehre und der Lehre in ganz kleinen Gruppen, die besser als klassenmäßige Ausbildungsformen den persönlichen Eigenheiten der Jugendlichen entsprechen können." Diesen Vorzug der Klein- und Mittelbetriebe solle man pädagogisch nutzen. (O.V.: An der betrieblichen Lehre soll festgehalten werden, in: DHwB 1964, S. 489).

- 107 Methodisch erfolgt die Mitarbeit zerlegt in vier Stufen (vgl. Abschnitt 3.1.3.4).

- 108 Die Einzellehre oder die Ausbildung in ganz kleinen Gruppen entspricht der pädagogischen Individuallage des Lehrlings. (O.V.: Antworten des Handwerks - aus dem Protokoll des Hearings zum Berufsausbildungsgesetz - in: DLw 1967, S. 332.)
- 109 Vgl. "ein klarer Weg, ein sicheres Ziel", herausgegeben vom DHKT, Bonn o.J.
- "Gerade sie (die Meisterlehre; A.K.) ist jugendgemäß, weil sie den jungen Menschen nicht in eine große mechanisierte Apparatur einspannt, sondern sie noch ganze Werkarbeit und das ganze des meist familiengebundenen Betriebslebens erleben läßt." (O.V.: Ordnungsgrundsätze der Meisterlehre - Zitat von Richard Uhlemeyer - in: DLw 1954, S. 6.)
- "Dieses Prinzip (der Meisterlehre; A.K.) schließt universale Ausbildung ein, jedoch in praxisnaher Ausrichtung auf die in der Wirtschaft tatsächlich vorkommenden Berufe." (DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 79 f.).
- 110 Vgl. dazu die gerafft hergeleitete Begründung aus den Schriften beider Autoren bei LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 28-34.
- Demzufolge (vgl. SCHLIEPER, Friedrich: Allgemeine Berufspädagogik, Freiburg i. Br. 1963, insbesondere S. 100 ff.) wird auch am Berufsbegriff festgehalten: "Erziehung muß für junge Menschen Beruf als Verpflichtung und Persönlichkeitsentfaltung deutlich machen." (RITZERFELD, Gerd: Berufung - Berufswahl - Berufsfreude, in: DLw 1956, S. 312).
- GOHR, K.-H.: Der Beruf muß Mittelpunkt bleiben!, in: DLw 1957, S. 9.
- Der Beruf sei kein "Job", sondern eine Lebensaufgabe (o.V.: Handwerker - ein Beruf mit Zukunft - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1964, S. 348).
- "In der neueren wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung ist, entgegen mancher Prognosen, der Beruf (im Original gesperrt) ein fundamentaler Bestandteil und zentraler Normverhalt für die Existenzsicherheit des Einzelnen und für die Gesamtheit in ihrem ökonomisch-sozialen und auch kulturellen Gedeihen verblieben." (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 37.)
- 111 EBELING, Friedrich: Gehen die Schulentlassenen den rechten Weg?, in: DLw 1958, S. 39 f. (EBELING vergleicht die handwerkliche Meisterlehre mit einem studium generale

und setzt dagegen die Ausbildung der Industrie "für den eigenen Bedarf" als studium speciale ab.)

SCHUBERT, Helmut: Nachwuchssicherung und Nachwuchswerbung, in: DLw 1955, S. 182.

"Wir sind überzeugt - und das ist auch die objektive Meinung, daß die Meisterlehre Ausbildung und Erziehung in einem ist und sein muß ..." (HAMPE, Heinrich: Falsche Töne, in: DLw 1961, S. 288).

Die Kreislehrlingswarte Hessens erinnerten die Lehrmeister daran, ... "daß sie nicht nur die Pflicht hätten, den Lehrlingen fachliche Kenntnisse zu vermitteln, sondern auch wie eigene Kinder zu Menschen zu erziehen." (O.V.: Meisterlehre ist mehr als bloße Berufsausbildung, in: DLw 1962, S. 52.)

In Auseinandersetzung mit den Entwürfen zu einem Berufsausbildungsgesetz wird zur Hervorhebung des erzieherischen Charakters des Lehrverhältnisses sogar behauptet: "Ohne den erzieherischen Inhalt des Ausbildungsverhältnisses ist jedoch eine erfolgreiche Ausbildung einfach unmöglich." (GRESS, W.: Entwürfe für ein Berufsausbildungsgesetz, in: DLw 1966, S. 358 f.)

112 O.V.: Realistische Bildungspolitik tut not - Zitat Snigola - in: DLw 1967, S. 348.

113 O.V.: Vor den mageren Jahren, in: DLw 1954, S. 337.  
ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 34.

Das Problem des Lehrlingsnachwuchses zieht sich wie ein roter Faden durch alle Publikationen seit der Beseitigung der "Berufsnot" etwa 1954. Es beeinflusst die Intentionen des Handwerks in bezug auf die Volksschuloberstufe, die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung, die Erziehungsbeihilfen, den Leistungswettbewerb, die Begabtenförderung und das Junghandwerker-sparen. (Vgl. BLÜMER, H.: Verschärfter Wettbewerb um den Nachwuchs, in: DLw 1954, S. 103 - 105).  
(BLÜMER empfiehlt schon als Maßnahmen die Verbesserung der Ausbildung, Erhöhung der Erziehungsbeihilfen, Leistungswettbewerb, Begabtenförderung, Junghandwerker-sparen und "Förderung des beruflichen Heimatgefühls".  
"Vordringlich und in besonderem Maße auch staatspolitisch notwendig ist die Unterrichtung der Jugend über Wert, Wesen und Inhalt des handwerklichen Berufs und der Handwerkslehre." (S. 105) )

Der Industrie wird in diesem Zusammenhang der Vorwurf gemacht, sie überschwemme den Markt mit Lehrlingsgesuchen und locke die Jugend mit materiellen Vorteilen. (Vgl. o.V.: Vor den mageren Jahren, in: DLw 1954, S. 337.)

- 114 "... Denn die Heranbildung der praktisch tätigen Fachkräfte ist und bleibt die Hauptaufgabe der gewerblichen Berufserziehung (DHKT-Jahresbericht 1961, S. 162).
- Zu beachten ist, daß diese Formulierung gegen die Verlängerung der Berufsschulzeit argumentieren will.
- "Ein Vorzug der praktischen Betriebslehre ist zunächst in der Tatsache zu sehen, daß sie ausschließlich auf die Praxis und damit auf die Bedürfnisse der Wirtschaft selbst ausgerichtet ist." Im Widerspruch dazu lautet eine Kapitelüberschrift zwei Seiten weiter: "Der Lehrling im Mittelpunkt der Berufsausbildung". (WALLE, Bernhard: Das Erziehungsmoment in der Berufsausbildung, in: Festgabe, a.a.O., S. 40 und 42.)
- 115 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 53.
- 116 "Der ausgezeichnete Ruf, den das deutsche Handwerk in aller Welt besitzt, beruht vor allem auf der beispielhaften Ausbildung seines Nachwuchses, in der wir von keiner Nation übertroffen werden." (WILD, Joseph: Geleitwort zur Abschlußfeier des Leistungswettbewerbs 1960, in: DLw 1960, S.188.)
- Vgl. auch KOLBENSCHLAG, Heinrich: Gegen Eingriffe in die Berufsausbildung, in: DLw 1967, S. 140.
- O.V.: Die stolze Bilanz von Madrid, in: DLw 1967, S. 217.
- 117 "Die handwerkliche Tätigkeit schenkt die reinste und stärkste Arbeitsfreude, deshalb bedeutet auch eine innere Abkehr vom Handwerk ein Absteigen im Kulturellen." (O.V.: Gründung des Deutschen Junghandwerkerbundes - Zitat Anton Hockelmann - in: DLw 1956, S. 341.)
- In der Auseinandersetzung mit einem Obermeister, der unter anderem jungen Gesellen des Nahrungsmittelhandwerks empfohlen hatte, in den Lebensmittel-einzelhandel abzuwandern, empfiehlt EPPIG unter Bezugnahme auf den Dreiklang Lehrling-Geselle-Meister als besseren Weg die Selbständigkeit im Handwerk. "Dies ist organisch und dies allein kann auch gewollte Richtschnur bleiben." (EPPIG, Rudolf: Dies ist wohl nicht der richtige Weg, in: DLw 1955, S. 138.)
- Vgl. auch o.V.: Handwerkstreue Erziehung (zu Berufslicbe mit dem Ziel der Selbständigkeit), in: DLw 1958, S 289.
- 118 KADOW, Franz: Ein ernstes Problem unserer Zeit, in: DLw 1955, S. 306.

- 119 Ebenda.  
"Das Handwerk bildet eine sozial durchlässige Schicht, wodurch der handwerklichen Berufsausbildung eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung zukommt." (A.G.: Totale Regelung unmöglich, in: DLw 1967, S. 317.)
- 120 "Wir haben bisher noch niemanden gefunden, dem es möglich war, den objektiven Nachwuchsbedarf einzelner Berufe zahlenmäßig exakt nachzuweisen." (BLÜMER, H.: Ist die Ausbildung im Handwerk fragwürdig?, in: DLw 1955, S. 258.)  
O.V.: Probleme der handwerklichen Meisterlehre (Das Berufswechselproblem ist statistisch noch nicht erwiesen), in: DLw 1957, S. 192.  
RITZERFELD, Gerd: Berufsausbildung in der Diskussion (Tatsächlich liegen keine authentischen Zahlen über das Berufswechselproblem vor), in: DLw 1967, S. 229.
- 121 O.V.: Gründung des Deutschen Junghandwerkerbundes - Zitat Anton Hockelmann - , in: DLw 1956, S. 341.  
"Wir brauchen standesbewußte und handwerkstreue Gesellen in der Handwerksorganisation." (O.V.: Die Bedeutung der Berufserziehung im Handwerk - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1955, S. 115.)
- 122 Als ein Weg zur Selbständigkeit wird das Junghandwerker-sparen angesehen.  
Vgl. o.V.: Vom Wert des Sparens, in: DLw 1955, S. 321.  
O.V.: Wer möchte sein eigener Chef sein? (Nur das Handwerk bietet solche Chancen), in: DLw 1963, S. 311 - 313.  
"Die Meisterprüfung eröffnet ferner jedem sparsamen, strebsamen und tüchtigen Meister den Weg zum eigenen Betrieb." (O.V.: Lehrling-Geselle-Meister-Unternehmer - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1964, S. 202.)  
"Und nach der Gesellenprüfung? Dies ist ein weiteres Plus der Handwerkslehre. Für Strebsame geht es jetzt erst richtig los." DHKT: Ein klarer Weg - ein sicheres Ziel, a.a.O., S. 115.)  
bpd: "Umsatteln bringt nichts ein", in: DLw 1967, S. 167.
- 123 Das Handwerk bildet nicht mehr Lehrlinge aus, "als es für seinen Nachwuchsbedarf und als die Industrie für ihren Facharbeiterbedarf verwenden kann". (BLÜMER, H.: Ist die Ausbildung im Handwerk fragwürdig?, in: DLw 1955, S. 258.)

Eine Abwanderung aus dem Handwerk erfolge nur, weil sich andere Wirtschaftsbereiche nach handwerklich ausgebildeten Kräften geradezu rissen. (GRESS, W.: Lehrjahre für die Katz?, in: DLw 1963, S. 321.)

In der Schrift des DHKT zur Nachwuchswerbung "Ein klarer Weg - ein sicheres Ziel" ist im graphischen Überblick auf Seite 20 der Übergang in die Industrie als Aufstiegsmöglichkeit aufgewiesen.

124 Vgl. DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 77.

125 "Und selbst wenn ein gelernter Handwerker bei der Polizei oder bei der Wehrmacht "landet", dann ist die Handwerkslehre immer noch eine bessere Berufsvorbereitungszeit gewesen als eine Hilfsarbeitertätigkeit. Wir glauben nicht, daß man alle diese Möglichkeiten, die für den einzelnen oft auch eine echte Chance des sozialen Aufstiegs darstellen, mit dem Rechenstift der Nachwuchslenkung messen kann." (BLÜMER, H.: Ist die Ausbildung im Handwerk fragwürdig?, in: DLw 1955, S. 259.)

Vgl. auch RITZERFELD, Gerd: Berufsausbildung in der Diskussion, in: DLw 1967, S. 229.

126 GRESS, W.: Lehrjahre für die Katz?, in: DLw 1963, S. 320.

Aufgrund genügender Breite und Tiefe vermittele die Handwerkslehre Mobilität (RASPE, Herbert: Sicherung einer universalen Ausbildung, in: DLw 1958, S. 250).

"Wenn einer ein Handwerk anständig gelernt hat, dann ist er, gleichgültig um welches Handwerk es sich handelt, auch als Mensch so geprägt, daß man mit ihm auch anderswo etwas anfangen kann." (L: Rund um die Berufsausbildung, in: DLw 1967, S. 51.)

SNIGOLA, Herbert: Zur Problematik einer "Stufenausbildung" im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 158.

Von den Instituten des Handwerks liegen einige Untersuchungen zum Problem der Abwanderung vor.

Vgl. HERBOLD, Rudi: Die Abwanderung aus dem Handwerk (Studie Nummer 36 des Forschungsinstituts für Handwerkswirtschaft an der Universität Frankfurt am Main, Forschungsstelle im Deutschen Handwerksinstitut e.V., München o.O., o.J.), in: DLw 1958, S. 146 - 149.

CONRADI, Heinz: Die Abwanderung der Handwerker in die Industrie. Dargestellt am Beispiel eines chemischen Großunternehmens (Studie Nummer 59 des Forschungsinstituts für Handwerkswirtschaft an der Universität Frankfurt am Main, Forschungsstelle im Deutschen Handwerksinstitut e.V., München o.O., o.J.)



- 127 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 142 f.
- 128 Ebenda, S. 142 und 145.  
Der Bildungsweg vom ersten Volksschuljahr bis zum letzten Berufsschulpflichtjahr einschließlich der Meisterlehre müsse als "organische Einheit" gesehen und eine vernünftige "gegenseitige Aufgabenverteilung und Abstimmung" erreicht werden (DHKT-Jahresbericht 1962, S. 141).
- 129 "Andererseits werden immer noch ausgesprochen praktische Begabungen unter dem Zwang überholter standespolitischer Vorurteile oder unter der Lockung vordergründig gesehener Annehmlichkeiten des Verwaltungslebens ferngehalten vom Griff in die Fülle geprägter handschaffender Berufe und vorbeigeführt am Werk Tisch hin zum Schreibtisch."  
(REINERMANN, Wilhelm: Die Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Festgabe, a.a.O., S. 115.)
- 130 ... insbesondere eine "angemessene Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift" und die für eine berufliche Ausbildung erforderlichen Kenntnisse im Rechnen vermitteln (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 35).

In der Volksschule solle der Tätigkeitsdrang durch Bastelarbeit befriedigt werden, mit dem Ziel, peinlichste Sorgfalt und Pünktlichkeit zu erzielen. Ohne einen gewissen Drill und eine bewußte Erziehung zu Pünktlichkeit und Genauigkeit in der Volksschule ginge es nicht. (O.V.: Lehrstoff für das 9. Schuljahr, in: DLw 1964, S. 346.)

Als weitere wünschenswerte Tugenden werden genannt: "Exaktheit, Sauberkeit, Gewissenhaftigkeit, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Ordnungssinn, Zuverlässigkeit und dergleichen". (FREYBE, Günter: Berufserziehung und Berufsausbildung in der Praxis, in: DLw 1961, S. 357.)

Ziel der Volksschule müsse sein: die "charakterliche Erziehung zu den Arbeitstugenden als auch das Bekanntmachen mit Fakten und Anforderungen der Arbeitswelt durch geeignete Maßnahmen." (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 35.)

- 131 "Diese Aufgabe (der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung; A.K.) bedingt notwendig eine Ausweitung der traditionellen Allgemeinbildung in ihrem engeren Bezug zur künftigen Berufswirklichkeit, ohne damit

unmittelbar in die Berufsausbildung überzugreifen." (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 37.)

"Die Volksschule hat immer als Vorbereitung für verschiedenartige Bildungsgänge gedient, ohne jemals einen dieser Bildungsgänge abzuschließen. ... Die Volksschule darf auch als Hauptschule nur in ihrem Zusammenhang mit den abschließenden Bildungsbereichen gesehen werden. Jede Planung wird gut daran tun, die Volksschule von vornherein auf ihre wesentliche Aufgabe, die Vorbereitung auf die dann anschließenden Bildungsbereiche zu konzentrieren. ... Die Wirtschaft unterstützt die Vorschläge des Deutschen Ausschusses, die Jugendlichen an die Arbeitswelt heranzuführen und sie über "Ausgangsberufe" zu orientieren. Das darf die Aufgabe der Volksschule nicht erst in der Oberstufe sein; das muß Prinzip des gesamten Unterrichts ... sein." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 10 und 11.)

Auch für Realschule und Gymnasium wird eine berufskundliche Orientierung verlangt (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 34).

132

Vgl. Anmerkungen 131 und 143 und die Argumente gegen die Arbeitslehre.

"Die Arbeitslehre, wie sie sich der Deutsche Ausschuss offenbar vorstellt, birgt zwei Gefahren in sich, nämlich: - daß sie Teile der Berufsausbildung vorwegnimmt: das würde bedeuten, daß die Volksschuloberstufe ihre eigentliche Aufgabe verkennt; - daß sie die Wirklichkeit des Arbeitslebens nachahmt: das würde bedeuten, daß dadurch die Vorstellungen über die Arbeitswelt vereinfacht werden und den Jugendlichen ein falsches und unvollständiges Bild der Berufe vermittelt." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 11.)

"Werkunterricht in der Schule kann schöpferische und gestalterische Kräfte, wie auch die Freude am Werkstoff wecken. Für die Berufsentscheidung ist der Wert erfahrungsgemäß jedoch gering zu bemessen. Das spielerische Werken meist mit Holz, Ton, Papier, Emaille gibt eine völlig unzureichende Vorstellung von der Berufswelt. Außerdem wird die Vielfalt der Berufswelt in keiner Weise eingefangen." (GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLW 1965, S. 283.)

Die Umstellung der Jugendlichen auf den Lehrberuf sei eine besondere Aufgabe des Handwerks. (O.V.: Bewährte Handwerkslehre - Zitat Joseph Wild - in: DLW 1956, S. 193.)

Das Projekt von "Werkoberschulen wird als so unrealistisch angesehen, ... daß sie zwangsläufig an ihrer Undurchführbarkeit scheitern müssen". (SÖRENSEN, Richard: Grundfragen der Meisterlehre, in: DLW 1960, S. 143.)

133 "Die bisherige Dreigliederung der allgemeinbildenden Schule in Volksschule, (Hauptschule) Mittelschule und Oberschule ist sozusagen der Ausdruck dieser Rücksichtnahme auf die nachfolgende Berufsausbildung. Darin liegt die natürliche Ordnung, die auch eine "Gesamtschule" oder dergleichen nicht aufheben kann." (RASPE, Herbert: Ordnungsfragen der Berufsausbildung, in: DLw 1966, S. 345.)

134 Gegen die Förderstufe des Rahmenplans ("Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens", DAfEuB, Folge 3) werden Bedenken angemeldet, weil sie das begrüßenswerte Ziel des Deutschen Ausschusses, eine Auszehrung der Volksschule zu verhindern, nicht erreichen könne. (DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 83.)

Es müsse verhindert werden, ... "daß ein junger Mensch jahrelang durch Schulen "gequält" werde, wenn er viel besser für einen handwerklichen Beruf geeignet (im Original gesperrt; A.K.) sei." (O.V.: Eignung soll entscheiden! - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1957, S. 29.)

"Ob das nun anders werden wird (Verbesserung des Schulerfolges; A.K.), wenn die Tore weit geöffnet und die Angeln gut geölt werden: Keine Aufnahmeprüfung, die beiden ersten Jahre als Beobachtungs- oder Erprobungsstufe mit schadensfreier Rücktrittsmöglichkeit, erleichterte Zugänge durch vermehrte Aufbaustufen, Lernmittelfreiheit, "Ausbildungsbeihilfen" ...? Das "Prokrustesbett des Abituriums" wird länger und bequemer gemacht und Maßnahmen der inneren Schulreform sollen den vorhin angeführten äußeren Erleichterungen des Schulbesuchs entgegenkommen. Eine merkwürdige "Bildungsökonomie" steckt in dem Kult der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen mit der Gefahr massiver Fehlinvestitionen." (REINERMANN, Wilhelm: Die Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Festgabe, a.a.O., S. 114.)

135 "Die Volksschule ist vor der drohenden Gefahr, eine Restschule zu werden, mit allen Mitteln zu bewahren. Sie hat ebenso wie die Mittel- und Oberschule ihre eigenständige Bildungsaufgabe. Eine einseitige Auslesefunktion zugunsten anderer Schulen ist abzulehnen." (Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 143.)

Die fallende Erfolgsquote bei den Lehrabschlußprüfungen, die nicht auf Versagen im fachpraktischen Teil der Prüfungen, sondern im fachtheoretischen und allgemein-kundlichen Teil zurückzuführen seien, ... "dünkt uns ein Hinweis dafür zu sein, wo das Schwergewicht der Begabungen

liegt, abgesehen davon, daß ein Teil der Handwerkslehrlinge sich aus zurückgebliebenen Volksschülern und aus Sonderschülern zusammensetzt, während die lernbegabten Volksschüler auf mannigfache Weise zu "weiterführenden" Schulen gelenkt werden und so die Oberstufe der Volksschule, besonders in Großstädten, zu einer Art Restschule degradiert wird." (REINERMANN, Wilhelm: Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Festgabe, a.a.O., S. 115).

- 136 O.V.: Handwerker - ein Beruf mit Zukunft - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1964, S. 350.

Nach einer Stichprobe von 37.335 Lehrlingen im Jahre 1964 gleich 89,5% (vgl. DHKT-Jahresbericht 1965, S. 254).

- 137 "Wir wissen alle, daß das Menschenmaterial, das heute als Nachwuchs zum Handwerk kommt, im Durchschnitt gesehen, an Qualität und damit an Berufseignung zu wünschen übrig läßt." (FREYBE, Günter: Berufserziehung und Berufsausbildung in der Praxis, in: DLw 1961, S. 356).

Mit Hinweisen auf den vom Deutschen Industrie- und Handelstag durchgeführten Test von Volksschulabsolventen werden die Ergebnisse als Beweis dafür angesehen, ... "daß auf der betrieblichen Ausbildung heute sehr oft die Hypothek einer schlechten schulischen Vorleistung lastet ..." (O.V.: Bedenklicher Mangel an Kenntnissen. DIHT-Test beweist schlechte schulische Vorbildung, in: DLw 1966, S. 361).

Vgl. DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 122; DHKT-Jahresbericht 1960, S. 114.

RÖTTGES, Fritz: Mangelhafte Elementarkenntnisse erschweren die Berufsausbildung, in: DLw 1963, S. 107 f.

A.P.: Zum Lachen oder Weinen?, in: DLw 1967, S. 250.

Vgl. auch die Aufzählung der Mängel, die die Volksschularbeit behindern, in: Gemeinsame Stellungnahme der Wirtschaft zu Folge 7/8, a.a.O., S. 7.

- 138 Bei der in Anmerkung 136 erwähnten Stichprobe wurden 5,7% der Lehrlinge mit Realschulabschluß und 0,2% mit Abitur ermittelt. Für diese Annahme spricht auch, daß der Anteil der über achtzehnjährigen Lehrlinge nur rund 25%, der Lehrlinge, die die Lehre erst nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres beginnen, etwa 2,6% beträgt (DHKT-Jahresbericht 1959, S. 86; vgl. auch KIND, Werner: Zum Selbstverständnis im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 129 f.).

139 Überlegungen zur vorschulischen Erziehung und zur Grundstufe werden nur im Zusammenhang mit Fragen der Schulzeitverlängerung und dem Kenntnisstand der Volksschüler angestellt. (Vgl. SCHUBERT, Helmut: Grundfragen zur Gestaltung des ersten Lehrjahres, in: Festgabe, a.a.O., S. 153).

140 DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 92.

1957 wird eine neue Lehrplangestaltung für das neunte Schuljahr gefordert, bei dem die Wirtschaft zur Mitwirkung hinzuzuziehen sei. Werkstattübungen werden als wenig nützlich bezeichnet, sondern die Vermittlung "notwendigen Grundwissens" verlangt. Eine Verkürzung der Ausbildungszeiten dürfe damit nicht verbunden werden. (DHKT-Jahresbericht 1957/58, S. 106 f.).

Zu gleicher Zeit wird aber noch stark gegen die Einführung des neunten Schuljahres opponiert und erst eine Lehrplangestaltung für die acht Volksschuljahre verlangt. "Erst dann, wenn wider Erwarten dieser reformierte Lehrplan sich den wachsenden Anforderungen von Leben und Beruf nicht gewachsen zeigt, sollte man eine Verlängerung der Volksschulzeit ernstlich in Betracht ziehen." (O.V.: 9. Schuljahr?, in: DLw 1957, S. 293).

"Vor allem sind wir der Auffassung, daß in der Schule keine Vorgriffe auf die praktische Unterweisung in den Betrieben vorgenommen werden dürfen." Die Verbesserungen der Eintrittsbedingungen müßten ohne dilettantische Eingriffe in die Aufgaben der Betriebe erfolgen. (DHKT-Jahresbericht 1961, S. 46).

Diese Formulierungen gehen wohl auf die Ergebnisse des Arbeitskreises 1 (Übergang Schule - Beruf) des Kongresses "Jugend im Handwerk 1960" zurück. Dort wurde noch betont, daß ein berufsfachkundlicher Unterricht nur im Rahmen bestehender Lehrfächer und eine "erlebnisbetonte Berufsorientierung" anzustreben seien. (Vgl. o.V.: Die Ergebnisse der Arbeitskreise auf dem Kongreß "Jugend im Handwerk", in: DLw 1960, S. 161 f.).

"Die Auffassung des Handwerks geht eindeutig in Richtung auf eine einheitliche Gestaltung in den Grundfächern und ihre Festigung im 9. Schuljahr und eine Ausklammerung der praktischen Unterweisungen, die den Betrieben vorbehalten bleiben müssen." (SÖRENSEN, Richard: Neue Forderungen - neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung und -ausbildung, in: DLw 1961, S. 337 f.).

141 DHKT-Jahresbericht 1957/58, S. 106.

Die Übereinstimmung in der Ablehnung des zehnten Volksschuljahres mit dem Deutschen Verband der Gewerbelehrer

wird begrüßt. (DHKT-Jahresbericht 1960, S. 144).

"Die meisten Forderungen nach einer derartigen Verlängerung verkennen die Möglichkeiten der modernen Berufserziehung." (Ebenda, S. 163).

Neben dem Zweifel an der Realisierbarkeit eines zehnten Pflichtschuljahres wird zu bedenken gegeben, "ob es für die Erreichung eines allgemein als richtig und angemessen erkannten Zieles der Volksschule der Einführung einer zehnjährigen Schulpflicht bedarf." Ein so weit gestecktes Ziel könne erst in Angriff genommen werden, ... "wenn sich die Volksschule auf der Grundlage der neunjährigen Schulpflicht konsolidiert hat und deren Auswirkungen übersehbar sind." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 8; vgl. hinsichtlich der Argumentation Anmerkung 95).

Der Einführung eines zehnten Schuljahres ... "ist zu widersprechen, weil man aufgrund jahrzehntelanger Erfahrungen festgestellt hat, daß berufsbezogenes Wissen am besten durch eine optimale Kombination betriebsgebundener Ausbildung und berufsbegleitender Berufsschule vermittelt werden kann." (GRESS, W.: Zur Neuordnung des Bildungswesens, in: DLw 1964, S. 333).

"Ein zehntes Schuljahr sollte in jedem Fall freiwillig bleiben. Festgestellt wurde, daß bisher in dieser Richtung durchgeführte Versuche keine Anhaltspunkte dafür ergeben haben, daß ein zehntes Volksschuljahr eine Verkürzung der Meisterlehre einschließlich Berufsschulzeit zuläßt." (ZDH: Jugend im Handwerk 1960, a.a.O., S. 70).

"Der Deutsche Ausschuß bleibt den Beweis dafür schuldig, daß es (das zehnte Schuljahr; A.K.) etwas besseres zu leisten vermag als das erste Lehrjahr im dualen Ausbildungssystem." (O.V.: An der Betriebslehre soll festgehalten werden, in: DHwB 1964, S. 488).

142 In diesem Punkt wird die Übereinstimmung mit dem DVG betont (vgl. DHKT-Jahresbericht 1964, S. 114).

Auch in die gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8 ist die Differenzierung von Berufs- und Betriebsreife eingewandert. "Für Schüler, die dann nach übereinstimmender Meinung der Schulpsychologen und des Schularztes für eine berufliche Ausbildung noch nicht reif sind (hier gemeint: betriebsreif; A.K.), sollte nach individueller Beratung grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, eine für sie geeignete Einrichtung freiwillig zu besuchen." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 8 f.). Vgl. auch die folgenden Ausführungen zur Berufsfachschule.

- 143 Der Vorschlag des DVG-Schulprogramms, das neunte Pflichtschuljahr der Berufsschule anzugliedern, wird 1958 für denkbar gehalten (DHKT-Jahresbericht 1958/59, S. 126 f.).

Über die organisatorische Zuordnung des neunten Schuljahres urteilen die Handwerkskammern unterschiedlich. "Nahezu eindeutig wird aber die Verlagerung einer fach- und berufsbezogenen Grundausbildung in eine Schule, gleichviel welcher Art, abgelehnt." (DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 85).

Das neunte Schuljahr muß nicht im besten Falle ein Volksschuljahr sein. (DHKT-Jahresbericht 1961, S. 161).

Über die organisatorische Eingliederung des neunten Schuljahres konnte keine Einigung erzielt werden. Es sollten Möglichkeiten für differenzierte Lösungen offengehalten werden. "Klar herausgestellt wurde, daß das neunte Volksschuljahr in keinem Fall Elemente der praktischen Berufsausbildung in einem bestimmten Beruf vorwegnehmen soll." (O.V.: Fragen der Berufserziehung - Bericht SÖRENSEN aus dem Diskussionskreis 3 an die Vollversammlung des DHKT - in: DHwB 1962, S. 394).

- 144 So vorwiegend die südwestdeutschen Handwerkskammern und die Handwerkskammer Düsseldorf.

Vgl.: "Die Handwerkskammern berichten", in: DLw 1960, S. 81;

o.V.: Grundausbildung und Berufsfachschule, in: DLw 1960, S. 314;

HAMPE, Heinrich: Berufserziehung und Bildungsreform, in: DLw 1962, S. 284;

o.V.: Die Vorzüge der betriebsgebundenen Lehre, in: DLw 1962, S. 336.

- 145 ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 35.

"Die Berufsfachschulen können durch ihren berufsbezogenen Inhalt in manchen Bereichen eine gute Ausbildungsposition für die Berufsausbildung schaffen. Das ist ihnen nicht mehr möglich, wenn sie in die Hauptschule integriert werden, dadurch mindestens für das erste Jahr ihren speziellen Charakter verlieren und nur noch der Berufsorientierung dienen sollen." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 13).

Die Vorstellungen zur Berufsfachschule in der gemeinsamen Stellungnahme zu Folge 7/8 dürften angesichts der Vorbehalte des Handwerks gegen jede Art von "Vorlehre" und den geringeren Einsatzmöglichkeiten von Realschul-

absolventen (vgl. Anmerkung 138) stärker von Industrie und Handel geprägt sein.

Offiziell werden zwar die Leistungen der Berufsfachschule anerkannt, aber gleichzeitig festgestellt, daß sie die Ausbildungsleistungen eines guten Ausbildungsbetriebes nicht übertreffen und eine größere Verbreitung aus Kostengründen unmöglich ist.

(ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 48).

Ein Vergleich mit den kaufmännischen Berufsfachschulen wird abgelehnt. (SÖRENSEN, Richard: Grundfragen der Meisterlehre, in: DLw 1960, S. 144).

- 146 BIGALKE, Helmut: Berufspraktikum für Volksschüler - ein interessantes Experiment, in: DLw 1960, S. 171 - 174.

REISMANN: Schülerpraktikum im Handwerk, in: DLw 1964, S. 285 - 288.

STEINERT, Fritz: Betriebspraktikum als Berufswahlhilfe - gute Erfahrungen mit der "Arbeit auf Probe" von Volksschülern, in: DLw 1967, S. 263.

Der werbende Effekt der Praktika für die Handwerkslehre wird dabei hoch eingeschätzt. (Vgl. o.V.: Politik der offenen Tür, in: DLw 1959, S. 37).

"Junge Menschen suchen sich genau solche Berufe heraus, die sie vorher schon irgendwie kennen gelernt haben." (O.V.: Schwierige Berufswahl, in: DLw 1964, S. 329).

- 147 Vgl. dazu KELL, Adolf: Die Folgerungen aus der Hauptschulkonzeption für die Berufsausbildung, in: BLZ 1968, Heft 1, S. 33.

- 148 Vgl. EPPIG, Rudolf: Eignungsprüfungen bewähren sich, in: DLw 1956, S. 117 - 119.

- 149 GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLw 1965, S. 283.

- 150 O.V.: Berufsberatung - Helferin des Handwerks ("Ergebnisreiche Zusammenkunft zwischen Berufsberatern und Vertretern des Handwerks"), in: DLw 1956, S. 52.

Vgl. auch EPPIG, Rudolf: Mit den Berufsberatern ständig Fühlung halten! ("Der Lehrlingswart ist der beste Verbindungsmann zu den Arbeitsämtern"), in: DLw 1954, S. 355 - 357.

LIENENBÜRGER: Handwerk und Berufsberatung ("Enge Zusammenarbeit bei allen Nachwuchsfragen ist eine zwingende Notwendigkeit"), in: DLw 1955, S. 194 - 198.



SCHÖN, Alfred: Enge Verbindung mit der Berufsberatung halten! ("Die beste Zusammenarbeit ist gerade gut genug"), in: DLw 1956, S. 67 f.

DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 96.

LEHNERT: Nachwuchsfragen des Handwerks in der Diskussion, in: DLw 1959, S. 135 - 138.

- 151 Der Zweifel erstreckt sich auch auf die Möglichkeit, Berufsstrukturen und Berufsinhalte durch die Errichtung von Berufsforschungsinstituten besser analysieren zu können. Entgegengehalten werden dem drei Argumente:
- (a) die sachliche und statistische Problematik von Prognosen
  - (b) die Wirtschaft und die Wirtschafts- und Berufspädagogik verfüge bereits über befriedigende Methoden zur Erfassung der Berufsinhalte
  - (c) die Wirtschaft weiß am besten, ... "wo Umstellungen, Anpassung oder Beharrung nötig sind. Sie kennt auch selbst ihre Nachwuchsbedürfnisse am genauesten." (GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLw 1965, S. 283 und 284).

Vgl. auch o.V.: Zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung?, in: DLw 1967, S. 314.

Andererseits wird das Bestehende gegen Reformvorschläge mit dem Hinweis verteidigt, die den Änderungswünschen zugrunde liegenden Wandlungen der Realität wären statistisch exakt noch gar nicht erwiesen. (Vgl. Anmerkung 95).

Die durchaus positive Einstellung zur Berufsforschung in der Gemeinsamen Stellungnahme zu Folge 7/8 (vgl. S. 21 f.) dürfte auf einem Kompromiß mit Industrie und Handel beruhen.

In der jüngsten Auseinandersetzung um ein Berufsausbildungsgesetz wird der Errichtung eines Berufsforschungsinstitutes zugestimmt, "aber nicht auf Kosten handwerklicher Einrichtungen", (o.V.: Die Teilnehmer waren überfordert, in: DLw 1967, S. 216), beziehungsweise nur, wenn die Institutionen des Handwerks beteiligt werden. (A. G.: Totale Regelung unmöglich, in: DLw 1967, S. 317 f.).

- 152 Vgl. S. 44 f.

- 153 Eine Kurzfassung der Überlegungen kann in folgendem Zitat gesehen werden: "Dieses System stellt keine willkürliche Konstruktion dar. Sie ist aus der Sache selbst geboten. Darin liegt das Anerkenntnis, daß im ganzen der Berufsausbildung jeder der beiden

Teile eine bedeutsame Aufgabe hat. Das System hat sich in einer Zeit gebildet, als es noch keine gesetzliche Regelung hierfür gab oder auch nur geben konnte. Sie drängt sozusagen selbst zu ihrer Verwirklichung." (RASPE, Herbert: Ordnungsfragen der Berufsausbildung, in: DLw 1966, S. 344).

- 154 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 53 (Unterstreichung A.K.).
- 155 O.V.: Ein Festtag der Meisterlehre - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1958, S. 196.
- 156 "Sie (die Wirtschaft; A.K.) hat das berufliche Ausbildungswesen in seiner heutigen Gestalt entwickelt und ist dessen Träger." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 3).
- 157 Vgl. Abschnitt 3.1.3.2 , insbesondere Anmerkung 191 f.
- 158 Sie (die Wirtschaft; A.K.) hat immer wieder ihre Bereitschaft betont, aber auch den Anspruch erhoben, bei allen Entscheidungen über das berufliche Bildungswesen mitzuwirken." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 3).
- Die Wirtschaft ist an den Reformen mehr zu beteiligen. (GRESS, W.: Zur Neuordnung des Bildungswesens, in: DLw 1964, S. 334).
- Die Änderungen im beruflichen Schulwesen greifen in die betriebliche Ausbildung ein. Daher ist die Wirtschaft zu hören und sind alle Entscheidungen nur in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu treffen. (O.V.: Mitspracherecht bei der Bildungsreform - Zitat aus dem offenen Brief des DHKT mit BDI, BDA und DIHT an Professor Hahn als Vorsitzenden der KMK - in: DLw 1965, S. 171 - 173).
- Die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Kultusverwaltungen ist zu verstärken. Die Wirtschaft muß rechtzeitig gehört werden. (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 35 f.). Eine zusammenfassende Übersicht über die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule in Realität und Vorstellung liefert die Schrift "Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Grundsätzliches und Beispiele, Empfehlung des Jugend- und Bildungsausschusses der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln 1964. Diese Schrift ist allen Handwerkskammern zur Kenntnis gebracht und vom Ausschuß für Berufserziehung befürwortet worden. (DHKT-Jahresbericht 1964, S. 118).

- 159 Vgl. den folgenden Abschnitt 3.1.3.2.
- 160 FREYBE, Günter: Träger der Übungswerkstätten: Das Handwerk!, in: DLW 1956, S. 178 - 181.  
BLÜMER, Hans: Die überbetriebliche Unterweisung im Handwerk, in: Festgabe, aa.O., S. 165 f. (Hier werden auch die verschiedenen realen Formen der Trägerschaft aufgezählt).
- 161 FREYBE, Günter: Berufserziehung und Berufsausbildung in der Sicht der handwerklichen Praxis. (Hier wird Besorgnis darüber geäußert, daß aus Bequemlichkeit zum Teil diese "ureigenste Aufgabe" dem Staat überlassen wurde und verlangt, die Trägerschaft des Handwerks zu betonen und darauf zu achten, daß die Berufsschullehrer die "Demonstrationen" in den gleichen Werkstätten loyal auslegen.) In: DLW 1962, S. 13 f.  
"Welche Form der überbetrieblichen Unterweisung im Zusammenwirken mit der Berufsschule sich auch ergeben mag: In jedem Falle müssen die beiderseitige Stellung, Rechte und Pflichten in einer für das Handwerk vertretbaren Form vertraglich festgelegt werden."  
(BLÜMER, Hans: Die überbetriebliche Unterweisung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 166).  
Vgl. auch HAGEBÖLLING, Walter: Die überbetriebliche Ausbildung der Lehrlinge, in: DLW 1954, S. 67 f.).
- 162 "In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, daß für die der Gesamtwirtschaft zugute kommende Berufsbildungsarbeit des Handwerks in noch stärkerem Maße als bisher öffentliche Mittel bereitgestellt werden sollten. Das gilt insbesondere auch für die Förderung der überbetrieblichen Ergänzungsmaßnahmen."  
(SÖRENSEN, Richard: Neue Forderungen - Neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung und -ausbildung, in: DLW 1961, S. 339).  
Vgl. BLÜMER, Hans: Die überbetriebliche Unterweisung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 170.  
O.V.: Überbetriebliche Ausbildung fördern, (Denkschrift des ZDH an den Bundestag), in: DLW 1965, S. 5 - 7.
- 163 SÖRENSEN, Richard: Die Ausbildung im modernen Betrieb, in: DLW 1962, S. 61.
- 164 DHKT-Jahresbericht 1962, S. 137.  
"Die Grundsituation erklärt, warum Berufserziehung sozusagen von Natur aus betriebsgebunden ist. Der Betrieb beziehungsweise der Arbeitsplatz mit seinen

je sich wandelnden Anforderungen war und ist auch der "natürliche Ort" der Berufserziehung geblieben; er wird es auch in Zukunft sein." (RASPE, Herbert: Aufbau und Aufgaben der Organisation der Berufserziehung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 73).

- 165 "Abgänger von Berufsfachschulen (gemeint sind Vollzeitberufsschulen; A.K.) bedürfen der längeren Einarbeitungszeit in der Praxis, bis sie die fachliche Wendigkeit der Gesellen und Gehilfen erreichen, die ihren Beruf im Betrieb erlernt haben." (SÖRENSEN, Richard: Grundfragen der Meisterlehre, in: DLw 1960, S. 144).
- "Wenn nach Auffassung des Deutschen Ausschusses zur vollständigen Ausbildung die Phase gründlicher Ausbildung im Betrieb gehört, kann eine Vollzeitberufsschule keinen Ausbildungsabschnitt vermitteln ..."  
(Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 8).
- GRESS, W.: Gegen Vollzeitberufsschulunterricht, in: DLw 1965, S. 91 - 96.
- 166 Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 19.
- 167 Ebenda, S. 19.  
Hier bezogen auf die Lehrabschlussprüfungen. Vgl. dazu Abschnitt 3.1.3.13.
- 168 Vgl. DHKT-Jahresbericht 1964, S. 117 f.  
DHKT-Jahresbericht 1965, S. 80.
- 169 "Dabei besteht in allen beteiligten Kreisen Einigkeit darüber, daß beide Seiten, sowohl die Schule als auch der Betrieb als gleichberechtigte Partner anzusehen sind." (GRESS, W.: Gegen Vollzeitberufsschulunterricht, in: DLw 1965, S. 92).
- 170 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 144.
- 171 DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 115.  
Hier werden auch einheitliche Rahmenpläne abgelehnt.  
DHKT-Jahresbericht 1961, S. 162.
- 172 VYTRISAL, Franz Ludwig: Die Lehrlingserziehung im Betrieb heute, in: DLw 1958, S. 291.

- 173 "Durch Verschulung des beruflichen Bildungsweges allein ist kein besserer erzieherischer Erfolg gewährleistet." (DHKT-Jahresbericht 1961, S. 53).
- 174 Vgl. Abschnitt 3.1.3.12.
- 175 O.V.: An der betrieblichen Lehre soll festgehalten werden, in: DHwB 1964, S. 489.
- 176 RASPE, Herbert: Die Eignung von Betrieben zur Lehrlingsausbildung, in: DLw 1965, S. 377.
- 177 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 137.
- 178 O.V.: Schulpolitische Experimente abgelehnt, in: DLw 1967, S. 363.
- 179 Zum Beispiel gegen das Fach "Leibesübungen", in: DHKT-Jahresbericht 1957/58, S. 159.
- 180 KIEFER, Josef: Die Berufsausbildung im Handwerk (Das neunte Volksschuljahr ist das kleinere Übel gegenüber dem zweiten Berufsschultag. Dann kann der Ballast der Allgemeinbildung von der Berufsschule entfernt werden.), in: DLw 1956, S. 202.
- 181 RASPE, Herbert: Zeitgemäße Ausbildung der Lehrlinge, in: DLw 1959, S. 59.
- 182 BLÜMER, Hans: Die überbetriebliche Unterweisung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 160.  
Entscheidend für eine zeitgemäße Formung der Handwerkslehre ist das Verhältnis von Lehrbetrieb, Berufsschule und System der überbetrieblichen Maßnahmen. (DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 80).  
Vgl. auch DHKT-Jahresbericht 1961, S. 47.
- 183 BLÜMER, Hans: Die überbetriebliche Unterweisung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 160 f.  
"Der Ausschuß für Berufserziehung kann aber nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die Spezialisierung nicht weniger Lehrbetriebe bestimmte Lücken in der breiten und umfassenden Grundausbildung der Lehrlinge haben entstehen lassen." (EntschlieÙung zum Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen zur Ergänzung der Meisterlehre, in: DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 134).

- 184 Über die Entwicklung der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen und ihren gegenwärtigen Stand vgl. DHKT-Jahresberichte 1957/58, S. 145 - 147; 1959/60, S. 117 - 119; 1960, S. 145; 1963, S. 174 - 175; 1964, S. 142 - 146; 1965, S. 93 - 100; DLw 1966, S. 133; Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, S. 17.

Nach der letzten Erhebung von 1965 wird der Stand für 1963 wie folgt angegeben: 1.390 Werkstätten und Unterrichtsräume; jährliche Teilnahme von 66.000 Lehrlingen; für 51 von 125 Lehrberufen werden überbetriebliche Maßnahmen durchgeführt. (DHKT-Jahresbericht 1965, S. 95 - 97).

- 185 RITZERFELD, Gerd: Meisterlehre und Lehrwerkstatt, in: DLw 1957, S. 53.
- 186 O.V.: Kein Ersatz für die Meisterlehre - Zitat Borck, Berlin - in: DLw 1963, S. 286.
- Die Vermittlung der Grundfertigkeiten erfolgt unter dem "Bestreben, eine geeignete, berufstypische Einführung der Lehrlinge zu finden." (DHKT-Jahresbericht 1965, S. 94).
- 187 DHKT-Jahresbericht 1965, S. 94.
- 188 RASPE, Herbert: Die Eignung von Betrieben zur Lehrlingsausbildung, in: DLw 1965, S. 376.
- 189 BLÜMER, Hans: Die überbetriebliche Unterweisung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 162.
- Eine Übertragung dieser Erziehungsfunktion steht im Widerspruch zu der Auffassung, in Lehrwerkstätten würden "nur ausgezeichnete Spezialisten mit hoher Präzisionsleistung gezüchtet." (SÖRENSEN, Richard: Grundfragen der Meisterlehre, in: DLw 1960, S. 146).
- Vgl. auch Anmerkung 192.
- 190 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 47.
- 191 "Es handelt sich also um eine ergänzende Maßnahme, keineswegs um einen Ersatz der Meisterlehre." (HAGEBÖLLING, Walter: Die überbetriebliche Ausbildung der Lehrlinge, in: DLw 1954, S. 66).
- Vgl. o.V.: Überbetriebliche Unterweisungsstätten, in: DLw 1957, S. 309.
- "Die Meisterlehre kann durch die überbetriebliche Ausbildung und die Schule nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden." (O.V.: Kein Ersatz für die Meisterlehre, in: DLw 1963, S. 286).

192 Aus solchen Motiven wird auch eine zu weitgehende Vereinheitlichung der überbetrieblichen Maßnahmen abgelehnt.

"Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wurde festgestellt, daß durch die Durchführung der überbetrieblichen Ergänzung keine starren Vorschriften gegeben werden können; es haben sich verschiedene Wege bewährt, je nach den fachlichen Unterschieden in den einzelnen Handwerken und je nach regionalen Verhältnissen." (SÖRENSEN, Richard: Bericht des Arbeitskreises II, in: ZDH: Jugend im Handwerk 1960, a.a.O., S. 71 f.).

"Die überbetrieblichen Maßnahmen dürfen nicht überbewertet werden. Sie finden ihre Grenze dort, wo etwa die Meisterlehre durch eine Verlagerung der Erlernung von Grundfertigkeiten in überbetrieblichen Lehrwerkstätten ausgehöhlt werden könnte. Grundlage der Ausbildung und Erziehung des Lehrlings muß die Meisterlehre bleiben, deren Ausbildungs- und Erziehungswert nach wie vor unbestritten ist." (O.V.: Vorschläge des Niedersächsischen Kammertages für die überbetriebliche Lehrlings-Unterweisung, in: DLw 1961, S. 112).

"Die überbetriebliche Unterweisung... kann die betriebliche Unterweisung nur subsidiär ergänzen." (BLÜMER, Hans: Die überbetriebliche Unterweisung im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 162).

Außerdem wird vorsorglich die Vermutung geäußert, daß überbetriebliche Maßnahmen nur für etwa 50% der Berufe notwendig seien. (DHKT-Jahresbericht 1965, S. 97).

"Die Wirtschaft hält es für falsch, die lehrgangsgebundene Ausbildung generell für besser zu halten." (Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18).

"So wichtig und bedeutungsvoll die überbetriebliche Unterweisung der Lehrlinge in Übungswerkstätten ... sein kann, so wenig kann sie die Kernaufgabe der Betriebslehre ablösen." ... "Eine solche Einrichtung ist nicht schon deswegen gut, weil sie systematisch nach einem Lehrplan und überbetrieblich tätig ist. Hieraus kann keine prinzipielle Vorzugstellung schulischer Ausbildungsformen gegenüber der betrieblichen Lehre hergeleitet werden." (RASPE, Herbert: Die Eignung der Betriebe zur Lehrlingsausbildung, in: DLw 1965, S. 376).

Vgl. auch SÖRENSEN, Richard: Ausbildungsprobleme aus der Sicht des Handwerks, in: DLw 1959, S. 205 - 212.

193 Vgl. DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 85.  
Über die Höhe der Kosten vgl. Abschnitt 3.1.3.7.

- 194 "Es ist ein großer Irrtum außerhandwerklicher Kreise, das Versagen einzelner als Anlaß dafür zu nehmen, die Grundsätze der handwerklichen Berufsausbildung abzulehnen und Korrekturen zu fordern." (RITZERFELD, G.: Berufsausbildung als Erziehungsaufgabe, in: DLw 1960, S. 65).
- 195 "Der Ausschaltung von Lehrbetrieben, die nicht mehr die Voraussetzungen für eine befriedigende Lehrlingsausbildung bieten, wird eine besondere Bedeutung beigemessen. Hierzu wurde eine Reihe von Vorschlägen erörtert, die eine verstärkte Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte in der Gesetzgebung fordert." (ZDH: Jugend im Handwerk 1960, a.a.O., S. 71).
- 1964 wurden allen Handwerkskammern die "Empfehlungen für die Beurteilung der Eignung zum gewerblichen Ausbildungsbetrieb", die der Fachausschuß Betriebsausbildung der Deutschen Gesellschaft für gewerbliches Bildungswesen erarbeitet hat, mit dem Hinweis zugeleitet, daß sie als allgemeine Grundlage beachtenswert und nützlich wären. (DHKT-Jahresbericht 1964, S. 136 - 139).
- Zur Verbesserung der gesetzlichen Handhabe beim Entzug der Ausbildungsbefugnis wird eine Änderung des § 20 HwO vorgeschlagen (vgl. FREYBE, Günter: Bewährte Ausbildung im Handwerksbetrieb, in: DLw 1965, S. 116) und empfohlen, die Entziehung der Anleitungsbefugnis von der Höheren Verwaltungsbehörde auf die Handwerkskammern zu übertragen (DHKT-Jahresbericht 1962, S. 42).
- In der Zeit von 1952 bis Ende 1966 haben die Handwerkskammern in 387 Fällen die Ausbildungsbefugnis entzogen. (O.V.: Antworten des Handwerks, in: DLw 1967, S. 335).
- In den DHKT-Jahresberichten vom 1. April 1965 bis 31. Dezember 1966 sind 261 Fälle ausgewiesen.
- 196 Zur theoretischen Begründung vgl. SCHLIEPER, Friedrich: Allgemeine Berufspädagogik, a.a.O., S. 199 ff.
- 197 Auf dieser von SCHLIEPER dem Hauptausschuß für Berufserziehung vorgetragenen theoretischen Begründung basiert die Ordnungsmäßigkeit der Unterweisung. (DHKT-Jahresbericht 1960, S. 165).
- 198 "Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das Endziel der handwerklichen Ausbildung darin besteht, einen Gesellen herangebildet zu haben, der in der Lage ist, praktische Arbeiten schnell, sorgfältig und gut auszuführen. Das geht nicht nur durch die Theorie." (HOCKELMANN, Anton: Begrüßung, ZDH: Jugend im Handwerk, a.a.O., S. 33).
- "Für die Mehrzahl der Handwerksberufe stimmt es keineswegs,



daß etwa die manuelle Betätigung gegenüber dem fachlichen Wissen an Bedeutung zurücktrete." (DHKT-Jahresbericht 1957/58, S. 156).

Den Lehrlingen muß das Können und die Einstellung des Meisters weitergegeben werden, "das nicht nur geprägt ist durch die Fertigkeit der Hand allein, sondern das auch die Seele hat mitsprechen lassen." (FESTERLING, Wilhelm: Kultur im Handwerk, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 39).

Der Deutsche Ausschuß hat in dem Gutachten 7/8 den Volksschüler ohne Abschluß, mit praktischer Intelligenz, der kein Sonderschüler ist, nicht beachtet. (DHKT-Jahresbericht 1964, S. 117).

199 Gemeinsame Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18.

200 Ebenda, S. 18.

201 "Aber daneben (neben einfachen Handreichungen; A.K.) muß bereits im ersten Lehrjahr, und zwar von Anfang an, die fachliche Ausbildung systematisch einsetzen. An dieser Systematik fehlt es leider sehr oft ... Der Lehrling des ersten Lehrjahres ist weder Laufbursche noch Hilfsarbeiter noch reiner Handlanger oder Putzfrau." (FREYBE, Günter: Die Ausbildung des Lehrlings im ersten Lehrjahr, in: DLw 1954, S. 231 f.).

202 Zur Grundlegung vgl. STRATENWERTH, Wolfgang: Neue Wege der Lehrlingsunterweisung, in: DLw 1954, S. 325 f.

"Es ist nicht damit getan, Fertigkeiten wahllos zu vermitteln, wie es gerade das Stück oder die jeweilige Tätigkeit erfordert, die Ausbildung muß systematisch sein. Es wird vielfach der Fehler gemacht, beim jungen Menschen schon das vorauszusetzen, was er eigentlich in der Unterweisung erst lernen sollte." (HEINZ, Willi: Lehrlingsausbildung nicht zu leicht nehmen!, in: DLw 1954, S. 346).

Über die Vier-Stufen-Methode wurde ein Lehrfilm hergestellt. (DHKT-Jahresbericht 1958/59, S. 144).

"Die Vier-Stufenmethode der Unterweisung hat sich bewährt." (DHKT-Jahresbericht 1960, S. 154).

Vgl. auch BIGALKE, Helmut: Die Einführung des Meisternachwuchses in die Unterweisungsmethodik, in: Festgabe, a.a.O., S. 288 - 293.

Als nicht eindeutig zu beantworten wird die Frage bezeichnet, ob der methodisch richtige Weg vom Allgemeinen zum Speziellen führt.

"Betriebspraktiker machen umgekehrte Erfahrungen."  
(ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 48).

203 "Die Meisterlehre ist mithin nicht deshalb abzulehnen, weil sie in der Unterweisung andere Methoden als der Unterricht verfolgt. Die Ordnungsmäßigkeit und Sinngemäßheit der Meisterlehre ist nicht zu bestreiten. In ihr sind alle Erziehungsinhalte gegeben, die für eine erfolgreiche Lehre als erforderlich anzusehen sind. Die Meisterlehre kann insoweit nicht systematisch sein, da es für den Lehrling darauf ankommt, Erfahrungen zu gewinnen, die nicht mit Hilfe eines bestimmten Systems vermittelt werden, sondern nur unmittelbar aus der praktischen Berufsarbeit gewonnen werden können. Als Bildungsform kommt daher nicht der Unterricht, sondern nur die Unterweisung in Betracht. Unterricht und Unterweisung streben zwar das gleiche Ziel an, aber sie können ihrem Wesen gemäß einander nur ergänzen, nicht aber gegenseitig ersetzt werden." (DHKT-Jahresbericht 1960, S. 165).

Eine dem Zufall überlassene Unterweisung ist zwar abzulehnen, die Schematisierung des Unterweisungsganges im Ganzen kommt jedoch nicht in Betracht, "allenfalls hinsichtlich bestimmter Elemente."  
(SÖRENSEN, Richard: Neue Forderungen - neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung, in: DLw 1961, S. 337).

Die Lehrlingsausbildung muß sich an die Aufträge anlehnen und auf die Persönlichkeit des Lehrlings abstellen. "Die planvolle Ausbildung bedeutet jedoch nicht, daß nun jeder einzelne Arbeitstag vorher bedacht sein muß. Der Lehrling soll ja möglichst nach der Praxis ausgebildet werden." (WECKS, Paul: Es gibt kein allgemeingültiges Rezept ..., in: DLw 1954, S. 216).

Die Erstellung eines Lehrplans bedeutet immer eine Einengung des natürlichen, sich aus dem vollen Betriebsgeschehen ergebenden Erziehungsprozeß. Auch die produktionsgebundene Ausbildung ist planmäßig. "Die Eigenart handwerklicher Arbeit erzwingt gewissermaßen eine bestimmte Folge der einzelnen Ausbildungsstufen und läßt die Berücksichtigung der höchst unterschiedlichen Lernweisen der einzelnen Lehrlinge in fast idealer Weise zu." (RASPE, Herbert: Zeitgemäße Ausbildung der Lehrlinge, in: DLw 1959, S. 58).

"Die Unterweisung wird laufend stark beeinflusst durch die höchst unsystematisch hereinkommenden Aufträge."  
(SÖRENSEN, Richard: Neue Forderungen - neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung, in: DLw 1961, S. 336).

Als Planungsgesichtspunkte für die Handwerkslehre werden herausgestellt:

- Unter formalem Prinzip - Bezug aller Maßnahmen auf die ganzheitliche personale Struktur des Menschen
- Unter materialem Prinzip - Erwerb geschlossener Erfahrungs- und Erkenntnis-zusammenhänge
- Unter ethischem Prinzip - Einheit von sachlich Richtigem und sittlich Gutem
- (o.V.: Gesichtspunkte für die Planung der Berufserziehung, in: DLW 1965, S. 122).

"In der Lehre erfährt der Lehrling, er erlernt nicht. Eine starre und zeitlich aufeinander folgende Vermittlung von Fertigkeiten und Kenntnissen ist nicht nötig. Wichtig ist nur, daß alle in den Vorschriften enthaltenen Stoffgebiete im Laufe der Lehre vermittelt werden, daß der Lehrmeister alle notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten an den Lehrling weitergibt, nicht wann er das im Laufe des Lehrverhältnisses oder der einzelnen Ausbildungsabschnitte tut." (FREYBE, Günter: Bewährte Ausbildung im Handwerksbetrieb, in: DLW 1965, S. 112, Unterstreichungen im Original gesperrt).

"Für den Zweck einer planvollen und ordnungsmäßigen Unterweisung bedarf es deshalb auch keiner überbetrieblichen Unterweisung." (SNIGOLA, Herbert: Zur Problematik der "Stufenausbildung" im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 158).

"Diese natürliche Berufsausbildungsfunktion der Wirtschaft und ihrer Betriebe fordert aus der Natur der Sache, daß sie hierbei planmäßig und pädagogisch vorgeht. Planmäßigkeit und Pädagogik sind kein ausschließliches Charakteristikum der Schule, der Betrieb hat seine eigene Planmäßigkeit und pädagogische Methodik." Eine Mißachtung dieser Unterschiedlichkeit würde die "Ordnungsmäßigkeit" verletzen. (RASPE, Herbert: Ordnungsfragen der Berufsausbildung, in: DLW 1966, S. 376).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß ein Oberschüler, der im väterlichen Betrieb neben dem Schulbesuch alle Ausbildungsinhalte erworben hat, zur Gesellenprüfung nicht zugelassen wurde, weil seine Lehrzeit nicht "ordnungsgemäß" war. (DHKT-Jahresbericht 1956, S. 104).

- 204 "Bundeseinheitliche, an bestimmte Lehrgangsformen gebundene Einheitsmodelle der Grundausbildung für die Lehrlingsausbildung im ersten Lehrjahr ist nicht möglich." (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 47).

Vgl. auch wegen der Einstellung gegen "schematische, von der Berufswirklichkeit abstrahierte Grundlehrgänge" (o.V.: Die Meisterlehre in der Diskussion, in: DLw 1959, S. 360).

ZDH: Jugend im Handwerk 1960, a.a.O., S. 70.

RASPE, Herbert, Probleme der Berufsschule, in: DLw 1962, insbesondere S. 7.

O.V.: Förderung der Betriebslehre, in: DLw 1964, S. 384. Bericht der Handwerkskammer Flensburg - Zitat Andresen -, in: DLw 1966, S. 10 und 12.

- 205 Im Ausschuß für Berufserziehung ist darüber diskutiert worden, in die fachlichen Vorschriften über den Gang der Ausbildung Unterweisungspläne und Unterweisungshilfen aufzunehmen, um eine bessere "Systematisierung" der Ausbildung im Handwerk zu erreichen. (Vgl. o.V.: Ausbildung der Ausbilder, in: DLw 1967, S. 345).
- Das "en passant" der Meisterlehre muß durch Aufnahme von "lehrgangsmäßigen" Formen in die fachlichen Vorschriften beseitigt werden. Die Öffentlichkeit ist nur zu überzeugen, wenn methodische und didaktische Fragen stärker in den Griff genommen werden. (RASPE, Herbert: Handwerksausbildung in der Zukunft, in: DLw 1967, S. 352 - 355).
- Vgl. auch SCHUBERT, Helmut: Grundfragen zur Gestaltung des ersten Lehrjahres, in: Festgabe, a.a.O., S. 137 - 153.
- 206 Vgl. Anmerkung 105.
- 207 Vgl. Wesen und Rechtsstellung des Lehrverhältnisses, Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft, in: DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 102 - 104.
- 208 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 53.
- "Es ist immer als ein Vorzug der betrieblichen Ausbildung herausgestellt worden, daß sie wegen ihrer Praxisnähe, ergänzt durch die Berufsschulpflicht, beste pädagogische Wirksamkeit mit größter Ökonomie verbindet." (O.V.: Sachliche Argumente gegen unsachliche Feststellungen - Zitat Sörensen - in: DLw 1964, S. 6).
- "Die Betriebe selbst werden aufgrund ihres ökonomischen Prinzips ohnehin darauf bedacht sein und bedacht sein müssen, daß ihre Ausbildung so optimal wie möglich bleibt. Gerade in diesem ökonomischen Prinzip liegt zugleich das ethische Prinzip einer fachlich-beruflich vernünftigen, zugleich pädagogisch ordnungsgemäßen Gestaltung aller betrieblichen Ausbildungsplanung und

-durchführung." (RASPE, Herbert: Ordnungsfragen der Berufsausbildung, in: DLw 1966, S. 372 - Gerade diese Aussage muß aber weder mikroökonomisch noch makroökonomisch im Hinblick auf die Vorstellung des Handwerks, Lehrwerkstatt des Volkes zu sein, Berechtigung haben.)

Vgl. auch Anmerkung 125.

- 209 Ansatzpunkte lassen sich unter anderem bei Äußerungen finden, die die ökonomische Zielsetzung offen stärker gewichten (vgl. Anmerkung 114) und wo die Zufallsbestimmtheit des Ausbildungsganges mit den ökonomischen Bedingungen des Betriebes begründet werden.

Der Lehrbetrieb wird in seiner Tätigkeit nicht durch Regeln der Berufsausbildung, sondern von anderen Notwendigkeiten bestimmt, vom Markt und seinen Produktionsaufgaben ... Die damit aber verbundenen Schwierigkeiten, das Lernen in ein System zu ordnen, werden durch die Mitwirkung der Schule behoben, der die Aufgabe zufällt, das zu einer Ordnung werden zu lassen, was in der Meisterwerkstatt sich nach andern Regeln als denen der Berufsausbildung vollzieht." (HELLER, Franz: Die Meisterlehre in ihren Grundlagen sichern!, in: DLw 1960, S. 62).

- 210 O.V.: Jugendförderung im Handwerk - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1956, S. 211.

- 211 SÖRENSEN, Richard: Ausbildungsprobleme aus der Sicht des Handwerks, in: DLw 1959, S. 207 - SÖRENSEN verweist anschließend darauf, daß die Berufsausbildung in der Industrie viel problematischer als im Handwerk sei, weil ein Überblick über das Ganze und ein organisches Hineinwachsen in den Beruf erschwert sei. Ein Ausgleich durch die Lehrwerkstatt sei nur teilweise möglich. Eine besondere Anpassungsfähigkeit und Wendigkeit - (durch das konkrete Hineinwachsen) - sei das "natürliche" Ausbildungsergebnis des Handwerks.

- 212 "Das betriebsnahe, lebensechte Wirken des Jugendlichen ... läßt die Meisterlehre wie keine andere Erziehungsform geeignet erscheinen, der Jugend die Tugenden einzuimpfen, die heute gebraucht werden." (O.V.: Ein Beweis für den Wert der handwerklichen Meisterlehre - Zitat Joseph Wild - in: DLw 1960, S. 207).

Die einseitige Betonung des konkreten Erziehungsprinzips durch das Handwerk, wie sie in diesem Zitat besonders deutlich hervortritt, ist vom Standpunkt der Berufsbildungstheorie abzuweisen, weil sie den Jugendlichen dem Vorgegebenen anpassen will und ihn dadurch in seinen

Möglichkeiten einer freien, individuellen Gestaltung der Zukunft unzulässig einengt.

Bei der Ausbildung der Lehrmeister wird diesen empfohlen, ... die "intentionale Einwirkung auf das in dem individuellen Fall gebotene Maß zu begrenzen", um "natürliches Lernen" und das "mit den Augen Stehlen zu ermöglichen". (BIGALKE, Helmut: Die Einführung des Meisternachwuchses in die Unterweisungsmethodik, in: Festgabe, a.a.O., S. 290 f.).

- 213 SÖRENSEN, Richard: Neue Forderungen - neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung und -ausbildung, in: DLw 1961, S. 342.
- 214 SÖRENSEN, Richard: Die Ausbildung im modernen Betrieb, in: DLw 1962, S. 62.
- 215 FREYBE, G.: Bewährte Ausbildung im Handwerksbetrieb, in: DLw 1965, S. 112.
- 216 "Die Hilflosigkeit der Schüler von der Volksschule bis zur Hochschule praktischen Aufgaben gegenüber beruht in erster Linie auf dem Mangel an Erfahrungen." Unterweisung im Gegensatz zu Unterricht könne Erfahrung und Können durch die Fallmethode vermitteln.  
(L.: Rund um die Berufsausbildung, in: DLw 1967, S. 51 f.)  
O.V.: "Fallmethode" - Im Handwerk nicht neu, in: DLw 1967, S. 214 f.)
- 217 Eine Verlagerung der fach- und berufsbezogenen Grundausbildung in eine Schule ist auch wegen des hohen Kostenaufwands abzulehnen. "Aus diesem Grunde werden sogar Bedenken erhoben, die Grundausbildung etwa in überbetriebliche Einrichtungen der Handwerksorganisation selbst generell zu verlagern." (DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 85).  
Durch eine Verschulung des beruflichen Bildungsweges würden "unerschwingliche Kosten" entstehen. (SÖRENSEN, Richard: Neue Forderungen - neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung, in: DLw 1961, S. 342).  
Eine größere Verbreitung der Berufsfachschulen ist aus Kostengründen unmöglich. (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 48).  
Die Kosten einer Ausbildung in Vollzeitberufsschulen werden mit 7 Mrd. jährlich geschätzt. (Vgl. Hf.: Sind Lehrlinge ein Geschäft?, in: DLw 1965, S. 88).
- 218 Die Übernahme von Funktionen der handwerklichen Selbstverwaltung würde nur hohe Kosten der Umstellung ver-

ursachen. (DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 120 f.).

"Der Handwerksrat weist in diesem Zusammenhang auch auf die erheblichen Kosten hin, die die Berufsausbildung des Nachwuchses verursacht. Bis jetzt wurden die Kosten ohne Belastung der Steuerzahler von der Wirtschaft getragen. Im Handwerk sind mehr als 40.000 Meister und Gesellen alleine im Prüfungswesen für den Lehrling tätig." (DHKT-Jahresbericht 1966, S. 87).

- 219 BDA, BDI, DHKT, DIHT u.a.: Berufsausbildung der Jugend in freiheitlicher Ordnung, in: WuBE 1962, S. 81 f.

Die Schätzung geht von durchschnittlich 1,25 Mill. Lehrlingen und 2.000 DM Ausbildungskosten pro Lehrling und Jahr aus. (Hf.: Sind Lehrlinge ein Geschäft?, in: DLw 1965, S. 86 - 88).

- 220 Vgl. Anmerkung 162.

- 221 Für 1957/58 wurden 6,35 DM pro Stunde und 15,00 DM pro Teilnehmer an der Unterweisung in den Übungswerkstätten ermittelt. (DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 119).

Bei 395 analysierten Werkstätten in Nordrhein-Westfalen wurden durchschnittlich 12.125 DM pro Werkstatt Einrichtungskosten und bei einer durchschnittlichen Belegung von 355 Stunden 2.243 DM Unterhaltungskosten ermittelt. (Bericht des Westdeutschen Handwerkskammertages, in: DLw 1960, S. 117 f.). Die für das Jahr 1963 durchgeführte Erhebung über die überbetrieblichen Übungsstätten hat den finanziellen Aspekt nicht genau erfaßt. Als Einrichtungs- und Unterhaltungskosten für dieses Jahr werden ohne Berücksichtigung Bremens etwa 4 Mill. DM angegeben, davon sollen etwa vier Fünftel vom Handwerk aufgebracht worden sein. Vgl. DHKT-Jahresbericht 1965, S. 99.

- 222 O.V.: Vorschläge des Niedersächsischen Kammertages für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, in: DLw 1961, S. 113.

DHKT-Jahresbericht 1965, S. 99.

- 223 Vgl. LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., insbesondere S. 49 f. und S. 67 (Literaturhinweise Fußnoten S. 49).

HANSEN, Walter: Die Lehre dient der Vorbereitung auf den Beruf! (Lehrgeld soll zwar nicht erhoben werden, aber eine Bereicherung am Lehrling ist nicht möglich), in: DLw 1954, S. 207 f.

- BERNINGER, Karl: Der Lehrling als "Ausbeutungsobjekt", in: DLw 1957, S. 206 f.
- WENTZ, Dietrich: Die Kosten und Erträge der Lehrlingshaltung (Gegen die Schrift von H. Wahrmut - seine Voraussetzungen und Ergebnisse sind völlig fragwürdig - von Ertrag im kalkulatorischen Sinne kann keine Rede sein), in: DLw 1957, S. 342 - 346.
- WENTZ, D.: Die Kosten der Lehrlingsausbildung (ein Beispiel aus dem Polsterer- und Dekorateurhandwerk), in: DLw 1961, S. 281 - 283.
- WARTH, Theodor: Probleme einer wirtschaftlichen Beurteilung der Lehrlingsausbildung und die Frage der Ausbildungskosten, Münster/Westfalen 1963.
- O.V.: Kosten der Lehrlingsausbildung (Beispiele aus dem Tischler- und Elektrohandwerk - Zahlen von 1953), in: DLw 1964, S. 108 - 111.
- Hf.: Sind Lehrlinge ein Geschäft? (Die Erträge dürften etwa den Kosten entsprechen), in: DLw 1965, S. 86 - 88.
- O.V.: Antworten des Handwerks (Im ersten Lehrjahr übersteigen die Ausbildungskosten bei weitem den Ertrag, im zweiten Jahr wird etwa ein Ausgleich vorhanden sein, im dritten Jahr ist erst ein Ertrag möglich.), in: DLw 1967, S. 335.
- 224 Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) vom 17. September 1953 i.d.F. der Novelle vom 28. Dezember 1965, BGBI. 1966 I, S. 1.
- 225 Novelle zur HwO vom 9. September 1965, BGBI. 1965 I, S. 1254.  
Die Bestrebungen zur Novellierung sind vom Handwerk aus nicht nur unter dem Bemühen nach Reformierung der Ausbildungsvorschriften betrieben worden, sondern stellen den Versuch dar, "den weiten wirtschaftlichen Expansionsraum, wie er der Industrie offensteht, auch dem durch die jetzige Handwerksordnung eingeengten Handwerk ... aufzuschließen." (DHKT-Jahresbericht 1964, S. 4).  
Vgl. auch DHKT-Jahresbericht 1962, S. 40 - 43.
- 226 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 142.
- 227 O.V.: Ein Festtag der Meisterlehre - Zitat Schulhoff - in: DL w 1958, S. 196.



- 228 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 142.  
GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLw 1965, S. 284.
- 229 Presseerklärung des DHKT, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 133.  
"Wer an die Stelle einer solchen praxisnahen und beweglichen Ordnung ein einheitliches und damit zwangsläufig starres Berufsausbildungssystem setzen wolle, fördere die natürliche Entwicklung nicht, sondern behindere sie." (O.V.: Bewährte Handwerksausbildung, in: DLw 1963, S. 367).
- 230 BLÜMER, H.: Berufserziehung als Aufgabe des Handwerks, in: DLw 1955, S. 98 - 100.
- 231 Vgl. Anmerkung 194.
- 232 "Eine Herauslösung der Berufsausbildungsvorschriften würde der Handwerksordnung einen bedeutsamen und für sie wesensmäßigen Bestandteil nehmen und sie unvollständig werden lassen." (Entschließung des Handwerksrates vom 29. November 1966, in: DHKT-Jahresbericht 1966, S. 86).  
"Für das Handwerk würde die organische Regelung der Handwerksordnung empfindlich gestört und der Zusammenhang zwischen Berufsausübung, Berufsausbildung und der Berufsorganisation zerrissen." (KOLBENSCHLAG, Heinrich: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, in: Festgabe, a.a.O., S. 134).
- 233 BDA, BDI, DHKT, DIHT u.a.: Berufsausbildung der Jugend in freiheitlicher Ordnung, in: WuBE 1962, S. 81 f. und DHKT-Jahresbericht 1962, S. 106 - 108.  
KIEFER, Josef: Die Berufsausbildung im Handwerk, in: DLw 1956, S. 203.  
RASPE, Herbert: Berufsausbildungsgesetz wäre kein Fortschritt, in: DLw 1962, S. 29 - 33.  
GRESS, W.: Entwürfe für ein Berufsausbildungsgesetz, in: DLw 1966, S. 358.  
KOLBENSCHLAG, Heinrich: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz. (Die Selbstverwaltung darf nicht bloßer Erfüllungsgehilfe des Staates werden.), in: Festgabe, a.a.O., S. 133.

- 234 KOLBENSCHLAG, Heinrich: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, in: Festgabe, a.a.O., S. 134.  
"Für den Bereich des Handwerks ist die Berufsausbildung ausreichend, zweckmäßig und praxisnah in der Handwerksordnung geregelt. Eine Änderung widerspräche dem demokratischen Prinzip der Subsidiarität." (EntschlieÙung des Handwerksrates, in: DHKT-Jahresbericht 1966, S. 86).
- 235 BDA, BDI, DHKT, DIHT u.a.: Berufsausbildung der Jugend in freiheitlicher Ordnung, in: WuBE 1962, S. 81 f.
- 236 KOLBENSCHLAG, Heinrich: Gegen Eingriffe in die Berufsausbildung, in: DLw 1967, S. 142.  
Derselbe: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, in: Festgabe, a.a.O., S. 135.  
EntschlieÙung des Handwerksrates, in: DHKT-Jahresbericht 1966, S. 87.
- 237 RASPE, Herbert: Berufsausbildungsgesetz wäre kein Fortschritt, in: DLw 1962, S. 29.  
"Von einer Rechtszersplitterung, wie sie Schlieper im 'Handwörterbuch der Berufserziehung' versteht, kann in Wirklichkeit nur sehr bedingt die Rede sein. Für den weiten Bereich des Handwerks trifft sie auf keinen Fall zu." (KOLBENSCHLAG, Heinrich: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, in: Festgabe, a.a.O., S. 132).
- 238 DHKT-Jahresbericht 1963, S. 132.  
"Wie schwer es ist, ein Einheitsgesetz zu verfolgen, geht schon wieder daraus hervor, daß in den dem Bundestag eingereichten Entwürfen bewußt nur für die gewerbliche Wirtschaft Bestimmungen getroffen werden. Dabei ist es auf diesem Sektor am wenigsten notwendig; hier hat sich, zum Teil auf gesetzlicher Basis, zum Teil auf gutem Gewohnheitsrecht, zum Teil auf statutarischen Selbstverwaltungsgrundlagen die Ausbildung so entwickelt, daß der gute Leistungsstand der deutschen Wirtschaft allenthalben zutage tritt und oft im In- und Ausland anerkannt wird."  
(KOLBENSCHLAG, Heinrich: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, a.a.O., S. 133).
- 239 Gutachten über Wesen und Rechtsstellung des Lehrverhältnisses, in: DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 104.  
Vgl. DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 96 ff.  
GÖTZ, A.: Die Erziehungsbeihilfe im Handwerk, in: DLw 1960, S. 76.  
KOLBENSCHLAG, H.: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, a.a.O., S. 132.

- 240 KOLBENSCHLAG, Heinrich: Wandlungen der Meisterlehre, a.a.O., S. 360.  
RASPE, Herbert: Berufsausbildungsgesetz wäre kein Fortschritt, in: DLw 1962, S. 29.  
EntschlieÙung des Handwerksrates, in: DHKT-Jahresbericht 1966, S. 86 f.
- 241 GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLw 1965, S. 284.  
Vgl. auch Anmerkung 195.
- 242 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 133.  
Vgl. auch o.V.: Antworten des Handwerks, in: DLw 1967, S. 357.  
GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLw 1965, S. 286.  
O.V.: Verstaatlichung verbessert nichts. (Während bei der gegenwärtigen Regelung alle Gesellen mitwirken, würden später nur Gewerkschaftsmitglieder beteiligt sein.), in: DLw 1966, S. 360.  
Die Fragestellung hinsichtlich der Mitbestimmung spitzt sich darauf zu, ob eine neue Selbstverwaltung unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen geschaffen oder eine wirtschaftliche Selbstverwaltung aufrecht erhalten werden soll. (RITZERFELD, Gerd: Berufsausbildung in der Diskussion, in: DLw 1967, S. 229).
- 243 EntschlieÙung des Handwerksrates, in: DHKT-Jahresbericht 1966, S. 87.  
KOLBENSCHLAG, Heinrich: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, in: Festgabe, a.a.O., S. 133.  
O.V.: Die Teilnehmer waren überfordert, in: DLw 1967, S. 216.
- 244 "Anstelle der bisherigen Berufsausbildungsausschüsse sollen neue Steuerungsorgane treten, die aber nur zur Verwischung der Verantwortung und zu Unklarheiten führen können. Das einzige Organ, das verdient, erwogen zu werden, ist eine Art Bundeskuratorium, in dem alle mit der Berufsausbildung befaßten Einrichtungen Gelegenheit haben sollen, ihre Meinungen vorzutragen und einen Erfahrungsaustausch zu pflegen." (KOLBENSCHLAG, Heinrich: Rahmenregelung statt Einheitsgesetz, in: Festgabe, a.a.O., S. 133).  
RITZERFELD, Gerd: Berufsausbildung in der Diskussion, in: DLw 1967, S. 151.

- 245 O.V.: Die Teilnehmer waren überfordert, in: DLw 1967, S. 215.
- 246 Ebenda, S. 216.  
A.G.: Totale Regelung unmöglich, in: DLw 1967, S. 318.  
Dagegen RITZERFELD, Gerd: Berufsausbildung in der Diskussion. ("Solche Koordinationsgremien können auch noch auf Landes- oder Bezirksebene gegründet werden."), in: DLw 1967, S. 242.
- 247 DHKT-Jahresbericht 1963, S. 141.  
GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLw 1965, S. 286.
- 248 Vgl. BIGALKE, Helmut: Die Einführung des Meister-  
nachwuchses in die Unterweisungsmethodik, in:  
Festgabe, a.a.O., S. 288 - 293.
- 249 Vgl. HAGEBÖLLING, Walter: Die Befähigung zur Anleitung  
von Lehrlingen, in: DLw 1954, S. 306 - 308.
- 250 DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 97 - 102.
- 251 DHKT-Jahresbericht 1958/59, S. 153 - 155.
- 252 Diese Bezeichnung findet für den Vorsitzenden des  
Ausschusses für Lehrlingsausbildung Verwendung.
- 253 DHKT-Jahresbericht 1960, S. 132 - 136.
- 254 DHKT-Jahresbericht 1962, S. 138.
- 255 Vgl. Anmerkung 792.
- 256 Vgl. Anmerkung 791.
- 257 Keinesfalls ist erwiesen, daß der hauptamtliche  
Ausbilder per se der bessere Pädagoge gegenüber dem  
Meister sein muß, "der ein Herz für seine Lehrlinge  
hat und zudem den notwendigen Sachverstand für das  
Berufsnotwendige besitzt." (DHKT-Jahresbericht 1961,  
S. 53).  
"Unzählige Eltern haben ihre Kinder zu tüchtigen  
Menschen erzogen oder wenigstens die Grundlagen für  
solche Erziehung gelegt, ohne je über die Grundsätze

der Pädagogik belehrt worden zu sein." (HAMPE, Heinrich: Falsche Töne, in: DLw 1961, S. 288).

- 258 FREYBE, G.: Fachschulunterricht auch in Zukunft, in: DLw 1966, S. 167 - 169.

Vgl. Bayerischer Handwerkskammertag gegen Akademisierung der Gewerbelehrausbildung, in: DLw 1964, a.a.O., S. 198.

- 259 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 161.

1957 lautete die Forderung noch spezieller: "Abgeschlossene Berufsausbildung, die in nicht-technischen Berufen durch den fachtheoretischen Teil der Meisterprüfung zu ergänzen ist; in technisch-konstruierenden Berufen ein zweijähriges gelenktes Praktikum." (DHKT-Jahresbericht 1957/58, a.a.O., S. 154).

- 260 DHKT-Jahresbericht 1959/60, S. 112 ff.

"Die Lehrkräfte an den Berufsschulen müssen über eine für die Unterrichtsaufgabe ausreichende betriebliche Berufserfahrung verfügen. Der Zugang zum Gewerbelehrerstudium muß bewährten Fachleuten aus der Praxis offen gehalten werden. Bei Mangel an fachpraktisch vorgebildeten Lehrkräften sollten für den fachkundlichen Unterricht pädagogisch befähigte Praktiker unter angemessenen Bedingungen eingesetzt werden." (Grundthesen und Leitsätze für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 144).

HAMPE, Heinrich: Handwerksmeister als Fachlehrer, in: DLw 1963, S. 35.

- 261 Vgl. vor allem SNIGOLA, Herbert: Zur Problematik einer "Stufenausbildung" im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 154 - 159.

DHKT-Jahresbericht 1965, S. 79 f.

O.V.: Verstaatlichung verbessert nichts, in: DLw 1966, S. 360.

O.V.: Meisterlehre und Stufenausbildung, in: DLw 1967, S. 3-6.

- 262 Vgl. SNIGOLA, Herbert: Zur Problematik einer "Stufenausbildung" im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 155.

- 263 Gegen den Deutschen Ausschuß hat das Handwerk schon festgestellt: "Die geforderte 'Reduzierung auf wenige Grundberufe' scheint die Differenziertheit der Wirtschaft,

insbesondere des Handwerks ... unberechtigt zu simplifizieren." (DHKT-Jahresbericht 1964, S. 116 f.).

O.V.: An der betrieblichen Lehre soll festgehalten werden, in: DHwB 1964, S. 490.

O.V.: Antworten des Handwerks, in: DLw 1967, S. 331.

SNIGOLA, Herbert: Zur Problematik einer "Stufenausbildung" im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 156.

AMRATH: Beruf oder Job, Randbemerkungen zum Schlagwort "Stufenausbildung", in: DLw 1966, S. 122 f.

264

Vgl. die Abschnitte 3.1.3.4, insbesondere Anmerkung 203, und Abschnitt 3.1.3.6.

Zugleich wird behauptet: "Der Grundaufbau der Stufenausbildung, die in eine Grundausbildung und eine darauf aufbauende Ausbildung höherer Qualifikation zerfällt, ist im Prinzip in allen modernen Ausbildungsplänen des Handwerks realisiert. Insofern entsprechen die handwerklichen Ausbildungspläne auch den Anforderungen einer qualifizierten, sich in Stufen vollziehenden Ausbildung." (O.V.: Stufenausbildung, in: DLw 1966, S. 305). Unter dieser Vorstellung lautete auch eine der ersten Reaktionen auf die Diskussion um die Stufenausbildung: "Die Stufenausbildung ist im Handwerk weitgehend verwirklicht." (O.V.: Leichtfertige Berufsprognosen, in: DLw 1965, S. 4). - Offensichtlich wird mit dieser Argumentation auf den methodischen Aspekt der pädagogisch-systematischen Durchführung Bezug genommen. (Vgl. Abschnitt 3.1.3.4, insbesondere Anmerkung 202),

SCHLIEPER hat dann vor dem Ausschuß für Berufserziehung als Vorteile der Stufenausbildung die Breite, Systematisierung und Anpassungsfähigkeit der Ausbildung herausgestellt und betont: "All das biete auch die bisherige Form der Handwerkslehre, nur eben auf andere Weise." Die Systematisierung sei an kein bestimmtes Ausbildungsmodell gebunden, sondern sei auch in der handwerklichen Meisterlehre gewährleistet, die darüber hinaus noch den Vorteil biete, daß die Ausbildungsabschnitte mit den menschlichen Reifephasen etwa parallel liefen. (O.V.: Meisterlehre und Stufenausbildung, in: DLw 1967, S. 5).

Den Ansatzpunkt einer gestuften Ausbildung im Handwerk stellten die Zwischenprüfungen dar. (REINERMANN, Wilhelm: Die Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Festgabe, a.a.O., S. 106).

265

O.V.: Stufenausbildung, in: DLw 1966, S. 305.

- 266 FREYBE: Neue Ausbildungsformen im Handwerk, in: DLw 1965, S. 355 - 358.
- Dagegen glaubt SNIGOLA, der vorzeitige Abschluß nach zwei Jahren würde praktisch zu neuen Anlernberufen führen. (SNIGOLA, Herbert: Zur Problematik einer "Stufenausbildung" im Handwerk, in: Festgabe, a.a.O., S. 159).
- SCHLIEPER schlägt neue Qualifikationsstufen vor, "die im Hinblick auf veränderte Gegebenheiten im sozialen und ökonomischen Bereich" erforderlich seien. Diese beziehen sich aber auf die Qualifizierung in der Folgestufe. (Vgl. o.V.: Meisterlehre und Stufenausbildung, in: DLw 1967, S. 6).
- Als neuralgischer Punkt für das Handwerk wird die Frage empfunden, ob es im Handwerk bessere Hilfsarbeiter geben soll. (LENNEPER, P.: Für und wider die Stufenausbildung, in: DLw 1967, S. 30).
- 267 Ebenda.
- O.V.: Antworten des Handwerks, in: DLw 1967, S. 331.
- O.V.: Realistische Bildungspolitik tut not, in: DLw 1967, S. 347.
- 268 GRESS, Werner: Stufenausbildung - Kein Modell für das Handwerk, in: DLw 1966, S. 307 f.
- Vgl. dazu DVG-Analyse, S. 161-163.
- 269 "Diese Ordnung ist die naturgemäße Stufung des Werdeganges in eine Zeit des Lehrlings, des Gesellen und des Meisters, wobei jede Stufe in ihrer Struktur dem jeweiligen Reifegrad des auf ihr Tätigen entspricht. Dieser Dreiklang ist ... als natürliches Gliederungsprinzip erwachsen. Es ist kein äußerlich verstandenes Ordnungssystem, sondern angemessen dem auf Vollendung und personale Selbstentfaltung angelegten Wesen des Menschen. Die Lösung des Problems der Lehrzeitdauer im Handwerk erschöpft sich also nicht in einer rechnerischen Ermittlung der "Lernzeiten", die für den Erwerb spezieller Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich sind. Wer das Problem der Lehrzeitdauer im Handwerk so primitiv glaubt lösen zu können, der übersieht einmal, daß die Lehre mehr darstellt als die äußerliche Vermittlung von Wissen und Können. Der übersieht weiter, daß die Lehre immer auch ein personaler Gestaltungsprozeß ist. Und er vergißt zum dritten, daß die Lehre in die eigentliche Reifezeit des jungen Menschen fällt und darum in ihrer zeitlichen Ausdehnung ganz besonders auch an dieser Gegebenheit auszurichten ist ... Das Handwerk kann also nur dann und soweit einer Verkürzung der Lehrzeitdauer zustimmen (das

scheint mir das eindeutige Ergebnis dieser wirtschaftspädagogischen Untersuchung für das Handwerk zu sein), wenn und insoweit dadurch nicht die organisch gewachsene und der Natur des Jugendlichen entsprechende Ordnung gestört wird, das heißt die Relation zwischen dem betrieblichen handwerklichen Lernprozeß und dem naturgebundenen Reifeprozeß des Jugendlichen." (SCHLIEPER, Friedrich: Grundfragen der Lehrzeitdauer im Handwerk, Vortrag am 12. Oktober 1956, in: DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 92 f.).

Vgl. o.V.: Das Problem der Lehrzeitdauer im Handwerk, in: DLw 1956, S. 357 - 359.

SÖRENSEN, R.: Ausbildungsprobleme aus der Sicht des Handwerks, in: DLw 1959, S. 210 f.

SÖRENSEN, R.: Neue Forderungen - neue Wege in der handwerklichen Berufserziehung, in: DLw 1961, S. 335 - 342.

Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 144.

270 HANSEN, Walter: Lehrlinge von heute - Meister von morgen, in: DLw 1954, S. 342.

EPPIG, Rudolf: Heute "Zeit" - Morgen "Leistung", in: DLw 1957, S. 10 - 12.

ZDH: Jugend im Handwerk 1960, a.a.O., S. 69.

ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 34.

Falls die gegnerische Begründung stärker auf die in der Lehrzeit zu vermittelnden Ausbildungsinhalte abstellt, wird auf den "funktionalen Zusammenhang zwischen Ausbildungsergebnis und Lehrzeitdauer" verwiesen. (O.V.: Ausbau der überbetrieblichen Ausbildung - Zitat Hockelmann - in: DLw 1956, S. 354).

"Man kann im Grunde das in der Lehre zu vermittelnde Maß an Fertigkeiten und Kenntnissen hinsichtlich seines Umfangs und seiner Intensität beliebig variieren." (Gutachten des Instituts für Berufserziehung im Handwerk 1959, zum Entwurf einer "Verordnung über die Festsetzung der Lehrzeitdauer im Handwerk" des Bundesministers für Wirtschaft - zitiert nach LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 62).

271 Die Einführung eines zweiten Berufsschultages würde erneut eine Kürzung der Ausbildungszeit bedeuten. "Für die Mehrzahl der Handwerksberufe stimmt es keineswegs, daß etwa die manuelle Betätigung gegen-



über dem fachlichen Wissen an Bedeutung zurücktrete." (DHKT-Jahresbericht 1957/58, S. 155 f.).

Mit der Einführung eines zweiten Berufsschultages wird die Reform der Lehrzeit aufgeworfen. (DHKT-Jahresbericht 1961, S. 162).

GRESS, W.: Gegen Vollzeitberufsschulunterricht, in: DLw 1965, S. 93 f.

- 272 FREYBE, Günter: Ist das alles wirklich notwendig? (Die Entwürfe zum Jugendarbeitsschutzgesetz sind typische Kinder der Maßlosigkeit.), in: DLw 1956, S. 359 - 361.
- "Nicht immer mehr Schutz vor der Arbeit ist das, was eine gesunde Jugend braucht, sondern Schutz vor all den negativen Einflüssen des Lebens, die außerhalb der Arbeitssphäre liegen." (FREYBE, G.: Welchen Schutz hat die Jugend am nötigsten?, in: DLw 1957, S. 328).
- O.V.: Nicht tragbar, in: DLw 1959, S. 85.
- FREYBE, G.: Rechtfertigt die körperliche Gesundheit der Jugend weitere Arbeitszeitverkürzungen? ("Der Gesundheitszustand der Jugendlichen bessert sich in der Lehre"), in: DLw 1960, S. 46 - 49.
- Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz bedeutet bei einer dreijährigen Lehrzeit eine Verkürzung um 1.400 Stunden. Das Gesetz ist gegen die nachdrücklichen Vorstellungen des Handwerks ratifiziert worden. (DHKT-Jahresbericht 1960, S. 4).
- FREYBE, G.: Berufserziehung und Berufsausbildung in der Sicht des Handwerks ("... in Handwerkerkreisen spricht man auch von dem Gesetz zum Schutze der Jugend vor der Arbeit"), in: DLw 1962, S. 15.
- 273 Vgl. RASPE, Herbert: Arbeitszeitverkürzung und Lehrzeitdauer, in: DLw 1958, S. 98 - 100.
- 274 DHKT-Jahresbericht 1960, S. 163.
- 275 BGBI. 1960 I, S. 851. Dort werden grundsätzlich alle handwerklichen Berufe mit einer Lehrzeit von drei Jahren festgelegt; für 30 Lehrberufe wird eine Ausnahmeregelung mit einer Lehrzeit von dreieinhalb Jahren vorgenommen.
- 276 DHKT-Jahresbericht 1960, S. 121 ff.
- "Für besonders schwierige Berufe ... wäre unter Umständen sogar zu prüfen, ob nicht eine Lehrzeit-

dauer von vier Lehrjahren ... notwendig und zweckmäßig sein könnte." (ZDH: Jugend im Handwerk 1960, a.a.O., S. 69).

Zum Problem, ob die Festsetzung einer einheitlichen, für alle Lehrberufe gleichen, oder einer nach den Ausbildungsinhalten differenzierten Lehrzeitdauer gefordert werden soll, bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen denjenigen Handwerksvertretern, die mit SCHLIEPER den erzieherischen Charakter der Handwerkslehre als dominierend ansehen und die Lehrzeit allein mit dem organischen Reife- und personalen Gestaltungsprozeß abstimmen wollen - folglich zur Festsetzung einheitlicher Lehrzeiten für alle Lehrberufe kommen, und denjenigen, die den Ausbildungscharakter stärker betonen - mithin für eine an den Ausbildungsinhalten orientierte Differenzierung der Lehrzeitdauer für die einzelnen Berufe plädieren. (Vgl. Anmerkungen 105 und 114 und LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 28 f.)

277 § 32 HwO, n.F.

278 Vgl. LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 113.

279 ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 35.

280 § 35 Abs. 2 HwO; Einheitslehrvertrag § 1 Abs. 1.

281 Die vorzeitige Ablegung der Gesellenprüfung beschränkt sich deshalb auf etwa zwei Prozent der Lehrabschlußprüfungen. (DHKT-Jahresbericht 1958/59, S. 131 f.).

FREYBE: Voraussetzungen zur Abkürzung der Lehrzeit, in: DLw 1954, S. 313 f.

RÖTTGES: Zweifelsfragen zur Lehrzeitdauer, in: DLw 1967, S. 93 f.

282 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 140.

283 § 32 HwO.

RÖTTGES: Zweifelsfragen zur Lehrzeitdauer, in: DLw 1967, S. 93 f.

Derselbe: Die "ordnungsmäßige" Lehrzeit, in: DLw 1967, S. 303 f.

Neuerdings werden die bestehenden Vorschriften der Handwerksordnung anders interpretiert: Es werden drei mögliche Fälle der Lehrzeitverlängerung zugelassen.

(a) Wenn durch längere Krankheit über drei Monate der Lehrzeit versäumt wurde und der Lehrherr zum Ende der ordentlichen Lehrzeit übersieht, daß das Lehrziel nicht zu erreichen ist, kann er durch eine einseitige schriftliche Willenserklärung mindestens drei Monate vor Ablauf der Lehrzeit diese um die versäumte Kalenderzeit verlängern.

(b) Bei nicht bestandener Gesellenprüfung kann nach § 36 Abs. 3 HwO der Lehrling die Verlängerung der Lehrzeit bis zur Wiederholungsprüfung, längstens um ein Jahr, beantragen. Der Antrag bedarf der Genehmigung durch die Handwerkskammer und wird in der Lehrlingsrolle eingetragen. Dadurch könnte eine maximale Lehrzeit von viereinhalb Jahren erreicht werden.

(c) Bei leistungsschwachen Lehrlingen kann vor dem Nichtbestehen der Gesellenprüfung vorbeugend durch Vereinbarung beider Parteien die Lehrzeit verlängert werden, allerdings wird dadurch nur ein privatrechtliches Verhältnis begründet, so daß keine Anerkennung durch die Kammern möglich ist. Die maximale Lehrzeitdauer für diesen Fall ist auf vier Jahre (§ 34) begrenzt. (wlz: Verlängerung der Lehrzeit, in: DLw 1967, S. 364 f.).

Vgl. auch St.: Änderung der Lehrzeit (Neue Vorschriften über die Nachlehre in der Handwerksordnung), in: DLw 1966, S. 94 f.

- 284 "Ist es wirklich für die Gewerbelehrerschaft so wesentlich, daß der Gewerbelehrer nicht als Sachverständiger, sondern als Beisitzer dem Prüfungsausschuß angehört? Entspricht es der öffentlichen Stellung des Gewerbelehrers nicht mehr, Sachverständiger zu sein und nicht Beisitzer?" ... "Ungeachtet dessen (der Bedeutung der Berufsschule; A.K.) sollte man es, um das im Handwerk lebende Gedankengut zu hüten, dem Handwerk überlassen, seinen Nachwuchs auszuwählen, was ja praktisch in der Gesellenprüfung geschieht." (KOLBENSCHLAG, Heinrich: Handwerksordnung und Gewerbelehrerschaft, in: DLw 1954, S. 9 - 11).

KOLBENSCHLAG betont aber, das Handwerk wäre zu diesen Vorschriften vorher nicht gehört worden und deshalb könne es kein Vorwurf treffen.

Vgl. auch DHKT-Jahresbericht 1955/56, S. 142 f.

- 285 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 161 f.

- 286 DHKT-Jahresbericht 1966, S. 118.

- 287 HOCKELMANN, Anton: ... die guten Willens sind,  
in: DLw 1954, S. 3.  
HAMPE, Heinrich: Gedanken zum Problem der Zwischenprüfung, in: DLw 1954, S. 18 f.  
O.V.: Die Zwischenprüfung der Lehrlinge, in: DLw 1964, S. 251 - 257.
- 288 § 24 (§ 28 Abs. 1 n.F.) HwO verpflichtet den Lehrling zur Teilnahme an den Zwischenprüfungen; § 29 enthält eine entsprechende Verpflichtung des Lehrherrn, die Teilnahme zu ermöglichen.  
Vgl. FREYBE, Günter: Die Zwischenprüfungen der Handwerkslehrlinge, in: Festgabe, a.a.O., S. 171.
- 289 SCHMULL, Herbert: Zwischenprüfungen und ihre Bedeutung, in: DLw 1954, S. 338 - 340.
- 290 DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 132.  
DHKT-Jahresbericht 1964, S. 151.
- 291 Für 1963 wird die Teilnahme von 109.755 Lehrlingen an Zwischenprüfungen ausgewiesen. (DHKT-Jahresbericht 1964, S. 151). Wenn unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Lehrzeit von drei Jahren die Durchführung je einer Zwischenprüfung nach dem ersten und zweiten Lehrjahr unterstellt wird (in den "Fachlichen Vorschriften", die zwischen 1938 und 1941 noch erlassen wurden, waren durchweg zwei Zwischenprüfungen verankert; die neu erlassenen "Fachlichen Vorschriften" sehen meistens nur "mindestens" eine Zwischenprüfung vor; die von den Kammern erlassenen "Allgemeinen Lehrlingsordnungen" gehen von der Durchführung zweier Zwischenprüfungen aus, ohne jedoch die Innungen dazu zu verpflichten), müßten überschlägig etwa zwei Drittel des jeweiligen Lehrlingsbestandes an Zwischenprüfungen teilnehmen. Bei einem Lehrlingsbestand von 430.840 für 1963 hätten etwa 285.000 Zwischenprüfungen durchgeführt werden müssen. Es kann daraus geschlossen werden, daß noch nicht 50% der als notwendig zu erachtenden Zwischenprüfungen tatsächlich abgenommen wurden. Zur Kontrolle: Die Gesellenprüfungen müßten nach dieser Rechnung rund ein Drittel des jeweiligen Lehrlingsbestandes erreichen. In den Jahren um 1963 haben jeweils rund 30% des Lehrlingsbestandes die Gesellenprüfung bestanden.  
Zur Kritik an den statistischen Erhebungen zur Zwischenprüfung vgl. FREYBE, Günter: Die Zwischenprüfungen der Handwerkslehrlinge, in: Festgabe, a.a.O., S. 177 f.

- 292 Zum Beispiel RAMROTH, P.: Regelmäßige Zwischenprüfungen (Ein interessanter Beschluß der Kreishandwerkerschaft Neuwied), in: DLW 1967, S. 32.
- 293 Vgl. auch FREYBE, Günter: Die Zwischenprüfungen der Handwerkslehrlinge, in: Festgabe, a.a.O., S. 171 - 178.
- 294 "Der wirksame Vollzug des Berufsordnungsmittels der Zwischenprüfung ist ein bevorzugter Gegenstand der pflegenden und überwachenden Tätigkeit der berufsständischen Selbstverwaltungsorgane ... geworden. So leicht huscht kein Betrieb durch die Maschen, der seine Lehrmeisterpflichten vernachlässigt." (REINERMANN, Wilhelm: Die Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Festgabe, a.a.O., S. 100 f.).
- 295 DHKT-Jahresbericht 1965, S. 79 f.
- 296 DHKT-Jahresbericht 1960, S. 153.
- 297 O.V.: Ordnungsgrundsätze der Meisterlehre - Zitat Richard Uhlemeyer - in: DLW 1954, S. 5.
- "Auf jeden Fall müssen Selbstverantwortung und Eigeninitiative erhalten bleiben." (O.V.: Wege zum Aufstieg und zur Meisterschaft - Zitat ZDH: Jugend im Handwerk 1963 - in: DHWB 1963, S. 227).
- "Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung gehört die Bereitstellung von Beihilfen und Stipendien, die wegen der öffentlichen Bedeutung einer intensiven Weiterbildung der Erwachsenen auch aus öffentlichen Mitteln aufzubringen sind." (Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 146).
- 298 DHKT-Jahresbericht 1960, a.a.O., S. 153.
- "Das Streben nach Bildung erfordert daher vor allem den Willen zum Lernen, zum Einsatz und zum Opfer. Jede Förderungsmaßnahme muß, wenn sie erfolgreich sein will, auf dieser Opferwilligkeit aufbauen. Sie würde sich schließlich in das Gegenteil verkehren, wenn diese Kräfte durch zu große Förderungsmaßnahmen aufgehoben werden. Auch im Interesse erfolgreicher Bildungsbemühungen ist daher die Selbsthilfe die beste und wirksamste Förderung." (Erfolg durch Weiterbildung. Wegweiser für den jungen Handwerker zu Fach-, Werkkunst- und Ingenieurschulen sowie anderen Weiterbildungseinrichtungen. Herausgeber: DHKT, bearbeitet von Heinrich HAMPE, 3. Auflage, Dortmund 1964, S. 11).

- 299 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 146.  
DHKT-Jahresbericht 1966, S. 128 f.
- 300 DHKT-Jahresbericht 1965, S. 107 f.
- 301 "Bei der Erörterung der institutionellen Förderung setzte sich der Ausschuß mit der vielfach erhobenen Kritik auseinander, daß die zahlreichen Haushalts "Töpfe" unüberschaubar seien. Er kam hierbei zu der Erkenntnis, daß die Vielfalt nicht nur entstehungsgeschichtlich begründet, sondern auch heute noch notwendig und zweckmäßig ist und insbesondere den Belangen des Handwerks Rechnung trägt." (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 44).
- 302 Gegründet am 4. Februar 1954 in Bonn (vgl. o.V.: Stiftung für die Begabtenförderung im Handwerk, in: DLw 1954, S. 53 f.).  
Über die Voraussetzungen der Förderung vgl.: DHKT: Erfolg durch Weiterbildung ..., a.a.O., S. 11 f.
- 303 O.V.: Berufsbildung darf kein Stiefkind sein - Zitat Schulhoff - in: DLw 1967, S. 205 f.
- 304 Eine Veränderung der "Erziehungsbeihilfe" wird vorwiegend unter wettbewerbpolitischen Gesichtspunkten im Zusammenhang mit dem Nachwuchsproblem betrachtet. Als ein Beispiel vgl. o.V.: Die Meisterlehre soll attraktiv gestaltet werden, in: DLw 1958, S. 206 f.
- 305 Vgl. Anmerkung 269.
- 306 Die 4. Auflage der Broschüre "Erfolg durch Weiterbildung", a.a.O., gibt erstmals auch eine Übersicht über die Tageslehrgänge der Handwerkskammern zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung. Die Zahl der jährlich bestandenen Meisterprüfungen liegt bei etwa einem Drittel der jährlich bestandenen Gesellenprüfungen; die Quote der nicht bestandenen Prüfungen liegt bei 15%; absolut für 1965: Abgelegte Meisterprüfungen 44.071, davon bestanden 37.151 (DHKT-Jahresbericht 1966, S. 287).
- 307 SCHLIEPER hat dem Ausschuß für Berufserziehung folgende Qualifikationsstufen vorgeschlagen: Grundprüfung plus Anwartschaft auf die Meisterprüfung; Qualifizierung als

Betriebsmeister; zusätzliche Qualifizierung als Lehrmeister oder Meister zur Erlangung der Selbständigkeit; selbständiger Meister mit Lehrbefugnis. (O.V.: Meisterlehre und Stufen- ausbildung, in: DLw 1967, S. 6).

WENZLAWSKI, Günther: Weiter- und Fortbildung des Handwerks im Umbruch (Plan zur Einführung eines Bildungspasses), in: DHwB 1966, S. 209 - 214.

- 308 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 146.
- "Der moderne Betrieb erfordert nicht überwiegend theoretisch ausgebildete Führungskräfte, wie sie durch Ingenieurschulen der bisherigen Organisationsform ausgebildet werden, sondern Praktiker mit langjähriger Berufserfahrung und zusätzlicher theoretischer Ausbildung. Dieser Aufgabe können die Ingenieurschulen nicht gerecht werden, weil dort das industrielle Leitbild vorherrscht und weil die berufspraktischen Voraussetzungen zu gering sind." (O.V.: Bildungschancen für den Praktiker - "Vorschläge für die Weiterbildung der Handwerker" - in: DLw 1964, S. 139 f.).
- 309 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 145 f.
- WENZLAWSKI, Günther: Weiterbildung von heute - Ausbildung morgen, in: DHwB 1965, S. 495 f.
- 310 DHKT-Jahresbericht 1964, S. 158.  
DHKT-Jahresbericht 1965, S. 111.
- 311 DHKT-Jahresbericht 1960, S. 153.
- 312 O.V.: Bildungschancen für den Praktiker ..., a.a.O., S. 141 f.
- 313 "Der Arbeitskreis (1) hielt die berufliche Weiterbildung für einen wichtigen Teil der Berufsausbildung, dessen Bedeutung heute noch nicht genügend gewürdigt wird. Er sah eine zweckmäßigere Ordnung der zur Zeit bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten als notwendig an und forderte eine zusätzliche finanzielle Förderung des Lehrgangs- und Fachschulwesens auch aus öffentlichen Mitteln." (O.V.: Wege zum Aufstieg

und zur Meisterschaft, in: DHwB 1963, S. 226).

"Im Sinne des Zieles der Weiterbildung setzt sich das Handwerk für eine Verstärkung der Erwachsenenbildung in allen Bereichen ein, sowohl im Bereiche der beruflichen Weiterbildung im engeren Sinne, als auch im Bereich der allgemeinen und staatsbürgerlichen Weiterbildung." (Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 145).

GÖTZ, A.: DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLw 1965, S. 285.

- 314 Grundthesen und Leitsätze des Handwerks für ein Bildungsprogramm, in: DHKT-Jahresbericht 1963, S. 145 f.

Darin kann als politisch motiviertes Ziel die Erhaltung des Mittelstandes gesehen werden.

"Auch für die Konkurrenzfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes ist die verstärkte Leistungsfähigkeit des einzelnen durch verbesserte berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten existentielle Voraussetzung." (ZDH: Jugend im Handwerk 1966, a.a.O., S. 43).

Vgl. auch DHKT-Jahresbericht 1966, S. 128.

- 315 DHKT-Jahresbericht 1961, S. 51.



zu 3.2 Die Vorstellungen von Industrie und Handel

- 316 Einschließlich Westberlin. Vgl. StJb 1969, a.a.O., S. 136.

Im folgenden werden ohne besondere Kennzeichnung die Begriffe "Industrie und Handel" als Kurzform für "den Industrie- und Handelskammern zugehörige Gewerbetreibende" verwendet.

- 317 Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956, BGBI. I, S. 920 ff.

- 318 Die wichtigste Voraussetzung ist die Eintragung in das Handelsregister. Vgl. § 2 IHKGes.

- 319 Einige statistische Angaben liegen für Teilbereiche vor.

Für den Handel vgl. StJb 1969, a.a.O., S. 261 ff.;

ACHTENHAGEN, Frank: Informationen zum Betriebspraktikum: Zur Sozialstruktur im Handel, Weinheim-Berlin-Basel 1969.

Für die Industrie vgl. StJb 1969, a.a.O., S. 195 ff.;

Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik 1961. Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. (Zitiert nach DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 69).

Als Gründe für die Schwierigkeiten statistischer Erhebungen zur Betriebsgrößenstruktur gibt der DIHT an:

"Es fehlt bei den Kammern nicht an gutem Willen, bessere statistische Unterlagen zu schaffen. Versuche dieser Art sind mehrfach unternommen worden; ... Schwierigkeiten macht die Unterscheidung zwischen Betrieb und Unternehmung, ferner die Tatsache, daß manche Firma sich in mehreren Branchen zugleich betätigt und schließlich, daß viele Lehrbetriebe kaufmännische und gewerbliche Lehrlinge nebeneinander ausbilden. Es gibt vor allem keine allgemeingültige branchenunabhängige Definition der Begriffe 'Großbetrieb', 'Mittelbetrieb' und 'Kleinbetrieb'. Während für Industrie und Handwerk die Zahl der

Beschäftigten wenigstens ein gewisser Maßstab für die Größe des Betriebes sein kann, grenzen die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und der Gesamtverband des Groß- und Außenhandels die Betriebsgrößen nach ganz anderen Kriterien ab. Von Branche zu Branche herrschen also unterschiedliche Vorstellungen über 'groß' und 'klein'. Im graphischen Gewerbe, um ein Beispiel zu nennen, dominiert der Klein- und Mittelbetrieb so stark, daß Betriebe mit 500 Beschäftigten schon als Großbetrieb angesehen werden.

Ohne sinnvoll gestellte und richtig beantwortete Zusatzfragen hat eine Betriebsgrößenstatistik nur bedingten Nutzen. ... Die Arbeitsstätten-erhebung vom 6. Juni 1961, die mehr als 2 Millionen Arbeitsstätten ausweist, fragt nicht nach Lehrlingen und unterscheidet beim Verarbeitungs- und beim Baugewerbe nicht zwischen Handwerk und Industrie. Außerdem können Arbeitsstätten nicht generell mit Betrieben gleichgesetzt werden." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 66 f. und 68).

320 DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 83.

Die vom Handwerk ermittelten Zahlen über die Beschäftigten in den kammerzugehörigen Unternehmen, den auf sie entfallenden Umsatz und ihr Anteil am Sozialprodukt liegen für den Bereich von Industrie und Handel nicht vor.

321 DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 83.

322 Vgl. StJb 1969, a.a.O., S. 132 f.;  
DIHT-Schriftenreihe, Heft 111, S. 35 ff.

323 "Die Betriebe und Beschäftigten in der Industrie (ohne Baugewerbe) nach Betriebsgrößenklassen sowie die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb", in: Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik 1961, a.a.O., S. 31.

324 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 69.

Die Aussage der Industriestatistik weist vor allem in Hinblick auf Vergleichsmöglichkeiten mit dem Handwerk einen erheblichen Mangel dadurch auf, daß die Betriebsgrößenklasse 1 - 9 Beschäftigte nicht ausgezählt wurde.

325 Vgl. DIHT-Schriftenreihe, Heft 86, S. 28 - 33.

- 326 StJb 1969, a.a.O., S. 136.
- 327 Zu den Stufen der Entwicklung vgl. "Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung". Herausgegeben aus Anlaß der 100-Jahr-Feier des Deutschen Industrie- und Handelstages, Frankfurt am Main 1961.
- 328 Vgl. FRENTZEL, Gerhard: Die Industrie- und Handelskammern und ihre Spitzenorganisation in Staat und Wirtschaft, in: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung, a.a.O., S. 29 - 192.
- 329 FRENTZEL, Gerhard: Die Industrie- und Handelskammern und ihre Spitzenorganisation in Staat und Wirtschaft, a.a.O., S. 176.
- 330 "Die Gewerkschaften waren in der Lage, trotz sicherlich nicht geringer sachlicher und organisatorischer Meinungskämpfe im Innern, nach außen hin eine einheitliche und festgefügte Front ihrer sachlichen und politischen Gegner sowie der Regierung entgegenzustellen. Die Unternehmerschaft war in mannigfache Organisationen aufgeteilt, die sich aber Auseinandersetzungen über ihre Kompetenz und ihre Legitimation zum Auftreten nach außen nicht entziehen konnten. Die Bezeichnung der Unternehmerorganisation als der drei Säulen war im wesentlichen der bildhafte Ausdruck eines praktisch nur unvollkommen verwirklichten Ordnungstrebens und konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Bauwerk, das auf diesen drei Säulen ruhte, sich häufig im labilen Gleichgewicht befand." (Ebenda, S. 176).
- Als die "drei Säulen" werden der DIHT, die BDA und die Fachverbände angesehen (vgl. ebenda, S. 154).
- 331 Zur Geschichte von BDA und BDI vgl.
- HAUNSTEIN, Fritz: Die Gründerzeit der Wirtschaftsverbände, in: ORDO Jahrgang IX, 1957, S. 43 - 64.
- SCHNEIDER, Herbert: Die Interessenverbände, a.a.O.
- SCHULZ, Gerhard: Über die Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: PVS 1961, S. 124 - 154.
- Fünf Jahre BDI. Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes. Herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Bergisch Gladbach 1954.

Der Weg zum industriellen Spitzenverband,  
Hoppenstedts Wirtschafts-Archiv, Darmstadt  
1956.

- 332 "Die Industrie- und Handelskammern können ...  
Maßnahmen zur Förderung und Durchführung der  
kaufmännischen und gewerblichen Berufsausbildung  
unter Beachtung der geltenden Rechtsvorschriften  
treffen." (§ 1 Abs. 2 IHKGes.).  
Vgl. auch FISCHLEIN, Wolfgang: Die Arbeit der  
Industrie- und Handelskammern auf dem Gebiet  
der Jugendbildung bis 1933, Dissertation  
Nürnberg 1968.
- 333 Fragen der Berufsausbildung werden beim DIHT in  
der Fachabteilung VII "Berufsbildung und Arbeits-  
kräftefragen" koordiniert (Gesamtzahl der Fach-  
abteilungen: 10).
- 334 W. Bertelsmann Verlag KG, Bielefeld. Redaktion:  
KIESLINGER, Adolf. Mit Beilage "Der Ausbilder".  
Jahrgänge 1949 - 1969 (zitiert als WuBE).
- 335 Zitiert als DIHT-Bericht 19.. (1951 - 1968).
- 336 Zitiert als DIHT-Schriftenreihe, Heft 1..  
(1 - 111).
- 337 Vgl. die 16 Publikationen in: DIHT-Bericht 1968,  
S. 180 - 182.
- 338 Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufs-  
ausbildung äußert sich in zahlreichen gemeinsamen  
Stellungnahmen, an denen sich meistens auch der  
DHKT beteiligt, und vor allem in der Existenz des  
"Arbeitskreises für Berufsausbildung", der gemeinsam  
von BDA, BDI und DIHT begründet wurde.
- 339 Der BDA gehören 43 nach fachlichen Kriterien  
gegliederte Verbände aus allen Wirtschaftsbereichen  
an, die ihrerseits 385 regional gestreute Mitglieds-  
verbände umfassen. (Vgl. StJb 1969, a.a.O., S. 139 f.).  
"Die BDA repräsentiert zur Zeit rund 90% aller in  
Privathand befindlichen Unternehmer" (SCHNEIDER,  
Herbert: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 26).  
Fragen der Berufsausbildung werden im "Jugend- und  
Bildungsausschuß" der BDA koordiniert und in den

- Abteilungen IV: Arbeitsmarkt, -vermittlung, -losenversicherung und -hilfe; Frauenarbeit; Berufsaus- und -fortbildung; und V: Sozialpolitische Bildungs- und Jugendarbeit bearbeitet (Gesamtzahl der Abteilungen: 9).
- 340 Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Düsseldorf (DAg).
- 341 Die Stiftung ist von der BDA 1959 zur "Förderung der Bildungs- und Aufklärungsarbeit" gegründet worden. "Sie legt in diesem Sinne Bekenntnis ab zu der sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgabe, die der Unternehmerschaft in der heutigen Zeit gestellt ist." (Walter-Raymond-Stiftung: Wirtschaft und Schule; Erfahrungen, Grundsätze, Empfehlungen, Sonderdruck aus Band 5 der Veröffentlichungen, S. 3).
- 342 Die Schriftenreihe wird wesentlich geprägt vom "Ausschuß für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit".
- 343 Im BDI sind aus den Bereichen der Industrie 38 fachlich gegliederte Arbeitgeberverbände vereinigt, die überwiegend direkt oder über andere Fachverbände auch der BDA angehören. Er umfaßt 199 Landesverbände beziehungsweise Landesgruppen und 401 direkt oder über die Landesverbände angeschlossene Fachverbände beziehungsweise Fachgemeinschaften (vgl. StJb 1969, a.a.O., S. 138).
- 344 Herausgegeben von der Bildungsabteilung des Deutschen Industrieinstituts (DI); seit Januar 1969 mit dem Untertitel "Forum der Wirtschaft für Bildungsfragen".
- 345 Herausgegeben vom DI, Köln" 1. Folge 1958 bis 20. Folge 1967.
- 346 Herausgegeben von den Arbeitskreisen "Schule/Wirtschaft" der "Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens".
- 347 Zitiert als BDI-Bericht 19..
- 348 Vgl. S. 11 f.  
Für eine gesonderte Analyse bieten sich die Vorstellungen des "Ettlinger Kreises" an, in

dem durch die Initiative Hans Freudenbergers seit 1957 sich als progressiv empfindende Industrielle einen Gedankenaustausch pflegen.

- 349 Die Inkohärenz der Gruppe ist zum Teil durch die Schwierigkeiten der Abgrenzung zu anderen Arbeitgeberorganisationen, insbesondere zum Handwerk, bedingt. Gemessen am wirtschaftlichen Kriterium der vertikalen volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung umfaßt die Gruppe die Produktionsstufen "Urproduktion", "Fabrikation" und "Dienstleistung". Auf den Stufen der "Fabrikation" und vor allem der "Dienstleistung" werden überwiegend die gleichen volkswirtschaftlichen Aufgaben von Industrie und Handel einerseits und dem Handwerk andererseits parallel erfüllt. Daraus erklären sich die Gemeinsamkeiten der nur aus historischem Ursprung geteilten Gruppen. Die gegenwärtige Zuordnung einzelner Unternehmungen zu einer der beiden Gruppen erfolgt formal nach der Zugehörigkeit zu den Kammern; inhaltlich werden zur im einzelnen sehr umstrittenen Abgrenzung die wirtschaftlichen Kriterien "Unternehmensgröße", "betriebliche Organisation", "Kapital- und Arbeitsintensität", "Unternehmensform" und "soziale Stellung des Eigentümers im Unternehmen" herangezogen. Aus der wirtschaftlichen Stellung ergeben sich demzufolge oft stärkere gemeinsame Interessen zwischen den Klein- und Mittelbetrieben aus Industrie und Handel und vor allem größeren Handwerksbetrieben, als zwischen den Klein- und Mittelbetrieben der Industrie und des Handels und den Großbetrieben dieser Gruppe. Als Beispiel kann auf die in verschiedenen Punkten abweichenden Vorstellungen der im "Ettlinger Kreis" vereinigten Großindustriellen verwiesen werden.
- 350 Die Belege für die hier sehr stark komprimierte Darstellung der Grundauffassungen sind weit gestreut und zum Teil erst durch die ideologiekritische Analyse völlig klar aufzudecken. Da HONDRICH eine solche Analyse bereits vorgenommen hat und die folgende Darstellung zu weitgehend mit denen HONDRICH's übereinstimmenden Ergebnissen gekommen ist (vgl. HONDRICH, Karl Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden, a.a.O., insbesondere S. 56 ff.), BAETHGE in gewisser Weise den Ansatz zugespitzt auf die bildungspolitische Problematik weiter vorangetrieben hat (vgl. BAETHGE, Martin: Ausbildung und Herrschaft - die unternehmerischen Interessen in der Bildungspolitik. Ein bildungssoziologischer Beitrag zum Verhältnis von Wirtschaftsinteressen und Bildungspolitik - dargestellt am Beispiel der

unternehmerischen Spitzenverbände, Dissertation Hannover 1969 -. Eine geraffte Darstellung liegt vor als Aufsatz über "Die Bildungspolitik der unternehmerischen Wirtschaftsverbände", in: DBFSch 1969, S. 403 - 416), die eigene Untersuchung ihren Schwerpunkt "unterhalb" beider Untersuchungen auf den Teilbereich "Berufsausbildung" richtet, kann auf einen Einzelnachweis verzichtet werden.

- 351 Jeder von anderen Verbänden geforderte planerische Eingriff des Staates, der sich gegen die eigenen Interessen richtet, wird nach dem sogenannten "Lawinenmotiv in der Ideologie" verdächtigt, zu einer Ausdehnung des Staatsapparates bis zur Einschränkung der politischen Freiheit zu führen, die im totalitären Staat mit Konzentrationslagern endet. (Vgl. HONDRICH, Karl Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden, a.a.O., S. 80). Zur Abwehr von Reformvorschlägen in der Berufsausbildung äußert sich das Motiv mit Hinweisen darauf, daß die Vorschläge einer "uferlosen Planungsideo-logie" entspringen und zum Beispiel die Verlängerung der Berufsschulzeit und das Lösen der Ausbildung von der betrieblichen Lehre zu einer "Sozialisierung des Jugendalters" führe (o.V.: Neue Wege in der Berufsausbildung, in: WuBE 1959, S. 209).

Die Arbeitgeberverbände empfinden es offensichtlich nicht als Widerspruch, sich gleichzeitig um finanzielle staatliche Unterstützungen zu bemühen. Vgl. für den Bereich der Berufsausbildung:

O.V.: Steuerpolitik im Dienste der Berufsausbildung, in: WuBE 1950, S. 25.

BDI-Jahresbericht 1965, S. 128 (Der BDI hatte sich bei der Beratung des Leistungsförderungsgesetzes für eine Förderung der Gemeinschaftslehrwerkstätten und Ausbilder-ausbildung eingesetzt).

ARLT, Fritz: Betriebliche Bildungsarbeit als Kosten- und Produktionsproblem, in: Deutsches Industrie-institut, Rationalisierung betrieblicher Bildungsarbeit, zweiter Beitrag; Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 11, Köln 1965, S. 6 f.

Die Sorge gilt der damit möglicherweise verbundenen Grenzverwischung zwischen privater und öffentlicher Trägerschaft von Bildungseinrichtungen. "Staatliche Bildungssubventionen dieser Art haben nicht nur Vorteile. Sie verwischen die bisherige klare Abgrenzung von öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und schaffen einen neuen Typ, der zwischen beiden liegt ... Es besteht eine gewisse

Tendenz, bei Einzelpersonen wie beim Betrieb, den Willen zu eigenen Opfern zu schwächen und den Gang zur Behörde selbstverständlich werden zu lassen ... Zudem zeigen solche Fonds eine politisch nicht zu bewältigende Neigung zu ständigem Wachstum ..." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 92, S. 93 f.; vgl. auch Abschnitt 3.2.3.14, insbesondere Anmerkungen 536 und 537).

- 352 Dabei wird mit der Etablierung des "Partnerschaftsgedankens" unterstellt, daß die Divergenzen zwischen den Verbandsinteressen nie die staatsgefährdenden Ausmaße eines "Klassenkampfes" annehmen werden. Auf der Basis dieses Konzepts wird die Berufsausbildung als "öffentliche Aufgabe" deklariert und durch Hinzufügen "im staatsfreien Raum" gleichzeitig versucht, die staatliche Aktivität aus diesem Bereich fernzuhalten und einen eigenen Anspruch auf Mitsprache in allen Bildungsfragen zu begründen. (Vgl. EICHWEDE: Zur Berufsbildungspolitik des Deutschen Industrie- und Handelstages, in: WuBE 1961, S. 204; vgl. auch Anmerkungen 363 - 367).
- 353 Während die Grundauffassungen von Industrie, Handel und Handwerk weitgehend übereinstimmen, verursachen die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen in bezug auf das Nachwuchsproblem erhebliche Differenzen. Vgl. Unsere Meinung (o.V.): Das Handwerk - die Lehrwerkstätte der deutschen Wirtschaft, in: WuBE 1959, S. 163 f.
- MOLLE, Fritz: Sinnvolle Berufsnachwuchspolitik oder "laissez faire"?, in: WuBE 1960, S. 47 - 49.
- BURKHARD, Wolfgang: Handwerksgesellen in der Industrie, in: WuBE 1963, S. 90 - 93.
- 354 Zur Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Berufsausbildung aus Arbeitgebersicht vgl. HOFFMANN, Ernst: Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, Bielefeld, o.J. (1962).
- MARWEDEL, Friedrich: Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit, in: WuBE 1965, S. 5. ("Die geschichtliche Entwicklung legitimiert die Wirtschaft zur Stellungnahme zu Fragen des Schulwesens".)
- 355 Zur Regelung der gegenwärtigen Zuständigkeiten vgl. WALLE, Bernhard: Das Lehrlingsrecht in der Bundesrepublik Deutschland und seine Vereinheitlichung, Bad Wörishofen 1965.
- IPSEN, Hans Peter: Berufsausbildungsrecht für Handel, Gewerbe und Industrie, Tübingen 1967.



RICHTER, Ingo: Die Rechtsprechung zur Berufsausbildung, Stuttgart 1969.

Derselbe: Über die öffentliche Verantwortung für Berufsausbildung und berufliche Erwachsenenbildung, Rechtsgutachten für die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1969.

KELL, Adolf: Der Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf die Ordnung der Ausbildungsberufe, in: DBFSch 1969, S. 452 - 466.

356 GERICKE, W.: Berufserziehung von morgen, in: WuBE 1954, S. 210.

357 KIESLINGER: Zeitgemäße Berufsausbildung, in: WuBE 1956, S. 231.

358 DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 44 - 46.

Unter dem Stichwort "Keine Experimente" stehen zahlreiche Äußerungen, die Reformversuche sogar mit dem Argument ablehnen, die Jugendlichen seien kein "Experimentierfeld" (GERICKE, Werner: Grundschule oder Grundausbildung, in: WuBE 1961, S. 114).

Vgl. auch MARWEDEL, Friedrich: Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit, in: WuBE 1965, S. 5.

359 Unsere Meinung (Ge), in: WuBE 1969, S. 58.

360 DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 45; vgl. auch EICHWEDE: Zur Berufsbildungspolitik des Deutschen Industrie- und Handelstages, in: WuBE 1961, S. 205.

SCHÄFER, Dieter: Die Wirtschaft vor den großen Bildungsaufgaben unserer Zeit, als Manuskript gedruckt (Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung, Hamburg), o.O. 1961, S. 4 ("... daß die Diskussion, jedenfalls was die Lautstärke angeht, von den Lehrgewerkschaften geführt wird, und deren Kenntnis der modernen Wirtschaft wiederum, nun lassen sie mich ein modernes, höfliches Wort verwenden, entwicklungsfähig ist.").

Unsere Meinung (Hll): Ein fatales Schlagwort, in: WuBE 1964, S. 159 ("Unberufene tönen am lautstärksten"). Hinweise auf die "ungenügende Berücksichtigung des wirtschaftlichen Sachverstandes" (bei K.: Das Gutachten, in: WuBE 1965, S. 21 und derselbe: Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: WuBE 1965, S. 141).

"Die Orientierung nicht an Konzeptionen und Ideologien, sondern an der menschlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wirklichkeit entspricht der Forderung nach einer auf die Tatsachen ausgerichteten Pädagogik." (VAUBEL, Ludwig, in: Wirtschaft und Schule; Erfahrungen-Grundsätze-Empfehlungen; Sonderdruck aus Band 5 der Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Köln und Opladen 1965, S. 31).

Hinweis auf die "diffuse Gruppe von Politikern, Theologen, Pädagogen, Künstlern etc.", die in der "Agrargesellschaft verhaftet" sind und sich an "negativen Einzelercheinungen und ideologischen Klischees" orientieren (in: BDI-Jahresbericht 1966, S. 32).

Hinweis auf "den unvollständigen Überblick der Gutachter" - BLANKERTZ, CLAESSENS, EDDING - (in: DIHT-Jahresbericht 1967, S. 108).

Hinweis auf die "laienhaften Ausführungen" anderer (HOFFMANN: Gibt es eine ideale Ordnung der Berufe, in: WuBE 1969, S. 87).

Meistens handelt es sich nur um eine "sektorale Betrachtung". (DIHT-Schrift "Pläne, Modelle und Versuche". Von der Schule zum Beruf, Überlegungen der Wirtschaft, Bonn 1968, S. 6 - dort sind alle wesentlichen Einwendungen gegen Reformvorschläge geschlossen vorgebracht).

- 361 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, S. 40. ("Da für absehbare Zeit unsere wirtschaftliche Lage zu starken Einschränkungen auf fast allen Lebensbereichen zwingt, auch für eine weitgehende Um- und Neugestaltung der Schulorganisation ausreichende Mittel nicht zur Verfügung stehen werden, sollte nicht eine Reform der Schulorganisation im Vordergrund stehen, sondern vielmehr eine Sanierung der bestehenden Schulen mit dem Ziel, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Mittel, Einrichtungen und Lehrkräfte so einzusetzen, daß vor allem eine Verbesserung ihrer Leistungen erreicht wird. Zur notwendigen Reform des Geistes bedarf es keiner Reform der Organisation.")

MARWEDEL, Friedrich: Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit, in: WuBE 1965, S. 5. (Bei der organischen

Weiterentwicklung des Schulwesens haben die Organisationspläne auf Schulraumnot und Lehrermangel Rücksicht zu nehmen.)

O.V.: Jeder zweite Berufsschüler ohne ausreichenden Unterricht, in: WuBE 1967, S. 41. (Bei dem katastrophalen Lehrermangel sei es nur schwer verständlich ... "wie mancher Kultusminister - am liebsten gleichzeitig - die Pflichtstundenzahl des Berufsschulunterrichts erhöhen, die Berufsfachschulen ausbauen und ein obligatorisches Berufsgrundschuljahr einführen will.")

362 "Bei der Neugestaltung unseres Bildungswesens kann es sich immer nur um einen langfristigen Prozeß handeln. Für manche vom Deutschen Ausschüß entwickelten Gedanken fehlen vorläufig noch die Beurteilungsgrundlagen, die es heute schon erlauben würden, endgültige Planungen darauf aufzubauen." (Brief des BDI, BDA, DHKT und DIHT an den Präsidenten der KMK vom 7. Mai 1965, abgedruckt in: WuBE 1965, S. 360 f.).

363 "Da die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ein hochentwickeltes Schulwesen mit guten Leistungen zur Voraussetzung hat, nimmt die Selbstverwaltung der Wirtschaft an allen Bestrebungen zur künftigen Gestaltung des Schulwesens starken Anteil." (Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreformplänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 40).

"Die Wirtschaft hat die Verpflichtung, um ihrer selbst und der ganzen Gesellschaft willen an der Lösung der Schulprobleme nach Kräften mitzuwirken." (VAUBEL, Ludwig, in: Wirtschaft und Schule, a.a.O., S. 9).

"Arbeitswelt und Bildungswelt sind in ihrer gesellschaftlichen Dienstleistung aufeinander angewiesen; ihr konstruktives Zusammenwirken ist eine entscheidende Voraussetzung für das Bestehen im Wettbewerb der Gesellschaftssysteme". (Ebenda, S. 19).

"... mit diesem Angebot (die Inhalte, Ziele und Methoden einer lebens- und wirklichkeitsnahen Erziehung mit Schulvertretern zu erörtern; A.K.) weist die Wirtschaft allerdings auch auf die Zuständigkeit hin, über die sie in der Beurteilung technischer, ökonomischer und sozialer Fragen verfügt. Wirklichkeitsnahe Erziehung kann auf die Hilfe der Sachverständigen nicht verzichten." (Ebenda, S. 35).

Als "größter Bedarfsträger und eigener Bildungsraum" soll nach BDA-Präsident BALKE die Wirtschaft auf die bildungspolitischen Entscheidungen des Staates Einfluß nehmen, um die Diskrepanz zwischen den staatlichen Bildungseinrichtungen und den Erfordernissen der Wirtschaft abzubauen. (KIRSTEN, Robert: BDA-Präsident fordert Einfluß der Wirtschaft ..., in: WuBE 1967, S. 14).

- 364 Die Bildungsleistung der gewerblichen Wirtschaft, ...  
"die eine überzeugende Bestätigung für die Bildungsmacht 'Wirtschaft' liefert und den Anspruch der Wirtschaft unwiderlegbar begründet, in allen Fragen der Bildung und der Bildungsreform gehört zu werden." BDA und DI: Leistung der Wirtschaft für die Fortbildung Jugendlicher und Erwachsener, in: WuBE 1967, S. 53.

"Die Bildungsaufgaben der betrieblichen Ausbildung selbst und die Erkenntnis, daß sie, je mehr sie institutionellen Rang genoß und sich verbreiterte, neben ihrer wirtschaftlichen - und sozialen - Funktion als integrierendes Element des Bildungswesens der modernen Gesellschaft begriffen werden mußte." (ALTMANN, Rüdiger: Betriebslehre - Bildung - Selbstverwaltung, in: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung. Herausgegeben aus Anlaß der 100-Jahr-Feier des Deutschen Industrie- und Handelstages, Frankfurt am Main 1961).

Aus diesen Überlegungen wird bemängelt, daß im DAfEuB lange Jahre kein Vertreter der Wirtschaft als Mitglied berufen worden ist, und für den Bildungsrat eine Berücksichtigung der Wirtschaft verlangt (vgl. K.: Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: WuBE 1953, S. 181; derselbe: Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: WuBE 1965, S. 141; derselbe: Der Deutsche Bildungsrat, in: WuBE 1965, S. 161).

- 365 Inwieweit die Bindung bildungspolitischer Forderungen an wirtschaftliche Tatbestände zu rechtfertigen ist, bleibt völlig unreflektiert. So wird die Erreichung bestimmter Schulabschlüsse und Ausbildungsqualifikationen allein unter dem Gesichtspunkt der Qualität und Quantität vorhandener (und eventuell zukünftiger) Arbeitsplatzstrukturen gesehen.

"Eine nicht leichte Aufgabe ist darin zu sehen, die Forderung nach mehr Bildung diese dem jeweiligen Bedarf anzupassen, beziehungsweise auf ihn abzustimmen." (KIESLINGER, Rainer M.: Zur bildungspolitischen Situation, in: WuBE 1969, S. 121).

Vgl. auch EICHLER, Wolfgang: Bildungsprobleme und Bildungspolitik aus der Sicht der Unternehmer, in: Bildungsfeld Wirtschaft, Schriftenreihe der BDA, Heft 39, Köln 1965, insbesondere S. 77.

DIHT-Bericht 1967, S. 102 f.

KEMP, Thomas: Gefahren für die Berufsausbildung, in: Der Arbeitgeber 1968, S. 151.

Diese Einstellung äußert sich unter anderem in den Stellungnahmen zum Abitur und zur Stufenausbildung (vgl. S. 84 und 105).

366 Hinweis im BDI-Jahresbericht 1966, S. 33.

367 Die Wirtschaft als "maßgebliche Erziehungsmacht" sorgt nicht nur für sich selbst, sondern übernimmt eine öffentliche Aufgabe. Demnach seien bildungspolitische zugleich gesellschaftspolitische Entscheidungen. Der Kampf um die Zukunft der Berufsausbildung bedeutet auch Kampf um die Zukunft einer freien Gesellschaft (DÜREN, Albrecht: Um die Zukunft der Berufsausbildung, in: WuBE 1960, S. 224 und 228). Vgl. auch

EICHWEDE, Günther: Berufsausbildung vollzieht sich im Betrieb; Ausbildungsleistung als Visitenkarte des Unternehmers, in: Der Arbeitgeber 1965, S. 626 - 628.

368 Vgl. insbesondere DIHT-Schriftenreihe, Heft 44 ("Menschenbild und Berufserziehung").

DIHT-Schriftenreihe, Heft 57 ("Menschenbildung in der Welt von heute").

"Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung (der modernen Berufsausbildung; A.K.) zeichnet sich eine veränderte Beziehung der Bildung zu Beruf und Arbeit ab, damit aber auch die Aufgabe, den Gegensatz von Allgemeinbildung und Fachwissen zu überwinden. Das Erziehungs- und Bildungswesen der heutigen Gesellschaft muß deshalb insgesamt in der Wechselwirkung seiner Teilbereiche untereinander gesehen werden." ... "Ohne die Bildungskraft der modernen Wirtschaft läßt sich weder ökonomisch-technische Leistungsfähigkeit noch die kulturelle Kraft unserer Gesellschaft erhalten." (DIHT-Stellungnahme "Wirtschaft und Bildungsreform", in: WuBE 1960, S. 61 - Stellungnahme zum "Rahmenplan"). "Das mag ein Relikt sein aus jener Zeit, in welcher noch deutlich ein Gegensatz zwischen Bildung und Ausbildung bestand; als man unter "Bildung" noch ausschließlich allgemein-menschliche, von beruflichen Erfordernissen losgelöste Bildung verstand und im Gegensatz dazu unter "Ausbildung" lediglich Vorbereitung und Zurüstung für Lebensunterhalt und Gelderwerb, eine technisch-ökonomische Zweckveranstaltung, die mit Bildung als solcher kaum etwas zu tun hatte.

Inzwischen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Aufrechterhaltung dieses Gegensatzes nicht länger möglich ist. Die Grenzen zwischen Bildung und Ausbildung beginnen sich zu verwischen. Aber dieser Prozeß einer Neubewertung der Ausbildung ist langwierig." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 8 f.).

Auf die Problematik, aus bildungstheoretischen Begriffen organisatorische Konzeptionen und Zuständigkeiten ableiten zu wollen, wurde in der theoretischen Grundlegung schon verwiesen. Außerdem ließe sich die Argumentation auch umdrehen und gegen die "Selbstverwaltung der Wirtschaft" in der Berufsausbildung verwenden: Weil für die "Allgemeinbildung" der Staat öffentliche Schulen errichtet hat, ist bei einer Aufhebung des Gegensatzes von Allgemeinbildung und Berufsbildung auch diese den öffentlichen Schulen zu übertragen.

In diesem Zusammenhang wird auch die "Partnerschaft" von Wirtschaft und Schule in den Vordergrund gerückt. Vgl. BDA; Empfehlung des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit: Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Köln 1959. Vgl. auch Anmerkung 382 und die kritische Interpretation bei BAETHGE, Martin: Die Bildungspolitik der unternehmerischen Wirtschaftsverbände, a.a.O., S. 406 f.

369 "Die Ausbildung des Jugendlichen eignet sich nicht als sozialpolitischer Konfliktstoff." (DIHT-Bericht 1967, S. 107).

Die Isolierung des sozialpolitischen Aspekts erfolgt vor allem, um das Lehrverhältnis in erster Linie als Erziehungsverhältnis ausweisen zu können (vgl. EICHWEDE: Zur Berufsbildungspolitik des Deutschen Industrie- und Handelstages, in: WuBE 1961, S. 205). Ausbildungsförderungsmaßnahmen von bildungspolitischen Aspekten freizuhalten (vgl. BECKER, Walter: Ausbildungsförderung als gesellschaftliche Aufgabe; Gedanken zum gesetzlichen Stufenplan der Bundesregierung, in: WuBE 1969, S. 112) und um "die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat" wegen der "gemeinsamen erzieherischen Verantwortung" nicht unter dem "Gesichtspunkt Arbeitgeber - Arbeitnehmer" zu stören. (EICHWEDE: Zur Berufsausbildungspolitik des Deutschen Industrie- und Handelstages, in: WuBE 1961, S. 205 f.).

"Beide Begründungen zeigen, daß es der Bildungskommission in erster Linie auf die Anmeldung und Durchsetzung einer sozialpolitischen Forderung ankommt" (gemeint ist die paritätische Mitentscheidung

der Arbeitnehmer in Fragen der Berufsausbildung; A.K. - BDA, BDI, DHKT, DIHT: Ideologie und Wirklichkeit. Zu den Empfehlungen der Bildungskommission "Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung", Bonn 1969, S. 29).

Besonders der letztgenannte Gesichtspunkt, der die Forderungen der Gewerkschaften nach paritätischer Mitbestimmung in der Berufsausbildung als eine aus tarifvertraglichem Denken übertragene sozialpolitische Forderung qualifiziert, läßt es für die Argumentation der Arbeitgeber zweckmäßig erscheinen, jeglichen Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik zu leugnen.

"Diese Überlagerung der Berufsausbildung mit sozialpolitischen Kompromissen (die Errichtung von paritätisch besetzten Berufsbildungsausschüssen mit Exekutivfunktionen im Gesetzentwurf der Reichsregierung von 1929; A.K.) gab wohl auch den Ausschlag für eine grundsätzliche Ablehnung der Gesetzesvorlage durch den DIHT". (ALTMANN, Rüdiger: Betriebslehre - Bildung - Selbstverwaltung, in: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung, a.a.O., S. 220).

"Aber trotz dieser sozialpolitischen Bedingungen und Ergänzungen gehörte der Aufbau der Berufsausbildung nicht in den Bereich sozialer Politik und ebensowenig konnte sie selbst ein Instrument zur Neutralisierung sozialer Konflikte sein." (Ebenda, S. 221).

"Während so die betriebliche Berufsausbildung sich im Prozeß ihrer Institutionalisierung gegenüber der Sozialpolitik verselbständigte ..." (Ebenda, S. 223).

Der DIHT hat dieser Grundauffassung entsprechend bereits 1926 die Bearbeitung der bildungspolitischen Fragen vom sozialpolitischen Ausschuß auf den neu gegründeten Bildungsausschuß übertragen. (Ebenda, S. 217).

370 Das äußert sich am deutlichsten im Streit um die ministerielle Zuständigkeit für die Berufsausbildung. Auf der Zuständigkeit des Bundesministers für Wirtschaft wird insistiert, weil die Anpassung der Berufsausbildung an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik nur dann als gewährleistet angesehen wird, wenn der für das wirtschaftliche Wachstum und den technischen Fortschritt zuständige Minister auch für die Ausbildung zuständig bleibt. "Bei einer primären Zuständigkeit des Bundesarbeitsministers wäre es nicht zu vermeiden, daß dieser aus der Aufgabenstellung seines Ressorts völlig legitim

sozialpolitischen Gesichtspunkten den Vorrang einräumt. Das würde die Anpassung der Ausbildung an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik erschweren, bei einer Verabsolutierung sozialpolitischer Gesichtspunkte gegenüber wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten sogar unmöglich machen." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 104, S. 23).

- 371 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 40.
- Die in dieser ersten geschlossenen Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern veröffentlichten Vorstellungen sind bis heute in allen wesentlichen Punkten unverändert geblieben.
- 372 Vgl. die DIHT-Stellungnahme zum "Rahmenplan" des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen (Folge 3, 1959): "Wirtschaft und Bildungsreform", in: WuBE 1960, S. 61.
- HEDDERICH, Günther: Die integrierte Gesamtschule - eine Ideallösung?, in: WuBE 1969, S. 8 - 11.
- Zur interessenpolitischen Motivierung der Stellungnahme für ein dreigliedriges allgemeinbildendes öffentliches Schulwesen vgl. BAETHGE, Martin: Die Bildungspolitik der unternehmerischen Wirtschaftsverbände, a.a.O., S. 403 - 416.
- 373 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 41.
- 374 Ebenda, S. 41.
- Da sich die Verteilung der Kinder auf die einzelnen Bildungsbahnen im allgemeinen bewährt habe, bedürfe es zur notwendigen Erfassung von Spätbegabungen auch keiner sechsjährigen Grundschule. Im übrigen wird zugleich davor gewarnt, die Hochschulreife als Endziel in den Vordergrund zu schieben (ebenda, S. 40).
- 375 Stellungnahme des DIHT zur Einführung eines 9. Schuljahres, in: WuBE 1956, S. 101.
- "Hinsichtlich des 9. Schuljahres ist die Frage zu stellen, ob es im Interesse der Jugendlichen liegt, sie unter allen Umständen über ein gewisses Alter hinaus in einer Vollzeitschule festzuhalten. Nach den



Erfahrungen von Wirtschaft und Wissenschaft ist zumindest bei einem nicht unerheblichen Teil der Jugendlichen festzustellen, daß ihrer bildungsmäßigen Entwicklung und ihrer geistigen Haltung mit einer weiteren schematischen Ausdehnung der Schulpflicht nicht gedient ist." (DIHT-Stellungnahme "Wirtschaft und Bildungsreform", in: WuBE 1960, S. 61).

"... bestimmte manuelle Fertigkeiten können um so sicherer entwickelt werden, je früher die Ausbildung einsetzt." (GERICKE, Werner: Berufserziehung von morgen, in: WuBE 1954, S. 209).

Für kurze Zeit ist gemeinsam mit dem Handwerk erwogen worden, die Wahlmöglichkeit zum Besuch eines 9. Vollschuljahres den Eltern zu überlassen (DISCH, Franz O.: Die Stellung der Wirtschaft zur Berufsschule, in: DBbSch 1962, S. 502).

376 DISCH, Franz O.: Aktuelle Fragen der Berufsausbildung aus der Sicht der Industrie- und Handelskammern, in: WuBE 1953, S. 8 f.

O.V.: Forderungen der Wirtschaft zur Berufsausbildung, in: WuBE 1953, S. 221 (vgl. auch ebenda, S. 101).

Mit einem ersten Test der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens wird die Berechtigung der Klagen bestätigt und festgestellt, daß zwischen Abgängern aus acht- und neunjährigen Volksschulen kaum Leistungsunterschiede festgestellt werden konnten. (STEMME, Heinz: Leistungsstau der Berufsanfänger, in: WuBE 1953, S. 227 - 231).

KIESLINGER: Wirtschaft und Erziehung, in: WuBE 1955, S. 5 - 8.

DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 45.

Die Klagen ebbten bis zur Folge 7/8 der Empfehlungen und Gutachten des DAfEuB ab. Danach werden sie mit verstärkter Intensität wieder vorgetragen.

Unsere Meinung (S).: "Warum werden unsere Lehrlinge immer schlechter?", in: WuBE 1965, S. 76.

BDA, BDI, DHKT, DIHT: Stellungnahme zu Folge 7/8 der Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen (im folgenden kurz als "Stellungnahme zu Folge 7/8" zitiert), Bonn/Köln 1965, S. 7 und 10.

DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 9 - 31 (Der Leistungsstand der Volksschüler bei Beginn der Ausbildung - Testergebnisse).

"Vielleicht trägt das Ergebnis dieses Leistungstests auch dazu bei, die Träger der Schulpolitik von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß alle Anstrengungen auf eine Verbesserung des Unterrichtserfolges konzentriert werden müssen. Bis dahin sollen gar zu ehrgeizige Pläne zurückgestellt werden - zuallererst im Interesse der Jugend" (ebenda, S. 31).

DIHT-Verlautbarung "Verlängerung der Schulzeit hatte wenig Erfolg", in: WuBE 1967, S. 98.

HENNIG, Eberhard: Schulkenntnisse bei Lehrbeginn; trübe Erfahrungen eines Lehrherrn, in: WuBE 1968, S. 83 - 86.

Gleichzeitig wird auf das zunehmende Angebot der Wirtschaft an Förderkursen hingewiesen. (Vgl. WuBE 1968, S. 34, 103, 133).

377 Das 10. Schuljahr kann weder zur Verkürzung der betrieblichen Lehre beitragen noch Ersatzfunktionen ausüben (DÜREN, Albrecht: Um die Zukunft der Berufsbildung, in: WuBE 1960, S. 227).

Das 9. Schuljahr muß erst einen richtigen Inhalt erhalten und sich bewähren; außerdem ist die Lehrzeit schon jetzt zu kurz (Unsere Meinung (o.V.): vorsicht nebel, in: WuBE 1961, S. 239).

"Es gibt nur zwei natürliche Lebensbereiche in unserer Gesellschaft: das Elternhaus und den Betrieb. Mit jeder Schulzeitverlängerung halten wir unsere Jugend weiter von der Lebensernstsituation fern." Außerdem lassen sich die Schulzeiten verkürzen, da Fortbildungsmöglichkeiten vorhanden sind. "Kürzt also 'Hänschens' Pensum getrost, 'Hans' wird später um so eifriger weiterlernen." (Unsere Meinung (W): "Das 10. Schuljahr kommt bestimmt", in: WuBE 1964, S. 194 - 196).

Da die betriebliche Lehre entscheidend für den Erziehungsprozeß ist, muß jede Form des 10. Schuljahres grundsätzlich abgelehnt werden (MARWEDEL, Friedrich: Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit, in: WuBE 1965, S. 6).

Der Volksschullehrermangel gefährdet schon jetzt die berufliche Ausbildung. Eine Pflichtschulverlängerung ist nicht zu verantworten (DIHT-Verlautbarung "Volksschullehrermangel gefährdet berufliche Ausbildung, in: WuBE 1967, S. 36).

Vergleichsweise vorsichtig formuliert dagegen die Stellungnahme zu Folge 7/8 (S. 8) "Die Haltung der Wirtschaft zu einem 10. Pflichtschuljahr ist zwar auch dadurch bestimmt, daß seine Einführung aus

Gründen des Lehrer- und Schulraummangels in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Maßgebend für die Haltung der Wirtschaft ist auf die Dauer aber allein der Gesichtspunkt, ob es für die Erreichung eines allgemein als richtig und angemessen anerkannten Zieles der Volksschule der Einführung einer zehnjährigen Schulpflicht bedarf." ... "Das kann erst geprüft werden, wenn sich die Volksschule auf der Grundlage der neun-jährigen Schulpflicht konsolidiert hat und deren Auswirkungen übersehbar sind."

Seit 1968 mehren sich die Stimmen, die ein 10. Pflichtschuljahr unter bestimmten Voraussetzungen durchaus für akzeptabel halten. "Die Wirtschaft beharrt nicht um jeden Preis auf der Betreuung des Jugendlichen im 10. Schuljahr beziehungsweise im ersten Ausbildungsabschnitt." Unter Umständen kann es zweckmäßig sein, Teile der betrieblichen Ausbildung in die Schule zu verlegen; es muß aber der Nachweis eines größeren Erfolges erbracht werden (Bertelsmann (Präsident der Industrie- und Handelskammer Bielefeld): Unternehmer und Berufsausbildung, in: WuBE 1968, S. 182 - in fast gleicher Formulierung auch in: DIHT-Schrift "Pläne, Modelle und Versuche" ..., a.a.O., S. 13).

Bericht der Industrie- und Handelskammer Hamburg, in: WuBE 1968, S. 213.

KIESLINGER, Rainer M.: Zur bildungspolitischen Situation, in: WuBE 1969, S. 121.

378 MARWEDEL, Friedrich: Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit, in: WuBE 1965, S. 5.

379 "In der Tat hat ja die Volksschule gegenüber unserem System der Berufsausbildung ein durchaus zu definierendes Leistungsziel. Es wäre durchaus möglich, von einer "Lehrlingsreife" zu sprechen." (SCHNEIDER, Ernst: Lehrlingsreife als Ziel der Volksschuloberstufe, in: DIHT-Informationen für Presse und Rundfunk 50/63, vom 22. November 1963, S. 6).

Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 9 f.

Gleichwohl soll eine "Auspowerung" zur "Restschule" verhindert werden. (DIHT-Stellungnahme "Wirtschaft und Bildungsreform", in: WuBE 1960, S. 61; DIHT-Schrift "Pläne, Modelle und Versuche", a.a.O., S. 8.)

380 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 12.

Zu den allgemein geforderten "Kulturtechniken" und "Tugenden" im einzelnen vgl.

GERICKE, Werner: Um die Einheit und den Bestand von Erziehung und Bildung, in: WuBE 1952, S. 236 - 239.

Derselbe: Wirtschaft und Volksschule, in: WuBE 1953, S. 64 - 66 (Lesen, Schreiben, Rechnen, Sprache - grundlegend; Erdkunde, Geschichte, Staatsbürgerkunde - gewisse Grundkenntnisse).

"Arbeitskreis für Berufsausbildung" des BDI, der BDA und des DIHT, Brief vom 24. Juli 1963 an den Präsidenten der KMK, S. 2 (individuelles Verantwortungsgefühl, eigenständiges Denken und Bereitschaft zur persönlichen Initiative); S. 3 (Gewissenhaftigkeit, Konzentration, Ausdauer, Zusammenarbeit).

MARWEDEL, Friedrich: Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit, in: WuBE 1965, S. 5 (Zur "Lehrreife" gehört: Rechtschreibung, Rechenfertigkeit, Naturkunde, Erdkunde; als "Arbeitshaltungen" Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit; Denkfähigkeit, geistige Beweglichkeit, sittliche Haltung, Einordnung in die Gemeinschaft).

WÖLKER, Herbert: Wirtschaft und Schule - Gegensatz oder Partner?, in: WuBE 1966, S. 87 (Ausdauer, Konzentration, Sorgfalt, Pflichterfüllung, Verlässlichkeit, Verantwortungsbewußtsein).

Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 5 f. (bewußte Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt, das Erleben sozialer Beziehungen und Verhaltensweisen, die Erziehung zum Mitdenken und Mitverantworten).

DIHT-Schrift: "Pläne, Modelle und Versuche", a.a.O., S. 9 - 11 (1. Beherrschung der Sprache, 2. Sicherheit im Bereich der Zahlen, 3. technische Elementarkenntnisse - physikalische Gesetze und chemische Vorgänge -, 4. geographische und geschichtliche Kenntnisse, 5. Orientierung über die Grundzüge des politischen, gesellschaftlichen und sozialen Lebens, 6. Konzentration und Ausdauer im Lernen; Bereitschaft zur Einordnung, Zusammenarbeit, Interesse an eigener Weiterbildung, Entwicklung der Charakteranlagen und Verhaltensweisen).

381 DISCH, F.: Berufsausbildung und Berufsauslese, in: WuBE 1952, S. 191.

DIHT-Schrift "Pläne, Modelle und Versuche", a.a.O., S. 12.

382 Vgl. "Schule/Wirtschaft", Zeitschrift der gleichnamigen Arbeitskreise in der "Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens"; Veröffentlichungen der Walter-Raymond-

Stiftung, insbesondere Sonderdruck aus Band 5: Wirtschaft und Schule; Erfahrungen, Grundsätze, Empfehlungen, Köln und Opladen 1965.

Empfehlung des Jugend- und Bildungsausschusses der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft. Grundsätzliches und Beispiele, Köln 1964.

- 383 DAfEuB, Folge 7/8, a.a.O., insbesondere S. 41 - 43.
- 384 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 11.  
Vgl. dazu auch den Abschnitt 3.2.3.6.  
DANZER, Robert: Die Arbeitslehre, herausgegeben von der Bildungsabteilung des DI, Köln 1967.
- 385 Die auch in diesem Zusammenhang vorgetragenen abwehrenden Argumente allgemeiner Art (Wesensfremdheit, Reformsucht, unrealistisches Ideologiekonzept, Schulraumnot, Lehrermangel usw.) bleiben hier unberücksichtigt. Vgl. dazu Anmerkungen 356 - 362.
- 386 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 10.
- 387 Ebenda, S. 11.
- 388 BDA, BDI, DIHT: Arbeitskreis für Berufsausbildung, Brief vom 24. Juli 1963, a.a.O., S. 2.
- 389 Ebenda, S. 3.  
Unter sehr günstigen Voraussetzungen kann durch Betriebspraktika eine Steigerung des Lernwillens und größere Aufgeschlossenheit erreicht werden. Ein "probeweises Mittun" ist aber nie eine "Konfrontation mit dem Ernstfall". Wenn das Betriebspraktikum für die Volksschuloberstufe auf breiter Basis eingeführt wird, können nur noch zufällige und begrenzte Einblicke vermittelt werden. (DIHT-Schrift "Pläne, Modelle und Versuche", a.a.O., S. 17).  
Positivere Beurteilung durch den BDA: Wenn die Betriebspraktika nicht unter der Zielsetzung "Berufsfindung", sondern "Veranschaulichung der betrieblichen Wirklichkeit" stehen, "(erhält) vieles, was ihnen in der Schule als Spiel erschien, ... jetzt dank der unmittelbaren Anschauung und Erfahrung den Ernstcharakter ..."  
(Walter-Raymond-Stiftung: Wirtschaft und Schule ..., a.a.O., S. 28).

Vgl. auch KRAUSE, Erwin: Was wird aus dem 9. Schuljahr?, in: WuBE 1960, S. 64 - 67.

EICHWEDE: Das 9. Volksschuljahr, in: WuBE 1964, S. 134.

Deutsches Industrieinstitut: Äußerungen von Studenten, Professoren, Lehrern, Schülern, Betriebsangehörigen zum Betriebspraktikum und zu den Betriebspraktika, in: Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 6, Köln 1964.

In einer vorläufig abschließenden Äußerung faßt SARHAGE (Leiter der Berufsausbildungsabteilung der IHK Dortmund) alle Gründe gegen Betriebspraktika zusammen und kommt zu der Schlußfolgerung: "Aus diesen Gründen sollte der Schule zunächst einmal Zeit und Ruhe gegeben werden, ihre eigentlichen und zentralen Aufgaben zu erfüllen ... Die Kammer wird gegen Praktika raten ... Sie ist überzeugt, mit ihrem Urteil den Schulen wie Betrieben in gleicher Weise gedient zu haben und damit ihrem gesetzlichen Auftrag, das Gesamtwohl zu fördern, gerecht geworden zu sein." (SARHAGE, Wilhelm: Das Schülerpraktikum - Fortschritt oder Trugschluß?, in: WuBE 1967, S. 132).

390 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 11.

Gegen Werkunterricht, Experimentalunterricht oder Erkundung der Arbeitswelt innerhalb einer Arbeitslehre werden keine Bedenken erhoben, jedoch gegen den Versuch, "produktionsähnliche Situationen", "eigenen Ernstcharakter" und "arbeitsteilige, rational geplante maschinelle Produktionsweise der Industrie" nachzuahmen. Arbeitslehre als ein neues Fach wird immer eine "überaus künstliche Konstruktion" und eine "Fiktion" bleiben. (DIHT-Schrift "Pläne, Modelle, Versuche", a.a.O., S. 15).

Ein beschränkter Werkunterricht darf nicht auf die Vermittlung von Arbeitstechniken gerichtet sein, sondern soll die Hand zum Formen erziehen und den Sinn für Formschönheit wecken. (GERICKE, Werner: Förderung der Allgemeinbildung der Jugend, in: WuBE 1958, S. 225).

391 Vgl. GERICKE, Werner: Berufserziehung von morgen, in: WuBE 1954, S. 209.

BDA, BDI, DIHT: Arbeitskreis für Berufsausbildung, Brief vom 24. Juli 1963, a.a.O., S. 5.

DIHT-Bericht 1966, S. 148 (Abwehr allein mit dem Argument "Lehrermangel").

Gegen Grundausbildungslehrgänge in Gemeinschaftslehrwerkstätten der Kammern oder eine Vorlehre für Mädchen werden solche Bedenken nicht erhoben. Nach einjährigen Grundausbildungslehrgängen erfolgt eine Anrechnung auf die Lehrzeit, weil bereits beim Eintritt in den Beruf eine "wertvolle und entlastende Vorarbeit für die Lehre" geleistet worden ist. "So gesehen handelt es sich um eine Erziehungsstätte, die betriebsnah und doch in der Stille pädagogischen Wirkens arbeitet ..." und deshalb bei allen eine positive Resonanz findet. (GERICKE, Werner: Die Gemeinschaftslehrwerkstatt der Industrie- und Handelskammer Lübeck, in: WuBE 1959, S. 198 - 200 - vgl. auch den Abschnitt 3.2.3.2.)

Die in Hamburg durchgeführte einjährige vollschulische Grundausbildung für Mädchen an der Bekleidungsberufsschule wird von Vertretern der Arbeitgeber positiv beurteilt (o.V.: Einjährige Vorlehre an der Bekleidungsberufsschule in Hamburg, in: WuBE 1955, S. 162).

- 392 Eine Vorausbildung außerhalb der Betriebe kann nur eine Notlösung zur Unterbringung aller Schulentlassenen sein (K.: Gedanken zum neuen Bundesjugendplan, in: WuBE 1951, S. 169).

Berufsfördernde Grundausbildungslehrgänge im Rahmen des Bundesjugendplanes müssen sich am Betrieb orientieren und sind zahlenmäßig zu begrenzen (GERICKE, W.: Berufsfördernde Grundausbildungslehrgänge im Rahmen des Bundesjugendplanes, in: WuBE 1952, S. 226 - 228).

"Man sollte die in sie (öffentliche Grundlehrgänge; A.K.) gesetzten Erwartungen jedoch nicht überspannen und von ihnen eine gegenüber der betrieblichen Ausbildung verbesserte Form des Ausbildungswesens erhoffen." (D.: Erfüllen öffentliche Grundlehrgänge ihre Aufgaben?, in: WuBE 1953, S. 155).

Der Bundesjugendplan muß zeitgemäß entwickelt werden. Da die Berufsnot abklingt, ist er auf Sonderprobleme zu beschränken, damit die betriebliche Lehre weiterhin gewahrt bleibt (D.: Wirtschaft und Bundesjugendplan, in: WuBE 1954, S. 221 und 229 f.).

Der Selbsthilfe und Selbstverwaltung gebührt der Vorrang. "Ungewollte Tendenzen zum Wohlfahrtsstaat und die Gefahr einer Überschneidung jugendpflegerischer Tätigkeit mit der wirtschaftspolitischen Aufgabe der Berufserziehung müssen hintangehalten werden" (DITLMANN, Klaus: Wirtschaft und Bundesjugendplan, in: WuBE 1956, S. 205 - aus den gleichen Motiven wird auch gegen den Bau von Jugend- und Lehrlingswohnheimen Stellung genommen).

- 393 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 13 f.  
DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 78 f.  
Bei der Errichtung von Berufsfachschulen sollte Zurückhaltung geübt werden; auf jeden Fall muß vorher die "zuständige amtliche Berufsvertretung" zugestimmt haben. Die Fachschulreife sollte ohne den Abschluß der betrieblichen Lehre an den Berufsfachschulen nicht erworben werden können. (MARWEDEL, Friedrich: Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit, in: WuBE 1965, S. 6).  
Die Berufsfachschule kann auch nicht im Vergleich zum Ausland begründet werden, da sie nicht deutscher Wesensart entspreche. (GERICKE, Werner: Grundschulen und Grundausbildung, in: WuBE 1961, S. 112).
- 394 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 13.
- 395 Die Befürwortung erfolgt vor allem mit Hinweisen auf die dafür "geeigneten Schüler" und die Vorbereitung auf "mittlere Führungsaufgaben". (Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 14).  
GÜNTHER: Wirtschaft und Mittlere Schule, in: WuBE 1951, S. 148 - 151.  
DIHT-Stellungnahme "Wirtschaft und Bildungsreform", in: WuBE 1960, S. 62.
- 396 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 14.
- 397 Die Wirtschaft bevorzugt den Mittelschüler, weil sie nicht an spezieller Berufsvorbereitung interessiert ist. (RICHTER, P.S.: Die Probleme der Berufsausbildung, in: WuBE 1953, S. 108 - 113).  
Über die zunehmende Tendenz, auch Realschulabsolventen direkt als Jungangestellte zu übernehmen, vgl. REUSCH, Hans: Neue Unterrichtsformen für Jungangestellte, in: BPZ 1965, S. 92 - 97.
- 398 "Diese Haltung der Wirtschaft zur Hauptschule, Berufsfachschule und Realschule ist bestimmt von den Prinzipien der Wahlfreiheit und Leistungssteigerung. Das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit erfordert in
- einer differenzierten Berufswelt
  - bei Unterschieden in der Begabung
  - bei verschiedenen Reifegraden der Gleichaltrigen
- ein differenziertes, der jeweiligen Begabung und Reife entsprechendes Angebot an Bildungsmöglichkeiten"



(Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 15).

Selbst wenn die genannten Prinzipien und empirischen Tatbestände als richtig akzeptiert werden, lassen sich daraus die schulorganisatorischen Folgerungen nicht ableiten. Vgl. dazu die theoretische Grundlegung, S. 13 und 30 f.

- 399 "Die Wirtschaft fordert deshalb, alle Schulen in ihrer spezifischen Eigenart zu erhalten und auszubauen. Sie würde es für gefährlich halten, die gegenwärtige Volksschule, die Berufsfachschule und die Realschule auf nur eine Schulform, nämlich die Hauptschule, zu reduzieren, weil dies zu einer Minderung der Leistung der beruflichen Bildung führen muß ... Der Abschluß dieser unterschiedlichen schulischen Bildungsgänge bietet die beste Ausgangsbasis für die jeweils auf ihnen aufbauende berufliche Ausbildung und steigert deren Wirksamkeit." (Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 15).
- 400 BAETHGE stellt das Interesse an der Erhaltung des mittleren Ausbildungssektors als Motiv in den Vordergrund, das gleichzeitig für eine Stellungnahme für eine Drosselung der Abiturientenzahlen und gegen eine Vereinheitlichung von Real-, Volks- und Berufsfachschule zur Hauptschule maßgebend ist. Meines Erachtens geht der stärkere Einfluß auf die Stellungnahme zur Volksschule, Realschule und Berufsfachschule vom Interesse an der betrieblichen Lehre aus. (Vgl. BAETHGE, M.: Die Bildungspolitik der unternehmerischen Wirtschaftsverbände, a.a.O., S. 441).
- 401 "Sie (die Wirtschaft; A.K.) warnt davor, als Endziel des Auf- und Ausbaues aller Schulgattungen die Hochschulreife in den Vordergrund zu schieben, etwa mit der unzutreffenden Verallgemeinerung, daß viele Hochbegabte bisher nicht zu höherer Bildung gelangt sind." (Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreformplänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 40).
- Seit etwa 1956 wird als Argument gegen vielfältige neue Formen der Hochschulreife die Bedeutung des "klassischen Abiturs" hervorgehoben.
- "Die lateinische Sprache sichert durch ihren hervorragenden pädagogischen Wert die Auslesefunktion des Gymnasiums ..." An gleicher Stelle wird für die neunklassige Form mit 3 Zügen und gegen Kurzformen, "die das Bildungsniveau beeinträchtigen", plädiert (o.V.:

Die Zukunft der Höheren Schule, in: WuBE 1956, S. 89).

Zumindest wird auf der Verleihung "voller Berechtigungen" auch bei einer Differenzierung nach Schwerpunkten beharrt. (Vgl. DIHT-Bericht 1965, S. 144).

"Die Erhöhung der Abiturientenzahlen wird zu einem Abzug intellektueller Kräfte aus den mittleren betrieblichen Führungspositionen führen, wo sie heute mehr denn je dringend benötigt werden. Die Erhöhung der Abiturientenzahlen wird sich auch auf die Ingenieurschulen auswirken." (ARLT, Fritz: Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Rationalisierung betrieblicher Bildungsarbeit, in: DI, Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 8, Köln 1964, S. 7).

Auf die in diesem Zusammenhang interessante Auseinandersetzung um Wirtschaftsoberschule/Wirtschaftsgymnasium kann nur hingewiesen werden. Einige Aspekte der Vorstellungen zum Abitur berühren auch die Stellungnahmen zum Zweiten Bildungsweg. (Vgl. dazu Abschnitt 3.2.4).

- 402 "Die Berufsberatung ist von so weittragender Bedeutung, daß sie nicht von der Schule wahrgenommen werden kann." (Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreformplänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 41).
- 403 DIHT-Schriftenreihe, Heft 111, S. 14.  
DIHT-Verlautbarung "Krisenfeste Arbeitsplätze durch gute Berufsausbildung", in: WuBE 1969, S. 76.
- 404 Vgl. auch WuBE 1955, Heft 4 (S. 61 ff.), das den Problemen Nachwuchsmangel, Nachwuchslenkung und Berufsberatung gewidmet ist.
- 405 K.: Die Berufsberatung, in: WuBE 1950, S. 97 f.
- 406 DISCH, F.: Berufsausbildung und Berufsauslese, in: WuBE 1952, S. 191.
- 407 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 21.  
DIHT-Bericht 1966, S. 150.  
DIHT-Schriftenreihe, Heft 111, S. 15 f.

- 408 RICHTER, P.S.: Die Probleme der Berufsausbildung, in: WuBE 1953, S. 112. (Die Forderung eines Gutachtens, das von einem KMK-Ausschuß unter überwiegender Beteiligung von Arbeitgebervertretern erstellt wurde, nach einem "Zentralinstitut für Berufsforschung" wird in der Sache unterstützt. Organisatorisch sollte jedoch an einen Ausbau der ABB gedacht werden.)
- O.V.: Dokumentation für Berufsausbildung, in: WuBE 1961, S. 181 f. (Die Errichtung einer zentralen Dokumentationsstelle für Berufsbildung ist eine dringliche Aufgabe.)
- DÜREN, Albrecht: Wirtschaft und betriebliche Berufsausbildung, in: Der Arbeitgeber 1965, S. 616. (Nur die Wirtschaft kann den Arbeitskräftebedarf schätzen.)
- Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 22. ("Da die Wirtschaft einer der wichtigsten Träger von Berufsangebot und Berufsnachfrage ist, müssen ihre Erfahrung und ihre Kenntnis sinnvoll in die Berufsforschung einbezogen werden".)
- KIESLINGER, A.: Zwanzig Jahre Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland (1945 - 1965), in: WuBE 1967, S. 72. (Vorarbeiten für eine Bedarfsplanung sind erforderlich).
- DIHT-Bericht 1967, S. 108 (von einer engen Zusammenarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit allen bisherigen Forschungseinrichtungen, insbesondere der ABB, ist mehr zu erwarten als von der Errichtung eines zentralen Instituts für Berufsbildungsforschung).
- Kritisch wird die Möglichkeit von Berufsprognosen beurteilt.
- Vgl. HOFFMANN: Über Berufsprognosen und Berufswechsel, in: WuBE 1965, S. 8 - 14.
- DIHT-Schriftenreihe, Heft 92, S. 8 - 20.
- KRAUSE, Erwin: Neustrukturierung der beruflichen Bildung, Wege in die Zukunft, herausgegeben von der ABB, Berlin-Köln-Frankfurt 1969, insbesondere S. 13 ff.
- 409 Über den Stellenwert der Berufsausbildung im wirtschafts-, gesellschafts- und bildungspolitischen Selbstverständnis von Industrie und Handel vgl. Abschnitt 3.2.1. An dieser Stelle werden nur die unmittelbar auf das Ausbildungssystem bezogenen Äußerungen zusammengefaßt.

410 O.V.: Der Wert der betrieblichen Lehre, in: WuBE 1966, S. 161. Eine so weitgehende Identifizierung mit den Vorstellungen des Handwerks wird nicht immer und nicht zu allen Einzelfragen hervorgehoben.

"Und hier zeigt sich ein grundlegender Unterschied zur handwerklichen Lehre, der bei allen Anregungen und Vorbildern, die von dort kamen und bei allen Parallelen, die sich später bei der Entwicklung der Selbstverwaltung ergeben haben mögen, beachtet werden muß. Die Erneuerung der Handwerkslehre ist eingebettet in die Reform des Handwerks selbst, ja vielleicht eigentlich ihr Kern. Sie ist verbunden mit seinem Kampf um berufsständische Selbstverwaltung und Anerkennung. Die 'Meisterlehre' soll nicht nur die ordnungsgemäße Ausbildung des Lehrlings garantieren, sondern auch den Meister als solchen privilegieren. Die industrie-betriebliche Lehre wird dagegen vom technischen Denken des Ingenieurs bestimmt ... Man sollte aber deshalb den Unterschied zwischen handwerklicher und industrieller Lehre nicht zu einer abstrakten Schärfe treiben. Er schließt auch kein Werturteil ein. Aber grundsätzlich ist er vorhanden. Bei zahlreichen Übergängen und Gemeinsamkeiten ist die Meisterlehre etwas anderes als die 'Betriebslehre' ... Sicherlich ist es ein großes Verdienst der Selbstverwaltung des Handwerks, wie der übrigen Wirtschaft, systematisch die möglichen Gemeinsamkeiten gepflegt und verhindert zu haben, daß aus Unterschieden Gegensätze wurden." (ALTMANN, R.: Betriebslehre - Bildung - Selbstverwaltung, in: Die Verantwortung der Unternehmer in der Selbstverwaltung, a.a.O., S. 205. Vgl. auch die von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen beeinflusste Kontroverse um die Nachwuchs-politik (Anmerkung 353).

411 Im obigen Zitat formuliert: "es garantiert Erfolge". Meistens fehlt jeder Hinweis auf das Ziel, an dem Bewährung oder Erfolg zu messen wäre. Vgl. dazu Abschnitt 3.2.3.5.

Eine interessante "Argumentensammlung", in der 25 Argumente gegen das bestehende Ausbildungssystem aus der Sicht von Industrie und Handel widerlegt werden, hat die Handelskammer Hamburg vorgelegt. Vgl. Handelskammer Hamburg, Bericht 1966, S. 61 - 74.

Vgl. auch K.: "Ausbeutung der Jugend", in: WuBE 1951, S. 73.

DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 44. ("Dieses System, das sich in langer Entwicklung bewährt hat, stellt

die ganze Fülle und Mannigfaltigkeit der Wirtschaft in den Dienst der Ausbildung.")

BRAUN, Günter: Neue Lehren für die Lehre, herausgegeben vom DIHT, Bonn 1967.

- 412 KRAUSE, E.: Vordringliche Probleme der betrieblichen Berufsausbildung, in: WuBE 1964, S. 45.

"Auf Grund ihrer Verwurzelung in der Praxis hat sich die Ausbildung im Betrieb in der Vergangenheit als anpassungsfähig genug erwiesen, jeweils den Anschluß an den neuesten Stand der Entwicklung zu finden. Diese Anpassungsfähigkeit ist Kennzeichen und zugleich entscheidender Vorteil der Ausbildung im Betrieb gegenüber jeder anders gearteten Ausbildung. Diesen Anspruch der betrieblichen Lehre, zeitgemäß, modern und flexibel zu sein, gilt es zu sichern." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 163).

- 413 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 10. ("Anpassungsfähigkeit ist eines der wichtigsten Kennzeichen der betrieblichen Ausbildung. Ihre Praxisbezogenheit bedeutet deshalb auch, daß die Entwicklung neuer Fertigungsverfahren, die Entdeckung neuer Werkstoffe und die Ablösung manueller Tätigkeit durch Mechanisierung und Automation unmittelbar ihren Niederschlag finden in den Anforderungen an die Ausbildung und in der Ausbildung selbst. Diese Anpassung der Ausbildung an den jeweils neuesten Stand der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung ist ein kontinuierlicher Vorgang, kein abruptes Ereignis.")

Das System "erfüllt höchste Ansprüche an Anpassungsfähigkeit". (DIHT-Bericht 1965, S. 147).

"Die tieferen Gründe für die Dynamik in der Bildungsarbeit der Wirtschaft liegen in der dort vorhandenen Freiheit und den gegebenen Wirkungsmöglichkeiten der Persönlichkeit im Rahmen der ökonomischen und gesellschaftlichen Zwecksetzung der Betriebe. Bei der zu beklagenden zunehmenden Verwaltung unserer Gesellschaft und ihrer geistigen Bildung hat sie viele Vorteile. In der Bildungsarbeit der Wirtschaft stehen die einzelnen Beteiligten in einem Wettbewerb um die beste Methode. Es wird eine Uniformierung des Geistes verhindert und eine laufende dynamische Anpassung an die aktuellen Erfordernisse gewährleistet ohne langfristige Verwaltungsprozesse."

(ARLT, F.: Die Wirtschaft ist Bildungsfaktor, in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 38, vom 21. September 1962, S. 6).

- 414 "Keine andere Form der Ausbildung hat in dieser Altersgruppe einen solchen zahlenmäßigen Umfang; keine andere entspricht in so hohem Maße der individuellen Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit des Jugendlichen." (Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 5).
- Die Verlängerung der Berufsschulzeit und eine Lösung von der Lehre, die zu einer "Sozialisierung des Jugendalters" führt, ist demnach offenbar nicht "jugendgemäß". (Vgl. o.V.: Neue Wege in der Berufsausbildung, in: WuBE 1959, S. 209).
- 415 "Auf dem Gebiet der betrieblichen Berufsausbildung ist die Wirtschaft seit langem bemüht, die Ausbildung aufgrund eingehender Beobachtung der Erwachsenentätigkeiten, kurzfristige Bedarfs-schätzungen und globale langfristige Vorausschauen laufend an die technische und wirtschaftliche Entwicklung anzupassen." (BDI-Bericht 1965, S. 39).

416 K.: Vom Wert der Betriebslehre, in: WuBE 1951, S. 241.

417 DIHT-Bericht 1967, S. 106 f. (Eine Übertragung von Zuständigkeiten in der Berufsausbildung auf die Länder würde sich durch den Föderalismus negativ für die Wirtschaft und die Jugendlichen auswirken.)

418 DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung, in: WuBE 1958, S. 45.

"Wir glauben aber, aus den Erfahrungen und Vergleichen, die wir mit anderen Ländern gezogen haben, daß die Betriebslehre, das Sich-Hineinleben in die künftigen Berufe, die naturgemäße Form der beruflichen Bildung ... ist." (KIESLINGER, A.: Wesen und Wert der betrieblichen Lehre als Kern der Berufserziehung, in: WuBE 1953, S. 149).

BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung: Berufsausbildung in freiheitlicher Ordnung, o.O., 1963, S. 11.

Dem Nachweis der Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland sollen auch die internationalen Berufswettkämpfe dienen.

Vgl. o.V.: Fünfzehn Deutsche siegten im XII. Internationalen Berufswettkampf in Dublin (Irland) - Erneuter Beweis für den hohen Stand der deutschen Berufsausbildung, in: WuBE 1963, S. 167 f.

DIHT und DHKT: Der internationale Berufswettbewerb.  
Eine Dokumentation, Bonn o.J.

KRAUSE, E.: Internationale Leistungsvergleiche  
der Berufsausbildung, in: BPZ 1957, S. 15.

- 419 Vgl. KRAUSE, E.: Vordringliche Probleme der  
betrieblichen Berufsausbildung, in: WuBE 1964, S. 45.

"Allerdings ist die Betriebslehre eine offene  
Institution - offen gegenüber der Schule ...;  
offen gegenüber dem Betrieb, seiner inneren Ordnung,  
seiner durch Technik sich ständig wandelnden Arbeit,  
gegenüber den dadurch bedingten Veränderungen der  
Berufsstrukturen, gegenüber den sozialpolitischen  
Maßnahmen des Staates." (ALTMANN, R.: Betriebslehre -  
Bildung - Selbstverwaltung, in: Die Verantwortung der  
Unternehmer in der Selbstverwaltung, a.a.O., S. 227).

- 420 O.V.: Intensivierung der betrieblichen Berufs-  
ausbildung, in: WuBE 1961, S. 214 - 216. (Hier  
werden acht als intensivierungsfähig angesehene  
Teilkomplexe genannt.)

Vgl. auch DIHT- Bericht 1965, S. 152.

BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung:  
Berufsausbildung in freiheitlicher Ordnung, a.a.O.,  
S. 11 f.

DI: Rationalisierung betrieblicher Bildungsarbeit,  
erster Beitrag, Folge 8, Köln 1964; zweiter Beitrag,  
Folge 11, Köln 1965.

KIESLINGER, A.: Zwanzig Jahre Berufsausbildung in  
der Bundesrepublik Deutschland (1945 - 1965),  
Bielefeld o.J., S. 45 - 49.

- 421 Die Heftigkeit der Reaktion gegen Reformvorschläge  
richtet sich ebenfalls nach diesem Gesichtspunkt.  
Das war vor allem festzustellen bei den Maßnahmen  
zur Beseitigung der "Berufsnot" (vgl. Anmerkung 391),  
der Auseinandersetzung um ein Berufsausbildungs-  
gesetz, der Kontroverse um die Folge 7/8 der  
Empfehlungen des DAfEuB und die Empfehlung der  
Bildungskommission zur Verbesserung der Lehrlings-  
ausbildung.

Besonders die unterschiedliche Reaktion auf die  
Empfehlungen des Deutschen Ausschusses und der  
Bildungskommission zur Berufsausbildung machen  
das deutlich.

"Die Wirtschaft begrüßt, daß das Gutachten des  
Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und  
Bildungswesen den Anstoß gibt, alle Fragen der

beruflichen Bildung zu überdenken und Konsequenzen für seine künftige Gestalt zu sichern. Das Berufliche Ausbildungs- und Schulwesen war bisher in der öffentlichen Meinung in seiner Vielfalt und Leistung wenig bekannt; es blieb auch in der pädagogischen Diskussion meist isoliert.

Trotz der aus der Sicht der Wirtschaft notwendigen Kritik an einzelnen Punkten bieten beide Gutachten als ganzes gesehen eine gute Grundlage für künftige Gespräche. Die positive Einstellung zur Ausbildungsleistung der Wirtschaft und das Bekenntnis zur betrieblichen Ausbildung lassen die Wirtschaft auf eine fruchtbare Diskussion und auf neue Impulse zur Stärkung und zum Ausbau des beruflichen Bildungswesens hoffen." (Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 23; Hervorhebungen A.K.).

"Die Urteile der Bildungskommission über die gegenwärtige Lehrlingsausbildung hätten nur anhand von detaillierten Untersuchungen abgegeben werden dürfen. Die Vorschläge zur Reform, die auf einer solchen Bestandsaufnahme aufzubauen gewesen wären, hätten eine eingehende und die Urteilsbildung der Bildungskommission ständig begleitende Diskussion mit allen an der Berufsausbildung beteiligten Kreisen erfordert. Nur auf diesem Wege hätte die Forderung, ein neues Finanzierungssystem einzurichten, einen Grad von Bestimmtheit erlangt, der dieser Forderung den Charakter eines ernstzunehmenden Reformvorschlages gesichert hätte. Die Bildungskommission hat bewußt einen anderen Weg eingeschlagen. Das Ergebnis ist sachlich nicht überzeugend. Die Bildungskommission hat keine Bestandsaufnahme der Lehrlingsausbildung vorgelegt, die Anspruch auf Eigenständigkeit und Objektivität erheben könnte. Der Bildungskommission ist es auch nicht gelungen, ein Reformkonzept zu entwickeln, das die gegenwärtige Diskussion über die Reform der Berufsausbildung auch nur einen Schritt weiterbringt." (BDA, BDI, DHKT, DIHT: Ideologie und Wirklichkeit. Zu den Empfehlungen der Bildungskommission "Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung", Bonn 1969, S. 46 f. - im folgenden kurz als "Ideologie und Wirklichkeit" zitiert).

Obwohl sich auch die Bildungskommission scheinbar ganz auf den Boden des "Dualen Systems" stellt, indem sie sich zunächst auf Vorschläge zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildung beschränkt, geschieht das jedoch in einem Kontext, der den unternehmerischen Interessen und ihrem Selbstverständnis zuwiderläuft.



Das bezieht sich vor allem auf folgende Vorstellungen: Dieser Bereich des Bildungswesens entspricht keinesfalls bereits allen Anforderungen an eine zeitgemäße Berufsausbildung in einem demokratischen Staat.

In den meisten Fällen stehen die Überlegungen zur Berufsausbildung unter dem Einfluß einer betrieblichen Betrachtungsweise.

Für die berufliche Bildung müssen die gleichen pädagogischen und bildungspolitischen Grundsätze gelten wie für weiterführende Schulen.

Die Berufsausbildung darf nicht länger vorwiegend von einer einzelnen Gruppe der Gesellschaft bestimmt werden und abhängig sein.

Auch die Bildung im beruflichen Sektor gehört zum Bereich der öffentlichen Verantwortung. In wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Sicht ist die Ausbildung der Lehrlinge als eine Gemeinschaftsaufgabe zu betrachten. Obwohl das duale System auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Berufsausbildung spielen wird, sind gleichzeitig jedoch andere Formen der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung zu entwickeln und erhebliche Veränderungen des dualen Systems vorzunehmen.

Die Kontrolle der Ausbildungsqualität ist nur durch Gremien objektiv möglich, in denen auch Vertreter der Arbeitnehmer, Berufsschullehrer und Lehrlinge volles Mitspracherecht haben.

"Gelingt die Umgestaltung der Berufsausbildungsausschüsse bei den Kammern nicht, so muß der Staat die Fachaufsicht ... übernehmen." (Deutscher Bildungsrat: Empfehlungen der Bildungskommission "Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung", Bonn 1969, S. 9 f.).

Auch die Vorstellungen zur Finanzierung der Lehrlingsausbildung (ebenda, S. 31 ff.) stellen in den Augen der Arbeitgeber keine Reform, sondern eine völlige Veränderung des gegebenen Systems dar.

422

"Bei diesen Urteilen, denen auch nicht andeutungsweise Tatsachenfeststellungen zugrunde liegen, handelt es sich in Wahrheit um die Wiederholung längst bekannter Vor-Urteile, die durch die Verallgemeinerung von Einzelfällen zustande gekommen sind. Niemand bestreitet, daß es diese Fälle gibt. Natürlich lassen sich diese von der Bildungskommission festgestellten 'Mängel' auch nachweisen. Anhand dieser Mängel kann jedoch unbesehen kein allgemeingültiges Urteil über das Ordnungssystem der betrieblichen Ausbildung gefällt werden." (Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 9).

- 423 DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 89.
- 424 DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 95.  
Vgl. auch Handelskammer Hamburg: Bericht 1966,  
S. 61 - 74.
- 425 "Während die Übernahme der meisten Empfehlungen  
in der entscheidenden Zuständigkeit der Kultus-  
minister der Länder liegt, berühren die Empfehlungen  
zum Beruflichen Ausbildungs- und Schulwesen teils  
den Verantwortungsbereich, teils sogar die  
Zuständigkeit der Wirtschaft. Sie hat das  
berufliche Ausbildungswesen in seiner heutigen  
Gestalt entwickelt und ist dessen Träger. Sie  
hat immer wieder ihre Bereitschaft betont, aber  
auch den Anspruch erhoben, bei allen Entscheidungen  
über das berufliche Bildungswesen mitzuwirken."  
(Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 3).
- 426 Vgl. Anmerkungen 439 und 441.
- 427 Im Zitat der Anmerkung 425 wird diese Auffassung  
mit den Begriffen "Verantwortungsbereich" und  
"Zuständigkeit" vorsichtig ausgedrückt.
- 428 K.: Öffentliche Lehrwerkstätten, in: WuBE 1949,  
S. 145 (als Hauptargument wird neben Hinweisen  
auf die Praxisferne und die hohen Kosten angeführt,  
der Absatz verkaufsfähiger Produkte mache den  
Privatbetrieben unlautere Konkurrenz).  
Vgl. auch "Empfehlungen und Ratschläge des DIHT  
zur Errichtung von Gemeinschaftslehrwerkstätten",  
Anhang in DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 168 - 170.
- 429 Ebenda, S. 168.  
Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handels-  
tages "Zur Frage der Berufsnot der Jugendlichen",  
in: WuBE 1950, S. 248.  
ARLT, F.: Betriebliche Bildungsarbeit als Kosten-  
und Produktionsproblem, in: DI, Rationalisierung  
betrieblicher Bildungsarbeit, zweiter Beitrag,  
Folge 11, Köln 1965, S. 6 f.  
Vgl. auch Anmerkung 351.
- 430 "Besonders unbefriedigend und enttäuschend sind die  
Darlegungen zur Finanzierung der Lehrlingsausbildung.  
Das gilt um so mehr, als die Bildungskommission diese

Überlegungen als ein Kernstück ihrer Empfehlungen bezeichnet und damit das Gewicht dieses Teils ihrer Empfehlungen besonders unterstreicht." (Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 36).

Die Einwendungen gipfeln alle in den Vorwürfen, die Bildungskommission habe ohne eingehende Analysen, ohne Sachverstand, ohne behauptete Zusammenhänge nachweisen zu können, auf leeren Postulaten, unbewiesenen Behauptungen, unverbindlichen Erörterungen und ideologischen Setzungen ein unbestimmtes Finanzierungsmodell aufgebaut. "Die Unbestimmtheit der Überlegungen zur Finanzierung der Lehrlingsausbildung stellt im Nachhinein auch die Beurteilung der derzeitigen Lehrlingsausbildung und die Vorschläge zu ihrer Verbesserung von Grund auf in Frage." (Ebenda, S. 44). - Auf einige Einwendungen wird in den folgenden Abschnitten im Zusammenhang mit den jeweils angesprochenen Kriterien der Analyse noch eingegangen.

- 431 Das dürfte auf die historische Bedeutung der kaufmännischen Schulen und die relativ späte Entwicklung der betrieblichen Ausbildung im Bereich der Industrie zurückzuführen sein.
- 432 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 5.
- 433 Walter-Raymond-Stiftung: "Wirtschaft und Schule...", a.a.O., S. 34.
- 434 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 5.  
"Die Jugend braucht einen lebensnahen Bildungsraum, der sie zum Ernst der Arbeit und des Lebens erzieht." (DISCH, F.O.: Die Stellung der Wirtschaft zur Berufsschule, in: DBbSch 1962, S. 500).
- 435 Hinsichtlich der Motivation, jede Ausdehnung des schulischen Anteils an der Berufsausbildung zu verhindern, muß berücksichtigt werden, daß damit im gegenwärtigen System (vgl. Abschnitt 3.2.3.1) zugleich ein Rückgang der privaten Trägerschaft an der Berufsausbildung verbunden wäre.  
"Die Schulerziehung kann jedoch die unmittelbare betriebliche Wirklichkeit nicht ersetzen oder gar verdrängen." (DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 45).

- 436 DISCH, F.O.: Die Stellung der Wirtschaft zur Berufsschule, in: DBbSch 1962, S. 499 - 505.  
Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 19.
- 437 KRAUSE, E.: Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Berufsschule, in: WuBE 1952, S. 248 - 250.  
GERICKE, W.: Zur Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Lehrbetrieb, in: WuBE 1965, S. 223 - 225.  
DINTER, H.: Duale Berufsausbildung - gemeinsame Berufserziehung, in: BPZ 1965, S. 54 ff.
- 438 Schule und betriebliche Berufsausbildung sind "eigenständige, nicht austauschbare korrespondierende Bereiche des arbeitsteiligen Bildungswesens." Die gegenseitige Orientierung sollte aus pädagogisch-pragmatischen, nicht aus ideologischen Gründen unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß beide an verschiedenen Orten derselben Aufgabe dienen. (ARLT, F.: Wandlungen und Wandlungstendenzen betrieblicher Bildungsarbeit im letzten Jahrzehnt, in: DBbSch 1963, S. 946).
- 439 "Die Berufsbildung wird durch das Zusammenwirken von schulischer und betrieblicher Ausbildung bestimmt. Die betriebliche Ausbildung ist in einer Epoche schnellen Fortschritts von Technik und Wirtschaft für die notwendige rasche Anpassung entscheidend." (DÜREN, A.: Zu Leitgedanken des DIHT über die Zukunft der Berufsbildung, in: DIHT-Schriftenreihe, Heft 70, S. 53).  
"Die gemeinsame Verantwortung von Betrieb und Schule für die Ausbildung ist von der Wirtschaft immer voll anerkannt worden. Dabei darf jedoch nicht der wesentlich höhere Anteil des Betriebes an dieser 'dualen Ausbildung' übersehen werden. Infolgedessen können aus den verschiedenen gewichtigen Beiträgen keine gleichgewichtigen Rechte abgeleitet werden." (Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 15).
- 440 Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 16.  
Es fehlt auch nicht der Hinweis auf die "pädagogische Folgenlosigkeit" dieser Forderung angesichts der gegenwärtigen Mängel. (Ebenda, S. 15 f.).  
Im gleichen Sinne: Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S.19.  
Zu der grundsätzlichen Einsicht, die Berufsschulpflicht nach den Erfordernissen der einzelnen

Ausbildungsberufe differenzieren zu müssen, haben sich die Arbeitgeber unter Führung des Handels erst sehr spät durchgerungen.

Vgl. Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 41. ("Der Unterricht in der Berufsschule sollte nicht über einen ganzen Tag in der Woche hinausgehen, soweit nicht bei der Eigenart einzelner Berufe eine Erhöhung der Unterrichtsstunden nach den Wünschen der Ausbildungsbetriebe notwendig erscheint.")

DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 46. (An der Ergänzung der betriebspraktischen Lehre durch einen achtstündigen Berufsschulunterricht ist unbedingt festzuhalten.)

Unsere Meinung (DITLMANN): Zweiter Berufsschultag?, in: WuBE 1962, S. 97 (Beschränkung auf einen Berufsschultag, der im Einvernehmen mit den Kammern festzulegen ist.)

- 441 "Der abgeleitete Bildungsauftrag besagt für den fachtheoretischen Unterricht, daß die Berufsschule so viele Fachkenntnisse vermitteln soll, als für die praktische Ausbildung benötigt werden, aber auch nicht mehr!" (Unsere Meinung (DITLMANN): Zweiter Berufsschultag?, in: WuBE 1962, S. 97).

"Ihre sachliche Orientierung findet diese Zusammenarbeit in jedem Falle in der Beachtung und Berücksichtigung der von der ABB herausgegebenen Berufsordnungsmittel, ..." (GERICKE, W.: Zur Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Lehrbetrieb, in: WuBE 1965, S. 213).

Die Lehrpläne müssen einheitlich werden und sich an den Berufsausbildungsplänen orientieren. (KRAUSE, E.: Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Berufsschule, in: WuBE 1952, S. 250).

Aus diesen Vorstellungen resultieren auch die Stellungnahmen zu den Berufsschulzeugnissen und der Beteiligung von Berufsschullehrern an Prüfungen. Vgl. dazu den Abschnitt 3.2.3.13 und Anmerkung 439.

- 442 In einer Stellungnahme von 1949, in der gleichzeitig für die achtjährige Volksschule plädiert wird, heißt es noch, "... daß die Berufsschule auch den Charakter einer allgemeinbildenden Schule haben muß..." (Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 41; Unterstreichung im Original gesperrt).

Die Berufsschule muß sich vom Begriff "Allgemeinbildung" lösen. Sie hat die betriebliche Ausbildung zu begleiten. (K.: Um die Berufsschule, in: WuBE 1950, S. 265).

Die Menschenbildung der Berufsschule ist anzuerkennen, aber keine Ausweitung der Berufsbildung zur Allgemeinbildung. (KRAUSE, E.: Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Berufsschule, in: WuBE 1952, S. 248).

Zusätzlich werden Stimmen gegen den politischen Unterricht in der Berufsschule laut. (PAUL, G.: Berufsschule an der Wende, in: WuBE 1951, S. 123).

- 443 Unsere Meinung (Hf): Zur Frage der Lehrwerkstätten bei Berufsschulen, in: WuBE 1957, S. 20.
- 444 Eine zur Grenzziehung prinzipiell geeignete Argumentation unter ökonomischem Aspekt gegen die öffentliche Trägerschaft ist inzwischen fallengelassen worden. (Vgl. Anmerkung 428).
- 445 Daher wird wiederholt betont, aus der Errichtung von Lehrwerkstätten sollte keine "Prinzipienfrage" gemacht werden (vgl. DIHT-Bericht 1966, S. 158; mit anderen Worten auch Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18).
- DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, a.a.O., S. 85 ("Es kann nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, aus der Lehrwerkstatt-Ausbildung eine Prinzipienfrage zu machen und sie gleichsam zum Maßstab einer guten oder schlechten Ausbildung zu erheben.").
- KRAUSE, E.: Kernpunkte der betrieblichen Berufsausbildung, in: DBFSch 1967, S. 89 ("In jüngster Zeit ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß auch die Lehrwerkstatt im Grunde eine Schule sei, und daß dann doch gleich die gewerblichen Berufsfachschulen die Grundausbildung in den ersten beiden Jahren übernehmen können. Dieser Einwand stimmt nur insoweit, als die betriebliche Lehrwerkstatt genau wie die Schule ein Ort planmäßiger und gesteuerter Ausbildung ist. Der große Unterschied liegt aber darin, daß die Lehrwerkstatt als Teil des Betriebes in die Betriebsarbeit, in die Betriebsorganisation, in die Betriebsatmosphäre, kurzum in die Betriebswelt integriert ist.")
- 446 Für diese Betrachtung ist es unerheblich, ob es sich um eine betriebliche Lehrecke, betriebliche Lehrwerkstatt oder eine überbetriebliche Lehrwerkstatt handelt. Über den Umfang der Ausbildung

in Lehrwerkstätten vgl. ABB: Die industriellen Lehrwerkstätten 1964. Auswertung einer Lehrwerkstättenenerhebung - Stand 31. Dezember 1963, Bielefeld o.J. (1965).

- 447 "Diese Grundausbildung eignet sich wegen der hohen Ansprüche, die Didaktik und Methodik gerade an diesen ersten Ausbildungsabschnitt stellen, ganz besonders für eine Verlegung in eine Lehrwerkstatt. Damit ist nicht etwa gesagt, daß diese Grundausbildung nicht auch mitten im Betriebsablauf möglich wäre. Aber die Verlegung dieses ersten Ausbildungsabschnittes in die Lehrwerkstatt stellt eine Vereinfachung und ohne Zweifel eine Rationalisierung der Ausbildung dar." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, a.a.O., S. 164).
- 448 Empfehlungen und Ratschläge des DIHT zur Errichtung von Gemeinschaftslehrwerkstätten, Anhang in DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 163 f.  
An anderen Stellen werden als weitere Gründe genannt:  
(d) Ersatz fehlender Ausbildungsmöglichkeiten in Mittel- und Kleinbetrieben (GERICKE, W.: Warum Gemeinschaftslehrwerkstätten?, in: WuBE 1964, S. 27).  
(e) Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Betrieb (DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 165).
- 449 Ebenda, S. 163 f.
- 450 Die hier zusammengestellten Argumente sind geschlossen in keiner Stellungnahme der Arbeitgeber zu finden. Sie vermögen auch keinen systematischen Begründungszusammenhang für die pauschale Ablehnung einer vollkommenen Ausgliederung der Ausbildung aus dem Produktionsprozeß zu liefern. In den Äußerungen zu diesem Problem werden jeweils von der Prämisse ausgehend, daß die betriebliche Ausbildung durch keine außerbetriebliche Maßnahme ersetzt werden kann, wahllos verschiedene Argumente zur Stützung der These herangezogen.  
Vgl. K.: Öffentliche Lehrwerkstätten, in: WuBE 1949, S. 145.  
K.: Zur Behebung der Berufsnot der Jugendlichen, in: WuBE 1950, S. 241 ("Alle Versuche, die Betriebsausbildung durch außerbetriebliche Werkstätten zu ersetzen, sind abzulehnen.").  
Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages "Zur Frage der Berufsnot der Jugendlichen", in: WuBE 1950, S. 243 - 248 ("Von der Errichtung von nicht betriebsgebundenen Lehrwerkstätten wird abgeraten.").  
Bericht der IHK Stuttgart, in: WuBE 1956, S. 76 (Schulwerkstätten sind keine Lehrwerkstätten).

- 451 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18.  
Außerdem: "Nicht jeder Ausbildungsinhalt, vor allem wenn er produktionsgebunden ist, läßt sich in einer Lehrwerkstatt vermitteln." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, a.a.O., S. 85).
- 452 DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, a.a.O., S. 167.  
Damit wird die Möglichkeit ausgeschieden, die Grundausbildung auf berufsbegleitende Schulen zu übertragen. Die Maßnahme richtet sich vor allem gegen die Einrichtung eines Berufsgrundschuljahres. Vgl. dazu auch die Anmerkungen 390 - 392.
- 453 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 17.  
Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 14.
- 454 Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 17.
- 455 DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, a.a.O., S. 166 f.  
O.G.: Lehrwerkstatt und Betrieb, in: WuBE 1950, S. 86 ("Der Rhythmus der Hämmer, das Kreischen der Feilen, das Lied der Maschinen, kurz, die ganze Melodie der Arbeit darf in der Lehrwerkstatt nicht anders und nicht bescheidener klingen als in jeder anderen Betriebsabteilung").  
BECKER, Immanuel: Das Problem betriebsnaher Ausbildung, in: WuBE 1953, S. 31 (Die Dynamik des Betriebs muß auf die Lehrwerkstatt übertragen werden, um die Gefahr der Verschulung zu verhindern.)  
Die mangelnde Nähe schuleigener Lehrwerkstätten zur betrieblichen Wirklichkeit wird mit einer der Schule immanenten Eigengesetzlichkeit begründet.  
"Aber es gilt zu erkennen, daß auch diese Vollzeitschulen auf längere Sicht einer dem Schulwesen immanenten, nicht zuletzt durch Schulrecht und Schulaufsicht bestimmten Eigengesetzlichkeit unterliegen. Diese Eigengesetzlichkeit besteht darin, daß der unmittelbar berufsbezogene Teil des Lehrplans regelmäßig zugunsten der schultypischen Vorstellungen einer allgemeinen Grundausbildung ('Einführung in die Arbeitswelt'), ferner zugunsten einer breiten Allgemeinbildung und schließlich zugunsten einer starken Bevorzugung theoretischer Stoffe reduziert wird." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, a.a.O., S. 167).



- 456 Unsere Meinung (S): "Wie neutral ist der Betrieb?", in: WuBE 1964, S. 220 (Die Familienerziehung ist auch nicht zu verdammen wegen einiger verantwortungsloser junger Väter und Mütter.).

Unsere Meinung (Ge): Lehrlingsausbildung in Deutschland, in: WuBE 1969, S. 77 f.

Zu den zahlreichen Mängeln der betrieblichen Ausbildung, die von der Bildungskommission in ihrer Empfehlung zur Lehrlingsausbildung aufgezählt werden, wird pauschal erwidert: "Bei diesen Urteilen, denen auch nicht andeutungsweise Tatsachenfeststellungen zugrunde liegen, handelt es sich in Wahrheit um die Wiederholung längst bekannter Vor-Urteile, die durch Verallgemeinerung von Einzelfällen zustande gekommen sind. Niemand bestreitet, daß es diese Fälle gibt. Natürlich lassen sich diese von der Bildungskommission festgestellten 'Mängel' auch nachweisen. Anhand dieser Mängel kann jedoch unbesehen kein allgemeingültiges Urteil über das Ordnungssystem der betrieblichen Ausbildung gefällt werden." (Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 9).

Außer den im folgenden aufgezählten pauschalen Feststellungen sind von Industrie und Handel bisher nie Einzelheiten über Kontrollmaßnahmen und deren Ergebnisse veröffentlicht worden. Die Meldungen über die Entziehung der Ausbildungsbefugnis oder die Nichteintragung von Lehrverhältnissen in die Lehrlingsrolle sind spärlich und/oder vage.

Vgl. HOFFMANN: Entziehung der Ausbildungsbefugnis, in: WuBE 1958, S. 205 - 208.

Bericht der IHK Bayreuth, in: WuBE 1966, S. 151.

Bericht der IHK Koblenz, in: WuBE 1969, S. 130.

- 457 Der Versuch einer statistischen Erfassung zeigt doch, "daß nur ein erstaunlich geringer Teil der Betriebe Lehrlinge ausbildet." Unter der großen Zahl derjenigen, die hierauf verzichten, befinden sich viele, die für eine planmäßige Ausbildung von Lehrlingen in anerkannten Ausbildungsberufen ungeeignet sind ... Hierin liegt eine gewisse Selbstbeschränkung, zu der sicherlich auch die überbetriebliche Kontrolle durch die Industrie- und Handelskammern beiträgt." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 86, S. 33).

"Die Wirtschaft wäre unmöglich in der Lage, Jahr für Jahr 750.000 Lehrlinge auszubilden, wenn nicht eine Vielzahl von Betrieben bereit wäre,

sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Die Wirtschaft könnte sich bei der Ausbildung und Erziehung ihres Nachwuchses niemals zum Beispiel nur auf Großbetriebe stützen, sondern ist - schon rein zahlenmäßig - zwingend auch auf die Ausbildungsleistungen kleinerer Betriebe angewiesen. Im gewerblich-kaufmännischen Bereich, dessen Lehrlingsausbildung von den Industrie- und Handelskammern betreut wird, wurden am 1. Januar 1964 380.000 im Handels- beziehungsweise Genossenschaftsregister eingetragene Unternehmen (und) 1.057.000 nicht eingetragene Gewerbetreibende gezählt. Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit ist die ganz überwiegende Mehrzahl aller Ausbildungsbetriebe der ersten Gruppe zuzurechnen. Nach überschlägigen Berechnungen und Stichproben bei verschiedenen Industrie- und Handelskammern dürfte von schätzungsweise 170.000 bis 180.000 Betrieben auszugehen sein, die sich 1965 an der Ausbildung der insgesamt 749.000 Lehrlinge beteiligten. Daran wird deutlich, ein wie kompliziertes und diffiziles Gebilde die betriebliche Ausbildung darstellt. Dieses gegenwärtig ausbalancierte System kann zum Beispiel auf gesetzliche Eingriffe in ganz unvorhergesehener Weise und mit dem keinesfalls auszuschließenden Ergebnis reagieren, daß sich von heute auf morgen nur noch eine wesentlich geringere Anzahl von Betrieben für die Ausbildung der Jugendlichen zur Verfügung stellt.

Es bleibt einer bereits geplanten Sondererhebung des DIHT vorbehalten, zu genaueren Vorstellungen darüber zu kommen, wie sich die Ausbildungsverhältnisse auf die verschiedenen Betriebsgrößen verteilen." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, a.a.O., S. 83).

Vgl. auch DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, a.a.O., S. 67 - 69 und die statistischen Angaben im Abschnitt 3.2.1.

- 458 "Dieses System ... stellt die ganze Fülle und Mannigfaltigkeit der Wirtschaft in den Dienst der Ausbildung. In der sozialen Markt- und Wettbewerbswirtschaft muß jeder Betrieb im Kampf um den Absatz und die Kostengestaltung seine Organisation, seine betrieblichen Einrichtungen und Verfahren ständig überprüfen und modernisieren. Veraltete und rückständige Betriebe, Wirtschaftsmittel und -methoden werden zwangsläufig ausgeschieden, so daß auch die Ausbildung der Jugendlichen mit der betrieblichen Entwicklung Schritt hält ... Darüber hinaus unterliegen die

Betriebe, die Jugendliche ausbilden wollen, zum Zeitpunkt des Abschlusses eines Lehrvertrages der Kontrolle durch die zuständigen Industrie- und Handelskammern, die ungeeignete Betriebe von der Ausbildung fernhalten. Die Kammern haben sowohl durch den ständigen Kontakt zu ihren Mitgliedsfirmen, zum Teil durch besonders beauftragte Lehrwarte, durch den ständigen Erfahrungsaustausch, aber auch durch die Lehrabschlußprüfungen einen guten Einblick in die Ausbildungsverhältnisse ihrer Betriebe." (DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 44).

Der Erlaß von Richtlinien für die Eignung von Lehrbetrieben und die Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen wird als zweifelhaftes Mittel der Kontrolle abgelehnt, die vorhandenen rechtlichen Vorschriften ("BGB, Gewerbe-, Schul-, Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht") als ausreichende Regelungen angesehen. Eine gesetzliche Regelung könnte auch nicht weiterhelfen, weil sie entweder allgemein und nichtssagend sein müßte "oder kasuistisch mit einer Inflation von Paragraphen; eine Fülle von Schwierigkeiten wäre dann sicher. Unter hohen Verwaltungskosten würde sich wahrscheinlich ein ständiger milder Regen von Vorschriften auf die ausbildende Wirtschaft ergießen, einen gesunden Fortschritt hemmen, das Interesse an sachgemäßer Ausbildung senken und die Verwaltungsgerichte in Nahrung setzen ..." Außerdem gibt es auch schlechte Familien und Schulen. (HOFFMANN, E.: Richtlinien für die Eignung von Lehrbetrieben?, in: WuBE 1962, S. 6 - 9).

Die Vollständigkeit und Planmäßigkeit der Ausbildung wird durch § 2 des Einheitslehrvertrages und Ziffer 3 der Lehrlingsrollenordnung als gesichert angesehen. Forderungen in dieser Richtung formulieren lediglich Selbstverständlichkeiten "..., die zu einem großen Teil in der Ausbildungspraxis längst verwirklicht wurden. Der Rest der Urteile und Vorschläge, der seit Jahren diskutiert wird, behält den Rang und Reiz des Neuen nur, solange er nicht in Beziehung zur gegenwärtigen Ausbildungspraxis gesetzt wird." (Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 12; vgl. auch S. 13 ff.).

Heute werden bereits 4 bis 6% der zur Eintragung angemeldeten Lehrverträge formell oder informell zurückgewiesen. "Das Sieb der Überwachung ist also schon heute durchaus engmaschig." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 104, S. 43). Gleichwohl haben es einige Kammern für notwendig erachtet, zumindest für die kaufmännischen Ausbildungsbetriebe Lehrlingshöchstzahlen festzusetzen.

Vgl. IHK Bonn, in: WuBE 1954, S. 56; Neufassung in: WuBE 1956, S. 172; IHK Stuttgart, in: WuBE 1968, S. 54.

Auch ein von DINTER vorgelegter "Entwurf von Richtlinien zur Sicherung der persönlichen und betrieblichen Ausbildungseignung" (DINTER: Zum Lehrherrn geeignet?, in: WuBE 1968, S. 64 - 67) und der Erlaß von "Richtlinien für die Eintragung von Lehrverhältnissen" durch die IHK Bonn vom 27. November 1968 (in: WuBE 1969, S. 113 f.) deuten an, daß generelle Regelungen für notwendig erachtet werden.

Zur persönlichen Qualifikation der Ausbilder vgl. insbesondere Abschnitt 3.2.3.10.

459 DIHT-Bericht 1966, a.a.O., S. 153.

DIHT-Schriftenreihe, Heft 104, S. 43. ("... bei einer heute sehr großen Anzahl offener Lehrstellen und bei entsprechenden Wahlmöglichkeiten des Lehrlings und seiner Eltern zwischen mehreren Ausbildungsbetrieben (scheiden) die Betriebe mit dem geringsten "Ausbildungs-Grenznutzen" schon ganz von selbst aus...").

460 DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 45.

Vgl. auch DISCH, F.O.: Der Kampf um die Erhaltung der betrieblichen Lehre, in: WuBE 1958, S. 104.

GERICKE, W.: Grundschule oder Grundausbildung, in: WuBE 1961, S. 113 f. (Dadurch wird pädagogisch und psychologisch ein Wachstumsprozeß ähnlich dem einer Pflanze in Gang gesetzt, der nicht unterbrochen werden darf und der gebunden ist an die seinen Bedürfnissen entsprechende Bodenart.)

461 Vgl. Abschnitt 3.1.3.3.

462 Es wäre in einer gesonderten Analyse einmal zu untersuchen, inwieweit das Konzept einer "volkstümlichen Bildung" für die Volksschule mit diesem Ausbildungsprinzip in der Berufsausbildung im Zusammenhang steht. Für den Zusammenhang könnte die Vorstellung bedeutsam sein, bestimmte manuelle Fertigkeiten ließen sich um so sicherer entwickeln, je früher die Ausbildung einsetzt. (Vgl. GERICKE, W.: Berufserziehung von morgen, in: WuBE 1954, S. 209).

- 463 Hier liegt ein Grund für die der theoretischen Erkenntnisgewinnung wesentlich aufgeschlosseneren Vorstellungen der im "Ettlinger Kreis" zusammengeschlossenen Vertreter der Großindustrie.
- 464 Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 16 f.  
Auch diese Argumentation zur Verteidigung der betrieblichen Lehre läßt sich leicht gegen die eigene Zielsetzung verwenden, denn sie besagt erstmals in aller Klarheit, daß die Arbeitgeber die praktische Erkenntnisgewinnung nicht als an eine Ausbildung im Betrieb gebunden ansehen. Damit wird auch deutlich, daß auf dieser Argumentationsebene eine eindeutige organisatorische Entscheidung für die Ausbildung in der Institution Schule oder Betrieb gar nicht zu fällen ist. Sie ist vielmehr abhängig von einer im Zitat richtig angedeuteten Zuordnungsproblematik praktischer und theoretischer Erkenntnisgewinnung, die nur für den Einzelfall in Abhängigkeit von den Ausbildungsinhalten pragmatisch zu lösen ist. Hinter der Auseinandersetzung um die Ausbildungsstätte verbirgt sich also auch eine solche um die Ausbildungsinhalte und damit um die Ziele der Ausbildung. Rückt die ökonomische Zielsetzung in den Vordergrund und wird die Berufsausbildung unter dem Gesichtspunkt der Anpassung an die Anforderungen der betrieblichen Prozesse gesehen (vgl. die folgenden Abschnitte), sind damit wesentliche Prämissen für die Auswahl der Ausbildungsinhalte gesetzt. Das Unbehagen der Arbeitgeber an der Lehrlingsempfehlung der Bildungskommission und das durch die Entgegnung aufgezeigte Unverständnis für deren Argumente dürfte letztlich in dieser im weiteren Sinne didaktischen Problematik wurzeln.
- 465 Vgl. Handwerksanalyse, insbesondere Anmerkungen 201 - 205. Gegenüber der Lehrlingsempfehlung haben die Arbeitgeber diese Vorstellung noch einmal sehr pauschal formuliert. "Eine Grundausbildung wird deshalb schon heute in allen Ausbildungsberufen vermittelt, bei denen methodisch und didaktisch die Voraussetzungen dafür bestehen." (Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 14).  
Immerhin läßt sich bei Industrie und Handel eine gewisse Entwicklung zur teilweisen Anerkennung der pädagogisch-systematischen Durchführung der Berufsausbildung feststellen, wenn 1949 vom Berufsschulunterricht noch verlangt wurde, daß er nicht systematisch vorzugehen habe, um die Zusammenarbeit mit den Betrieben nicht zu behindern.

"Bei der Lehrplangestaltung des methodisch nicht systematisch zu erteilenden berufskundlichen Unterrichts legt die Wirtschaft auf engste Zusammenarbeit mit der Berufsschule größten Wert." (Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8, S. 41).

466 Vgl. Abschnitt 3.1.3.4.

467 KIESLINGER, A.: Staat und Berufsausbildung, Gedanken zu einer zeitnahen Frage, in: WuBE 1949, Heft 1, S. 2 f. (Das Wesen der Berufsausbildung besteht in der planmäßigen Vermittlung des beruflichen Wissens und Könnens von einer Generation auf die andere durch die Berufsangehörigen am Arbeitsplatz. - Berufsausbildung ist eine produktionspolitische Maßnahme).

Derselbe: Berufsausbildung am Scheideweg?, in: WuBE 1950, S. 6 ("Aber das Ziel der Berufsausbildung ist und bleibt ein wirtschaftliches.")

Derselbe: Wesen und Wert der betrieblichen Lehre als Kern der Berufserziehung, in: WuBE 1953, S. 149. (Die Betriebslehre der Industrie ist keine bloße Nachahmung des Handwerks; Grundlage sind die Bedürfnisse des Arbeitsplatzes.)

Derselbe: Zeitgemäße Berufsausbildung, in: WuBE 1956, S. 230. (Ziel der Berufsausbildung ist Deckung des Bedarfs an Fachkräften).

KRAUSE, E.: Grundlagen der betrieblichen Berufsausbildung und Berufserziehung des Facharbeiter-Nachwuchses der Industrie, Stuttgart 1955, S. 14 f.

GERICKE: Zur Berufsordnung, in: WuBE 1951, S. 271. ("Aus der Praxis für die Praxis").

DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 10 ("... eine Ausbildung: von der Praxis festgelegt und geordnet für die Praxis".)

SCHÄFER, A.: Berufsausbildung - wirtschaftspolitische Aufgabe, in: WuBE 1952, S. 137.

DIHT-Stellungnahme: "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 44 ("Wichtigkeit der Lehre für die Heranbildung von Fachkräften").

MÜNCHMEYER, A.: Aktuelle Fragen der Berufsausbildung, in: WuBE 1962, S. 95. (Der Betrieb erzieht nicht zur Persönlichkeit durch universale Bildung.)

DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 9 f. ("Diese Kritik erkennt zunächst die Funktion der betrieblichen Ausbildung. Die Wirtschaft leistet den enormen Aufwand für die betriebliche Ausbildung, nicht nur

den materiellen - obwohl man sich hüten sollte, ihn leichtfertig oder aus einem bestimmten Wunschdenken heraus zu niedrig zu veranschlagen -, sondern auch den ideellen, nicht etwa, weil sie eine Art abstrakter öffentlicher Verpflichtung zur Ausbildung der Jugend empfände. Den enormen Aufwand für die betriebliche Ausbildung leistet die Wirtschaft zur Sicherung ihres Nachwuchses und damit letzten Endes zur Sicherung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Versteht man so die Funktion, auch den Zweck und das Ziel der betrieblichen Ausbildung, dann ist nur sehr schwer vorstellbar, daß die Wirtschaft sich auch nur vorübergehend den Luxus einer Ausbildung an diesem Ziel vorbei leistet oder leisten könnte. Allein schon die Funktion der betrieblichen Ausbildung ist also eine Gewähr dafür, daß diese sich laufend fortentwickelt und nicht veraltet. Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen verkennt aber auch das Wesen der betrieblichen Berufsausbildung. Das ist keine vom Staat oder einer wie auch immer gearteten Autorität von oben festgesetzte und nach unten verfügte Ausbildung. Sondern es ist die von der Wirtschaft selbst als zweckmäßig erachtete und dann lediglich von den Organen ihrer Selbstverwaltung zur verbindlichen Norm erklärte Ausbildung, eine Ausbildung: von der Praxis festgelegt und geordnet für die Praxis. Diese Praxisbezogenheit bewirkt Deckungsgleichheit zwischen dem Leistungsstand der Wirtschaft und dem Niveau ihrer Ausbildung. Ist die Wirtschaft, ist der einzelne Betrieb, ist der Betriebsablauf innerhalb des einzelnen Betriebes modern, dann ist auch die Ausbildung zeitgemäß.

Der Standard der deutschen Wirtschaft rechtfertigt nicht den Schluß, daß das Niveau ihrer Ausbildung niedrig oder veraltet ist.")

DÜREN, A.: Wirtschaft und betriebliche Berufsausbildung, in: Der Arbeitgeber 1965, S. 612 ("Der Unternehmer sieht bis auf den heutigen Tag in der betrieblichen Ausbildung und Erziehung der Jugend in erster Linie ein Mittel zur Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses.")

Derselbe: Um die Zukunft der Berufsausbildung, in: WuBE 1960, S. 227 (Der Wirtschaftsbetrieb ist keine pädagogische Anstalt).

KIESLINGER, R.M.: Zur bildungspolitischen Situation, in: WuBE 1969, S. 121 (Die Bildungsplanung muß auf die jeweilige Bedarfsplanung der Wirtschaft abgestimmt werden).

Vgl. auch die Folgerungen bei HESSE: "So ist ökonomisch orientierte Ausbildungspolitik zu einem festen und wichtigen Bestandteil der Unternehmenspolitik geworden - und in diesen Rahmen gehört die Konstruktion der Industrie-Ausbildungsberufe ursprünglich hinein." (HESSE, H.A.: Berufe im Wandel, Ein Beitrag zur Professionalisierung, Stuttgart 1968, S. 115).

- 468 "Demgegenüber hat die Berufsausbildung ... eine doppelte Aufgabe: Sie dient nicht nur der Berufserziehung der Jugendlichen, sondern sie muß auch als Steuerungssystem für den Arbeitskräftebedarf eines komplizierten Wirtschaftskörpers funktionieren." (SCHNEIDER, E.: Lehrlingsreife als Ziel der Volksschuloberstufe, a.a.O., S. 3).

Vgl. dazu auch die Analyse TOLLKÖTTER's über die Motivation der Unternehmer zur Durchführung zusätzlicher Bildungsmaßnahmen.

TOLLKÖTTER, Bernhard: Bildungsmaßnahmen in der Wirtschaft, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Studien zur Arbeits- und Berufspädagogik, Band 1, Weinheim 1966, S. 58 ff.

- 469 "Die Anforderungsprofile und Arbeitsanalysen der industriellen Praxis weisen konkret auf diese im intellektuellen und technischen Bereich liegenden Bildungserfordernisse und -bedürfnisse hin ..." (Walter-Raymond-Stiftung: Wirtschaft und Schule ..., a.a.O., S. 23).

"In dem Grundsatz der betrieblichen Auslese 'Der rechte Mann am rechten Platz' wird die Beachtung der anthropologischen Grenzen in der modernen Betriebsorganisation und Rationalisierung offenbar." (ARLT, F.: Von den Möglichkeiten humaner Existenz im Betrieb und von der Bedeutung der Bildung für die Erhaltung und Förderung dieser Möglichkeiten, in: DBbSch 1962, S. 89).

"Zwischen dem Eigeninteresse des Unternehmers an einem qualifizierten Nachwuchs und dem Gemeininteresse an einer qualifizierten Ausbildung und Erziehung der Jugend im Betrieb besteht weitgehende Identität." (DÜREN, A.: Wirtschaft und betriebliche Berufsausbildung, in: DAG 1965, S. 614).

Deutlich kommt der Harmoniegläubigkeit auch in den Begründungen zur Stufenausbildung zum Ausdruck. "Diese differenzierte Ausbildung ist stärker einerseits der Eignungs- und Begabungsstruktur der Jugend, andererseits des Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft angepaßt." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 32).

Vgl. auch Abschnitt 3.2.3.11.



470

Diese Grundauffassung kommt in zahlreichen, nicht immer ganz deutlichen Äußerungen zum Ausdruck. Sie hat ihren Ausgangspunkt in der Rezeption des von der Wirtschaftspädagogik herausgestellten Wandels im Verhältnis Berufsbildung - Allgemeinbildung in der von SCHLIEPER, ABRAHAM und anderen vertretenen theoretischen Grundlegung (vgl. Abschnitt 3.2.1).

"Die steigende Beachtung des Menschen ... im Betrieb zeigt, daß eine Erziehung zur betrieblichen Existenz des Menschen mit einer Beschränkung auf Sach- und Fachbildung den Erfordernissen nicht gerecht wird, denen Menschen in der modernen Arbeitswelt ausgesetzt sind." (ARLT, F.: Von den Möglichkeiten humaner Existenz ..., in: DBbSch 1962, S. 89).

"Die Grundeinstellung zur Arbeit und zum Betrieb, Verantwortungsgefühl, das sich an der näheren und weiteren Arbeitsumwelt orientiert, und Selbstdarstellungswille des einzelnen erhalten einen für das Sachgeschehen und die Sachordnung im Betrieb entscheidenden Wert." (Ebenda, S. 95).

Die Auseinandersetzung mit der Wirtschaft wird zum Bildungsgegenstand, denn die Auseinandersetzung mit der beruflichen Umwelt führt zum Selbstverständnis des Menschen, dieser Prozeß aber sei als Bildung definiert. (ARLT, F.: Die Wirtschaft ist Bildungsfaktor, in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 38, vom 21.9.1962, S. 4 - 6).

Die Wirkungen des Betriebes gehen weit über die fachliche Ausbildung hinaus. Die Betriebe übernehmen deshalb auch zugleich die Aufgabe einer allgemeinen menschlichen und wirtschaftlichen Bildung. (EICHWEDE, G.: Berufsausbildung vollzieht sich im Betrieb, in: Der Arbeitgeber 1965, S. 626 f.).

"Eine Interdependenz von Bruttosozialprodukt und Bildungsstandard, ja von Sozialordnung und Bildungsstandard (liegt) vor." (ARLT, F.: Rationalisierung der betrieblichen Bildungsarbeit, in: DI, Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, erster Beitrag, Folge 8, Köln 1964).

"Die sich in der industriellen Entwicklung bewährenden Grundsätze der Freiheit und des Wettbewerbs bewähren sich erst recht in der geistigen und kulturellen Entwicklung des Volkes." (Walter-Raymond-Stiftung: Wirtschaft und Schule ..., a.a.O., S. 33).

Vgl. auch BDA: "Empfehlung des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit", Schule und Wirtschaft, Anregungen und Grundsätzliches, 3. Auflage, Köln 1962.

471 "Diese (Ordnungsformen; A.K.) zeigen ein aufbauendes System von Bildungsstufen, die sowohl der differenzierten individuellen Phasenentwicklung der Menschen ... wie der differenzierten Funktions- und Sozialschichtung in den Betrieben entsprechen." (ARLT, F.: Die Wirtschaft ist Bildungsfaktor, in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 38, vom 21.9.1962, S. 6).

Vgl. auch Anmerkung 460.

472 Die erste Möglichkeit wird mit Hinweisen auf die Kontrolle der Ausbildungsbetriebe durch die Kammern ausgeschlossen (vgl. Anmerkung 458). Zum zweiten Fall wird lapidar festgestellt, Abwerbung bedeute das Profitieren von den Bildungsinvestitionen anderer (ARLT, F.: Rationalisierung betrieblicher Bildungsarbeit, zweiter Beitrag, a.a.O., S. 5).

Im Gegensatz dazu wird die Fluktuation gleichzeitig als Beweis herangezogen, daß die Bildungsarbeit der Betriebe eine Leistung für die gesamte Wirtschaft ist.

"Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, daß die Bildungsbemühungen der Betriebe spezielle Leistungen sind. Vielfach hört man die Meinung, der Betrieb vollziehe dies nur aus einem gewissen Egoismus heraus. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes und die Fluktuation beweisen das sehr deutlich, daß hier die Betriebe soziale Leistungen für die gesamte Wirtschaft und damit auch für die Gesellschaft vollbringen." (ARLT, F.: Betriebliche Bildungsarbeit als Kosten- und Produktionsproblem, a.a.O., S. 4 f.).

Da zusätzlich unterstellt wird, die Betriebslehre stelle eine Ausbildungsstruktur dar, "die sowohl der Lage der Einzelbetriebe angepaßt ist, als auch für die Anpassung an den Gesamtprozeß sorgt" (ALTMANN, R.: Betriebslehre-Bildung-Selbstverwaltung, in: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung, a.a.O., S. 221), kommt die Lösung beider Probleme durch eine Veränderung des Finanzierungssystems der Lehrlingsausbildung nicht in Betracht (vgl. Anmerkung 430).

Industrie und Handel unterstellen also sowohl eine Identität von ökonomischer und pädagogischer als auch eine solche von mikro- und makroökonomischer und kurz- und langfristiger Zielsetzung.

473 Vgl. Abschnitt 3.1.3.6.

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, a.a.O.,

S. 41. ("In der Berufserziehung kann das Berufserlebnis mit seiner Anschaulichkeit, Eindringlichkeit und erzieherischen Auswirkung nicht durch die Arbeit der Schule ersetzt werden.")

KIESLINGER: Wesen und Wert der betrieblichen Lehre als Kern der Berufserziehung, in: WuBE 1953, S. 149 ("Wir glauben aber, ... daß die Betriebslehre, das Sich-Hineinleben in die künftigen Berufe, die naturgemäße Form der beruflichen Bildung ... ist.").

Derselbe: Wirtschaft und Erziehung, in: WuBE 1955, S. 5 - 8 (Das Schulwissen steht zu sehr im Vordergrund - gefordert ist aber echte Erziehung zum Menschen.).

Derselbe: Zeitgemäße Berufsausbildung, in: WuBE 1956, S. 232 ("Nachahmen in unmittelbarer Anschauung und selbst Anwenden wie Üben ist der Grundgedanke der Betriebslehre. Die kann demnach nur in der konkret gegebenen Berufs- und Arbeitswelt erfolgen.").

GERICKE, W.: Grundschule oder Grundausbildung, in: WuBE 1961, S. 113 ("Für eine so angelegte Form der beruflichen Erziehungsarbeit bedeutet weniger minutiöse Erfüllung des durch die Berufsbildung bestimmten Ausbildungsplanes, die im Lehrbetrieb ja auch je nach vorliegenden Strukturverhältnissen nicht immer voll gewährleistet ist, die tragende Grundvoraussetzung als vielmehr die Bedingung, daß dieser menschliche Werde- und Wachstumsprozeß sich schwerpunktmäßig und organisch in der gleichen betriebsorientierten Erlebniswelt entwickeln kann.").

Walter-Raymond-Stiftung: Wirtschaft und Schule ..., a.a.O., S. 36 ("Schul- und Buchwissen allein vermag die Problematik der Lebenswirklichkeit weder einzufangen noch greifbar zu vermitteln; Lernen für das Leben kann sich nur unter unmittelbarer Beteiligung des Lebens selbst vollziehen.").

Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 17 ("An sich ist es geradezu ein Kennzeichen der Ausbildung im Betrieb, im Gegensatz etwa zum Unterricht der Schule, daß der in die Ernstsituation des Betriebes hineingestellte Lehrling mit den Kooperationsformen des Betriebes vertraut gemacht wird. Damit erhält er zwangsläufig nicht nur Einblicke in die sozialen Strukturen des Betriebes, sondern er wächst in sie hinein.").

Die Übernahme SCHLIEPER'scher Gedanken zu diesem Problemkomplex wird wie beim Handwerk bewußt vorgenommen. "Es ist wohl sogar begründet anzunehmen, daß eine derartige Aufnahme der Gedanken des Vortragenden (SCHLIEPER; A.K.) in den Bereich eigener Einsichten und Überzeugungen vielfach bestätigt werden könnte." (WIENECKE, R.: Theorie

und Praxis, in: WuBE 1956, S. 166).

Im Zusammenhang mit dem konkreten Erziehungsprinzip wird gern eine Beziehung zur Familien-erziehung als "zweitem natürlichen Erziehungsbereich" hergestellt.

Vgl. TUST, Paul: Wie führt der Betrieb den Lehrling in sein neues Lebens- und Aufgabengebiet ein?, in: WuBE 1953, S. 71 (Den Lehrling wie das eigene Kind behandeln.).

SAMBEL, Hubert: Ziele, Planung, Organisation und Leistung der erweiterten betrieblichen Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, in: WuBE 1961, S. 145 - 149. (Ausbilder wie Vater).

BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung: Unternehmer und Betriebsjugend, in: WuBE 1963, S. 142 (Das väterliche Gespräch des Unternehmers ist nicht zu ersetzen.).

474 Vgl. Anmerkung 448.

475 Gesondert zu untersuchen wäre, ob die Begriffe "Praxisnähe", "Lebensnähe" usw. und die ihnen unterlegten Inhalte nicht das letzte irrationale Bollwerk zur Verteidigung der betrieblichen Ausbildung darstellen.

476 BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung, Brief vom 24. Juli 1963, a.a.O., S. 5.

477 Gegenüber Vertretern der Jugendsozialarbeit äußert ARLT dazu unter Berücksichtigung der Zuhörer: "Weltanschauliche, gesellschaftliche und politische Wertzusammenhänge müssen außerbetriebliche Einrichtungen vermitteln." (ARLT, F.: Berufsbildung als Aufgabe von Betrieb und Jugendsozialarbeit, in: Jugendaufbauwerk 1965, Heft 2, S. 4).

478 "Die betriebliche Berufsausbildung ist heute in einem tiefgreifenden Wandel begriffen, wahrscheinlich tiefgreifender als je zuvor. Sie steht vor der provozierenden Frage: Kann eine Ausbildung, die sich ihrer Praxisbezogenheit rühmt und deren Kennzeichen es geradezu ist, an den Techniken von heute auszubilden, überhaupt auf die Berufsanforderungen der Zukunft vorbereiten? Diese Frage wird noch brennender, wenn man sich vergegenwärtigt, daß wir zweifellos erst am Anfang technisch-ökonomischer Prozesse stehen, die ganz zwangsläufig und sehr oft von Grund auf die Berufsinhalte und Arbeitsstrukturen verändern werden." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 104, S. 10).

- 479 GRETHER, O.: Wirtschaftlichkeit der Lehrlingsausbildung, in: WuBE 1951, S. 63 - 65.
- Unsere Meinung (Hf.): Sind Lehrlinge "ein Geschäft?", in: WuBE 1957, S. 215 (Hf. verweist auf eine vorliegende "wissenschaftliche Arbeit" von TANZER, Helene: Was die Lehrlingsausbildung in der Industrie kostet, in: Mensch und Arbeit 1955, Heft 7).
- O.V.: Untersuchung über die Kosten der Lehrlingshaltung, in: WuBE 1958, S. 35 - 37.
- VOGEL, A.: Ist Lehrlingsausbildung gewinnbringend?, in: WuBE 1963, S. 148 - 152.
- EHLERS: Verdient der Lehrherr am Lehrling?, in: WuBE 1964, S. 86 - 89.
- Hf.: Sind Lehrlinge ein Geschäft?, in: WuBE 1965, S. 51 f.
- 480 DIHT-Schriftenreihe, Heft 86, S. 11 f.
- Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 39 f.  
("Neue Finanzierungsformen der betrieblichen Ausbildung sieht die Bildungskommission schließlich auch als notwendig an, um zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Ausbildungskosten auf alle Betriebe zu kommen. Die Frage, ob es dessen tatsächlich bedarf, läßt sich schlüssig erst dann beantworten, wenn Untersuchungen über die Belastung des einzelnen Betriebes durch Ausbildungskosten und seine kostenmäßige Entlastung durch die Beschäftigung nicht von ihm selbst ausgebildeter Arbeitskräfte vorliegen. Solche Untersuchungen sind bisher nicht durchgeführt worden, weil es bisher trotz zahlreicher Versuche nicht möglich war, die Ausbildungskosten im Sinne einer betriebswirtschaftlich exakten Kostenrechnung zu ermitteln. Abgesehen davon hat die Wirtschaft bisher immer den gesamtwirtschaftlichen Aspekt der Ausbildung stärker als den betriebswirtschaftlichen Nutzen im Einzelfall betont. Das hat zweifellos im ausbildungspolitischen Interesse der Gesellschaft gelegen.")
- 481 BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung: Berufsausbildung in freiheitlicher Ordnung, a.a.O., S. 7 ("Der Gesamtaufwand der deutschen Wirtschaft für die Berufsausbildung beträgt mindestens 3 Mrd. DM jährlich. Darüber hinaus stellt die Wirtschaft für die Prüfungsausschüsse über 80.000 ehrenamtliche

Mitarbeiter jährlich frei.").

Hf.: Sind Lehrlinge ein Geschäft?, in: WuBE 1965, S. 51 f. (2,5 Mrd. DM jährliche Ausbildungskosten geschätzt nach einem durchschnittlichen Lehrlingsbestand von 1,25 Mill. DM und 2.000,-- DM Ausbildungskosten pro Jahr).

- 482 Vgl. die typische Verwendung des Arguments "Kosten", in: DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 94 f. ("Der Einsatz dieser Prüfer ist Selbstverwaltungstradition im allerbesten Sinne und zugleich in einem Umfang, wie er heute kaum noch in einem anderen Bereich verwirklicht ist. Mit dem Idealismus, mit der Einsatzbereitschaft und mit dem Verantwortungsgefühl jedes einzelnen dieser 80.000 Prüfer steht und fällt der Gedanke und das Prinzip der betrieblichen Ausbildung. In diesen Prüfungsausschüssen arbeiten Unternehmer, Arbeitnehmer und Berufsschullehrer vertrauensvoll zusammen. Hier ist es gelungen, abseits von jedem unfruchtbaren Streit um Dogmen und um Machtpositionen das überaus eindrucksvolle Beispiel einer ausschließlich der Sache verpflichteten Kooperation zu entwickeln. Das war in der Vergangenheit und ist auch heute nur möglich, weil die Zusammenarbeit in den Prüfungsausschüssen nicht vom sozialpolitischen Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmt wird, und weil alle Beteiligten sich ohne Zögern darin einig sind, daß die Sache, nämlich die Arbeit an der Jugend, höher als der Wunsch nach Ausdehnung von Machtpositionen rangiert. Wer eine Änderung der bestehenden Verhältnisse fordert, wird an diesem Beispiel vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Unternehmer, Arbeitnehmer und Berufsschullehrer nicht vorbeigehen können. Er wird den Nachweis führen müssen, warum sich dieses Modell nicht bewährt haben soll und insbesondere wie und wodurch es besser funktionieren soll.")

- 483 BDA, BDI, DHKT, DIHT u.a.: Berufsausbildung der Jugend in freiheitlicher Ordnung, in: WuBE 1962, S. 81 f.

RICHTER, P.S.: Benötigen wir ein Berufsausbildungsgesetz?, in: WuBE 1954, S. 72.

HOFFMANN: Brauchen wir ein Berufsausbildungsgesetz?, in: WuBE 1962, S. 86.

ARLT, F.: Betriebliche Bildungsarbeit als Kosten- und Produktionsproblem, a.a.O., S. 4 ("In unserer bildungspolitischen Diskussion zeigt sich in immer

stärkerem Maße die Tendenz, Vorgänge der Berufsaus- und -fortbildung bei der öffentlichen Hand zu institutionalisieren. Meines Erachtens wäre es falsch, diesen Bestrebungen nachzugehen, denn die Kosten müssen von der Wirtschaft für die öffentliche Hand getragen werden.").

484 Vgl. Anmerkung 351.

485 Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 40.

DITLMANN: Englischs Berufsausbildungsgesetz, in: WuBE 1964, S. 61 f.

Vgl. auch Anmerkung 430.

486 Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 40 - 44. Der dort angebrachte Hinweis auf den Ausgleichsstock in Berlin Anfang der fünfziger Jahre scheint im Hinblick auf die im ganzen negative Einstellung zu überbetrieblicher Finanzierung nicht voll berechtigt zu sein.

Vgl. WAWRETZKO, Herbert: Das Experiment des Ausgleichsstocks (Berlin), in: WuBE 1956, S. 129 - 131.

Unsere Meinung (Hf.): Eine neue Berufsausbildungsabgabe?, in: WuBE 1962, S. 77 f.

Unsere Meinung (Ge.): Reform der Finanzierung der Berufsausbildung, in: WuBE 1969, S. 36 f.

Unsere Meinung (o.V.): Finanzierung und Reform der beruflichen Bildung - zu einer Polemik (Antwort an Winterhager), in: WuBE 1969, S. 135 - 137.

487 Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 36.

Vgl. auch Anmerkung 360.

488 Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 37. Wie es möglich sein soll, anspruchsvolle Ausbildungsordnungsmittel zu erarbeiten und die Ausbildung besser zu überwachen ohne Kostensteigerung, ist unverständlich. Der Begriff der Rationalisierungsinvestitionen scheint für die Berufsausbildung nicht zu existieren. Außerdem heißt es in der gleichen Schrift in bezug auf die Möglichkeit, ausbildungsfremde Routine-, Hilfs- und Nebenarbeiten ausschalten zu können: "Sie werden sich wahrscheinlich auch durch eine lückenlosere Kontrolle niemals ganz ausschließen lassen." (Ebenda, S. 15). Eine weitere erstaunliche Formulierung zur Abwehr neuer Finanzierungsformen findet sich im nächsten

Abschnitt. Während bisher - etwas verkürzt gefaßt - argumentiert wurde, wer die Kosten der Ausbildung trägt, hat auch über die Formen zu entscheiden, soll plötzlich dieser Zusammenhang scheinbar nicht mehr gelten.

"Neue Finanzierungsformen der Lehrlingsausbildung sollen nach Auffassung der Bildungskommission dazu dienen, die interessierten, begünstigten und kompetenten gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungen auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung und gegebenenfalls an der Finanzierung der Kosten zu beteiligen. Zu dieser Integration der gesellschaftlichen Gruppen ... bedarf es nicht neuer Finanzierungsformen der Lehrlingsausbildung." (Ebenda, S. 37 f.).

489

Eine eingehende Untersuchung über die Vorstellungen der verschiedenen Verbände zur Fachoberschule wird in den Einzelanalysen nicht vorgenommen. Die durch den Streik an den Höheren Fachschulen forcierten Bemühungen in den Ländern um eine Fachhochschulgesetzgebung haben nicht nur zu einer überstürzten Behandlung dieses Problemkomplexes geführt, sondern auch Überlegungen zu den Eingangsvoraussetzungen der Fachhochschulen erforderlich gemacht. Mit der Verabschiedung einer "Rahmenvereinbarung über die Fachoberschule" durch die Kultusminister der Länder vom 9. Februar 1969 ist das Abkommen der Ministerpräsidenten vom 31. Oktober 1968 über die Fachhochschulen in Ergänzung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens vom 28. Oktober 1964 (Hamburger Abkommen) überstürzt im Hinblick auf die Vorstufe der Fachhochschule präzisiert worden. Die hiervon auf das Duale System möglicherweise ausgehenden Einwirkungen sind von den gesellschaftlichen Gruppen bisher in ihrer Tragweite nicht erfaßt worden. Sie bedürften einer gesonderten Analyse. Die wenigen Stellungnahmen zur Fachoberschule richten sich infolge der hektischen Entwicklung auf die Durchsetzung einiger - die Rahmenvereinbarung in ihrer praktischen Erfüllung lediglich modifizierende - Vorstellungen.

Die Arbeitgeber haben ihre Vorstellungen zur Rahmenvereinbarung vorerst in zwei Stellungnahmen präzisiert (BDA, BDI, DHKT, DIHT: Von der Praxis zum Ingenieur, Bonn 1969; dieselben, Von der Praxis zum Betriebswirt, Bonn 1969).

Danach sollte die Fachoberschule möglichst der "Folgestufe" zugeordnet werden, um die Praxisbezogenheit dieses Ausbildungsweges zu wahren, und, so muß nach den Ausführungen zur "Vorstufe" hinzu-



gefügt werden, die betriebliche Lehre möglichst wenig zu beeinträchtigen. Soweit der Fachoberschulbesuch unmittelbar an den Abschluß allgemeinbildender Schulen anschließt, wogegen insbesondere für den kaufmännischen Bereich Bedenken erhoben werden, gilt die Sorge dem Anteil der Praktika an der gesamten der "Vorstufe" zuzuordnenden Vorbereitung zum Fachhochschulbesuch.

490

Eine in enger Zusammenarbeit mit dem DIHT und der Handelskammer Hamburg entstandene Veröffentlichung über das Recht der Industrie- und Handelskammern, die das Berufsausbildungsrecht dieses Bereichs umfassend darstellt, hat IPSEN vorgelegt (IPSEN, Hans Peter: Berufsausbildungsrecht für Handel, Gewerbe und Industrie, Tübingen 1967).

Auf die Analyse der einzelnen rechtlichen Probleme soll unter Hinweis auf diese Arbeit hier verzichtet werden.

Vgl. auch K.: Berufsausbildung 1950, in: WuBE 1950, S. 1 f.

RICHTER, P.S.: Benötigen wir ein Berufsausbildungsgesetz?, in: WuBE 1954, S.69 - 72.

HOFFMANN: Brauchen wir ein Berufsausbildungsgesetz?, in: WuBE 1962, S. 83 - 90.

Unsere Meinung (o.V.): Bundesregierung verschleppt Berufsausbildungsgesetz, in: WuBE 1963, S. 77.

Unsere Meinung (o.V.): "Berufsausbildung zweitrangig?", in: WuBE 1963, S. 98.

Unsere Meinung (S.): Die Jugendverbände zum Berufsausbildungsgesetz, in: WuBE 1964, S. 17 ("Letzten Endes kommt es auf den Geist an, mit dem unsere Bildungsbemühungen erfüllt sind.").

K.: Berufsausbildungsgesetz!?, in: WuBE 1964, S. 42.

KIESLINGER, A.: Zwanzig Jahre Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland, in: WuBE 1967, S. 151 - 153.

DIHT-Schriftenreihe, Heft 104, S. 9 - 58.

BRAUN, Günter: Neue Lehren für die Lehre, a.a.O.

491

BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung: Berufsausbildung in freiheitlicher Ordnung, a.a.O., S. 12.

Vgl. auch BDI, BDA, DHKT, DIHT u.a.: Berufsausbildung der Jugend in freiheitlicher Ordnung, in: WuBE 1962, S. 81 f.

Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 20.

DIHT-Bericht 1965, S. 148.

K.: Zur Jahreswende - Rückblick und Ausblick,  
in: WuBE 1963, S. 2.

- 492 BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung: Berufsausbildung in freiheitlicher Ordnung, a.a.O., S. 13.

Vgl. auch GERICKE, W.: Ist Einheitlichkeit in der Berufsausbildung wünschenswert?, in: WuBE 1951, S. 272 f.

- 493 KIESLINGER: Zeitgemäße Berufsausbildung,  
in: WuBE 1956, S. 233.

ALTMANN, R.: Elastizität statt Bürokratismus,  
in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 38, vom 21.9.1962  
S. 8. ("Eine solche Organisation (der Berufsausbildung; A.K.) läßt sich nicht einfach auf den Nenner eines Verwaltungsapparates konventionell-staatlicher Prägung bringen, auch nicht den einer Schulverwaltung. Ihre vom Gesetzgeber formulierte öffentliche Aufgabe besteht in der Leitung und Koordination in lokaler gemeinsamer Selbstverantwortung (Autonomie) der Träger der Ausbildung, der Betriebe.")

- 494 BDA, BDI, DIHT: Berufsausbildung in freiheitlicher Ordnung, in: WuBE 1962, S. 81.

BDA, BDI, DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung: Berufsausbildung in freiheitlicher Ordnung, a.a.O., S. 18 ("Die Erhaltung der Selbstverwaltung der Wirtschaft in der Berufsausbildung ist für jeden Unternehmer eine wichtige Garantie für die Verhinderung jedes wirtschaftsfremden Einflusses auf die Gestaltung der Berufsausbildung. Sie muß im Interesse der deutschen Wirtschaft gewahrt bleiben. Nicht Erstarrung in bürokratisch perfektionistischer Reglementierung und nicht Verlagerung des Schwerpunktes von der Wirtschaft zum Staate hin, sondern Erhaltung der Anpassungsmöglichkeiten an die ständige Weiterentwicklung im praktischen Wirtschaftsleben und Stärkung des Prinzips der Selbstverantwortung der Unternehmerschaft. Anstelle von Behinderung und Einengung soll auf dem bisher Erreichten aufgebaut werden, um in freiheitlicher Ordnung stets noch Besseres zum Wohl der Allgemeinheit schaffen zu können.").

O.V.: Deutscher Industrie- und Handelstag zu einem Berufsausbildungsgesetz, in: WuBE 1954, S. 41 (Die

staatliche Gesetzgebung ist dort nicht am Platze, wo berufene andere Ordnungskräfte sich bewähren. Die Tatbestände der Berufsausbildung entziehen sich ihrer Natur nach einer Planung. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft hat bisher jedoch alle Probleme gemeistert. "Hierbei kann sie sich auf ein Ordnungssystem stützen, daß auf freiwilliger Anerkennung aller Beteiligten beruht und sich dank seiner Betriebsnähe und seiner Anpassungsfähigkeit an alle regional, fachlich und zeitlich wechselnden Notwendigkeiten bewährt hat.").

Unsere Meinung (o.V.): Berufsausbildungsgesetz - ein Schritt zum Perfektionismus, in: WuBE 1960, S. 74 f.

- 495 Vgl. insbesondere DIHT: "Drei DIHT-Forderungen zum Berufsausbildungsgesetz", in: WuBE 1967, S. 13.

DIHT-Bericht 1966, S. 151 f.

HOFFMANN: Brauchen wir ein Berufsausbildungsgesetz?, in: WuBE 1962, S. 86.

Die in der Lehrlingsempfehlung der Bildungskommission enthaltenen Vorschläge zur Errichtung eines zentralen Instituts für die Erarbeitung der Ordnungsmittel und eines Forschungsinstituts für berufliche Bildung sowie zur Veränderung der Selbstverwaltungsinstitutionen werden mit dem Tenor, "der organisatorische Rahmen ist kein Reformobjekt", abgelehnt. Im einzelnen wird der Vorwurf der Unkenntnis vorhandener Institutionen der Wirtschaft wiederholt, die Forderungen als sozialpolitische Ideologie abgetan und behauptet: "Die Bildungskommission hätte feststellen können, daß an diesen Ordnungsarbeiten die Gewerkschaften mit maßgeblichem Einfluß beteiligt waren. In diesem Zusammenhang ist es durchaus unwesentlich, daß dieser Einfluß nicht auf paritätischer Beteiligung der Gewerkschaften an diesen Institutionen und einer entsprechenden Mitfinanzierung beruhte"; und "Paritätisch betriebene Forschung wäre nicht nur etwas Neues, sondern auch ein Widerspruch in sich." (Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 25 - 30).

- 496 KIESLINGER, A.: Staat und Berufsausbildung, in: WuBE 1949, Heft 1, S. 3.

DIHT-Schriftenreihe, Heft 104, S. 22 (Die Anpassung der Ausbildung an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik muß garantiert sein. "Das ist nur dann gewährleistet, wenn die Zuständigkeit für die Beobachtung von wirtschaftlichem Wachstum und technischem Fortschritt und die Zuständigkeit für die Ausbildung in einer Hand liegen.").

DIHT: "Drei Forderungen des DIHT zum Berufsausbildungs-  
gesetz", in: WuBE 1967, S. 13.

DIHT-Bericht 1966, S. 151 f.

497 DIHT-Bericht 1967, S. 107.

498 In diesem Zusammenhang wird dem DGB - und neuerdings  
auch der Bildungskommission - der Vorwurf gemacht,  
er wolle das Berufsausbildungsgesetz nur als Vehikel  
zur Beförderung seiner Mitbestimmungsforderungen  
benutzen. Zur Abwehr der Forderungen nach viel-  
fältigen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechten  
in der Berufsausbildung wird behauptet, die gegen-  
wärtige betriebliche Ausbildung sei durch die  
selbstverantwortliche Mitwirkung aller Beteiligten  
keineswegs an einseitige Interessen gebunden (vgl. BDA, BDI,  
DIHT, Arbeitskreis für Berufsausbildung: Berufs-  
ausbildung in freiheitlicher Ordnung, a.a.O., S. 14;

KRAUSE, E.: Offene Worte zur Anerkennung von neuen  
industriellen Ausbildungsberufen, in: WuBE 1955,  
S. 149;

K.: Berufsausbildung an der Jahreswende, in: WuBE 1957,  
S. 2;

Unsere Meinung (o.V.): "Berufsausbildung zweitrangig?",  
in: WuBE 1963, S. 98;

Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 28 - 30;

SCHNEIDER, E.: Berufsausbildung als Kammeraufgabe,  
in: WuBE 1964, S. 221 f.).

Als neues Argument führt der Leiter der Fachabteilung  
"Berufsbildung und Arbeitskräftefragen" beim DIHT,  
BRAUN, an: "Sie stellen einen großen Teil der  
Ausbilder" (BRAUN, Günter: Neue Lehren für die  
Lehre, a.a.O., S. 13). Von hier aus ist es nur  
noch ein Schritt bis zur Feststellung, daß die  
Einführung der Parität in den Prüfungsausschüssen  
zum Beispiel den heutigen Arbeitnehmeranteil ver-  
ringern würde (ebenda, S. 14).

Inwieweit Mitwirkungsrechte bis zur Verabschiedung  
des neuen Berufsbildungsgesetzes verwirklicht waren,  
vgl. KELL, Adolf: Der Einfluß wirtschaftlicher  
Interessengruppen auf die Ordnung der Ausbildungs-  
berufe, in: DBFSch 1969, S. 452 - 466.

499 DIHT-Bericht 1967, S. 107.

500 SCHNEIDER, E.: Berufsausbildung als Kammeraufgabe, in: WuBE 1964, S. 222.

EICHWEDE, G.: Die zehn allgemeinen Grundsätze der EWG für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung, in: DIHT-Informationen für Presse und Rundfunk, herausgegeben von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, 16/63 vom 13. Mai 1963, S. 1 f. ("Die Verkündung der allgemeinen Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung fällt zeitlich zusammen mit den Bemühungen in Deutschland um ein Berufsausbildungsgesetz. Fälschlicherweise wurde daraus in der deutschen Öffentlichkeit die Meinung erweckt, als ob der Erlaß der Grundsätze der EWG auch Rückwirkungen auf ein deutsches Berufsausbildungsgesetz haben müßte. Wir verkennen nicht, daß diese Grundsätze einen Markstein in der internationalen Entwicklung der Berufsausbildung darstellen. Sie sind aber kein europäisches Berufsausbildungsgesetz. Es können keine Schlußfolgerungen daraus auf die Gestaltung eines deutschen Berufsausbildungsgesetzes gezogen werden. Über den Rechtscharakter der Grundsätze mag man bei der EWG-Kommission verschiedener Auffassung sein. Wir, und auch die deutsche Bundesregierung, stehen auf dem Standpunkt, daß die EWG auf dem Gebiet der Berufsausbildung keine Rechtsetzungsbefugnis hat und daß deshalb die allgemeinen Grundsätze zur Berufsausbildung auch keinen zwingenden Rechtscharakter haben können. Sie sind Empfehlungen, deren Verwirklichung die Mitgliedstaaten loyal, aber eigenverantwortlich prüfen werden.")

501 Vgl. die Abschnitte 3.2.3.2 und 3.2.3.3. Hinzu tritt die gegenüber dem Handwerk anders strukturierte Stellung des "Meisters".

502 Vgl. die Berichte der Industrie- und Handelskammern seit 1949, insbesondere in: WuBE 1949, Heft 1, S. 14; 1950, S. 135; 1951, S. 78 - 80 usw.; DIHT-Schriftenreihe, Hefte 8, 13, 19, 26, 29, 35, 41, 49, 55, 58, 68, 74, 80, 86, 92, 96, 99 - jeweils Abschnitt "Förderung der Ausbilder".

EICHWEDE, G.: Die zehn allgemeinen Grundsätze der EWG für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung, a.a.O., S. 7 ("Seit dem Anlaufen der zentralen Maßnahmen zur Ausbilderförderung des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Kammern sind mehr als 32.000 betriebliche Ausbilder in Vortragsveranstaltungen, Lehrgängen,

Seminaren und Arbeitskreisen erfaßt worden.  
Die Ausbilderförderung umfaßt ebenso die Förderung gewerblicher wie kaufmännischer Ausbilder.").

Kammerngemeinschaft Ausbildung und Bildung der Norddeutschen Industrie- und Handelskammern, V. Colloquium: Systematische Förderung betrieblicher Ausbilder. Initiativen der Industrie- und Handelskammern, Bielefeld 1962.

503 Vgl. Anmerkung 548.

504 BERTELSMANN, W.E.: Arbeitsgebiete und Aufgaben des Lehrmeisters, in: WuBE 1954, S. 147 - 153.

KIESLINGER: Förderung der betrieblichen Ausbilder - eine vordringliche Aufgabe, in: WuBE 1961, S. 64 - 69.

DIHT-Bericht 1965, S. 153.

DINTER, H.: Recht und Möglichkeiten der Ausbilderförderung in der dualen Berufsausbildung, in: DBFSch 1966, S. 694 ff.

505 "Richtlinien zur Ausbilderförderung", in: Anhang, DIHT-Schriftenreihe, Heft 92, S. 133 - 138.

506 Richtlinien für die Tätigkeit von Lehrwarten (Ausbildungsberatern) bei den Industrie- und Handelskammern. Beschlossen vom Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages am 4. Juni 1964; abgedruckt als Anhang in: DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 137 - 142.

DIHT-Bericht 1965, S. 152.

DIHT-Bericht 1966, S. 158. (Die Anzahl der hauptamtlichen Ausbildungsberater wurde "nicht unerheblich" erhöht.)

DIHT-Bericht 1967, S. 111 f.

507 Vgl. ABB: Fünfzehn Jahre Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung, Bielefeld o.J.

Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung: Ausbildungsmittel, Bonn 1964.

Kataloge der ABB über die Ausbildungsmittel (Betriebliche Berufsausbildung in der gewerblichen Wirtschaft, Veröffentlichung der Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung, Beuth-Vertrieb GmbH.; Berlin, Köln, Frankfurt).

508 Vgl. DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 8 - 49.

Krupp-Rahmenplan zur Stufenausbildung, Arbeitsunterlagen, 1. Teil, Gewerbliche Berufsausbildung, herausgegeben von Friedrich KRUPP, Stabsabteilung Personal, Essen 1965.

Empfehlungen und Gutachten des DAfEuB, Folge 7/8, a.a.O., insbesondere S. 62 f., 95 f. und 136 ff.

Zur Übertragung der Stufenausbildung in den kaufmännischen Ausbildungsbereich heißt es: "Die Stufenausbildung ist an sich kein Ausbildungsprinzip, dessen Anwendung auf den industriellen Ausbildungsbereich beschränkt bleiben müßte. Auch in den kaufmännischen Berufen geht es um die Anpassung einer intensiven und systematischen Ausbildung an einen sich wandelnden Arbeits- und Berufsbedarf." (DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 46).

Vgl. auch MANN, Werner: Zur Neuordnung der kaufmännischen Berufsausbildung, in: WuBE 1964, S. 211.

O.V.: Stufenausbildung, in: WuBE 1966, S. 1 f.

VAUBEL, Heinz-Dieter: Kaufmann oder kaufmännischer Hilfsarbeiter, in: Die Welt vom 9. Juli 1966.

KELL, A.: Einige Ungereimtheiten in der Diskussion um die Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, in: DBFSch 1967, S. 99 - 105.

509 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 10 f. ("Sicher ist, daß für den Fall der Einführung der Stufenausbildung auf ganzer Breite einige wichtige Korrekturen am gegenwärtigen Prinzip der betrieblichen Ausbildung vorgenommen werden müssen. Aber ebenso sicher ist, daß die Vornahme dieser Korrekturen sich bereits seit langer Zeit ankündigt, daß einzelne Elemente der Stufenausbildung nicht erst heute und nicht erst seit gestern, sondern schon seit vielen Jahren in den Betrieben praktiziert werden. Am Beispiel der Stufenausbildung läßt sich deutlicher als an jedem anderen Beispiel nachweisen, daß die Entwicklung der betrieblichen Ausbildung ihrer Natur nach evolutionär, nicht revolutionär ist. Eine ausschnitt-hafte Betrachtung dieses Prozesses, etwa abgestellt auf ein bestimmtes Datum, vermag der Entwicklung der betrieblichen Ausbildung nicht gerecht zu werden, droht sie zu verzerren oder jedenfalls unzulässig zu vereinfachen.") Ebenda, S. 11.

DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 47 ("Die Gefahr ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Stufenausbildung zu einem Schlagwort abgewertet wird

und nur noch als Vokabel in einer mehr als unfruchtbaren Polemik gegen die bisherige Form der betrieblichen Ausbildung dient.").

510 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 11 f.

511 Zur Darstellung der Pläne für den gewerblichen Bereich vgl. DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 12 - 32; zu den Überlegungen im kaufmännischen Bereich Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen: Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, Veröffentlichungen Band 26, neue Folge, Braunschweig 1966.

512 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 32.

513 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 33.

514 Ebenda, S. 35 f.

In diesem Zusammenhang wird auch die Lösung des Ungelerntenproblems gesehen, jedoch mit Vorbehalten. "Ob allerdings eine einjährige, breite Grundausbildung schon zur Ausübung gleichbleibender und kontinuierlicher Teilaufgaben, mit anderen Worten vom Standpunkt des Qualifizierungsbedarfs der Wirtschaft notwendig ist, muß im gegenwärtigen Zeitpunkt als noch ungeklärt angesehen werden." (Ebenda, S. 38).

Interessant ist, daß mit Erreichung des Höchststandes an offenen Lehrstellen die Diskussion über die "Sonderschüler" stark in den Vordergrund tritt. Vgl.o.V.: Überblick, in: WuBE 1966, S. 23 (265.000 offene Lehrstellen).

K.: Der Sonderschüler, in: WuBE 1966, S. 201. (Die Kammern müssen sich mehr um deren Betreuung im Betrieb kümmern. - Das ganze Heft 11 der Zeitschrift ist dem Problem gewidmet.)

515 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 36 - 38.

Der Gedanke einer Harmonie zwischen Arbeitskräftebedarf und Begabungsstruktur ist stark von den Veröffentlichungen HUTH's beeinflusst worden.

(Vgl. HUTH, Albert: Begabungsstruktur und Wirtschaftsstruktur, in: WuBE 1957, S. 48 - 50; derselbe: Arbeitsanlagen und Arbeitscharakter, in: WuBE 1964, S. 104 - 111; derselbe: Begabung und Bildung, in: WuBE 1967, S. 84 - 89).

Zur Begründung der Struktur des Arbeitskräftebedarfs wird angeführt: "Neue Fertigungsverfahren, auch neue Werkstoffe, vor allem aber Mechanisierung,



Teil- und Vollautomatisierung weisen schon heute und möglicherweise noch stärker in Zukunft in die Richtung eines differenzierteren Qualifikations- oder Arbeitskräftebedarfs. Denkbar ist im bisherigen Ausbildungsbereich zum Facharbeiter ein Bedarf an Arbeitskräften,

- die über praktische Befähigung zur Ausführung gleichbleibender und kontinuierlicher Teilaufgaben verfügen;
- die aufgrund praktisch-technischen Könnens auf breiterer, auch wechselnder Basis einsetzbar sind;
- die für qualifiziertere Aufgaben neben praktisch-technischem Können bereits höhere Anforderungen an theoretisches Verständnis und funktionelles Denken erfüllen."

(DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 37).

Über die Begabungsstruktur besteht die Auffassung, "... daß bei den Jugendlichen heute deutlicher als früher eine Streuung festzustellen ist zwischen mehr praktisch-manuell Veranlagten auf der einen Seite und mehr theoretisch-technisch Veranlagten auf der anderen Seite. Das Niveau der heutigen Facharbeiterprüfung entspricht weder ganz dem mehr praktisch-manuell Veranlagten, an den die Anforderungen der Facharbeiterprüfung im Kenntnisteil zu hoch sind, noch ganz dem mehr theoretisch-technisch Veranlagten, weil von diesem in der Facharbeiterprüfung mehr verlangt werden kann und auch verlangt werden muß." (Ebenda, S. 37 f.).

Vgl. auch: Unsere Meinung (o.V.): Das Berufseintrittsalter mit 16 Jahren, in: WuBE 1959, S. 22 f. ("Der sogenannte Ungelernte ... ist dringend erforderlich.")

Unsere Meinung (G.): Fachausbildung bedeutet nicht Spezialisierung, in: WuBE 1959, S. 204 (Fach-, Spezial- und Hilfsarbeiter ist die große Dreigliederung einer entsprechenden Schichtung der Eignungsveranlagung bei Jugendlichen).

516 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 38 f.

517 Ebenda, S. 39 f.

DIHT-Schriftenreihe, Heft 99, S. 45 - 57.

518 DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 40 - 45.

519 Vgl. Abschnitt 3.1.3.12.

O.V.: Die Lehrzeitdauer, in: WuBE 1950, S. 193 f.

n.: Die Berufsausbildung darf nicht Schaden leiden, in: WuBE 1960, S. 181 (Der Arbeitsschutz sollte nicht übertrieben werden, denn "die Ausbildung kann intensiviert werden und wird es auch schon ständig seither, die Erziehung des Menschen ist ein Reife-prozeß und kann nicht beliebig komprimiert werden.").

DIHT-Bericht 1964, S. 106 ("Der DIHT hat stets betont, daß die Lehre nicht allein eine fach-technische Ausbildung vermitteln, sondern dem jungen Menschen auch Zeit zum Einleben in die Arbeitswelt gewähren muß.").

DIHT-Bericht 1965, S. 154.

520 Vgl. insbesondere DIHT-Bericht 1965, S. 152. (Hinzu treten noch die Klagen über eine Einengung der Lehre durch die Ausdehnung der Schulpflicht und die Vorverlegung der Einberufungen.)

Vgl. auch Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages zu einer Reform des Jugendschutz-Gesetzes vom 30. April 1938, in: WuBE 1951, S. 17.

Bericht der IHK Essen: Von der gesamten Lehrzeit sind nur noch 62% reine Ausbildungszeit, in: WuBE 1951, S. 61.

DIHT-Bericht 1954/55, S. 120 f. ("Dabei gilt es, einmal die bewährten Elemente der betrieblichen Lehre gegen eine wachsende Verschulung in Schutz zu nehmen, zum anderen auch alle (im Rahmen einer Neuregelung der Jugendarbeitsschutzgesetzgebung, der Urlaubsgesetze und der Vierzigstundenwoche gegebenen) sonstigen Umstände aufmerksam und kritisch zu verfolgen, die die Ausbildungszeit praktisch weiter beschneiden.")

Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages zu den Bestrebungen auf Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes im Hinblick auf die Erfordernisse der Berufsausbildung, in: WuBE 1955, S. 57 f.

STEMME, Heinz: "40-Stunden-Woche" und Berufsausbildung, in: WuBE 1955, S. 107 - 110.

DITLMANN: Reform des Jugendarbeitsschutzes - Rückblick und Ausblick, in: WuBE 1957, S. 123 f.

Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages zum Entwurf der Bundesregierung betreffend Jugendarbeitsschutzgesetz (Bundestagsdrucksache Nr. 317 vom 3. April 1958), in: WuBE 1958, S. 181.

DITLMANN: Neuregelung des Jugendarbeitsschutzes, in: WuBE 1960, S. 169 f.

DIHT-Bericht 1960/61, S. 62 ("Im Jahre 1938 standen für die Ausbildung des Lehrlings 241 Tage im Jahr

zur Verfügung, heute sind es nur noch 140 Tage. Auch dann, wenn die Berufsschule ihre Stundenzahl vermehren konnte, kann dieser Zeitverlust kaum noch durch Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden. Auf jeden Fall sind weitere Einschränkungen der Lehrzeit nicht mehr tragbar.").

Die Möglichkeit, durch Vermeidung von Leerzeiten in der Lehrzeit die Ausbildung noch intensivieren zu können, wird bestritten. Vgl. IHK-Bericht Eßlingen: Aufschlüsselung der Gesamtarbeitszeit von Lehrlingen, in: WuBE 1964, S. 173.

Ideologie und Wirklichkeit, a.a.O., S. 14 f.

- 521 Vgl. LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 98 f.  
O.V.: Überblick, in: WuBE 1949, Heft 3/4, S. 1 f.  
ROTH: Die kaufmännische Lehrzeit der Abiturienten, in: WuBE 1949, Heft 5/6, S. 8 f.  
PAUL, Georg: Zur Abkürzung der kaufmännischen Lehrzeit der Abiturienten, in: WuBE 1949, Heft 12, S. 173 f.  
ROTH, J.: Die kaufmännische Lehrzeit für Abiturienten, in: WuBE 1950, S. 104 f.
- 522 Vgl. Anmerkung 521 und  
DIHT-Bericht 1954/55, S. 121 ("Bis jetzt ist es allerdings nicht gelungen, eine einheitliche Praxis der Industrie- und Handelskammern hinsichtlich der vorzeitigen Zulassung zur Lehrabschlußprüfung zu erreichen.").
- Auch aus den IHK-Berichten geht die Uneinheitlichkeit der Regelungen hervor. Einheitlich ist nur die Auffassung, bei den Lehrzeitabkürzungen strenge Maßstäbe anzulegen.
- Vgl. zum Beispiel IHK-Bericht Hamburg, WuBE 1954, S. 56; Hagen, WuBE 1958, S. 51; Dortmund, WuBE 1966, S. 115.
- SCHANZ, H.: Lehrzeitverkürzung für Absolventen der Wirtschaftsoberschulen und Handelsschulen, in: WuBE 1958, S. 57.
- 523 Empfehlung des Deutschen Industrie- und Handeltages zur Lehrzeitabkürzung aufgrund vorangegangenen Schulbesuchs, Anhang in DIHT-Schriftenreihe, Heft 104, S. 139 - 141.
- 524 Zur begrifflichen Definition vgl.  
o.V.: Lehrzeitdauer, in: WuBE 1950, S. 193 f.

LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S.112 f.

525 Vgl. Empfehlung des DIHT zur Lehrzeitabkürzung, erster Absatz, a.a.O.

Genannt wird als Grund in den Richtlinien nur der vorangegangene Schulbesuch, der zu folgenden Lehrzeitabkürzungen berechtigt.

- "1. Bei Absolventen von allgemeinbildenden Schulen
- a) mit einem zu einem Hochschulstudium berechtigenden Reifezeugnis bis zu 1 Jahr
  - b) mit dem Zeugnis der mittleren Reife bis zu 1/2 Jahr
2. Bei Absolventen von anerkannten kaufmännischen oder gewerblichen Berufsfachschulen
- a) nach erfolgreichem Abschluß einer mindestens zweijährigen Berufsfachschule bis zu 1 Jahr
  - b) bei erfolgreichem Abschluß einer einjährigen Berufsfachschule bis zu 1/2 Jahr

In allen Fällen der Berücksichtigung einer vorangegangenen schulischen Ausbildung muß die im Lehrvertrag vereinbarte betriebliche Lehrzeit bei Ausbildungsberufen mit mindestens drei Jahren Ausbildungszeit (nach dem Berufsbild) wenigstens noch zwei Jahre, bei Ausbildungsberufen mit kürzerer Betriebsausbildung als drei Jahre (nach dem Berufsbild) wenigstens noch ein Jahr betragen."

Auf andere Gründe wird in den Richtlinien nicht eingegangen. Der abschließende Hinweis, daß die Kammern einer schematischen Anwendung der Richtlinien entgegenwirken sollten, ist sicherlich auf eine kontraktive Auslegung angelegt. Aber auch andere, von der Norm abweichende und in der Empfehlung nicht genannte Umstände, wie fortgeschrittenes Alter, Berufswechsel, Vorlehre oder ähnliche, berechtigen zu einer Lehrzeitabkürzung (vgl. LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 112 f.).

526 § 9 der Prüfungsordnung  
Einschränkend heißt es in den Richtlinien: "Auch bei einem zusätzlichen leistungsbedingten nachträglichen Erlaß von höchstens sechs Monaten der vereinbarten Lehrzeit (nur bei mindestens dreijährigen Lehrberufen!) mit der Folge einer vorzeitigen Lehrabschlußprüfung muß stets eine

betriebliche Ausbildungsdauer von zwei Jahren verbleiben."

Der Lehrherr muß überzeugt sein, daß das Lehrziel in der gekürzten Lehrzeit in vollem Umfang erreicht wird. "Hierbei ist besonders zu beachten, daß das Lehrziel nicht nur in der Aneignung von bestimmten Fertigkeiten und Kenntnissen besteht, sondern daß auch durch entsprechend lange Übung genügend Sicherheit in den geforderten Berufsgrundlagen gewonnen und das notwendige Arbeits- und Sozialverhalten erworben wird."

527 § 1 Abs. 3 Einheitslehrvertrag

Nach § 1 Abs. 1 ist für alle Lehrzeitkürzungen die Zustimmung der zuständigen Kammer erforderlich.

528 § 1 Abs. 4 und 5 Einheitslehrvertrag

Vgl. auch HOFFMANN, E.: Rechtsfragen zum Thema "Nachlehre", in: WuBE 1953, S. 177 - 179.

529 Vgl. Abschnitt 3.2.3.2, Anmerkung 439.

530 O.V.: Überblick, in: WuBE 1949, Heft 1, S. 9.

K.: Um die Berufsschule, in: WuBE 1950, S. 265.

LÜBSEN, W.: Berufsschule und Kaufmannsgehilfenprüfung, in: WuBE 1953, S. 94.

Die Errichtung von Prüfungsausschüssen durch die Industrie- und Handelskammern richtet sich nach den jeweiligen Prüfungsordnungen, die vom DIHT empfohlen und von den Kammern fast einheitlich in Kraft gesetzt worden sind. Nach der DIHT-Empfehlung vom April 1958 gilt: Vorsitz durch einen kammerzugehörigen Unternehmer; weitere Mitglieder sind ein Unternehmer, eine "sonstige fachkundige Person" und ein Berufsschullehrer. Fachbeisitzer können zusätzlich bestellt, dem Ausschuß nicht angehörende Berater können herangezogen werden.

Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 19 ("Die verantwortliche Beteiligung der Berufsschullehrer an der Vorbereitung und Durchführung der Lehrabschlußprüfungen trägt dem Tatbestand voll Rechnung. Facharbeiter- und Gehilfenbriefe sind Nachweis des beruflichen Wissens und Könnens. Sie bestätigen den Erfolg der gesamten Ausbildung. Deshalb ist es auch nicht gerechtfertigt, institutionelle und formelle Änderungen vorzunehmen.").

In Baden-Württemberg ist durch eine "Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg

und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg über die Zusammenarbeit bei der Abnahme des schriftlichen Teils der Schul- und Lehrabschlußprüfungen", in Kraft getreten am 1. Februar 1968 (abgedruckt in: WuBE 1968, S. 198), die starre Haltung gegenüber der Berufsschule zum Teil aufgegeben worden. Die Lehrabschlußprüfung bleibt zwar nach wie vor eine reine Kammerprüfung, die schriftlichen Abschlußarbeiten der Berufsschule werden jedoch als schriftlicher Teil der Lehrabschlußprüfung anerkannt.

- 531 Bericht der IHK Stuttgart, in: WuBE 1949, Heft 11, S. 157 - 159.
- KAUTZ, Kurt: Vorschlag zur Einführung von Zwischenprüfungen in den Fachberufen der Industrie, in: WuBE 1950, S. 117.
- Bericht der IHK Braunschweig, in: WuBE 1951, S. 279. (Fast alle Zwischenprüfungen werden am Ende des zweiten Lehrjahres durchgeführt.)
- 532 Vgl. dazu LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 256 f.
- 533 WÜNSCH: Zwischenprüfung als Mittel zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildung, in: WuBE 1964, S. 83 - 86.
- 534 DIHT-Bericht 1967, S. 110.
- 535 "Förderung begabter Jugendlicher durch Wirtschaft und Betrieb", Empfehlungen des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit der BDA, Köln 1958, S. 6. Neben dieser Grundsatzerklärung wird in konkreten Fällen die finanzielle Unterstützung des Staates für die Begabtenförderung gefordert (vgl. auch Anmerkung 352), zum Teil die Trägerschaft der Länder für alle Maßnahmen verlangt. (Vgl. K.: Begabtenförderung, in: WuBE 1953, S. 142).
- Vgl. auch DIHT-Bericht 1965, S.160.
- 536 BDA und BDI: "Begabtenförderung", in: WuBE 1958, S. 182.
- 537 BECKER, Walter: Ausbildungsförderung als gesellschaftliche Aufgabe, in: WuBE 1969, S. 112.

- 538 BDA: Förderung begabter Jugendlicher durch  
Wirtschaft und Betrieb, a.a.O., S. 13.  
Über die Förderungsmaßnahmen im einzelnen vgl.  
die durch das DI erstellte Dokumentation, ebenda,  
S. 14 f.  
Vgl. auch "Bildungsarbeit im Betrieb", Empfehlungen  
des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische  
Jugendarbeit der BDA, 3. Auflage, Köln 1962.  
TOLLKÖTTER, B.: Bildungsmaßnahmen in der Wirtschaft,  
a.a.O.  
ARLT, F. und WILMS, Dorothee: Vom Lehrling zur  
Führungskraft. Struktur und Ordnung von Ausbildungs-  
und Fortbildungshilfen der gewerblichen Wirtschaft  
in der Bundesrepublik Deutschland, in: Materialien  
zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen,  
Folge 20, herausgegeben vom DI, Köln 1967.
- 539 K.: Begabtenförderung, in: WuBE 1953, S. 141.  
DÜREN, A.: Zu Leitgedanken des DIHT über die  
Zukunft der Berufsausbildung, a.a.O., S. 52 ("Das  
Berufsbildungswesen innerhalb der Wirtschaft bietet  
über die umfassende Jugendausbildung hinaus  
bewährte und im ständigen Aufbau begriffene  
Möglichkeiten der Weiterbildung und des Aufstiegs.  
Die Frage des beruflichen Aufstiegs kann daher  
nicht allein aus dem Gesichtspunkt des allgemeinen  
Schulwesens beurteilt werden.").
- 540 DIHT-Bericht 1963, S. 102 ("Der DIHT ... begrüßt  
die Vereinheitlichung des zersplitterten Ausbildungs-  
beihilfenrechts ebenso wie die Tatsache, daß statt  
der bisherigen Förderung nach Kategorien allein auf  
Eignung und Begabung des Auszubildenden abgestellt  
wird." ).  
DIHT-Bericht 1965, S. 160.  
DI, Bildungsabteilung (Herausgeber): Bildung und  
Wissenschaft in wirtschafts- und gesellschafts-  
politischer Sicht, in: Vortrags- und Lehrunterlagen  
der wirtschafts- und sozialpolitischen Grund-  
informationen IV 18 1965, Nr. 4, S. 20. ("Eine  
grundlegende Reform im Sinne einer Vereinheitlichung  
und eines Ausbaus des heutigen systemlosen Neben-  
einanders von mehr als 50 verschiedenen staatlichen  
Ausbildungsförderungsmaßnahmen ist dabei besonders  
vordringlich.")  
Sorge bereiten zahlreichen Arbeitgebern die möglichen  
bildungspolitischen Einwirkungen auf die Berufs-  
ausbildung durch die finanziellen Förderungs-

maßnahmen des Staates. Deshalb wird auch in diesem Zusammenhang betont, daß es sich nur um sozialpolitische Maßnahmen handeln dürfe. "Die bildungspolitischen Aspekte gehören nicht in ein Gesetz, das nur finanzielle Förderung sichern will." (BECKER, W.: Ausbildungsförderung als gesellschaftliche Aufgabe, in: WuBE 1969, S. 112).

Vgl. auch Anmerkung 369.

Das Leistungsförderungsgesetz wird positiv beurteilt. Seine Wirkungen hätten sich im Jahre 1967 durch die steigende Inanspruchnahme des umfangreichen Angebots an Fortbildungsveranstaltungen durch die Kammern gezeigt (DIHT-Bericht 1967, S. 111 f.).

Zur Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes wird die gleiche Sorge um eine Einflußnahme auf die Berufsausbildung wie oben geäußert. "In der Begründung des Gesetzentwurfes geht die Bundesregierung so weit, aus dieser Zielsetzung der Förderungsmaßnahmen abzuleiten, daß die Bundesanstalt zu einem wirkungsvollen Instrument der beruflichen Bildungspolitik der Bundesregierung werden soll. Kann und soll das die Aufgabe einer Institution sein, die mit Vorrang arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Aufgaben wahrzunehmen hat?" (DIHT-Schriftenreihe, Heft 111, S. 17).

541 BDA: Zum Bildungsurlaub, in: WuBE 1967, S. 37.

Es fehlen auch nicht die Hinweise auf die zusätzliche Belastung der Wirtschaft durch die Arbeitszeitverkürzung und die zahlreichen Hilfen der Arbeitgeber, die den differenzierten Bildungsbedürfnissen besser gerecht werden. "Ein schematischer Bildungsurlaub von wenigen Tagen kann nicht dazu beitragen, dieses Ziel (der lebenslangen Weiterbildung; A.K.) zu verwirklichen. Die Bildungsbedürfnisse des einzelnen und die Anforderungen, die von der Wirtschaft gestellt werden müssen, sind so unterschiedlich, daß es differenzierterer Förderungsmaßnahmen bedarf, als einer generellen Freistellung von der Arbeit." (Ebenda). Wegen der freiwilligen Leistungen auf der Stufe der Fortbildung fühlt sich die Wirtschaft auch berechtigt, ... "der Forderung nach einem allgemeinen und schematisch zu gewährenden Bildungsurlaub zu widersprechen." (Ebenda, S. 36).

542 Vgl. K.: Erziehungsbeihilfe oder Lehrlingslohn, in: WuBE 1949, Heft 5/6, S. 1;

vgl. dazu auch die Berufung auf die Vorstellungen des Handwerks, o.V.: Überblick, in: WuBE 1949, Heft 5/6, S. 3.



DIHT-Bericht 1954/55, S. 122 ("Damit droht die Erziehungsbeihilfe immer mehr ein Werbemittel zu werden; gleichzeitig wird ihr Grundcharakter, eine Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfe zu sein, zum Nachteil der Berufsausbildung verändert.").

DIERKS, D.: Erziehungsbeihilfe oder Arbeitslohn für Lehrlinge?, in: WuBE 1955, S. 34 - 36.

K.: Nachwuchslenkung?, in: WuBE 1955, S. 61 f.

KIESLINGER, A.: Zwanzig Jahre Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1965, a.a.O., S. 24 f.

Von zahlreichen Spitzenorganisationen ging das Bestreben aus, eine der Sauckel-Verordnung entsprechende Regelung durchzusetzen. Vgl. DIHT-Bericht 1953/54, S. 136 ("Die Aussicht, zu einer einheitlichen und systemgerechten Erziehungsbeihilfe zu kommen, wie sie die Sauckel-Verordnung von 1943 darstellte, ist praktisch gering. Es ist vielmehr im Gegenteil in breiten Wirtschaftskreisen festzustellen, daß auch die Erziehungsbeihilfe ein immer interessanteres Objekt für tarifvertragliche Vereinbarungen wird.").

543 O.V.: Berufliche Weiterbildung - eine Forderung des Tages, in: WuBE 1957, S. 61.

KIESLINGER: Berufliche Weiterbildung der Fachkräfte, in: WuBE 1957, S. 62 - 65.

DIHT-Bericht 1956/57, S. 30 ("Es erwartet niemand, daß die Lehre auch unter den Voraussetzungen bester Ausbildungsbedingungen im Betrieb und Schule das Rüstzeug für jede Anforderung der späteren Berufsausbildung liefert. Die Lehre wird sich zur späteren Berufsausbildung wie die Blüte zur Reife verhalten ... Es ist also falsch, die Lehre zu überfordern...").

544 DIHT-Bericht 1960/61, S. 64 ("Dagegen ist ein zehntes Schuljahr abzulehnen, und zwar auch dann, wenn es der Berufsschule zugeordnet sein würde. Es könnte die Betriebslehre weder ersetzen noch verkürzen, sondern nur zeitlich verschieben. Diesen Verschulungstendenzen stellt die Wirtschaft den Ausbau der beruflichen Weiterbildungseinrichtungen gegenüber, denn hier wird ganz deutlich eine Weiterentwicklung der Facharbeiterausbildung sichtbar, die zugleich ein immer dichter werdender Ausleseprozeß der Begabten ist.").

WIRTH, Harry: Die systematische Gestaltung der betrieblichen Bildungsarbeit, in: WuBE 1965, S. 229 - 233 (WIRTH liefert ein "Grundschema

betrieblicher und außerbetrieblicher Weiterbildung" und konstatiert einen Zusammenhang zwischen der Kürze der schulischen Vorbildung und der Intensität betrieblicher Weiterbildung. Außerdem könne die Starrheit des Schulsystems durch die elastische Durchlässigkeit der betrieblichen Weiterbildung eliminiert werden.).

DIHT-Schriftenreihe, Heft 96, S. 78 ("Die Lehrabschlußprüfung ist nur der erste und verhältnismäßig bescheidene Schritt in einem das ganze Arbeitsleben andauernden Prozeß beruflicher Qualifikation und laufender Anpassung an sich ändernde Berufsanforderungen. Deshalb widmen die Kammern den Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung größte Aufmerksamkeit. Ihre Tätigkeit auf diesem vielfältigen Gebiet erstreckt sich dabei sachlich auf Gebiete, in denen das berufsbildende Schulwesen aus verschiedenen Gründen keine oder jedenfalls keine gleichwertigen praxis- und wirtschaftsnahen Ausbildungsmöglichkeiten bieten kann und methodisch auf die Abhaltung von Lehrgängen, auf das Angebot einer Prüfungsmöglichkeit und sehr oft auf eine Kombination von beidem, wobei auch solche Interessenten zur Prüfung zugelassen werden, die nicht an einem vorgeschalteten Vorbereitungslehrgang der Kammer teilgenommen haben.").

BDA: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Berufsausbildung und Fortbildung in: WuBE 1967, S. 36 (In der Diskussion um ein Berufsausbildungsgesetz wird betont, die Weiterbildung habe vorrangige Bedeutung.).

545 DIHT-Bericht 1966, S. 160 (Der gesetzliche Anspruch auf Bildungsurlaub ist unnötig, denn schon jetzt haben 120.000 Mitarbeiter die Angebote zur Fortbildung angenommen.).

Deutsches Industrieinstitut: Erwachsenenbildung in der Wirtschaft; Diskussionsvorlage für das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Köln 1962.

O.V.: Verstärktes Interesse für berufliche Weiterbildung, in: WuBE 1968, S. 23 (Mehr als 100.000 Angebote der Industrie- und Handelskammern wurden angenommen.).

546 GERICKE: Bildungspolitische Diskussion auf der Tagung des Verbandes der Geschäftsführer Deutscher Industrie- und Handelskammern, "Erwachsenenbildung als Kammeraufgabe", in: WuBE 1967, S. 31.

KEUNECKE, Helmut: Kammern und Erwachsenenbildung, in: WuBE 1967, S. 106 - 109 (Die Entwicklung geht zur Service-Kammer).

DINTER, H.: Standort und Recht der beruflichen Erwachsenenbildung, in: WuBE 1968, S. 143 - 148.

Gegenüber dem Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen "Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung" wurde schon festgestellt: "Grundsätzlich wäre es heute sachgemäßer, statt von Erwachsenenbildung von Weiterbildung zu sprechen. Besonders deutlich zeigt sich der Strukturwandel der Erwachsenenbildung im Bereich der Wirtschaft, weil er sich hier viel augenfälliger und zweckhafter mit den Bedürfnissen der Gesellschaft verbindet. Die Weiterbildung im Bereich der Wirtschaft hat sich von sozialpolitischen Motiven alten Stils weitgehend gelöst. Sie stehen im Zeichen des steigenden Bedarfs an mittleren und gehobenen Führungskräften, die aus der Schicht der qualifizierten Fachkräfte gewonnen werden müssen, aber sie reicht darüber hinaus bis zur Weiterbildung der Unternehmer und leitenden Angestellten ... Von den Volkshochschulen kann sie nur zum geringen Teil übernommen werden." (Unterstreichungen im Original gesperrt) (DIHT-Bericht 1960/61, S. 50).

547 DITLMANN: Wirtschaft und Volkshochschule, in: WuBE 1955, S. 51 f.

Erklärung des Deutschen Volkshochschulverbandes e.V. und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 10. April 1957; zitiert bei ARLT, F.: Der Zweite Bildungsweg, München 1958, Anlage Nr. 5, S. 113.

Kg.: Engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Volkshochschule, in: WuBE 1967, S. 43.

548 Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zur Förderung des industriellen Meisternachwuchses, in: WuBE 1949, Heft 5/6, S. 38 - 39.

K.: Das Industriemeisterproblem, in: WuBE 1952, S. 73 f.

KRAUSE, E.: Die Ausbildung des Industriemeisters als Weg zum Betriebserfolg, in: WuBE 1952, S. 76 f.

STEMME: Industriemeisterausbildung und -prüfung, in: WuBE 1954, S. 144 - 147.

DIHT-Stellungnahme "Keine Experimente in der Berufsausbildung", in: WuBE 1958, S. 45 ("In der von den Industrie- und Handels-

kammern in den letzten Jahren besonders gepflegten Industriemeisterausbildung nimmt die Vermittlung von Kenntnissen über die Grundsätze einer sorgfältigen Lehrlingsausbildung einen breiten Raum ein.").

ARLT, F.: Industriemeister - über ihre Stellung im Betrieb, ihre Bildungsbedürfnisse und die von ihnen gewünschten Fortbildungsmethoden, in: BPZ 1961, Heft 14.

HOFFMANN: Zum gegenwärtigen Stand der Industriemeisterausbildung in Westdeutschland, in: WuBE 1962, S. 27 - 32.

O.V.: Ein neuer Meistertyp für die Industrie, in: WuBE 1963, S. 72 f. (In den Gruppen Werk-, Lehr- und Fachmeister sollen nach Richtlinien und Lehrplänen des DIHT von 1947 - 1963 15.000 Lehrmeisterprüfungen abgenommen worden sein. Es existieren 3.000 Meisterbezeichnungen. An der Meisterausbildung sind 60 von 81 Kammern beteiligt. Nach einer Meldung des DIHT (o.V.: Überblick, in: WuBE 1967, S. 102) beträgt die jährliche Zuwachsrate 2.100 Industriemeister.)

549 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu den Schulreform-Plänen, in: WuBE 1949, Heft 5/6, S. 41 ("Insbesondere in der Form der Abendschulen sollen sie eine natürliche Auslese nach abgeschlossener Berufsausbildung mit dem auch sozial wertvollen Rückhalt fortlaufender praktischer Berufsausübung ermöglichen.").

550 BDI-Bericht 1965, S. 40.

DIHT-Bericht 1965, S. 159 (An einigen Ingenieurschulen bestehen schon Überkapazitäten.).

HOFFMANN: Die Ingenieurschulen, in: WuBE 1967, S. 47 - 52 (Warnung vor Überkapazitäten).

BDI, BDA, DHKT, DIHT: Erklärung der Wirtschaft zur Ausbildung graduerter Ingenieure, abgedruckt in: WuBE 1968, S. 156 f.

O.V.: Wirtschaft besteht auf einheitlicher Ingenieurausbildung - Dringender Appell an die Ministerpräsidenten, in: WuBE 1968, S. 214 f.

Die besondere Sorge der Arbeitgeber gilt der Praxisbezogenheit des Studiums, die ihnen vor allem durch die Veränderung der Eingangsvoraussetzungen gefährdet erscheint. "Die schulischen Voraussetzungen dürfen nicht auf Kosten der praktischen Voraussetzungen erhöht werden. Einem Anheben der schulischen Voraussetzungen bis zu einer

"Primareife", also um ein weiteres Schuljahr, oder sogar bis zum Abitur, kann nicht zugestimmt werden, weil unter anderem eine solche Maßnahme befähigten Facharbeitern beziehungsweise Handwerkern, die einen beachtlichen Teil des Ingenieurzuwachses darstellen, diesen Bildungsweg verschließen würde." (Erklärung der Wirtschaft zur Ausbildung graduerter Ingenieure, abgedruckt in: WuBE 1968, S. 157).

Dahinter verbirgt sich nicht zuletzt die Sorge um die duale Berufsausbildung, die von einer Verlagerung des Schwerpunktes auf die schulische Vorbildung unmittelbar betroffen wird. Dahingehende Befürchtungen der Arbeitgeber haben sich im Zuge der durch die Streikbewegungen erzwungenen Fachhochschulgesetzgebung als berechtigt erwiesen. Um Entwicklungen abzuwehren, wie sie sich in Baden-Württemberg mit dem Übergang zu einem gestuften Abitur und der Aufnahme der praktischen Ausbildung als gelenktes Praktikum im Rahmen eines achtsemestrigen Fachhochschulstudiums abzeichnen, wird die Fachoberschule als kleineres Übel angesehen. Deshalb konzentrieren sich die Bemühungen derzeit auf eine Einflußnahme auf die Gestaltung der Fachoberschulen. Vgl. BDA, BDI, DHKT, DIHT: Von der Praxis zum Ingenieur, a.a.O.

Die hier unterbreiteten Modellvorschläge gehen von folgenden Grundvorstellungen der Arbeitgeber aus:

"Die Entscheidung der Ministerpräsidenten (über die Errichtung von Fachoberschulen; A.K.) birgt die Gefahr in sich, daß der Mehrheit begabter und bildungswilliger Jugendlicher der Zugang zur Ingenieurausbildung über die betriebliche Lehre versperrt, zumindest aber in unzumutbarer Weise erschwert wird. Deshalb sieht sich die Wirtschaft veranlaßt, den Kultusministern und den gesetzgebenden Körperschaften der Länder Mindestforderungen zur Gestaltung der "Fachoberschule" zu unterbreiten, die im Interesse der Chancengleichheit im Bildungswesen, im Interesse der Qualität der deutschen Ingenieurausbildung und damit auch im Interesse der Studierenden nicht unterschritten werden dürfen ...

Die Wirtschaft ist nach wie vor der Überzeugung, daß die optimale Lösung darin besteht, die beiden Hauptzugangswege zum Ingenieurstudium, den Weg über die betriebliche Lehre und den Weg über ein gelenktes, betriebliches Praktikum in vollem Umfang bestehen zu lassen. Sie spricht sich dafür aus, diese beiden Wege im praktischen Ausbildungsteil zu intensivieren und mit einem verpflichtenden

Teilzeitunterricht so zu verbinden, daß auch für die allgemeine und mathematisch-naturwissenschaftliche Vorbildung der Studienbewerber der größtmögliche Ausbildungseffekt erzielt wird." (Ebenda, S. 5).

551

Vgl. FRANKE, A.: Zur Frage der Weiterbildung der kaufmännischen Angestellten, in: WuBE 1952, S. 115 - 118 (Plädoyer für die Abendschule unter enger Zusammenarbeit mit der betrieblichen Praxis).

RICHTER, P.S.: Die Probleme der Berufsausbildung, in: WuBE 1953, S. 108 - 113. (Den Vorschlägen zur Errichtung Höherer Wirtschaftsfachschulen ist mit Skepsis zu begegnen.)

FRANKE, A.: Die "Höhere Kaufmännische Fachschule" - die Schule für Kaufleute, in: WuBE 1957, S. 43 - 48 (Träger der Schulen muß die Wirtschaft sein.).

O.V.: Diskussion über die Höhere Fachschule für Kaufleute, in: WuBE 1958, S. 13 - 16 (Als Fazit der Diskussion im Rahmen einer Tagung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen am 26. November 1957 in Osnabrück wird festgestellt, daß vom biologischen Standpunkt aus der Tagesschule der Vorzug zu geben ist und auf die Ausbildung von "Nurspezialisten" verzichtet werden sollte.).

RICHTER, P.S.: Zum Problem der Höheren Wirtschaftsfachschulen, in: WuBE 1959, S. 34 - 37.

"Entschließung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft zur Errichtung von Höheren Wirtschaftlichen Lehranstalten (HWL)", abgedruckt in: WuBE 1961, S. 37 f.

Unsere Meinung (o.V.): Die Aufgabe einer Höheren Wirtschaftlichen Lehranstalt, in: WuBE 1961, S. 178 f.

DITLMANN: Die Höhere Wirtschaftsfachschule soll der Wirtschaftspraxis dienen, in: WuBE 1963, S. 85 - 88. (Die Höheren Wirtschaftsfachschulen sollen als Abendschulen anlaufen, damit die Besucher in der Praxis und ihrem Betrieb erhalten bleiben.)

HEDDERICH, Günther: Keine Entwicklungsmöglichkeiten für junge Kaufleute, in: WuBE 1965, S. 183 - 188.

DIHT-Bericht 1965, S. 159.

DIHT-Bericht 1966, S. 161 (Fünf Semester sind ausreichend. Mit den Akademiegründungen wird der Grundcharakter der Ausbildung gefährdet.).

DIHT-Bericht 1967, S. 112 f. (Die Akademiegesetzgebung wird positiv beurteilt. Allerdings sollte an der Studiendauer von fünf Semestern und der praktischen

Vorbildung festgehalten werden. Der Zugang zu den Hochschulen ist zu öffnen, ohne allen Absolventen die Studienberechtigung zu erteilen.)

In der Diskussion um die Fachhochschulgesetzgebung gilt die Sorge genau wie im technischen Bereich der Veränderung des Zugangs zu den künftigen Fachhochschulen für Betriebswirtschaft (vgl. Anmerkung 550). Auch zur Gestaltung der Fachoberschule kaufmännischer Richtung werden Vorschläge unterbreitet (BDA, BDI, DHKT, DIHT: Von der Praxis zum Betriebswirt, a.a.O.). Sie unterscheiden sich im wesentlichen nur dadurch, daß mit noch stärkerem Nachdruck auf der kaufmännischen Lehre als praktischer Vorbildung zum Fachhochschulbesuch insistiert wird.

"Die Ausbildung zum graduierten Betriebswirt hat vieles mit der Ingenieurausbildung gemeinsam und weist gleichzeitig erhebliche Unterschiede zur Ingenieurausbildung auf ...

Diese Gemeinsamkeiten haben dazu geführt, daß die Höheren Wirtschaftsfachschulen als Institution im Aufbau unseres Bildungswesens gleichrangig neben die Ingenieurschulen gestellt worden sind. Jede Statusänderung der Ingenieurschulen ist mit Recht auch für die Höheren Wirtschaftsfachschulen beansprucht worden. Diese Gemeinsamkeiten bringen leider auch die Gefahr mit sich, daß bei den bevorstehenden Reformen die sachlich bedingten Unterschiede zur Ingenieurausbildung nicht beachtet werden. Diese Feststellung gilt in erster Linie für die Neugestaltung der Zugangswege zum Studium an der künftigen "Fachhochschule für Betriebswirtschaft". Die praktische Vorbildung - charakteristisches Kennzeichen für den Zugang zu einem praxisbezogenen Studium - kann für den Besuch einer Ingenieurschule seit langem entweder durch die abgeschlossene Lehre oder durch ein zweijähriges Praktikum nachgewiesen werden. Etwa 25% der Studierenden - in manchen Fachrichtungen erheblich mehr - gehen heute den Weg über das Praktikum. Als praktische Vorbildung für den Besuch einer Höheren Wirtschaftsfachschule ist dagegen seit jeher nur die abgeschlossene kaufmännische Lehre und mindestens ein weiteres Jahr der Bewährung in der kaufmännischen Praxis gefordert worden. Eine 1966 durch die Vereinbarung der Kultusminister analog zur Ingenieurausbildung eingeführte Alternative eines mindestens zweijährigen Praktikums hat seither keinerlei Bedeutung erlangt. Für die Ingenieurausbildung stellt deshalb die Neuordnung nur eines Zugangsweges zum Studium - des Weges über ein

betriebliches Praktikum - und dessen sinnvolle Verbindung mit einem intensiven Unterricht in Gestalt einer "Fachoberschule technischer Richtung" nichts anderes dar, als eine Verbesserung innerhalb bestehender Strukturen. Diese Neuordnung setzt lediglich neue Schwerpunkte.

Für die Ausbildung graduerter Betriebswirte wäre dagegen eine Neuordnung der Zugangswege nach diesem Muster gleichbedeutend mit einer völligen Umgestaltung der Ausbildungsstruktur:

- Die Ausgangsbasis für ein praxisbetontes Studium würde in einer Weise verschoben, daß "Fachhochschulen für Betriebswirtschaft" mit "Höheren Wirtschaftsfachschulen" nur noch sehr wenig gemeinsam hätten.
- Das Studium selbst könnte nicht mehr anwendungsbezogen sein, wenn die praktische kaufmännische Vorbildung von bisher allgemein vier Jahren auf künftig höchstens ein Jahr innerhalb der "Fachoberschule kaufmännischer Richtung" reduziert und damit die Kenntnis der praktischen Anwendung nahezu gänzlich fehlen würde.
- Der graduierte Betriebswirt müßte den Vorsprung verlieren, der ihn heute vom Absolventen der Universität abhebt und ihn in einer Reihe von betrieblichen Funktionen den Wettbewerb mit diesem erfolgreich bestehen läßt. Dieser Vorsprung lag bisher darin, daß sich der graduierte Betriebswirt - dank einer gründlichen betriebspraktischen Erfahrung - während des Studiums und nach dessen Abschluß auf eine fundierte Kenntnis der vielfältigen speziellen Funktionsbereiche und der differenzierten Techniken des Betriebsablaufes in kaufmännischen Unternehmen stützen konnte.

Der Verzicht auf den Erwerb praktischer Erfahrungen und Grundlagen in einem nicht mehr zu vertretenden Umfange hätte zur Folge, daß die bildungspolitische Idee, die zur Errichtung Höherer Wirtschaftsfachschulen geführt hat, nunmehr aufgegeben würde:

den fähigen und bewährten jungen kaufmännischen Angestellten eine Chance der Weiterbildung und des beruflichen Aufstiegs zubieten.

Diese weitreichenden Konsequenzen können vermieden werden. Eine Neuordnung der Vorbildung für ein betriebswirtschaftliches Fachhochschulstudium kann im Rahmen bereits beschlossener Abkommen vorgenommen werden und dennoch - bei entsprechender Auslegung getroffener Vereinbarungen - den Eigencharakter dieser Ausbildungsrichtung berücksichtigen.



Der Eigencharakter des Studienganges zum graduierten Betriebswirt rechtfertigt einige unerläßliche Abweichungen und Ergänzungen gegenüber dem Modell-Vorschlag zur Vorbildung für das Ingenieurstudium, den die Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft mit der Schrift 'Von der Praxis zum Ingenieur' vorgelegt haben." (Ebenda, S. 5 - 8).

552 Ebenda, S. 9.

553 BEELITZ, Anne: Anwendungsmöglichkeiten des Fernunterrichts in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung, in: DI, Materialien zubildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 11, Köln 1965, S. 123. ("Mit dem Fernunterricht kann unter größter Rentabilität, nämlich mit dem Verbleiben im Arbeitsprozeß, mancher Begabte mehr als bisher auf den Weg geführt werden, der seinen Anlagen entspricht, und zwar unabhängig von Raum und Zeit.")

DIHT-Schriftenreihe, Heft 92, S. 89 - 91.

SCHÖNHERR, Kurt: Grundlinien einer Ordnung des deutschen Fernschulwesens, in: WuBE 1968, S. 44 - 50.

554 Zur Gleichsetzung von ökonomischer und pädagogischer Zielsetzung vgl. die Abschnitte 3.2.3.5 und 3.2.3.11, insbesondere Anmerkung 515.

"Eine weitere Formalisierung unserer Bildungsgänge führt automatisch zu einer gewissen Entwertung der Bildungsgänge, für die wir verantwortlich sind. Sie sehen dies in der 'Tragödie' des Zweiten Bildungsweges." Eine Perfektionierung des Zweiten Bildungsweges bedeute eine Einengung des Begabtenwachstums, weil sie zu einer Entwertung der Bildungsvorgänge und Bildungsprozesse in der Berufsbildung führen. "Das aber, was wir im Zweiten Bildungsweg mit sahen, nämlich das Durchlaufen eines Reifeprozesses über die Leistung, über die Bewährung und die geistige Entfaltung und Entwicklung in der Arbeitswelt, das ist damit de facto verlorengegangen." (ARLT, F.: Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Rationalisierung betrieblicher Bildungsarbeit, a.a.O., S. 7 f.)

Vgl. auch ARLT, F.: Der "Zweite Bildungsweg" als wirtschaftspolitisches Problem, in: Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 9, Berlin 1959.

Derselbe: Stellungnahmen und Leistungen der Unternehmer und ihrer Organisationen zum Zweiten Bildungsweg, in: DAHRENDORF, Ralf und ORTLIEB,

Heinz-Dietrich (Herausgeber): Der Zweite Bildungsweg im sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart, Heidelberg 1959.

WOLFF, Wolf v.: Zum Zweiten Bildungsweg, in: AfB 1961.

Unsere Meinung (o.V.): Leitgedanken des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum zweiten Bildungsweg, in: WuBE 1961, S. 195 f.

DIHT-Bericht 1960/61, S. 64.

Unsere Meinung (o.V.): Warum auch nicht?!, in: WuBE 1962, S. 177 f. ("Dieselben Leute, die nicht ruhen werden, bis der letzte noch halbwegs Begabte die Werkstatt oder das Büro mit dem Hörsaal vertauscht, haben Dir bisher immer vorgeworfen, daß Du bei der Auswahl Deiner Mitarbeiter zu sehr auf Doktorhüte und Diplome schaust. In einigen Jahren wird man Dir zum Vorwurf machen, daß Du unter den zwanzig Bewerbern um die Pförtner- oder Nachtwächterstelle, die Du ausgeschrieben hast, dem einzigen Nicht-Studierten den Vorzug gabst ... Sie werden Dir sagen, daß Du unpolitisch bist, weil Du nicht einsiehst, daß unzufriedene, enttäuschte Intelligenzen für Anarchismen besonders anfällig sind...")

Vgl. auch die Kritik von HEIDTMANN, Frank: Zum ideologischen Gehalt der Äußerungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zum Zweiten Bildungsweg, in: DBFSch 1969, S. 416 - 427.

zu 3.3 Die Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

---

555 Vgl. S. 21 und Anmerkung 31.

556 "Unter dem Begriff 'Industriesektor' verstehen wir eine Reihe von Arbeitsstätten, Betrieben oder Verwaltungen, die gemeinsame Merkmale tragen. Merkmale sind: gleiche Rohstoffe oder Grundmaterialien, gleichartige Arbeitsweisen und wesensverwandte Dienstleistungen." (RIEGE, Fritz-Albert: Die gewerkschaftlichen Organisationsformen in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 5.)

Gewerkschaften mit jeweiligem Mitgliederbestand am 31. Dezember 1963 (Derselbe, ebenda, S. 68).

1. Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (IG Bau), (476.923)
2. Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IG Bergbau), (480.451)
3. Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (IG Chemie), (523.334)
4. Industriegewerkschaft Druck und Papier (IG Druck), (145.415)
5. Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)- (434.296)
6. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), (91.174)
7. Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GLF), (78.038)
8. Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung (HBV), (126.907)
9. Gewerkschaft Holz (Holz), (144.906)
10. Gewerkschaft Kunst (Kunst), (31.631)
11. Gewerkschaft Leder (Leder), (83.896)
12. Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), (1.895.802)
13. Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), (281.202)
14. Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), (983.830)
15. Deutsche Postgewerkschaft (DPG), (315.911)
16. Gewerkschaft Textil-Bekleidung (Textil), (337.262)

557 "Die Lehrer, Hochschullehrer und Sozialpädagogen sind danach in der GEW ... zu organisieren. Dagegen gehören Hausmeister und Schulpersonal zur ÖTV ... In der GEW erkennen wir daher unschwer das Organisationsprinzip des Berufsverbandes." (Ebenda, S. 9).

- 558 §§ 11 - 14 DGB-Satzung.
- 559 Die Landesbezirke decken sich räumlich mit den Bundesländern. Ausnahme: Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sind zur "Nordmark" vereinigt.
- 560 SCHNEIDER, H.: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 47.
- 561 Vgl. RIEGE, F.-A.: Die gewerkschaftlichen Organisationsformen ..., a.a.O., S. 24.  
Vgl. auch ABENDROTH, Wolfgang: Die deutschen Gewerkschaften, 2. Auflage, Heidelberg 1955.
- 562 SCHNEIDER, H.: Die Interessenverbände, a.a.O., S. 49. (Unterstreichung im Original kursiv gedruckt.)
- 563 Zum Verhältnis von DGB und GEW vgl.:  
BÖCKLER, Hans: Rede am 2. Juni 1950 in Goslar vor der Vertreterversammlung der GEW, in: Um Schule und Stand, eine Schriftenreihe der GEW, 1954.  
Protokolle des DGB-Bundeskongresses 1956, S. 70.  
BUNGARDT, Karl: Das Große Ärgernis, Frankfurt o.J., S. 10 und 17.  
Derselbe: Schulpolitik in Bewegung, in: MUND Nr. 95, 4. Folge 1960, S. 29.
- 564 Vgl. auch S. 22 und Anmerkung 36.
- 565 1949 - 1962, in: Gewerkschaftliche Beiträge zu Fragen der Berufsbildung (GBB), herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand, Abteilung Berufliches Bildungswesen, Heft 5, Düsseldorf 1963.
- 566 Siehe Anmerkung 565. Heft 1, Düsseldorf o.J. (1960), bis Heft 8, Köln 1965.
- 567 Herausgegeben von der Abteilung Berufliches Bildungswesen im Bundesvorstand des DGB (IbB). (Seit März 1950; ab Juli 1965 als "Berufliche Bildung" (BB)).
- 568 Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Präambel, beschlossen auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf.

- 569 Die für die Mehrzahl der Menschen wichtigste Freiheit ist die von Not und der Furcht vor Not (BÖCKLER, Hans: Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Referat auf dem Gründungskongreß des DGB, Sonderdruck, herausgegeben vom DGB, Düsseldorf 1949, S. 30).
- 570 Ebenda, S. 14.
- 571 Zur Bedeutung des Solidaritätsbegriffs für das gewerkschaftliche Selbstverständnis vgl. REITZENSTEIN, Irene v.: Solidarität und Gleichheit. Ordnungsvorstellungen im deutschen Gewerkschaftsdenken nach 1945, Berlin 1961.
- 572 Abgedruckt in: BÖCKLER, H.: Die Aufgabe der deutschen Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 28 ff.
- 573 Vgl. dazu HONDRICH, K.O.: Die Ideologien von Interessenverbänden, a.a.O., insbesondere S. 80 ff.
- 574 Vgl. REITZENSTEIN, I.v.: Solidarität und Gleichheit ..., a.a.O., S. 158 f.
- 575 "Reformbestrebungen auf dem Gebiete der beruflichen Bildung sind heute nicht mehr von den Reformplänen für das allgemeinbildende Schulwesen zu trennen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt die Einführung des 9. und 10. Schuljahres. Damit ist untrennbar die Vorstellung verbunden, daß die letzten Schuljahre eine neue Zielsetzung erhalten. Hierbei wird die Einbeziehung der beruflichen Umwelt, in die der Schulabgänger eintreten wird, eine wichtige Rolle spielen.
- Wir werden in irgendeiner Form zu einer besseren, weiterreichenden Verzahnung und geistigen Durchdringung von Allgemeinbildung und Grunderkenntnissen des Berufslebens kommen müssen. Nur dann können wir heute von echter Allgemeinbildung sprechen. Die Leitvorstellungen unseres bisherigen Bildungswesens müssen mit den neuen Kräften in Übereinstimmung gebracht werden, die mehr und mehr unsere Umwelt bestimmen. Das bedeutet keinen Verzicht auf den Humanismus als solchen, sondern im Gegenteil seine Neuprägung für das Menschenbild unserer Zeit.
- Die weitreichenden Auswirkungen einer solchen Bildung werden in ihrem wichtigsten Teil nicht beachtet, wenn wir in ihr nur den Ausfluß einseitigen Fachdenkens

sehen und die Schwierigkeit bei ihrer Einführung vor Augen haben. Diese Bildungsform soll zu einer besseren Einheit von Schule und Berufsleben führen. Damit würde das erreicht, worum wir uns ständig bemühen. Denn wir haben uns trotz eindeutiger Mahnungen Pestalozzis und Kerschensteiners zu einer Verwirklichung entsprechender Vorstellungen bisher nicht durchringen können. Eine solche innigere Verbindung von Schule und Berufsleben erzielt nach unserer Auffassung eine Einheit des Menschen mit seinem Leben in einer besser verstandenen, tiefer erlebten und selbstverständlicher bejahten Umwelt." (DGB: Die Wirtschaftsakademie, Stellungnahme der Abteilung Angestellte und der Abteilung Berufliche Bildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1965, S. 6 f.)

- 576 Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1963), a.a.O., Kulturpolitische Grundsätze.
- 577 In: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 49. Die Aufgabenverteilung auf die Abteilungen und ihre Bezeichnungen sind geändert worden. Dadurch ergeben sich die Abweichungen gegenüber der oben genannten organisatorischen Regelung.
- 578 Ebenda, S. 49 (Unterstreichungen; A.K.).
- 579 Ebenda, S. 35 (Unterstreichungen; A.K.).
- 580 Geschäftsbericht DGB 1952/53, Hauptabteilung Bildungswesen, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 56.
- 581 Geschäftsbericht DGB 1952/53, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 57.
- 582 Vgl. Geschäftsbericht DGB 1950/51, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 49;  
Geschäftsbericht DGB 1952/53, ebenda, S. 72;  
EntschlieÙung zu Jugendfragen, 3. ordentlicher BundeskongreÙ 1954, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 5;  
Geschäftsbericht DGB 1956-1958, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 85.
- 583 5. ordentlicher BundeskongreÙ 1959, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 29.
- 584 6. ordentlicher BundeskongreÙ 1962, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 12.

- 585 Das DGB-Programm zur beruflichen Bildung. Als Manuskript gedruckt. Herausgegeben vom DGB - Bundesvorstand, Abteilung Berufliches Bildungswesen, Düsseldorf o.J., S. 4.
- 586 Ebenda, S. 3.  
Vgl. auch Aktionsprogramm des DGB, in: IbB 1965, Heft 4, a.a.O., S. 5.
- 587 Ebenda, S. 4.
- 588 Bericht über die Berufsgruppenkonferenz im Rahmen des 2. Bundes-Angestelltentages in München, 14. Juni 1954, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 75.
- 589 4. ordentlicher Bundeskongreß 1956, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 7.
- 590 Ebenda, S. 8.
- 591 Geschäftsbericht DGB 1956-1958, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 83.
- 592 In: IbB 1959, Heft 6, S. 1 - 3.
- 593 Ebenda, S. 2.
- 594 Ebenda, S. 2.
- 595 Ebenda, S. 3.
- 596 Ebenda, S. 2.  
Vgl. dazu die Interpretation dieser Haltung durch den DVG, der die nicht eindeutige organisatorische Festlegung des 9. und 10. Schuljahres auf die innere Schwäche des DGB aufgrund der Diskrepanz in den Auffassungen der richtungsweisenden Gruppe der Volksschullehrer und der Fachgruppen "Gewerbliche Schulen" und "Kaufmännische Schulen" in der GEW zurückführt. (h.K.: Keine Scheuklappen, in: DBbSch 1962, S. 208 f.; o.V.: Fachgruppenausschüsse "Berufsbildende Schulen" in der GEW, in: DBbSch 1963, S. 222 - 226, insbesondere S. 225).
- 597 5. ordentlicher Bundeskongreß 1959, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 9.

- 598 Geschäftsbericht DGB 1959-1961, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 102.
- 599 Vgl. dazu die fünf Einzelziele, 5. ordentlicher Bundeskongreß 1959, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 27.
- 600 6. ordentlicher Bundeskongreß 1962, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 11.
- 601 Geschäftsbericht DGB 1956-1958, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 83.
- 602 Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland: Berufsausbildung in der industriellen Gesellschaft. - Eine Dokumentation. Schriftenreihe der IG-Metall Nr. 37, 2. durchgesehene Ausgabe, Frankfurt/Main 1960, S. 38.
- 603 Genauer: durch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL), einer Dachorganisation von GEW und Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein (BLLV); der sogenannte "Bremer Plan", Frankfurt/Main 1962.
- 604 Vgl. SANDER, Theodor; ROLFF, Hans-G., WINKLER, Gertrud: Die Demokratische Leistungsschule, Hannover-Berlin-Darmstadt-Dortmund 1967.  
ROLFF, Hans-G.: Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg 1967.
- 605 Kulturpolitische Grundsätze, a.a.O. (vgl. S. 122 f.).
- 606 ROSENBERG, Ludwig, in: GBB, Heft 6, Düsseldorf, o.J. (1964), S. 7. ("Es ist beinahe unverständlich, daß man da nur einer einzigen Gruppe im Volke das Recht geben wollte oder sollte, die Wirtschaft zu repräsentieren, und es ist selbstverständlich, daß alle Menschen, die in der Wirtschaft tätig sind, ein nicht nur dringendes Interesse, sondern eine Verpflichtung haben, an ihrer Gestaltung, Entwicklung, ihrer Aufgabe und ihrer Zielsetzung mitzuwirken und verantwortlich mitzutun. Es ist also ein Unding, wenn aus alten Zeiten, in denen man noch andere Vorstellungen von Gesellschaft und Aufgaben des Staates hatte, noch Reste bestehen, wie in den Industrie- und Handelskammern und in anderen Organisationen, die sich als die Wirtschaft schlecht-hin präsentieren wollen und dürfen, ohne es in Wahrheit zu sein.



Die der demokratischen Gesellschaft entsprechende und allein entsprechende Form einer Verwaltung, eines Sektors des öffentlichen oder des gesellschaftlichen Lebens, ist entweder die staatliche Form der Verwaltung, denn sie untersteht dann einer demokratischen Kontrolle oder besser noch, die Selbstverwaltung. Und im Rahmen einer solchen Selbstverwaltung müssen alle, die davon direkt oder indirekt betroffen sind, mit tätig werden als mündige Menschen, als demokratische Bürger, die ihr Schicksal selbst bestimmen im Rahmen der demokratischen vom Parlament gesetzten Regeln und Gesetze. Das ist die einzige sinnvolle, die einzige vernünftige, die einzige entsprechende und ich möchte auch sagen, die einzige wirkungsvolle Form einer Demokratie, die sich nicht in autoritäre Grüppchen auflösen will, sondern alle Bürger des Staats dort, wo sie kann, auch dazu bringen soll, selbst Hand anzulegen und mitzubestimmen und mitzuwirken. Es ist nicht Eigennutz, es ist nicht Eitelkeit, es ist nicht Stolz und es ist nicht Machtstreben, wenn wir auf diese Dinge immer wieder hinweisen. Wir glauben, eine Verantwortung übernehmen zu müssen, der wir uns als Bürger eines freien demokratischen Staates und einer sich selbst schätzenden und sich selbst als würdig betrachtenden freien Gesellschaft freier Menschen verpflichtet fühlen.")

- 607 Vgl. dazu Abschnitt 3.3.3.9.
- 608 Geschäftsbericht DGB 1952/53, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 58.
- 609 Vgl. LEIMIG, Josef: Berufsbildung - zeitgemäß?, in: GBB, Heft 2, o.O. o.J., S. 13 - 15.  
Derselbe: DGB-Bundestagung für Berufsbildung, in: IbB 1961, Heft 10, S. 1.  
Derselbe: Ist die betriebsgebundene Berufsausbildung die für Deutschland gemäße Form?, in: Beiträge zur Reform der Berufserziehung, o.O. o.J., S. 72.  
PABST, Willi: Ist eine Verlängerung der Lehrzeit notwendig?, in: IbB 1954, S. 550.
- 610 Gründungskongreß des DGB 1949, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 3.
- 611 Vgl. LEIMIG, J.: Berufsbildung - zeitgemäß?, in: GBB, Heft 2, a.a.O., S. 13.

PARTIKEL, Heinz: Gewerkschaften und handwerkliche Berufsausbildung, in: BPZ 1958, S. 182 - 184.

o.V.: Keine Verlängerung der Lehrzeitdauer - sondern Verbesserung der Berufsausbildung im Metallhandwerk, in: IbB 1961, Heft 3, S. 10.

- 612 Hinzu tritt, daß die in den kulturpolitischen Grundsätzen aufgestellten Forderungen, die Schüler an das politische und soziale Leben heranzuführen, um ihr Verständnis für ihre sozialen Rechte und Pflichten zu wecken und zu fördern, das Gewicht des theoretischen Aspektes weiter erheblich verstärkt.
- 613 LEIMIG, J.: Berufsbildung - zeitgemäß?, in: GBB, Heft 2, a.a.O., S. 13.
- LEISS, Manfred: Handwerkliche Berufsausbildung im Zeichen zunehmender Spezialisierung, Referat (Zusammenfassung) auf der 2. Bezirkshandwerkskonferenz der IG-Metall in Hameln, am 7. Oktober 1963, S. 18.
- 614 LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 70.
- 615 Vgl. das Fazit bei: LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 45.
- 616 Vgl. LEMKE, Horst: Ja zur Stufenausbildung!, in: Stufenausbildung in der Diskussion, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Berufliches Bildungswesen, Düsseldorf 1965, S. 21 f.
- 617 Vgl. die Zeittabelle über die Entwicklung der Forderungen nach einem Berufsausbildungsgesetz, in: Das DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 33 f.
- 618 Entschliebung, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 3.
- 619 Die größere gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit mit Annäherung an die Vollbeschäftigung ruft aber auch stärkeren Widerstand der Arbeitgeber hervor. Während in früheren Geschäftsberichten immer auf eine gute Zusammenarbeit wenigstens mit den Industrie- und Handelskammern verwiesen wird, heißt es im Geschäftsbericht 1954/55: "Der Widerstand, vor allem der Industrie- und Handelskammern und des Handwerks, gegen ein Berufsausbildungsgesetz verstärkt sich immer mehr." In: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 79.

- 620 Nach Auffassung des DGB ist der Grundsatz der Chancengleichheit in der Bundesrepublik nicht realisiert. "... die Ungleichheit der Bildungschancen ist nicht überwunden." (Grundsatzprogramm des DGB (1963), a.a.O., S. 5.)
- 621 Vgl. Kulturpolitische Grundsätze, a.a.O.; oben S. 122 f.
- 622 Diese Prämisse wird allgemein noch weiter gefaßt: "Darauf (auf Unterstützung der Gewerkschaft; A.K.) haben sie um so mehr Anspruch, als ihre Bestrebungen über die Interessenvertretung hinaus dem Gesamtwohl dienen." (Grundsatzprogramm des DGB (1963), a.a.O., S. 6.)
- 623 Vgl. hierzu insbesondere MOLL, Eva: Arbeitsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Berufsausbildung, in: GBB, Heft 1, o.O., o.J. (1961 ?), S. 11 - 23.
- 624 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund: Der Bundestag wolle beschließen ..., Entwurf zu einem Berufsausbildungsgesetz, Bochum o.J.  
DGB-Bundesvorstand, Abteilung Berufliches Bildungswesen: Um die Ordnung der Berufsausbildung. Dokumentation. Düsseldorf 1963.  
Entschliebung zum beruflichen Bildungswesen, 6. ordentlicher Bundeskongreß 1962, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 10 - 12.
- 625 DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 4.
- 626 Zusammensetzung: 10 Arbeitnehmervertreter, 10 Arbeitgebervertreter, 2 Vertreter der Berufsschullehrerorganisationen, 2 Vertreter des Bundesjugendringes, 1 Vertreter der KMK. Der Vorsitz soll aus den eigenen Reihen bestimmt werden.
- 627 IG Metall, Vorstand, Abteilung Berufsbildung: Funktionsbild des Industrielehrmeisters, o.O., o.J.
- 628 Vgl. insbesondere: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Berufliches Bildungswesen: Stufenausbildung in der Diskussion, Düsseldorf 1965.  
Die IG-Metall hat mit Einverständnis des DGB in einem Brief vom 17. November 1966 an den Bundesminister für Wirtschaft verlangt, den Stufenplan

- für gewerbliche Ausbildung als Ordnungsmittel staatlich anzuerkennen (vgl. o.V.: Umschau, in: DBbSch 1967, S. 49).
- 629 DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 8.
- 630 Geschäftsbericht 1950/51, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 35.
- 631 DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 6.
- 632 4. ordentlicher Bundeskongreß 1956, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 8.
- 633 Ebenda, S. 29.  
Vgl. auch DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 5.
- 634 LEISS, Manfred: Durch Stufenausbildung zu einer leistungsorientierten Berufsordnung, in: Stufenausbildung in der Diskussion, herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand, a.a.O., S. 3.
- 635 Vgl.: Ebenda, S. 5 - 7, und LEMKE, Horst: Ein Schritt nach vorn in der Stufenausbildung, in: BB 1966, Heft 12, S. 1 - 6.
- 636 Vgl. KELL, Adolf: Einige Ungereimtheiten in der Diskussion um die Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, in: DBFSch 1967, S. 99 - 105.
- 637 BAUMGARDT, Johannes: Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses . Berufspädagogische Erwägungen zu einer Stufenausbildung in der Berufserziehung des kaufmännischen Nachwuchses, in: Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Band 26, neue Folge, Braunschweig 1966, S. 13 - 14.
- 638 PÜTZ, Traute: Diskussionsbeitrag, in: Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, Veröffentlichungen des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, a.a.O., S. 47.
- 639 Vgl. BUNK, G.P.: Kaufmännische Berufsausbildung in mehreren Stufen, in: Stufenausbildung in der Diskussion, a.a.O., S. 23 - 26.
- 640 Geschäftsbericht DGB 1952/53, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 60.

- 641 "Die Bestrebungen von Handwerk, Handel und Industrie, aus Anlaß der Arbeitszeitverkürzung die augenblicklich geltenden Lehrzeiten zu verlängern, werden von den Gewerkschaften entschieden abgelehnt. Die verkürzte Arbeitszeit wird von den Gewerkschaften zur Förderung der Gesundheit und möglichst langen Erhaltung der Arbeitsfähigkeit aller Arbeitnehmer angestrebt. Diese Sorge muß auch der Jugend gelten, zumal ihr unbefriedigender Gesundheitszustand erwiesen ist. Die geistige und körperliche Verfassung des Jugendlichen, seine Aufnahme- und Leistungsfähigkeit haben für die Berufsausbildung eine entscheidende Bedeutung. Sie werden durch ein verlängertes Wochenende und vermehrte Freizeit erheblich verbessert... Die in alten Gleisen und Gewohnheiten sich bewegende Berufsausbildung ist durch den technischen Fortschritt in vielen Punkten überholt. Sie arbeitet oft mit einer ungerechtfertigten Zeitverschwendung; sie muß einer intensiveren Berufsausbildung weichen. Damit allein können schon die durch eine Arbeitszeitverkürzung entstehenden Ausfälle wettgemacht werden." (Geschäftsbericht DGB 1956-1958, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 86.)
- 642 "Das neue 'Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend' trat während der Berichtszeit vom 1. Oktober 1960 in Kraft. Mit diesem Gesetz wurde die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden, die Wochenarbeitszeit auf vierzig Stunden für Jugendliche unter sechzehn Jahren und auf vierundvierzig Stunden für Jugendliche über sechzehn Jahre begrenzt. Nach Erlaß des Gesetzes setzte ein heftiger Angriff von seiten der Arbeitgeber auf die bestehende Lehrzeitdauer ein. Die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes wurden zum Anlaß genommen, eine Verlängerung der Lehrzeit zu erreichen. Der DGB und die Gewerkschaften vertraten die Auffassung, daß trotz der Verkürzung der Arbeitszeit die bisherige Lehrzeit ausreicht, um eine ordnungsgemäße Berufsausbildung durchzuführen. Es wäre nicht notwendig, die Lehrzeiten zu verlängern, sondern die berufs- und ausbildungsfremden Arbeiten müßten wegfallen und die Ausbildung müßte intensiviert und besser überwacht werden." (Geschäftsbericht DGB 1959-1961, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 103.)
- 643 Vgl. Geschäftsbericht DGB 1959-1961, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 103 f.
- 644 LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 9 und 13.

- 645 LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 204.
- 646 Ebenda, S. 263.
- 647 Ebenda, S. 264 f. (Unterstreichungen im Original kursiv).
- 648 Ebenda, S. 266 und 268.
- 649 Vgl. ebenda, S. 268.
- 650 Ebenda, S. 273.
- 651 Ebenda, S. 315.  
BLANKERTZ, Herwig: Lehrzeitdauer als Politikum,  
in: Pädagogische Rundschau 1966, S. 310 - 318.
- 652 Das DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 7.
- 653 Geschäftsbericht DGB 1959-1961, in: GBB, Heft 5,  
a.a.O., S. 103.
- 654 Das DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 7
- 655 Grundsatzprogramm des DGB (1963), a.a.O., S. 5.
- 656 Kulturpolitische Grundsätze, a.a.O.; Text S. 121 ff.
- 657 Rechtsanspruch auf Ausbildungsbeihilfe bis zum 25.  
Lebensjahr. Kostenträger: Bund und Länder.  
Geschäftsbericht DGB 1959-1961, in: GBB, Heft 5,  
a.a.O., S. 123 - 124.
- 658 Grundsatzprogramm des DGB (1963), a.a.O., S. 29.
- 659 Vgl. 4. ordentlicher Bundeskongreß 1956, in:  
GBB, Heft 5, a.a.O., S. 16 f. und 5. ordentlicher  
Bundeskongreß 1959, in: GBB, Heft 5, a.a.O., S. 17.
- 660 Geschäftsbericht DGB 1950/51, in: GBB, Heft 5,  
a.a.O., S. 41.
- 661 Seit 1956 steht auf allen Bundeskongressen  
der Zweite Bildungsweg mit im Mittelpunkt  
des Interesses.

- 662 DGB-Programm zur beruflichen Bildung,  
a.a.O., S. 8.
- 663 Grundsatzprogramm des DGB (1963), a.a.O., S. 28.
- 664 4. ordentlicher Bundeskongreß 1956, in: GBB,  
Heft 5, a.a.O., S. 8 - 9;  
5. ordentlicher Bundeskongreß 1959, in: GBB,  
Heft 5, a.a.O., S. 19 - 20;  
DGB-Programm zur beruflichen Bildung, a.a.O., S. 8.
- 665 Vgl. Die Wirtschaftsakademie, herausgegeben vom  
DGB - Bundesvorstand, Abteilung Angestellte und  
Abteilung Berufliches Bildungswesen, Köln 1965.
- 666 "Zur Ergänzung des Zweiten Bildungsweges für  
Berufstätige sind Institute, die der Erreichung  
des Abiturs dienen, ... zu verlangen."  
4. ordentlicher Bundeskongreß 1956, in: GBB, Heft 5,  
a.a.O., S. 9.  
Vgl. auch Geschäftsbericht DGB 1959-1961, in: GBB,  
Heft 5, a.a.O., S. 106 - 107;  
"Leitgedanken zum Zweiten Bildungsweg", in: IbB 1961,  
Heft 5/6.
- 667 Grundsatzprogramm des DGB 1963, S. 28 - 29;  
zur Verbesserung der Situation im Bereich der  
Erwachsenenbildung wird die Errichtung von  
Lehrstühlen für Erwachsenenbildung verlangt (ebenda,  
S. 30).
- 668 Das DGB-Programm zur beruflichen Bildung,  
a.a.O., S. 9.
- 669 4. ordentlicher Bundeskongreß 1956, in: GBB,  
Heft 5, a.a.O., S. 8.
- 670 5. ordentlicher Bundeskongreß 1959, in: GBB,  
Heft 5, a.a.O., S. 18.

zu 3.4 Die Vorstellungen des Deutschen Verbandes  
der Gewerbelehrer (DVG)

---

- 671 KERKHOFF, H.: Ewald Baar, in: DBbSch 1962, S. 386 - 393.
- 672 hk: Die Organisation der Gewerbelehrer vor drei Jahrzehnten, in: DBbSch 1962, S. 367 - 369.
- 673 KERKHOFF, H.: Walter Krefting als Verbandsmann und Begründer dieser Zeitschrift, in: DBbSch 1962, S. 408 - 410.
- 674 Vgl. o.V.: Mitteilungen aus der 2. Haupttagung unseres Deutschen Verbandes, in: DBbSch 1952, S. 310.
- 675 O.V.: Umschau, in: DBbSch 1966, S. 368.  
Die Landesverbände gehören etwa zur Hälfte ebenfalls dem DBB an, die übrigen sind ungebunden. Mit dem bayerischen Verband der Gewerbelehrer besteht eine Arbeitsgemeinschaft.
- 676 O.O., 31. Oktober 1957; im folgenden zitiert als "DVG-Schulprogramm".
- 677 Deutscher Verband der Gewerbelehrer e.V., 7. Deutscher Berufsschultag, Essen 13./14. Juni 1962, Berufsbildungsplan des DVG, Teil I, Die vierjährige Berufsgrundschule; im folgenden zitiert als "DVG-Vorschlag".
- 678 Krefeld (Juli) 1966; im folgenden zitiert als "DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8".  
Vgl. auch Verband Bayerischer Berufsschullehrer: Stellungnahme zu den Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Folge 7/8, in: DNBSch 1965.
- 679 Im folgenden zitiert als DBbSch.
- 680 Von weiterem wesentlichen Einfluß sind die Meinungen anderer Verbände zur Gewerbelehrausbildung, dieser bleibt hier aber unberücksichtigt.



- 681 Eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen wird in den letzten Jahren mit dem DHKT (vgl. DBbSch 1964, S. 816 - 818), dem DIHT (vgl. DBbSch 1965, S. 211 f. und für beide DBbSch 1966, S. 60), dem Deutschen Philologenverband (vgl. DBbSch 1965, S. 212 - 214), den Norddeutschen Berufsschullehrerverbänden (Zusammenschluß mit den norddeutschen Landesverbänden des VDDH und dem Bundesring der Landwirtschaftlichen Berufsschullehrerverbände; vgl. DBbSch 1966, S. 227 f.) und der FDP (vgl. DBbSch 1964, S. 584 und Anmerkung 781) sichtbar.
- 682 "Alle drei Indizien (die Überschneidung der Berufsausbildung mit der Wehrpflicht, die Amputation der Berufsfachschule aus dem berufsbildenden Schulwesen und die Gleichstellung von Realschulabschluß und Fachschulreife; A.K.) zeigen deutlich: Von einer fixierten vierjährigen (7. bis 10. Schuljahr) Hauptschule her lassen sich ... keine bündigen Konzeptionen für das berufsbildende Schul- und Ausbildungswesen unterbringen." (Zk: Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 210).
- 683 Zk: Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 359.  
"Eine Gefahr für unsere Berufsaufbauschulen bleiben die jetzt im Entstehen begriffenen Abendrealschulen" (Verbandsnachrichten - Landesverband Nordrhein-Westfalen - in: DBbSch 1963, S. 654).
- 684 Zk: Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 360.
- 685 Zk: Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 210.
- 686 Zk: Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 359.
- 687 Den Kern des berufsbildenden Schulwesens soll nach dem Berufsbildungsplan die vierjährige Berufsgrundschule bilden. Nur mit vier Jahren ist die Berufsgrundschule "so gehaltvoll und dauert so lange, daß auch den Jugendlichen, die als große Mehrheit des nachwachsenden Volkes in praktischer Berufsarbeit stehen, eine Gesamtbildung ermöglicht wird, in der zeitgemäße Berufsbildung und bedeutsame Allgemeinbildung sich wirkungsvoll verbinden" (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 21).
- Vgl. auch die teilweise Weiterentwicklung der Grundkonzeption bei GRÜNER, Gustav: Das berufsbildende

Sekundarschulwesen, in: DBbSch 1966, S. 498 - 508  
(Wiedergabe eines Referates, gehalten auf dem  
9. Deutschen Berufsschultag am 31. Mai - 3. Juni 1966  
in München).

Damit steht diese "ganzheitlich geschlossene"  
Konzeption der des DAfEuB diametral gegenüber:  
"Die Hauptschule rundet die bisher in der Volks-  
schule vorzeitig abgebrochene Grundbildung durch  
eine Umstrukturierung des 7. bis 10. Schuljahres  
auf ein Bildungsganzes ab" (DAfEuB, Folge 7/8,  
S. 25). "Auch verbietet sich zu dieser Zeit der  
Übertritt in Schuleinrichtungen, die nicht in der  
Lage sind, das zu eigentümlicher Fruchtbarkeit  
drängende Bildungsgeschehen aufzugreifen und weiter-  
zuführen" (DAfEuB, Folge 7/8, S. 12).

- 688 "Der Deutsche Ausschuß kennt die Idee der Berufs-  
bildung nicht und demontiert deshalb das berufs-  
bildende Schulwesen von unten und von oben her"  
(Zk: Vertreterversammlung des DVG in Bremen (Bericht),  
in: DBbSch 1965, S. 658).
- 689 Hier wird die Einengung vor allem durch die Wehrpflicht  
gesehen. "Reformmaßnahmen im allgemeinbildenden  
Schulwesen, deren Bewährung noch aussteht, dürfen  
nicht zu Lasten des berufsbildenden Schulwesens  
durchgeführt werden, zumal die Zeitspanne zwischen  
allgemeiner Schulpflicht und Wehrpflicht zur  
Erfüllung des Bildungsauftrages der Berufsschule  
zu kurz bemessen ist" (EntschlieÙung der Vertreter-  
versammlung am 11./12. Juni 1965 in Bremen betreffend  
"Die Frage der Neugestaltung des berufsbildenden  
Schulwesens", in: DBbSch 1965, S. 660).
- "Jugendliche, die über Berufsaufbauschulen und  
Kollegs oder entsprechende Einrichtungen zum Abitur  
streben, sollen vor Abschluß dieses Bildungsweges  
nicht zum Wehrdienst herangezogen werden" (EntschlieÙung  
der Vertreterversammlung am 12. Juni 1965 in Bremen,  
betreffend "Frage der Freistellung von Schülern des  
zweiten Bildungsweges vom Wehrdienst").
- 690 "Das scheint der Tribut zu sein, den Wirtschaft und  
berufsbildendes Schulwesen an den Aufbau der Haupt-  
schule zu zahlen haben! Der Preis, der hier von den  
"dualen" Partnern gefordert wird - denn beide sind in  
dieser Frage zur Kasse gebeten -, ist unannehmbar!"  
(Gemeint ist die Schulzeitverlängerung in Verbindung  
mit der Hauptschulkonzeption auf Kosten der Ausbildungs-  
zeit im dualen System; A.K.) (Zk: Zur Lage, in:  
DBbSch 1965, S. 210).

- 691 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 3.  
DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 6.
- 692 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 6.
- 693 Vgl. vor allem die Beiträge in DBbSch,  
Jahrgang 1957.
- 694 "Die vierjährige Berufsgrundschule ist ja kein  
Vorschlag, der an das besondere Interesse irgend-  
einer Partei appelliert, sondern ein Plan zum  
Wohle der werktätigen Jugend unseres ganzen Volkes".  
(FIELMANN, Wilhelm: Die Berufsschule von morgen -  
eine vierjährige Berufsgrundschule, in: DBbSch 1962,  
S. 484 - 499.)
- 695 GRÜNER, G.: Politische Ideologien - und berufs-  
pädagogisches Denken, in: DBbSch 1961, S. 167;  
ähnlich o.V.: Stellungnahme des DVG zum Referat  
ULRICH, Erich: Die Lehrlingsausbildung gehört in  
den Betrieb, in: DBbSch 1963, S. 142. ("Wir haben  
aber die Lösung der Frage nach der Bestausbildung  
nicht den Interessen von Wirtschaftsgruppen unter-  
zuordnen, sondern wir haben dabei die Belange unseres  
ganzen Volkes zu vertreten.")
- 696 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 7./9. April 1949  
in Recklinghausen, betreffend "Frage des 9. Schuljahres".
- 697 Empfehlung zum Ausbau der Volksschule vom 9. März 1957,  
Empfehlungen und Gutachten des DAfEuB, Folge 2,  
Stuttgart 1965. Diese Zielsetzungen werden später  
zum Teil anders formuliert, im wesentlichen aber  
inhaltlich unverändert übernommen.  
Vgl. EntschlieÙung der Vertreterversammlung am  
19. Mai 1964 in Hannover, betreffend "Frage der  
Zuordnung des 9. und 10. Schuljahres".  
"1. in die moderne betriebliche Berufs- und Arbeitswelt  
einführen  
2. berufsreifen Jugendlichen eine berufliche Grund-  
bildung in den von ihnen gewählten Bereichen  
vermitteln."
- 698 EntschlieÙung der Vertreterversammlung 1958 in Hamburg,  
betreffend "Verlängerung der Schulpflicht";  
DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 14.

- 699 EntschlieÙung betreffend "Verlängerung der Schulpflicht", a.a.O.
- 700 Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens vom 14. Februar 1959, Gutachten und Empfehlungen des DAfEuB, Folge 3, Stuttgart 1965.
- 701 Empfehlungen der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "Ausbau des berufsbildenden Schulwesens";  
EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "9. und 10. Vollschuljahr für den Nachwuchs in praktischen Berufen".
- 702 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 8.  
EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 19. Mai 1964 in Hannover, betreffend "Frage der Zuordnung eines 9. und 10. Schuljahres, in: DBbSch 1964, S. 560 - 561.  
Der Landesverband Niedersachsen erhebt eine weitergehende Forderung: "Auch die Berufsgrundbildung im 9. Schuljahr gehört in die Berufsschule" (EntschlieÙung der Vertreterversammlung des Landesverbandes Niedersachsen am 17./18. Juni 1966 in Osnabrück, in: DBbSch 1966, S. 659).
- 703 Empfehlungen zum Aufbau der Hauptschule vom 2. Mai 1964, Empfehlungen und Gutachten des DAfEuB, Folge 7/8, Stuttgart 1965.
- 704 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 11.
- 705 In der Terminologie des DAfEuB (vgl. Folge 7/8, S. 134). Der eigene terminologische Versuch von 1961 (vgl. Vorschlag vom 20. September 1961 zur Neufassung der Gruppenbezeichnungen im Gebiet des berufsbildenden Schulwesens) wird den Vorstellungen von 1966 nicht mehr gerecht. Dort ist pflichtmäßig nur die Teilzeitberufsschule vorgesehen, während die beruflichen Vollzeitschulen immer als freiwillig definiert werden.
- 706 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18.
- 707 Eine Zwischenstufe zwischen Hauptschule und Berufsschule wird ohne nähere Begründung abgelehnt. "Daß es sinnvoll wäre, für die einjährige Eingangsstufe der Berufsgrundbildung zwischen Volksschule und

Berufsschule eine besondere Schule zu errichten, und daß eine solche Konstruktion Dauer haben könnte, wird kaum glaubhaft zu machen sein" (FIELMANN, W.: Die Berufsschule von morgen ..., in: DBbSch 1962, S. 487 f.).

- 708 "Die sichere Begründung und überlegene Stärke der Berufsgrundschule besteht darin, daß ihre klare Bildungskonzeption dem Bildungssinn des Jugendalters voll entspricht und durch eine einheitliche Schulorganisation zu voller Wirkung gelangt." (Ebenda, S. 495 - FIELMANN ist als Initiator und geistiger Urheber des Berufsbildungsplanes anzusehen; vgl. o.V.: Idee der Berufsgrundschule gewinnt an Boden, in: DBbSch 1962, S. 42; o.V.: Der Berufsbildungsplan des DVG stieß auf großes Interesse in der Öffentlichkeit, in: DBbSch 1962, S. 472).

Inwieweit eine aus standespolitischen Vorstellungen entworfene organisatorische Konzeption nachträglich mit pädagogischen Überlegungen gerechtfertigt wird, hätte eine ins einzelne gehende ideologiekritische Analyse zu untersuchen. Was die wissenschaftstheoretischen Bedingungen für die Ableitung einer Schulorganisation aus pädagogischen Leitbildern betrifft, so läßt sich an keiner Stelle der Verbandsäußerungen ein Hinweis auf Reflexion des Problems finden. Im folgenden werden alle Einzelbegründungen aufgeführt, ohne zu prüfen, ob sie sich jeweils als pädagogisch ausweisen lassen.

Vgl. auch S. 146 und die Anmerkungen 694 und 695.

- 709 Der Entwurf einer vierjährigen Berufsgrundschule entsprechend dem Berufsbildungsplan des DVG gehört nach der Gliederung des Untersuchungsgegenstandes in den Abschnitt 3.4.3.

- 710 Vgl. DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 5.

- 711 Ebenda, S. 5.

- 712 Ebenda, S. 5.

"Ein 10. Vollschuljahr gehört nicht mehr in die Volksschule! Sie würde die nach berufsernster Tätigkeit dringenden Schüler auf einer ausgelebten Entwicklungsstufe gewaltsam festhalten" (Entschließung der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "9. und 10. Vollschuljahr für den Nachwuchs in praktischen Berufen").

- 713 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 5.  
Der Begriff der Berufsreife wird inhaltlich anders verwendet als vom DAfEuB. (Vgl. DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 14 f.) Während der DVG darunter eine Voraussetzung für den Eintritt in die Berufsausbildung - also eine Endphase der Vorstufe - versteht, verwendet der DAfEuB ihn für die Endphase der eigentlichen Berufsausbildung, also als Voraussetzung für die Folgestufe (vgl. DAfEuB, Folge 7/8, S. 41).
- 714 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 22.  
FIELMANN meint, die beiden Sätze wären so selbstverständlich, daß sie keiner Begründung mehr bedürften. (Vgl. FIELMANN, W.: Die Berufsschule von morgen ..., in: DBbSch 1962, S. 495 f.) Deshalb werden die Sätze als Begründungen mit aufgeführt.  
Zum Problem vgl. auch:  
FIELMANN, W.: Die Verlängerung der Schulpflicht als Anpassung des Schulsystems an eine sich wandelnde Welt, in: DBbSch 1958, S. 79 - 83.  
Derselbe: Idee und Gestalt einer Bildungsphase zwischen der herkömmlichen Volks- und Berufsschule, in: DBbSch 1959, S. 103 - 108.  
ROSENTHAL, Hans-J.: Schulzeitverlängerung als differenzierte Zwischenschulphase, in: DBbSch 1958, S. 95 - 99.
- 715 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 19. Mai 1964 in Hannover, betreffend "Frage eines 9. und 10. Schuljahres", in: DBbSch 1964, S. 561.  
Der nächste Satz der EntschlieÙung schaltet eben dieses Elternwahlrecht für das 10. Vollschuljahr aus.  
Vgl. auch EntschlieÙung der Vertreterversammlung 1958 in Hamburg, betreffend "Verlängerung der Schulpflicht".
- 716 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 12. Juni 1965 in Bremen, betreffend "Frage der Neugestaltung des berufsbildenden Schulwesens".  
Diese Formulierung findet die ausdrückliche Zustimmung des Handwerks. "Der gesamte Inhalt der EntschlieÙung kann von seiten des Handwerks voll und ganz befürwortet werden." (DHKT-Jahresbericht 1965, S. 81).

- 717 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "9. und 10. Vollschuljahr für den Nachwuchs in praktischen Berufen".
- 718 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 12. Juni 1965 in Bremen, betreffend "Frage der Neugestaltung des berufsbildenden Schulwesens".
- 719 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 14.
- 720 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 7./9. April 1949 in Recklinghausen, betreffend "Frage des 9. Schuljahres";  
DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 8 f.
- 721 EntschlieÙung der Vertreterversammlung 1958 in Hamburg, betreffend "Verlängerung der Schulpflicht";  
DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 9.  
Zk.: Landesverband Württemberg (Bericht), in: DBbSch 1966, S. 141.
- 722 "Keine Schule der Kindheit darf und kann die Aufgaben einer Berufsfachschule vorwegnehmen" (Schulpolitische EntschlieÙung des Landesverbandes Bremen, in: DBbSch 1958, S. 257).  
"Ein über die Kindheit hinaus verlängerter Besuch der allgemeinbildenden Schule mit allgemeiner praktischer Betätigung könnte dem Bildungsbedürfnis der großen Masse der Jugendlichen nicht gerecht werden ..." (DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 14).  
Vgl. auch BLOMEYER, Bernhard: Notruf an die Volksschule, in: DBbSch 1957, S. 119f.
- 723 Für diese Aufgabe soll terminologisch der Begriff "Berufsvorbildung" im Gegensatz zur Berufsgrundausbildung im berufsbildenden Schulwesen Verwendung finden. "Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, sollten wir sprachlich sauber trennen zwischen der Berufsvorbildung als einer durchgängigen Aufgabe der allgemeinbildenden Schule in allen Stufen und der Berufsgrundausbildung als einem mit der Berufsausbildung unlösbar verbundenen ersten Ausbildungsabschnitt." (Gr.: Berufsvorbildung - Berufsgrundausbildung, in: DBbSch 1965, S. 236).

- 724 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 6.
- 725 Ebenda, S. 9.
- 726 Durch die Feststellung, die Versuche der Volksschule mit einer Berufsvorbereitung im 9. Schuljahr seien fehlgeschlagen (vgl. o.V.: Verbandsnachrichten: Der Deutsche Verband der Gewerbelehrer (DVG) spricht mit dem Deutschen Handwerkskammertag (DHKT) über Berufsbildungsfragen, in: DBbSch 1962, S. 449), wird die Meinung vertreten, die Volksschule sei diesen Gefahren bereits erlegen.
- 727 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 7.  
Vgl. auch BLOMEYER, B.: Die problematische Beziehung "Werkkundlicher Unterricht - Betriebserlebnis", in: DBbSch 1958, S. 239 - 243.
- 728 "Der Deutsche Ausschuß schlägt weiterhin Betriebspraktika und Betriebsbesichtigungen vor. Sich davon 'ein Vorverständnis der rationalisierten und technisierten Arbeitsverfahren' zu erhoffen, bedeutet eine Verkennung der Strukturen und des Aufbaus unserer hochtechnisierten Wirtschaft. Dabei gewonnene flüchtige Eindrücke von Teilbereichen verführen zu voreiligem Urteil und zur Oberflächlichkeit" (DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8 a.a.O., S. 9).
- 729 Bei der Kommentierung der Untersuchung des Deutschen Industrie- und Handelstages über den Leistungsstand von Volksschulabsolventen werden die Ergebnisse - weil mit den eigenen Erfahrungen der Berufsschule in Deckung befindlich - als richtig übernommen und den Forderungen des DIHT nach Anstrengung zur Verbesserung des Unterrichtserfolges und Aufsteckung aller ehrgeizigen Pläne voll unterstützt.  
"Dieser Forderung des DIHT kann sich die Berufsschullehrerschaft voll anschließen. Sie hofft es sehr, daß es der Volksschule bald gelingen möge, den Leistungsstand der Volksschulabgänger zu verbessern, damit für die moderne Berufsausbildung die elementarsten Grundlagen vorhanden sind." (Gr.: Der Leistungsstand der Volksschüler ..., in: DBbSch 1967, S. 2).  
Vgl. auch Zk.: Zur Lage, in: DBbSch 1967, S. 195.



730 Vgl. DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 7 - 9.

Der Begriff "Arbeitslehre" hat in den Verlautbarungen des DVG eine andere Bedeutung als beim DAfEuB. "Die Arbeitslehre umfaßt den ganzen Bereich des Unterrichts, der bei wesentlich technischer Zielsetzung auf eine sachgemäße, verständnisvolle Arbeitsleistung im Beruf gerichtet ist. Der Begriff tritt an die Stelle zerstückelnder Bezeichnungen wie Fachkunde, Fachzeichnen, Fachrechnen ..." (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 11).

"Sie (die Arbeitslehre; A.K.) vermittelt den Schülern durch Anschauung und geistig durchdrungene Arbeit in der Schulwerkstatt und im betrieblichen Praktikum ein Vorverständnis der rationalisierten und technisierten Arbeitsverfahren der modernen Gesellschaft. Damit und mit der Einheit von manueller, intellektueller und charakterlicher Erziehung wird die Arbeitslehre zu einem heute nicht mehr entbehrlichen Teil der allgemeinen Bildung." (DAfEuB, Folge 7/8, a.a.O., S. 21).

731 Die Planung des 7. Realschuljahres in Nordrhein-Westfalen wird als Folge der CDU-Mittelstandspolitik ausgelegt, bei dem keine pädagogischen Argumente Pate gestanden haben. "Den Pappkameraden 'Mittelstand' zu schützen und zu erhalten bestimmt hier die Schulpolitik." (Zk.: Mittelständische Schulpolitik, in: DBbSch 1964, S. 220).

"Diesem offensichtlich in der Entwicklung liegenden Trend zu entfliehen und damit aus der Gefahrenzone herauszukommen, eventuell als Volksschuloberstufe 'deklassiert' zu werden, dazu ist das 7. Realschuljahr angetan" (ebenda, S. 220; über die angebliche Entwicklung der Realschule zur Hauptschule, vgl. auch: ZEKORN, H.J.: Die Gesamtschule im Gespräch, in: DBbSch 1966, S. 283).

Zk.: Zur Lage, in: DBbSch 1966, S. 882.

"Hier ist nun zu fragen: Wer soll denn nun eigentlich als qualifizierter Facharbeiter in hochtechnisierten Berufen die Räder der Wirtschaft in Bewegung halten? Oder meint Professor Mikat, daß die siebenjährigen Realschulabsolventen noch eine handwerklich-gewerbliche Berufsausbildung bekommen?" (Zk.: Mittelständische Schulpolitik, in: DBbSch 1964, S. 221).

Die Einführung eines siebenten Realschuljahres wäre ebenso eine Verschwendung von Kapazitäten wie die von Abendrealschulen (vgl. Zk.: Wie real ist eigentlich die Realschule?, in: DBbSch 1964, S. 669).

732 Vgl. Verbandsnachrichten (Landesverband Nordrhein-Westfalen), in: DBbSch 1963, S. 654.

"Die Alternative, die sich an Stelle des fragwürdigen Experiments 'Abendmittelschule' anbietet, müßte für jeden verantwortlichen Schulpolitiker klar sein: Ausbau und Förderung der Berufsaufbauschule im Rahmen des berufsbezogenen Zweiten Bildungsweges." (PAMPUS, Klaus: Berufsaufbauschule und Abendrealschule - Eine kritische Gegenüberstellung, in: DBbSch 1964, S. 340; vgl. auch derselbe: Abendrealschule bleibt Stein des Anstoßes - Eine Entgegnung, in: DBbSch 1965, S. 129 - 131; vgl. auch Anmerkung 731).

733 Während die Gleichsetzung der Fachschulreife mit dem Realschulabschluß hinsichtlich des allgemeinbildenden Gehaltes durch einen Erlaß des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen vom 2. Januar 1960 begrüßt wird (vgl. DBbSch 1960, S. 255), wendet sich der Verband gleichzeitig gegen eine Gleichsetzung des Realschulabschlusses mit der Fachschulreife in bezug auf den Eintritt in die Ingenieurschulen (vgl. DBbSch 1960, S. 333).

Die Fachschulreife sei ein Begriff des berufsbildenden Schulwesens. "Sie kann ihrer Art nach nur verliehen werden, wenn mit der gehobenen Allgemeinbildung eine vertiefte fachpraktische und fachtheoretische Bildung nachgewiesen wird." (SORG, Jonny: Fachschulreife als Abschluß der Mittelschule, in: DBbSch 1960, S. 361; vgl. auch HELLING, H.: Die Berufsbezogenheit der Berufsaufbauschule, in: DBbSch 1960, S. 296 - 299; derselbe: Die "Eigenart" der Berufs- und Berufsaufbauschule, in: DBbSch 1961, S. 189 - 192).

Entsprechend wird dann der Beschluß der Kultusministerkonferenz, als Eingangsvoraussetzung der Ingenieurschulen auch den Realschulabschluß und die sogenannte O-II-Reife (Versetzung in die 11. Klasse des Gymnasiums) anzuerkennen, als eine rückschrittliche Entwicklung bezeichnet, die die Berufsaufbauschule unterhöhle (Sitzung des Hauptvorstandes am 21. und 22. September 1962, in Kassel, vgl. DBbSch 1962, S. 792 - 794; vgl. auch Verbandsnachrichten (Landesverband Nordrhein-Westfalen), in: DBbSch 1963, S. 655), und werden Zweifel an der Realschulkonzeption angemeldet (PAMPUS, Klaus: Berufsaufbauschule und Abendrealschule - Eine kritische Gegenüberstellung, in: DBbSch 1964, S. 330 - 340).

In diesem Zusammenhang wird der Realschule ähnlich wie der Hauptschule eine Beschränkung auf die Vermittlung der Grundlagen empfohlen.

"Die Realschule hat lediglich Grundlagen zu schaffen, auf denen sich dann berufliche Ausbildungsgänge aufbauen. An ihnen selbst ist sie nicht beteiligt ..." (Zk.: Wie real ist eigentlich die Realschule?, in: DBbSch 1964, S. 669).

"Aber auch der Versuch einer allgemeinbildenden Schule, die vertiefte Arbeitslehre der Berufsgrundschule zu übernehmen, um damit das Recht zur Erteilung der Fachschulreife an sich zu bringen, wäre untauglich und zum Scheitern verurteilt" (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 17).

Dahinter scheint sich unter anderem die Sorge zu verbergen, es könnte sich ein direkter Weg von der Realschule zur Ingenieurschule unter Umgehung der Berufsgrundschule entwickeln. Deshalb werden auch die Ingenieurschulen kritisiert, wenn sie diese Tendenz unterstützen durch die Einrichtung von Vorkursen und die Bevorzugung von Praktikanten gegenüber den Berufsaufbauschulabsolventen.

(B.Sch.: Der Weg der Ingenieurschulen, in: DBbSch 1958, S. 31 - 38).

Soweit ähnlich wie im kaufmännischen Bereich die Berufsgrundschulkonzeption des DVG dadurch unterlaufen zu werden scheint, daß die Wirtschaft Realschulabsolventen direkt als Jungangestellte einstellt und für qualifizierte, aber sehr spezialisierte Tätigkeiten ausbildet (vgl. REUSCH, Hans: Neue Unterrichtsformen für Jungangestellte, in: BPZ 1965, S. 92), muß der Versuch des DVG, Berufsfachschulen für "Assistentenberufe" einzurichten (Entschießung der Vertreterversammlung am 4. Juni 1966 in München, betreffend "Ausbildung für Assistentenberufe", in: DBbSch 1966, S. 545), als gegen die Aufwertung der Vorstufe gerichtete Maßnahme auf der Realschulebene angesehen werden.

734 Vgl. KERKHOFF, H.: Angriff auf die Berufsaufbauschule, in: DBbSch 1961, S. 113 - 117.

735 "Der Deutsche Verband der Gewerbelehrer würdigt die große Bedeutung pädagogisch belangvoller Tatsachenforschung, aber er ist überzeugt, daß wir die gegenwärtigen Erfordernisse der Berufsbildung und die in die Zukunft weisenden Wandlungen der Wirklichkeit in ihren Grundzügen gut genug kennen, um danach einen fundierten Entwicklungsplan aufzustellen" (FIELMANN, W.: Die Berufsschule von morgen ..., in: DBbSch 1962, S. 485).

Diesem Selbstbewußtsein widerspricht dann aber die Aussage von GRÜNER im Zusammenhang mit Fragen der

Berufsforschung: "Die Fragen nach der besten Berufsausbildung sind so ernst, daß sie nicht aus dem oft ideologischen Blickwinkel der Verbandsfunktionäre gelöst werden können. Deshalb sei es erforderlich, die neuen Lehrstühle für Berufs-, Wirtschafts- und Arbeitspädagogik an den technischen Hochschulen mit vergleichenden Untersuchungen zu beauftragen unter der Fragestellung, ob die betriebsgebundene oder die schulgebundene Ausbildung die bessere sei" (Zk.: Berufsfachschule in der Diskussion, in: DBbSch 1964, S. 302 - 304 - Zitat Grüner). Allerdings sind die Funktionäre des DVG mit dieser Aussage in ihrem Selbstbewußtsein nicht getroffen, denn sie betrachten sich ja als "Sachwalter des Jugendlichen" und als mit dem "versöhnlichen Geist der unparteiischen Partei der Sachlichkeit" versehen (vgl. Anmerkungen 694 und 695).

- 736 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 7.  
DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 6.  
DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 12.  
Auf die Tradition der Berufsschule wird sogar mit besonderem Stolz verwiesen. "Den Irrglauben, daß unsere Schulen keine Tradition haben ...";  
Schriftleitung: Frisch ans Werk im neuen Jahr, in: DBbSch 1962, S. 1.
- 737 FIELMANN, W.: Die Berufsschule von morgen ..., in: DBbSch 1962, S. 494.
- 738 Ebenda, S. 495.
- 739 Zk.: Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 210.
- 740 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 15.
- 741 KERKHOFF, H.: Die schulpolitische Situation der berufsbildenden Schulen, in: DBbSch 1961, S. 30.
- 742 Diese Annahme wird gestützt durch die Ausführungen GRÜNER's zum dualen System. Vgl. Gr.: Das duale System, in: DBbSch 1965, S. 391 - 393.  
Zur Trägerschaft der berufsbildenden Schule heißt es im Schulprogramm (S. 15) "Schulträger sollten nach dem umfassenden Erziehungsinteresse der Gesellschaft nur der Staat, der Kreis und die kreisfreie Stadt sein."

743 SEIDEL: "Es wird grundsätzlich abgelehnt, die Ausbildung der Lehrlinge in die Berufsschule zu verlagern" (Verbandsnachrichten: Der Deutsche Verband der Gewerbelehrer (DVG) spricht mit dem Deutschen Handwerkskammertag (DHKT) über Berufsbildungsfragen, Sitzung am 16. März 1962, in Bonn, in: DBbSch 1962, S. 450).

Soweit der DVG in seinen Vorschlägen zum Ausbau des berufsbildenden Schulwesens ohne genauere zeitliche Fixierung der Ausbildungsanteile von Betrieb und Schule die "bewährte Grundlage verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen berufsbildender Schule und Wirtschaft" herausstellt (Empfehlung der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "Ausbau des berufsbildenden Schulwesens"), vermag er mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeberseite volle Übereinstimmung zu erzielen (vgl. Briefe des DHKT vom 25. Mai 1960 und des DIHT vom 17. Mai 1960 an den DVG, die als Anlage zu der obigen Empfehlung mit Zustimmung der Spitzenverbände veröffentlicht worden sind).

744 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 9.

745 GRÜNER unterscheidet vier Organisationsformen, die sich unter Einbeziehung der Differenzierungen des Berufsbildungsplanes auf sieben vermehren:

- (a) Berufsbildungsplan des DVG
- (b) Berufsschulphase - Betriebsphase
- (c) betriebliche Ausbildung - begleitende Schule
- (d) Betriebsphase - Schulphase,

und bezeichnet sie alle als dual, wobei er die Form des Berufsbildungsplanes für die zweckmäßigste hält (vgl. Gr.: Das duale System, in: DBbSch 1965, S. 392).

Der Berufsbildungsplan enthält selbst drei Organisationsformen:

- (a<sub>1</sub>) ein Vollzeitschuljahr - drei Jahre betriebliche Ausbildung mit begleitendem Berufsschulunterricht
- (a<sub>2</sub>) zwei Vollzeit-schuljahre - zwei Jahre betriebliche Ausbildung mit begleitendem Berufsschulunterricht
- (a<sub>3</sub>) drei Vollzeitschuljahre

Vgl. o.V.: Verbandsnachrichten, in: DBbSch 1962, S. 448.

- 746 Vgl. auch DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 12 ff.
- 747 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 13.  
DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 5.  
DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18.
- 748 HELLING, H.: Es geht um die Relationen, in: DBbSch 1962, S. 617.
- 749 Vgl. Zk.: Berufsfachschule in der Diskussion, in: DBbSch 1964, S. 303.  
Vorbemerkung von Zk. zu M.L.: Die überbetriebliche Berufsausbildung im Handwerk, in: DBbSch 1966, S. 126.  
Gr.: Berufsbegleitend, in: DBbSch 1965, S. 80.
- 750 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "Politische Bildung und Erziehung in berufsbildenden Schulen".
- 751 Tagung des Ständigen Ausschusses Pädagogik in Marburg, in: DBbSch 1964, S. 440.  
KERKHOFF, H.: Verzichtet die "Berufsschule von morgen" auf den 2. Berufsschultag?, in: DBbSch 1958, S. 17 f.
- 752 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 19. Mai 1964 in Hannover, betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens".
- 753 Deshalb wird im nächsten Abschnitt noch einmal näher darauf eingegangen.
- 754 Bei einer Tagung der Fachausschüsse Berufsausbildung, Ingenieurausbildung und Schulausbildung der Deutschen Gesellschaft für gewerbliches Bildungswesen am 21. Februar 1964 in Karlsruhe unter dem Thema "Meisterlehre - Lehrwerkstatt - Berufsfachschule, Grundformen der Ausbildung" werden die Zielvorstellungen für die Errichtung von Lehrwerkstätten durch die Industrie, wie sie EICHWEDE für den DIHT vorgetragen hat, als für die Berufsfachschule gleichermaßen gültig erklärt. Weil die industriellen Lehrwerkstätten nur etwa 20% der Jugendlichen erfassen würden, müÙten die Berufsschullehrer die verbleibenden 80% in eine entsprechende Ausbildung in den Berufsfachschulen einbeziehen (vgl. Zk.: Berufsfachschule in der Diskussion, in: DBbSch 1964, S. 302 - 304).

- 755 "Wird die Ausbildung für einen anerkannten Lehr- oder Anlernberuf infolge betrieblicher Spezialisierung zu eng, so muß die erforderliche Breite durch Ergänzungsmaßnahmen gesichert werden." (DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 9).
- 756 Zk.: Berufsfachschule in der Diskussion, in: DBbSch 1964, S. 303 - Zitat Grüner.
- 757 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 19.
- 758 O.V.: Handwerk und Berufsschule im Gespräch, in: DBbSch 1964, S. 817.
- 759 HELLING, H.: Es geht um die Relationen, in: DBbSch 1962, S. 618.  
Gr.: Berufsbegleitend?, in: DBbSch 1965, S. 80.
- 760 "Der Begriff Arbeitslehre entspricht der Bildungssituation der Jugendlichen, die angeleitet werden, durch Arbeit an Werkstücken oder durch Dienstleistungen mitschaffend in die Welt einzugreifen und in dieser Auseinandersetzung lernen, sich einzugliedern und zu behaupten, indem sie ihre Schaffenskräfte entwickeln und ausformen. Die Arbeitslehre bringt Praxis und Theorie zu wirkungsvoller Einheit (Unterstreichung; A.K.). Sie geht im Grunde hervor aus der Auffassung, daß der Mensch als aktives Wesen befähigt und bestimmt ist, in Weltbegegnung und Weltbewältigung zur Selbstgestaltung und Lebensbewährung zu gelangen" (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 11).  
  
"Die Verbindung planmäßiger praktischer Ausbildung im Betrieb mit planmäßiger theoretischer Ausbildung in der Schule zu einer Lehre ist in Deutschland die Hauptform der grundlegenden Berufsausbildung geworden ... Die grundlegende Berufsausbildung allein den Schulen zu übertragen, ist nur dann gerechtfertigt und geboten, wenn die herkömmliche Ausbildung nicht möglich ist oder sich als unzulänglich und nicht genügend anpassungsfähig erweist" (DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 7).
- 761 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 6.  
HELLING, H.: Es geht um die Relationen, in: DBbSch 1962, S. 617.  
ML. : Die überbetriebliche Berufsausbildung im Handwerk, Vorwort von Zk., in: DBbSch 1966, S. 126.

- 762 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 6.
- 763 "Der fachtheoretische Unterricht an berufsbildenden Schulen bedarf immer auch des Experiments. Dazu kommt in einigen Schultypen die Vermittlung bestimmter Fertigkeiten" (Tagung des Ständigen Ausschusses Pädagogik in Marburg, in: DBbSch 1964, S. 440).
- 764 Vgl. BLOMEYER, B.: Versuch einer Methodik des Werkstattunterrichts, in: DBbSch 1957, S. 506 - 513.
- Derselbe: Die problematische Beziehung "Werkkundlicher Unterricht - Betriebserlebnis, in: DBbSch 1958, S. 239 - 243.
- Derselbe: Standort und Funktion des Werkraumes innerhalb einer zeitnahen Berufsschuldidaktik, in: DBbSch 1960, S. 506 - 512 und S. 598 - 606.
- Derselbe: Diskussionsbeitrag, in: DBbSch 1961, S. 499 - 501.
- KRETH, Hermann: Aufbau und Einrichtung von Demonstrationssälen und Versuchswerkstätten für das Metallgewerbe an berufsbildenden Schulen, in: DBbSch 1957, S. 514 - 522.
- Derselbe: Demonstration und Versuch - eine Voraussetzung für konkrete Schülervorstellungen, in: DBbSch 1961, S. 88 - 91.
- STEIN, Wilhelm: Bildungsplan und Bildungsarbeit der experimentellen Werkkunde in Berufsschulen für Lehrlinge im Maschinenbau, in: DBbSch 1958, S. 2 - 16.
- GRÜNER, G.: Arten der Berufsschulwerkstätten, in: DBbSch 1961, S. 74 - 76.
- Derselbe: Nachwort zur Diskussion um die Schulwerkstätten, in: DBbSch 1961, S. 501 f.
- LUMPP, Paul: Praktische Fachkunde in Baden-Württemberg, in: DBbSch 1961, S. 76 - 80.
- JANISCH, R.: Produktive Lehrarbeit im Lehrwerkstättenunterricht an österreichischen gewerblichen Berufsschulen, in: DBbSch 1961, S. 81 - 84.
- HELLING, H.: Der Bezug der polytechnischen Bildung zur Berufsausbildung, in: DBbSch 1964, S. 637 - 639.
- Vgl. auch KELL, Adolf: Die Folgerungen aus der Hauptschulkonzeption für die Berufsausbildung, in: BLZ 1968, Heft 1, S. 35.
- 765 Anlässlich einer Besichtigung großindustrieller Lehrwerkstätten wird allerdings eine gewisse Enttäuschung über



deren inhaltliche Gestaltung geäußert. Während die äußerlichen Verbesserungen sichtbar seien und gewisse Züge eines Perfektionismus trügen, sei man inhaltlich nicht über die in der Vorkriegs- und Kriegszeit entwickelten Grundlehrgänge hinausgekommen. Zweifel wird vor allem an der "Praxisnähe" der Ausbildung zum Ausdruck gebracht (vgl. ZEKORN, H.J.: Impressionen, in: DBbSch 1967, S. 44 f.).

766 Vgl. Anmerkung 760.

Gelegentliche institutionelle Überschneidungen können dabei durchaus auftreten.

Vgl. Gr.: Berufsbegleitend?, in: DBbSch 1965, S. 79 f.

767 Vgl. Gr.: Das duale System, in: DBbSch 1965, S. 392.

768 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 7.

"Der mehr auf Nutzen und Ausrüstungswert der Berufsausbildung sehende Betrieb kann nicht der mehr auf Bildung sehenden Berufsschule entbehren."

Zwar könne der Betrieb funktionale Erziehung leisten, er sei damit aber noch keine Erziehungsanstalt. "Wer ein Kaninchen füttert, damit er einen fetten Braten hat, ist noch lange kein Tierfreund." (Gr.: Berufsbegleitend?, in: DBbSch 1965, S. 80 f.).

769 "Sie (die Einwände; A.K.) sind aus derselben Denkungsart von zwei verschiedenen Seiten zu erwarten. Einerseits wird man sagen, die Berufsbildung dauert zu lange, weil die jungen Menschen Geld verdienen müssen ... In einer kultivierten Wohlstandsgesellschaft ist es unverantwortlich, die Bildung eines Jugendlichen seinem Geldverdienen zu opfern ... Der zweite Einwand aus demselben Geist wird auf die 'ungeheuren' Kosten für die öffentliche Hand verweisen ... Ein Volk, das sich scheut, in die Ausbildung seines Nachwuchses genügend Kapital zu investieren, spart an falscher Stelle; es beschreitet die Bahn des Rückschrittes und der Verarmung" (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 23 f.).

770 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 24.

771 DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 9.

- 772 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 3. Juni 1954 in Bielefeld, betreffend "3. Deutscher Berufsschultag, Bewahrung des Menschen in der Entwicklung der Technik".
- 773 "Es ist hier nicht der Ort, eine Kostenrechnung für das künftige deutsche berufsbildende Schulwesen aufzustellen. Daß sehr beträchtliche Mittel erforderlich sein werden, ist klar, aber ebenso deutlich ist, daß sie aufgebracht werden können und müssen" (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 24).
- 774 Vorwiegend, weil die pädagogische Zielsetzung die Vorstellungen prägt. Vgl. dazu Abschnitt 3.4.3.5.
- 775 Über die Beratung des Jugendlichen bei der Wahl eines Berufsfeldes und die Wahrnehmung der Berufsberatungsfunktion während dieser Vollschulzeit lassen sich keine Äußerungen finden. Es wird zwar die Berufswahlreife begrifflich differenziert in berufs-unentschiedene, berufsvorentschiedene und berufs-entschiedene Jugendliche (DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 11), wie die Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen (ebenda, S. 10) aber zu einer qualifizierten Wahl eines Berufsfeldes durch ein beruflich und wirtschaftlich undifferenziertes erziehliches Tun im Vorfeld der Berufs- und Arbeitswelt (ebenda, S. 9) führen kann, bleibt völlig offen.
- 776 Dieser Weg, der an der Berufsgrundschule vorbeigeht, wird vom DVG abgelehnt. Vgl. Anmerkung 733.
- 777 Das Problem der Berufswahlreife gilt analog zu den Ausführungen über die Volksschulabgänger. Die Betriebsreife kann aufgrund des höheren Alters der Jugendlichen mit Mittlerer Reife unterstellt werden. Gerade aus diesem Grunde dürfte nur der Eintritt in die betriebliche Lehre ohne ein berufliches Vorschuljahr in Frage kommen, womit das Problem der Qualifikation für eine spezielle Berufsentscheidung ungelöst bleibt.
- 778 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 15.
- 779 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 19. Mai 1964 in Hannover, betreffend: "Neuordnung des Berufsausbildungswesen".
- 780 Ebenda.

781 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 23.

Vgl. auch die Verweisung in der oben angeführten EntschlieÙung zur "Neuordnung des Berufsausbildungswesens" auf die bereits 1955 vom DVG aufgestellten Grundsätze, in denen gefordert wurde:

1. Die Berufsausbildung der werktätigen Jugend muß als Gemeinschaftsaufgabe des gesamten Volkes angesehen werden.
2. Bewährte Formen der Berufsausbildung sind gesetzlich festzulegen.
3. Alle Formen der Berufsausbildung sind in sinnvollem Zusammenhang zu ordnen.
4. Wirtschaftlich-technische und gesellschafts-politische Entwicklungen müssen berücksichtigt werden.
5. Alle an der Berufsausbildung wesentlich Beteiligten sind mit angemessenen Rechten auszustatten.

Interessant ist, daß die in der EntschlieÙung weitergehenden, neuen Forderungen zum Teil wörtlich mit einer Stellungnahme des Kulturpolitischen Landesausschusses Schleswig-Holsteins der FDP "Zur Neuordnung des Berufsausbildungswesens" übereinstimmen. Vgl. Anmerkung 1029.

782 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 15.

783 ZEKORN, H.J.: Das Recht auf Berufsausbildung - zu den Gesetzentwürfen der SPD- und CDU/CSU-Fraktionen zur Neuregelung der Berufsausbildung, in: DBbSch 1967, S. 131 f.

784 Vgl. Berufsgrundschulplan (DVG-Vorschlag, a.a.O., insbesondere S. 21).

Damit inhaltlich eng verbunden ist die Forderung, das Mindestalter für den Eintritt in die Berufs- und Arbeitswelt auf das 16. Lebensjahr festzusetzen (EntschlieÙung der Vertreterversammlung betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O.).

785 DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 15.

786 Ebenda.

"Arbeits- und tarifrechtliche Regelungen für Jugendliche haben ihre Berechtigung; sie können aber auch die Ordnung des Berufsausbildungswesens belasten und erwartete pädagogische Auswirkungen einer einheitlichen, rechtlichen Ordnung in Frage stellen" (EntschlieÙung betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O.).

- 787 Da man sonst dem Ausbildungssystem die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit nehmen würde, "die es trotz gegenteiliger Zweckäußerungen immer noch besitzt" (ZEKORN, H.J.: Das Recht auf Berufsausbildung ..., in: DBbSch 1967, S. 129).
- 788 Ebenda, S. 130.
- 789 Ebenda, S. 130.
- 790 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 23.
- 791 O.V.: Stellungnahme des DVG zu ULRICH, Erich: Die Lehrlingsausbildung gehört in den Betrieb, in: DBbSch 1963, S. 141.
- 792 Vgl. als Beispiel: WALLURA, H.: Ein unerträglicher Zustand, in: DBbSch 1961, S. 118 - 121.  
HAMPE, Heinrich: Falsche Töne, Antwort auf einen aggressiven Artikel, in: DBbSch 1962, S. 46 - 49.
- 793 Tagung des Ständigen Ausschusses Pädagogik in Marburg am 31. Januar 1964, in: DBbSch 1964, S. 440.
- 794 Als Wesensmerkmale der Stufenausbildung werden herausgestellt:
- "1. Die Berufsausbildung soll den geänderten Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßt werden.
  2. Die Zahl der Ausbildungsberufe soll verringert werden.
  3. Die Ausbildung in verwandten Lehrberufen soll insbesondere im ersten Ausbildungsabschnitt (Grundstufe) zu einem Ausbildungsgang zusammengefaßt werden. Dadurch wird eine lehrgangsmäßige Ausbildung erleichtert.
  4. Die bisherige Ausbildung zum Facharbeiter wird in einzelne in sich geschlossene Ausbildungsabschnitte eingeteilt.
  5. Nach jeder Stufe ist eine Beendigung der Ausbildung möglich.
  6. Von Stufe zu Stufe wird die Ausbildung anspruchsvoller und differenzierter.
  7. Die Stufenausbildung gewährleistet Eignungs- und Begabtenauslese unter weitgehender Berücksichtigung betrieblicher Erfordernisse.

8. Die bisher vorliegenden Ausbildungsunterlagen zeigen vor allem, daß die Grundstufe durch ihre produktionsunabhängige, lehrgangsmäßige Gestaltung schulische Züge trägt.

(Stellungnahme des Deutschen Verbandes der Gewerbelehrer zur Stufenausbildung, in: DBbSch 1966, S. 547).

- 795 Zk.: Ausschuß Verbindung zur Wirtschaft tagte, in: DBbSch 1966, S. 296.
- 796 Stellungnahme des Deutschen Verbandes der Gewerbelehrer zur Stufenausbildung, a.a.O., S. 548.  
Vgl. auch Zk.: Ausschuß Verbindung zur Wirtschaft tagte, in: DBbSch 1966, S. 296.  
ZEKORN, H.J.: Impressionen, in: DBbSch 1967, S. 45 f.
- 797 Stellungnahme des Deutschen Verbandes der Gewerbelehrer zur Stufenausbildung, a.a.O., S. 548.
- 798 Vgl. Abschnitt 3.4.3.8.
- 799 Die erste Form ist zeitlich im Berufsbildungsplan eindeutig festgelegt (vgl. DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 8); später offener gehalten durch die Formulierung "mehrere Teilzeitschuljahre" (vgl. DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18). Die zweite Form ist im Berufsbildungsplan gar nicht vorgesehen. In der Stellungnahme zu den Empfehlungen des Deutschen Ausschusses wird nur von einer "verkürzten betrieblichen Ausbildung" gesprochen (DVG-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O., S. 18). Wird das Konzept einer "vierjährigen Berufsschule" und die "übliche" Dauer der Lehrzeit mit drei Jahren zugrunde gelegt, dürfte die zweite Form zeitlich so richtig fixiert sein. Auch die dritte Form wird mit der Umschreibung "mehrjährig" zeitlich offengehalten (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 9). Trotz der "vierjährigen" Berufsschulkonzeption dürfte für den Regelfall bei rein schulischer Ausbildung eine höchstens dreijährige Ausbildungszeit in Frage kommen, da die Vorstellungen des DVG davon ausgehen, daß eine schulische Ausbildung wesentlich intensiver ist (vgl. den Vorschlag, bei einer schulischen Grundausbildung die betriebliche Ausbildung zu verkürzen; EntschlieÙung betreffend "Neuorganisation des Berufsausbildungswesens", a.a.O.).
- 800 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 121.

- 801 EntschlieÙung betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O.
- 802 Ebenda.
- 803 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 18.
- 804 EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 15. und 16. Mai 1953 in Osnabrück, betreffend "Neue Handwerksordnung des Bundes".
- 805 ZEKORN, H.J.: Das Recht auf Berufsausbildung, a.a.O., S. 130.  
Vgl. auch den Hinweis in Anmerkung 781.
- 806 Tagung des Ständigen Ausschusses Pädagogik in Marburg am 31. Januar 1964, in: DBbSch 1964, S. 436 - 441.
- 807 EntschlieÙung betreffend "Neue Handwerksordnung des Bundes", a.a.O.
- 808 EntschlieÙung betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O.
- 809 "Die Berufsgrundschule wird zunächst zu dem Abschluß führen, der heute schon in der Grundstufe der Berufsbildung erreicht wird: zur ersten Berufsabschlußprüfung, die zugleich Voraussetzung für die Fachschulreife ist. Für die Berufsabschlußprüfung wird eine Form gefunden werden müssen, die der Bedeutung der Berufsgrundschule und der Einheit der Berufsgrundbildung entspricht" (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 18).
- 810 Dadurch kann es in der "Wertung" des Berufsbildungsplanes heißen "Alle Jugendlichen (Unterstreichung; A.K.) erhalten eine geordnete Berufsausbildung" (DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 21).  
Vgl. auch EntschlieÙung betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O.
- 811 "Ungenügende Leistungen müssen ausgeglichen werden..." (EntschlieÙung betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O.).

812 Ebenda.

813 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 19.

814 "Die Aufbringung der materiellen Mittel muß auch den wirtschaftlich schwachen Schülern und Studierenden durch großzügige Beihilfen ermöglicht werden" (DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 12).

"Die bildungswillige und bildungswürdige Jugend ist durch Bereitstellung ausreichender Mittel zu unterstützen" (EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "Gestaltung des zweiten Bildungsweges").

"Werktätige Jugendliche, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen, um Berufsaufbauschulen in der Tagesform (Vollzeitform) zu besuchen, sollten in großzügiger Weise finanziell unterstützt werden" (EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 12. Juni 1965 in Bremen, betreffend "Frage der finanziellen Förderung von Schülern des Zweiten Bildungsweges").

"Bildungswilligen und begabten Schülern des beruflichen Bildungsweges sind Ausbildungsbeihilfen und Stipendien zu gewähren" (EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 3. Juni 1966 in München, betreffend "Ausbau des beruflichen Bildungsweges - ein Erfordernis der Bildungspolitik").

815 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 24.

816 Ebenda, S. 7.

817 Vorschlag vom 20. September 1961 "Zur Neufassung der Gruppenbezeichnungen im Gebiet des berufsbildenden Schulwesens".

818 Es bestehen jedoch Tendenzen, die Aufgaben der Fachschulen in die Berufsschulen zu integrieren. "Durch die technische Entwicklung unserer Zeit steigt der Bedarf an mittleren technischen Führungskräften sprunghaft an. Die Aufgabe, solche mittleren Führungskräfte auszubilden - soweit für sie keine Ingenieur-ausbildung notwendig ist - fällt daher den Gewerblichen Berufsschulen im verstärkten Maße oder neu zu" (EntschlieÙung der Vertreterversammlung 1958 in Hamburg, betreffend "Aufgaben der Gewerblichen Berufsschulen").

Vgl. auch GRÜNER, G.: Die Elitenbildung der "Werkstätigen" als pädagogisches Problem der Berufsschule, in: DBbSch 1957, S. 726 - 732.

Als Gründe für die Ausweitung der Fachschulen werden genannt:

- (a) beruflicher Aufstieg (vom Grund- bis zum Aufbauberuf)
- (b) Weiterbildung im engeren Sinne (durch Veränderungen der Produktionsverhältnisse)
- (c) Hilfen für den Berufswechsel  
(Ständiger Ausschuß Pädagogik in seiner Tagung am 20. November 1964 in Bremen, in: DBbSch 1965, S. 68).

819 DVG-Vorschlag, a.a.O., S. 8.

820 Ebenda, S. 7.

821 EntschlieÙung der Vertreterversammlung vom 3. bis 7. Juni 1952 in Frankfurt, betreffend "Bildungsweg der werktätigen Jugend".

DVG-Schulprogramm, a.a.O., S. 12.

EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "Gestaltung des zweiten Bildungsweges".

EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 4. Juni 1966 in München, betreffend "Zulassung zum Hochschulstudium".

In jüngster Zeit wird besonders der Ausbau der Oberstufe des beruflichen Bildungsweges durch die Errichtung von weiteren Berufsoberschulen (Technischen Oberschulen) verlangt. (EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 3. Juni 1966 in München, betreffend "Ausbau des beruflichen Bildungsweges - ein Erfordernis der Bildungspolitik").

Vgl. auch EntschlieÙung der Vertreterversammlung des Landesverbandes Niedersachsen am 17./18. Juni 1966 in Osnabrück, in: DBbSch 1966, S. 658 f.

822 Das Erfordernis einer "verwaltungsmäßigen Integration" und "der Eigenständigkeit" des zweiten Bildungsweges wird etwa mit folgenden Grundgedanken gestützt. "Das entscheidende Kriterium des Zweiten Bildungsweges liegt nun einmal darin, daß die funktionalen Erziehungswirkungen der Arbeitswelt fruchtbar gemacht werden und daß sich hier ein Selbstauleseprozeß vollzieht, der nicht nur von den schulischen Leistungen gesteuert wird, sondern gleichermaßen 'Lebensbewährung' einschließt und freiheitliche Lebensgestaltung ermöglicht" (HELLING, H.: Der Zweite Bildungsweg in der Sicht Schelskys, in: DBbSch 1962, S. 126).



- 823 Empfehlungen der Vertreterversammlung am 30. Mai 1960 in Berlin, betreffend "Ausbau des berufsbildenden Schulwesens".  
Vgl. EntschlieÙung betreffend "Frage der Neugestaltung des berufsbildenden Schulwesens", a.a.O.
- 824 Empfehlungen betreffend "Ausbau des berufsbildenden Schulwesens", a.a.O.  
EntschlieÙung betreffend "Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O.  
Gr.: Einleitung zu Heft 6/1963, das sich mit dem Thema "Die berufliche Erwachsenenbildung" beschäftigt, in: DBbSch 1963, S. 445.
- 825 Um die institutionelle Zuordnung der Techniker-  
ausbildung hat es mit anderen Interessengruppen erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben.  
Vgl. DBbSch Heft 4/1961 (S. 242 - 263).  
Tagung des Ständigen Ausschusses Pädagogik in Marburg am 31. Januar 1964, in: DBbSch 1964, S. 440 f.
- 826 Gr.: Die berufliche Erwachsenenbildung, Einleitung, in: DBbSch 1963, S. 445.
- 827 Zk.: DIHT und DVG an einem Tisch, in: DBbSch 1965, S. 211.

zu 3.5 Die Vorstellungen des Verbandes Deutscher  
Diplom-Handelslehrer (VDDH)

---

- 828 Vgl. PFEIFFER, Anton: Der Verband Deutscher Diplom-  
Handelslehrer, in: Handbuch für das kaufmännische  
Schulwesen, Darmstadt 1963, S. 525 ff.
- 829 Mitgliederzahl Ende 1966.  
Vgl. Die Welt, Berlin, vom 6. Februar 1967.
- 830 Ein "Unterausschuß für das kaufmännische Bildungs-  
wesen" der britischen Zone hat diese Richtlinien  
am 5. und 6. Oktober 1946 unter wesentlicher  
Mitarbeit von Diplom-Handelslehrern erarbeitet.  
Der Bundesverband zitiert sie als seine Meinung.  
Vgl. PFEIFFER, A.: Bochum, Ausdruck unseres Aufbau-  
willens, in: WuE 1954, S. 435 - 441. (Im folgenden  
zitiert als "VDDH-Richtlinien").
- 831 Empfehlungen zum Ausbau des kaufmännischen  
Schulwesens, in: WuE 1961, S. 238 - 244. (Im folgenden  
zitiert als "VDDH-Empfehlungen").
- 832 In: WuE 1965, S. 241 - 264. (Im folgenden zitiert  
als "VDDH-Entwurf").
- 833 Organ für kaufmännisches Bildungswesen. Monatsschrift  
des VDDH. (Im folgenden zitiert als "WuE".)
- 834 Soweit über die Beschränkung des "Bildungsprogramms"  
auf ein "Schulprogramm" überhaupt reflektiert wird,  
lautet die Begründung, daß "ein allgemeingültiges  
Bildungsprogramm nur mit den in Frage kommenden  
Stellen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Schule  
entwickelt werden kann" (PFEIFFER, A.: Über das  
Bildungsprogramm des Verbandes Deutscher Diplom-  
Handelslehrer, in: DBFSch 1965, S. 903 - 913).
- 835 Vgl. die Reaktion auf die Empfehlungen und Gutachten  
des DAfEuB, Folge 7/8, insbesondere zum Hauptschul-  
gutachten (Abschnitt 3.5.2).

- 836 Vgl. die prinzipielle Befürwortung der verlängerten Vollzeitschulpflicht, solange den Schülern die Wahlmöglichkeit für die Berufsfachschule offenbleibt (Abschnitt 3.5.2).
- 837 VDDH-Richtlinien, a.a.O., S. 201.
- 838 Neben der Verlagerung des Schwerpunktes in Richtung auf den Erwerb der vollen Hochschulreife, die im Hinblick auf die erstrebte Gleichstellung mit den Gymnasiallehrern auch eine eminente standespolitische Bedeutung hatte, dürfte der Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen eine Vollzeitberufsschule ein wesentlicher Grund für diesen Verdrängungsprozeß sein.
- 839 Der VDDH hat sich seinerzeit nicht öffentlich dazu geäußert, inwieweit er die beiden Zielsetzungen als kompatibel ansieht. Daß auch heute die Problematik dieser zweifachen Zielsetzung nicht erkannt zu sein scheint, deutet das jüngste "Memorandum zur Errichtung von Wirtschaftsgymnasien an kaufmännischen Schulen" des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer, Landesverband Berlin, vom September 1966, an. Es heißt dort: "Das aus dem kaufmännischen Bildungswesen heraus entwickelte Wirtschaftsgymnasium erleichtert Schülern, die wirtschaftlichen, sozialen oder rechtspflegerischen Berufen zustreben, in erheblichem Maße die Berufswahl und mindert für sie das Risiko der Entscheidung" (S. 3). Und: "Das Bildungsziel der Wirtschaftsgymnasien ist lebensnah und auch für Eltern überschaubar, so daß ihr oft zu beobachtender Widerstand gegen eine Ausdehnung der Schulzeit leichter als bisher zu überwinden sein dürfte" (S. 4). Zwar wird der Ausbildungseffekt der Wirtschaftsoberschule hier für das Wirtschaftsgymnasium auf den Aspekt der Berufsvorbereitung reduziert. Zu fragen ist jedoch, ob mit "Berufswahl" die "Studienwahl" gemeint ist, die volle Hochschulreife als Eingangsvoraussetzung für zahlreiche kaufmännische Lehrberufe als zweckmäßig erachtet oder der Ausbildungseffekt doch so hoch veranschlagt wird, daß ein unmittelbarer Übergang in die betriebliche Praxis sinnvoll sein kann.
- 840 SCHRADER, Heinrich: Rückblick auf die Tagung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen vom 19. und 20. Mai 1950, in: WuE 1950, S. 170.
- Vgl. auch HOFFMANN: Schulreform und kaufmännisches Bildungswesen, in: WuE 1950, S. 9 - 12 und die Auseinandersetzung zwischen MASSEN, N. und ZEIGER, Ph., Handelsschule und Realschule, in: WuE 1954, S. 161 - 171.

841 PFEIFFER, A.: Entwicklungslinien im deutschen kaufmännischen Schulwesen, in: WuE 1954, S. 439.

842 "Aus bildungspolitischen Erwägungen ist eine Verwässerung dieses berufsbildenden Charakters (gemeint ist die Berufsvorbereitung in der zweijährigen Handelsschule; A.K.) zu vermeiden, wie auch umgekehrt die allgemeinbildenden Schulen sich auf ihre allgemeine Bildungsaufgabe zu beschränken haben." (SCHRADER, H.: Gespräch um die kaufmännische Berufserziehung, in: WuE 1953, S. 17).

"Es scheint mir im gegenwärtigen Augenblick besonders wichtig, die Eigenständigkeit unserer wirtschaftsberuflichen Bildung und unserer kaufmännischen Schulen gegenüber den gewerblichen Schulen und Realschulen aller Art mehr noch als bislang zu betonen." (PFEIFFER, A.: Bericht Gesamtverband, in: WuE 1954, S. 263).

Das Argument der Eigenständigkeit wird vom VDDH zugleich im besoldungspolitischen Kampf wirksam eingesetzt. Bis zur Eingliederung der Diplom-Handelslehrer in die Studienrat-Laufbahn läßt sich das in einer Fülle von Artikeln in der Verbandszeitschrift verfolgen.

843 In diese Richtung wird der VDDH auch deutlich von Andreas PAULSEN gewiesen, der in seinem Festvortrag anlässlich des fünfzigjährigen Verbandsjubiläums in Berlin formuliert: "Mich hat tief beeindruckt, daß mir zum Beispiel von führenden Unternehmern immer wieder betont wurde, für die Aufgaben heutigen Unternehmertums sei Bildung wesentlich wichtiger als Fachwissen." (PAULSEN, Andreas: Wirtschaftsbild und wirtschaftliche Wirklichkeit, in: WuE 1958, S. 299).

844 Vgl. "Entschließung Wirtschaftsoberschule", in: WuE 1955, S. 150 f.

845 PFEIFFER, A.: Entwicklungslinien im deutschen kaufmännischen Schulwesen, in: WuE 1954, S. 439.

846 Stellungnahme zur Organisation der kaufmännischen Schulen und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums, in: WuE 1956, S. 449.

Dieser Wandel in der Zielsetzung hindert den VDDH jedoch nicht, organisatorisch die Eingliederung des Wirtschaftsgymnasiums in das kaufmännisch-berufsbildende Schulwesen zu verlangen.

Vgl. dazu VDDH-Empfehlungen, a.a.O., S. 238.

Stellungnahme zur Wirtschaftsoberschule, in: WuE 1963, S. 276.

- 847 Der DIHT nahm später in einem internen Rundschreiben an alle Industrie- und Handelskammern gegen die Wirtschaftsoberschule Stellung (vgl. Arbeitsgemeinschaft der WO-Direktoren, in: WuE 1961, S. 141 - 144), verzichtete aber auf Wunsch des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren an Wirtschaftsoberschulen, Klatt, zunächst auf eine offizielle Stellungnahme (vgl. Direktorenarbeitsgemeinschaft. Wirtschaftsoberschule und Wirtschaftsgymnasium, in: WuE 1962, S. 76).
- Auch die KMK hatte inzwischen die Zwitterzielsetzung der Wirtschaftsoberschule abgewiesen (vgl. Direktorenkonferenz der Wirtschaftsoberschulen, in: WuE 1959, S. 83).
- 848 Verbandsnachrichten, in: WuE 1956, S. 43.
- Ähnlich äußert Klatt seine Wünsche in einem programmatischen Aufsatz "Wirtschaftsbildung ist Allgemeinbildung" mit einer eigenartigen Beweisführung wie: "Wirtschaftsbildung ist ja längst in die Allgemeinbildung hineingewachsen..." und "die Juristen müssen auch volkswirtschaftliche Vorlesungen hören...", die symptomatisch ist. (KLATT, W.: Wirtschaftsbildung ist Allgemeinbildung, in: WuE 1956, S. 72 - 77; Unterstreichung A.K.)
- 849 BLANKERTZ, H.: Ist Wirtschaftspädagogik als Pädagogik möglich?, in: DBFSch 1961, S. 822 (vgl. dort auch die kritische Reflexion über die Versuche einer wissenschaftstheoretischen Standortbestimmung dieser Wirtschaftspädagogen; ebenda, S. 819 - 822).
- Vgl. auch derselbe: Berufsbildung und Utilitarismus, a.a.O., S. 17 ff.
- Es eignen sich zum Beispiel die Vorstellungen ABRAHAM's, die er auf dem Pfingstkongreß des VDDH 1955 in Aachen darlegte, vorzüglich als Argumente zur Durchsetzung von Verbandswünschen: "Indem die Kaufmännische Schule die Last der geistigen Situation unserer Tage aushält und in mühseliger Kleinarbeit eine moderne Bildungsidee aufbaut, zu deren konstitutiven Elementen auch das Ökonomische und Soziale gehört, leistet sie den entscheidenden Beitrag zu der Schaffung der neuen modernen Allgemeinbildung" (Verbandsnachrichten, in: WuE 1955, S. 185; Unterstreichung; A.K.).
- 850 VDDH-Entwurf, a.a.O., S. 259 f.
- VDDH-Empfehlungen, a.a.O., S. 238 - 244.

- 851 VDDH-Empfehlungen, a.a.O., S. 238 - 244.
- 852 VDDH-Entwurf, a.a.O., S. 259.
- 853 Ebenda, S. 260.
- 854 Ebenda, S. 257 - 260.
- 855 Ebenda, S. 260.
- 856 Ebenda, S. 247.
- 857 Vgl. dazu Abschnitt 3.5.3.9.
- 858 PFEIFFER, A.: Die Vereinheitlichung im kaufmännisch-wirtschaftlichen Schulwesen im Hinblick auf die Schulreform in Deutschland, in: WuE 1949, S. 150. Vgl. auch die Abweisung des Gleichlaufs von schulischer und betriebspraktischer Ausbildung durch SCHRADER, H.: Strukturwandel in der kaufmännischen Tätigkeit und seine Auswirkungen auf die Ausbildung, in: WuE 1963, S. 315.
- 859 Vgl. LEMPERT, Wolfgang und EBEL, Heinrich: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 99.
- 860 Zur Problematik der Zielsetzung und des Aufbaus kaufmännischer Übungsstätten vgl. unter anderem  
ABRAHAM, Karl: Organisation der kaufmännischen Schulen, in: WuBE 1957, S. 65 - 67.  
BAUMGARDT, Johannes: Die kaufmännische Grundbildung, Freiburg 1959.  
EINHAUS, E.: Das Übungskontor im Meinungsstreit, in: WuE 1954, S. 516 - 520.  
KABUSCHAT, Heinz: Die Scheinfirmenarbeit, in: DAG-Schriftenreihe, Heft 28, Hamburg 1955.  
NEBAS, Walter: Neue Wege kaufmännischer Nachwuchsbildung, München 1959.  
SCHLIEPER, F.: Allgemeine Berufspädagogik, Freiburg 1963, S. 239 ff.  
WÄLDE, Eberhard: Die Anschauung im Unterricht der kaufmännischen Schulen, Darmstadt 1962.

- 861 VDDH-Entwurf, a.a.O., S. 264: "Es ist bekannt, daß die kaufmännischen Berufe und die der Verwaltung weite Stoffbereiche aufweisen, die nicht oder nicht zureichend in der praktischen Berufsarbeit (Lehre oder Praktikum) erlernt werden können, sondern nur durch unterrichtliche Veranstaltungen zu vermitteln sind. Diese Tatsache führt zu der Erkenntnis, daß alle kaufmännische Berufsbildung unbedingt auf Unterricht angewiesen ist, wenn sie zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen will. Das gilt sowohl für die kaufmännische Grundbildung wie für die weiterführende kaufmännische Bildung. Kaufmännische Praxis und kaufmännische Schule sind zwingend aufeinander angewiesen."
- 862 Vgl. DAfEuB, Folge 7/8, a.a.O., S. 86 ff., 97, 140.  
KELL, A.: Die Folgerungen aus der Hauptschulkonzeption für die Berufsausbildung, in: BLZ 1968, Heft 1, S. 35.
- 863 Nur an zwei Stellen des Bildungsprogramms wird der Sachverhalt gestreift: "Sie (die Schule; A.K.) gibt die Kulturwerte ausgewählt und systematisch geordnet weiter..." (S. 243). "Die Auswahl der Lehrstoffe bestimmt sich nach ihrem Bildungsgehalt und nach ihrer Bedeutung im Kulturbereich der Wirtschaft" (S. 262).
- 864 Vgl. ABRAHAM, K.: Der Betrieb als Erziehungsfaktor. Die funktionale Erziehung durch den modernen, wirtschaftlichen Betrieb, 2. Auflage, Freiburg 1957.  
Derselbe: Wirtschaftspädagogik. Grundfragen der wirtschaftlichen Erziehung, Heidelberg 1960, insbesondere S. 49 f., 53 ff. und 57 ff.  
DÖRSCHEL, Alfons: Arbeit und Beruf in wirtschaftspädagogischer Betrachtung, Freiburg im Breisgau 1960, insbesondere S. 34 ff. und 39 ff.  
Derselbe: Einführung in die Wirtschaftspädagogik, Berlin und Frankfurt 1960, S. 27 und 44 ff.  
SCHLIEPER, F.: Allgemeine Berufspädagogik, Freiburg im Breisgau 1963, S. 27 ff., 173 ff. und 187 ff.
- 865 Das wird unter anderem bei der Charakterisierung des Diplom-Handelslehrers deutlich. "Besondere Anforderungen an den Diplom-Handelslehrer stellt auch der schnelle Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse. Fachmann zu sein und durch die stete Aufarbeitung der wechselnden Tatbestände zu bleiben, ist die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche

Berufstätigkeit des Lehrers, der Schüler zu unterrichten hat, die in ihren Lehrbetrieben mit den neuesten Gegebenheiten ihres Wirtschaftszweiges vertraut gemacht werden" (VDDH-Entwurf, a.a.O., S. 250).

866 Vgl. Anmerkung 863.

867 Das ergibt sich für den VDDH als Konsequenz aus dem Umstand, daß er über die Dualität von pädagogischer und ökonomischer Zielsetzung nichts aussagt.

868 VDDH-Entwurf, a.a.O., S. 244 und 256.

869 SCHRADER, H.: Umstrittenes BAG, in: WuE 1954, S. 289 - 293.

870 SCHRADER, H.: DIHT zur Berufsausbildung, in: WuE 1958, S. 193 f.

871 SCHRADER, H.: Brauchen wir ein BAG?, in: WuE 1962, S. 19.

872 Umschau: Die Berufsgrundschule, in: WuE 1964, S. 30.

873 VDDH-Entwurf, a.a.O., S. 258 ("Bei zwölf Unterrichtsstunden je Woche wird es möglich sein, weitere nicht unmittelbar berufsbezogene Fächer (Deutsch, Fremdsprache) in den Lehrplan der Berufsschule aufzunehmen").

874 Ebenda, S. 258 (Hervorhebungen im Original).

875 Vgl. dazu auch KELL, A.: Einige Ungereimtheiten in der Diskussion um die Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, in: DBFSch 1967, S. 99 - 105.

876 PFEIFFER, A.: Bochum, Ausdruck unseres Aufbauwillens, in: WuE 1950, S. 202.

877 PFEIFFER, A.: Osterwünsche 1950, in: WuE 1950, S. 105.

878 VDDH-Entwurf, a.a.O., S. 261.

879 Ebenda, S. 245 und 247.

880 Ebenda, S. 247.



zu 3.6 Die Vorstellungen der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union Deutschlands (CDU/CSU)

---

- 881 Eine organisatorische Zusammenfassung zur Führung des ersten Bundestagswahlkampfes, bestehend aus der "Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands" und einem von ihr eingesetzten "Fünfer-Ausschuß".
- 882 Vgl. o.V.: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands; Geschichte, Idee, Programm, Statut, 3. Auflage, Bonn 1962, S. 9 - 13.
- 883 Geschätzte Mitgliederzahl für 1963.  
Vgl. CLAESSENS, D.; KLÖNNE, Arno und TSCHOEPE, Armin: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf - Köln 1965, S. 81.  
Der Mitgliederbestand der CSU soll von 1963 = 83.074 auf 1966 = 118.342 gestiegen sein. (Der Tagesspiegel, Berlin, Nr. 6546 vom 31. März 1967, S. 5). Demnach müßte die Schätzzahl für Ende 1966 auf 400.000 erhöht werden.
- 884 O.V.: Die Christlich-Demokratische Union ..., a.a.O., S. 17.
- 885 Wenn über die im folgenden aufgeführten Publikationen hinaus zur Interpretation Äußerungen von Einzelpersonen herangezogen werden, handelt es sich um solche Personen, deren Meinung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Führungsgremien besonderes Gewicht hat, die aber nicht unbedingt von einer breiten Parteimeinung getragen sein müssen. Zum Beispiel werden von den etwa 70 Mitgliedern des Bundesvorstandes nur etwa 10% durch Delegierte des Parteitages gewählt. Deshalb kommt DÜBBER zu der Auffassung: "Um die Frage zu beantworten, wo die Politik der CDU gemacht wird, braucht der Parteitag der Union nicht näher untersucht zu werden" (DÜBBER, U.: An den Stellwerken der Macht, in: Die neue Gesellschaft 1962, Heft 2, S. 102).
- 886 O.V.: Die Christlich-Demokratische Union ..., a.a.O., S. 12.

- 887 (1.) Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU in Gelsenkirchen vom 28. bis 30. November 1960, Presse- und Informationsdienste der CDU (Hrsg.), Bonn 1961. Im folgenden zitiert als "1. Kulturpolitischer Kongreß". Die auf dem Kongreß verabschiedeten gemeinsamen Stellungnahmen werden als "CDU-Empfehlung" zitiert.
- 888 (2.) Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU in Augsburg vom 4. bis 6. November 1962, Presse- und Informationsdienste der CDU (Hrsg.), Bonn 1963. Im folgenden zitiert als "2. Kulturpolitischer Kongreß". Die auf dem Kongreß verabschiedeten "Leitsätze zu Bildung und Beruf" werden als "CDU-Leitsätze" zitiert.
- 889 (3.) Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU am 9. und 10. November 1964 in Hamburg, Presse- und Informationsdienste der CDU (Hrsg.), Bonn 1965. Im folgenden zitiert als "3. Kulturpolitischer Kongreß". Die auf dem Kongreß verabschiedeten Empfehlungen werden als "CDU, Hamburger Empfehlungen" zitiert.
- 890 Herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn 1964.
- 891 GERSTENMAIER, Eugen: Freiheit - wozu?, CDU, 1. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 19.
- 892 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 145.
- 893 CDU-Empfehlung, a.a.O., S. 227.
- 894 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 146.
- 895 SCHÜTZ, Werner: Die allgemeinbildenden Schulen - Aufgabe und Organisation, CDU, 1. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 79.
- 896 DAfEuB, Folge 3, a.a.O.;  
SCHÜTZ, W.: Die allgemeinbildenden Schulen ..., a.a.O., S. 86 ff.
- 897 CDU, Hamburger Empfehlungen, a.a.O., S. 342.

- 898 Hier scheinen sich die zwiespältigen Auffassungen zur Volksschuloberstufe zwischen Volksschul- und Berufsschullehrern zu spiegeln, wie das auch schon beim DGB festgestellt wurde.
- 899 SCHÜTZ, W.: Die allgemeinbildenden Schulen ..., a.a.O., S. 81 f.
- 900 HOFMANN, Josef: Berufsbildung in Schule und Betrieb, CDU, 2. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 93.
- 901 Ebenda, S. 93.
- 902 SCHÜTZ, W.: Die allgemeinbildenden Schulen ..., a.a.O., S. 85.
- 903 CDU, Hamburger Empfehlungen, a.a.O., S. 342.
- 904 Arbeitskreis "Schule und Ausbildung - Jedem seine Chance", EntschlieÙung auf dem 13. Bundesparteitag der CDU vom 29. bis 31. März 1965 in Düsseldorf, in: WuE 1966, S. 232.
- 905 ABRAHAM, K.: Berufsbildung in der Industriegesellschaft, CDU, 1. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 115.  
Vgl. allgemeiner formuliert: CDU, Hamburger Empfehlungen, a.a.O., S. 344.
- 906 Ebenda, S. 345.
- 907 Ebenda, S. 345 f.
- 908 Ebenda, S. 341.  
Vgl. die Ansätze zur Errichtung von Berufsforschungsinstituten bei BALKE, S.: Forschung, Wissenschaft und Hochschulen, CDU, 1. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 182.  
KATZER, Hans: Verbesserte Berufsausbildung. Ein PKS-Interview mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hans Katzer, in: Politisch-Soziale Korrespondenz 1966, Nr. 22, S. 12.
- 909 "Planung darf den Menschen nicht der wirtschaftlichen, technischen und soziologischen Entwicklung anpassen und verplanen wollen, sondern sie muß ihm den notwendigen Raum zur verantwortlichen Existenz vor Gott

in Staat und Gesellschaft freihalten." (HAHN: Kulturpolitik und Bildungsplanung, CDU, 3. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 40).

- 910 Typisch scheint dafür die folgende Bemerkung ERHARD's in seiner Schlußbetrachtung zum 3. Kulturpolitischen Kongreß zu sein: "Selbstverständlich sind Zahlen und Statistiken unentbehrlich, aber lassen wir uns durch sie nicht den Blick für jene Aufgaben verbauen, die der inneren Gestaltung, der Struktur und den Zielen unseres Bildungswesens dienen." (ERHARD, Ludwig: Ansprache, CDU, 3. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 329).
- 911 Vgl. dazu HAHN: Kulturpolitik ..., a.a.O., S. 39 f.
- 912 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 146.
- 913 Einmal wegen der überwiegenden Ablehnung der Hauptschulkonzeption des DAfEuB; zum anderen vgl. HOFMANN, J.: Berufsbildung ..., a.a.O., S. 89.
- 914 "Die betriebliche und handwerkliche Lehre sind von den Institutionen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu ordnen." (CDU-Empfehlung, a.a.O., S. 229).  
"Die Berufsausbildung kann weder einseitig der Schule noch einseitig den Betrieben überantwortet werden." (CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 146).  
"Neben die Berufsschule, die die betriebliche Ausbildung begleitet und ergänzt ..." (CDU, Hamburger Empfehlungen, a.a.O., S. 342).
- 915 CDU-Entwurf, a.a.O. Der Entwurf kann schlechthin als eine rechtliche Kodifizierung der bereits bestehenden Verhältnisse angesehen werden.
- 916 Die individuelle Freiheit findet ihre Grenzen in der Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen (GERSTENMAIER, E.: Freiheit - wozu?, a.a.O., S. 7 - 30). Solange Selbstverwaltungsorgane eine Ordnung unter Berücksichtigung des Gemeinwohls garantieren, genügt eine staatliche Kontrolle dieser Organe - Subsidiaritätsprinzip - (ABRAHAM, K.: Berufsbildung ..., a.a.O., S. 117).  
Das gilt nicht nur für die Berufserziehung und die Wirtschaft, sondern zum Beispiel auch für den Bereich der Wissenschaft: "So glauben wir, daß die Autonomie der Selbstverwaltungsorganisationen die meisten

Aufgaben der Hochschule zu lösen hat" (BALKE, S.: Forschung, Wissenschaft ..., a.a.O., S. 173 f.) und der Nachwuchsförderung: "Wir glauben, über Vorstellungen zu verfügen, die den Grundsätzen der Selbstverantwortung und der sozialen Aufgaben des Staates und der Gesellschaft gleichermaßen gerecht werden" (STOLTENBERG, G.: Nachwuchsförderung, CDU, 1. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 219).

"Wir setzen uns ein für wirtschaftliche Selbstverwaltung nach dem Grundsatz allseitiger Partnerschaft in der gesamten Wirtschaft" (Das "Hamburger Programm" (1953), in: o.V.: Die Christlich-Demokratische Union ..., a.a.O., S. 44).

- 917 ERHARD, Ludwig: Berufsbildung in der modernen Gesellschaft, CDU, 2. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 25.
- 918 Zum Beispiel ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Kommission, Diebäcker, die den Entwurf zum Berufsausbildungsgesetz erarbeitet hat, zugleich Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, vgl. WuBE 1966, S. 83; der Vizepräsident des ZDH, Georg Schulhoff, ist Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion. Die aus der Sicht Schulhoff's bestehende enge Verbindung zwischen den Interessen des Handwerks und der CDU beleuchtet sein folgender Ausspruch: "Der Handwerker, der SPD wählt, gehört aufgehängt." (Berliner Stimme 1969, Nr. 17/19 vom 26. April 1969, S. 12).
- 919 Dem widerspricht auch nicht, daß die privaten Träger der Berufsausbildung durch die öffentlich-rechtlichen Industrie- und Handelskammern einer Ordnung unterworfen werden, die letztlich den staatlichen Kontrollzugriff prinzipiell ermöglicht.
- 920 Vgl. CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 145.
- 921 Vgl. CDU-Empfehlung, a.a.O., S. 229.
- 922 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 146 f.
- 923 Der Begriff "gewerbliche Wirtschaft" ist hier unangebracht, weil er zumindest die kaufmännischen Ausbildungsverhältnisse nicht mitumfaßt.
- 924 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 147.
- 925 HOFMANN, J.: Berufsbildung ..., a.a.O., S. 97.

- 926 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 145.
- 927 Ebenda, S. 145 f.
- 928 WENIGER, Erich: Bildung und Persönlichkeit, in: Die Eigenständigkeit der Erziehung in Theorie und Praxis. Problem der akademischen Lehrerbildung, 3. Auflage, Weinheim 1964, S. 138.
- 929 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 147.
- 930 Vgl. KELL, A.: Die Folgerungen aus der Hauptschulkonzeption für die Berufsausbildung, in: BLZ 1968, Heft 1, S. 35.
- 931 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 145.
- 932 ERHARD, Ludwig: Berufsbildung in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 17.
- 933 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 145.
- 934 GERSTENMAIER, E.: Freiheit - wozu?, a.a.O., S. 7 - 30, insbesondere S. 18 f.
- 935 CDU, Hamburger Empfehlungen, a.a.O., S. 342.
- 936 "Wenn es uns nicht gelungen wäre, in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundordnung unseres jungen Staates den Liberalismus des 19. Jahrhunderts ebenso zu überwinden wie den Sozialismus jedweder Prägung, so hätte eine vom Geistigen her bestimmte Kulturpolitik, die unserem Bilde vom Menschen, vom Staat und von der Gesellschaft entspricht, notwendig mit den von anderen Kräften her bestimmten materiellen Lebensbedingungen und Lebensformen des deutschen Volkes in unauflöshlichen Widerspruch und Widerstreit geraten müssen." (ERHARD, L.: Berufsbildung in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 24 f.).
- 937 GERSTENMAIER, E.: Freiheit - wozu?, a.a.O., S. 16 f.
- 938 Als Beispiel sei zitiert: Ebenda, S. 20:  
"Automation hin, Automation her: Zu den Bastionen der kulturellen Freiheit gehört bei uns heute und gewiß auch morgen das sichere, seiner selbst mächtige handwerkliche Können mit seinem selbstgetragenen wirtschaftlichen Risiko und seiner unmittelbaren

Verantwortung für das gestaltete Werk. Und es gehört dazu das Ethos, das in den Dienstleistungsberufen, von der Krankenschwester angefangen, lebendig ist."

- 939 "Die deutsche Wirtschaft bringt für die Ausgaben der Ausbildung des Nachwuchses jährlich einen Betrag von rund 2,5 Mrd. DM aus eigenen Mitteln auf. Auf freiwilliger Grundlage werden in der deutschen Wirtschaft mehr Lehrlinge ausgebildet als in irgendeinem Land der freien Welt. Das Maß der ehrenamtlichen Arbeit, das Zehntausende von Prüfern bei der Vorbereitung und Durchführung der Zwischen- und Lehrabschluß-Prüfungen leisten und die freiwillig übernommenen Pflichten der Ausbilder und Lehrmeister sind ein Aktivum nicht nur der deutschen Berufsausbildung, sondern der deutschen Wirtschaft überhaupt. Wir sollen dieses wertvolle Erbe erhalten und pflegen" (ERHARD, L.: Berufsbildung ..., a.a.O., S. 25 f.).
- 940 Vgl. S. 186.
- 941 Vgl. S. 187.
- 942 CDU, Arbeitskreis "Schule und Ausbildung - Jedem seine Chance", a.a.O., S. 232.
- 943 "Leitsätze zur Kulturpolitik", Arbeitsergebnis des Kulturausschusses der CDU des Rheinlandes, zugleich Arbeitsgrundlage für einen kommenden Kulturkongreß, in: WuBE 1966, S. 116.
- 944 § 1 CDU-Entwurf.
- 945 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 14.  
Vgl. auch: CDU-Empfehlung, a.a.O., S. 229.  
ABRAHAM, K.: Berufsbildung ..., a.a.O., S. 114 f.
- 946 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 147.
- 947 O.V.: Die Christlich-Demokratische Union ..., a.a.O., S. 46.
- 948 Vgl. Anmerkung 2.

- 949 §§ 14 und 17. Soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, sind nach dem Entwurf für die Ausbildungsverhältnisse die Vorschriften über das Arbeitsrecht anzuwenden (§ 3 Abs. 3). Da sich die Sondervorschriften auf die Ausbildungs- und Lernpflicht beziehen, ist das Berufsausbildungsverhältnis als ein Erziehungsverhältnis mit arbeitsrechtlichem Charakter anzusehen.
- 950 Ausnahmeregelung in § 31.
- 951 (a) Besitz bürgerlicher Ehrenrechte.  
(b) Keine Bestrafung wegen sittlicher Verfehlungen.  
(c) Körperliche und geistige Eignung.  
(d) Zur Beschäftigung, Beaufsichtigung oder Anweisung nach § 39 Abs. 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes berechtigt.
- 952 Besetzung: 10 Unternehmer, 10 Arbeitnehmer. Hinzugezogen werden können 2 Sachverständige (insbesondere aus der Schulverwaltung, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und dem Bundesjugendring).
- 953 Besetzung: 8 Unternehmer, 8 Arbeitnehmer, 2 Berufsschullehrer.
- 954 Im § 45 heißt es: "... insbesondere vor Erlass der nach diesem Gesetz vorgesehenen Rechtsverordnungen". Da zum Beispiel der Erlass der Rollenordnung (§ 34) und der Prüfungsordnung (§ 40) im wesentlichen einmalige Akte sein werden, wird sich die Hauptberatungsfunktion auf durch wirtschaftliche Veränderungen bedingte Anpassungen der Ausbildungsberufe beziehen (§§ 29 - 33).
- 955 Vgl. Anmerkung 951.
- 956 Vgl. SCHULENBURG, Walter: Pädagogische Maßnahmen zur Intensivierung der Handwerkslehre. Praxis der Berufserziehung im Handwerk. Herausgegeben vom Institut für Berufserziehung im Handwerk an der Universität Köln, Heft 1, Köln 1957.
- 957 Andere Qualifikationen, die das Recht zur Berufsausbildung verleihen, sind auch im Handwerk möglich. Vgl. § 49.



- 958 "Gegenwärtig mangelt es ihnen (den Ausbildern; A.K.) da und dort am pädagogisch-psychologischen wie auch am staatsbürgerlichen Rüstzeug für eine solche Aufgabe. Darum ist eine Verbesserung in der Ausbildung der Ausbilder vordringlich." (SEIFRIZ, Adalbert: Berufliche Weiterbildung - Erwachsenenbildung, CDU, 2. Kulturpolitischer Kongreß, a.a.O., S. 84).  
HOFMANN, J.: Berufsbildung ..., a.a.O., S. 98.
- 959 § 29 Abs. 2.
- 960 § 6.
- 961 § 29 Abs. 3.
- 962 § 21. Lehrzeitverkürzung auf Antrag bei den Kammern; Verlängerung um Unterbrechungszeiten.
- 963 § 29 Abs. 3.
- 964 HOFMANN, J.: Berufsbildung..., a.a.O., S. 99.
- 965 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 116;  
HOFMANN, J.: Berufsbildung..., a.a.O., S. 99.
- 966 Zum Beispiel das sogenannte "Sandwich-System", vgl. ebenda, S. 100.
- 967 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 147.
- 968 HOFMANN, J.: Berufsbildung..., a.a.O., S. 101 f.
- 969 § 40 Abs. 2.
- 970 § 38 Abs. 2.
- 971 Auf die Inkonsequenz bei der Regelung des "Pennälergehalts" zu dieser Vorstellung sei nur hingewiesen.
- 972 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 146.
- 973 Vgl. STOLTENBERG, G.: Nachwuchsförderung, a.a.O., S. 206 - 219, insbesondere S. 218;  
CDU-Empfehlung, a.a.O., S. 230.

- 974 CDU, Hamburger Empfehlungen, a.a.O., S. 346.
- 975 CDU-Empfehlung, a.a.O., S. 230.
- 976 STOLTENBERG, G.: Nachwuchsförderung, a.a.O.,  
S. 209 - 213.
- 977 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 148.
- 978 Ebenda, S. 147.
- 979 CDU-Empfehlung, a.a.O., S. 230;  
Leitsätze zur Kulturpolitik, Arbeitsergebnis des  
Kulturausschusses der CDU des Rheinlandes, a.a.O.,  
S. 118.
- 980 CDU-Leitsätze, a.a.O., S. 148.
- 981 Leitsätze zur Kulturpolitik, Arbeitsergebnis des  
Kulturausschusses der CDU des Rheinlandes, a.a.O.,  
S. 117.
- 982 Ebenda, S. 117.
- 983 Ebenda, S. 117.
- 984 CDU, Hamburger Empfehlungen, a.a.O., S. 345;  
Leitsätze zur Kulturpolitik, Arbeitsergebnis des  
Kulturausschusses der CDU des Rheinlandes, a.a.O.,  
S 118.

zu 3.7 Die Vorstellungen der Freien Demokratischen  
Partei Deutschlands (FDP)

---

- 985 Die Gründerkreise liberaler Parteien in den Westzonen stützten sich im wesentlichen auf ehemalige Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), zum Teil auch auf solche der Deutschen Staatspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutsch-Nationalen Volkspartei.  
Vgl. BERTSCH, Herbert: Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789 - 1963), Berlin (Ost) 1965, S. 185.  
MAUCH, Berthold: Die Bayerische FDP, Dissertation Erlangen-Nürnberg 1965, S. 181.
- 986 BERTSCH, H.: Die FDP ..., a.a.O., S. 185.
- 987 Gründung der Freien Demokratischen Partei (FDP) in Bayern nach Vereinigung der Liberaldemokratischen Partei (LDP), der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Demokratischen Partei.
- 988 Gründung der FDP in der britischen Zone am 7. und 8. Januar 1946.
- 989 Gründung der Demokratischen Volkspartei in Baden-Württemberg am 28. und 29. September 1946 in Stuttgart.
- 990 Vgl. Der Tagesspiegel, Berlin, vom 14. Dezember 1948.
- 991 Geschätzte Mitgliederzahl für 1963.  
Vgl. CLAESSENS, D.; KLÖNNE, A. und TSCHOEPE, A.: Sozialkunde ..., a.a.O., S. 81.
- 992 MAUCH, B.: Die Bayerische FDP, a.a.O., S. 103.
- 993 Herausgegeben von RUBIN, Wolfgang; DAUB, Gerhard und FLACH, Karl-Hermann, Bonn; im folgenden zitiert als "liberal".
- 994 Herausgegeben von der FDP; verantwortlich: WILLNER, Herbert, Bonn; im folgenden zitiert als "fdk".
- 995 Kulturpolitische Mitteilungen der Freien Demokratischen Partei; Herausgeber: LUCHTENBERG, Paul; verantwortlich: HAFERLAND, Hans; Bonn; im folgenden zitiert als "FDP, Kulturpolitische Mitteilungen".

- 996 Herausgeber: Bundesparteileitung der FDP, Bonn; im folgenden zitiert als "FDP-Schriftenreihe".
- 997 Berliner Programm der Freien Demokratischen Partei. Beschlossen und verkündet durch den VIII. Ordentlichen Parteitag am 26. Januar 1957 in der Reichshauptstadt, o.O., o.J.; im folgenden zitiert als "FDP, Berliner Programm".
- 998 Kulturpolitische Thesen der Freien Demokratischen Partei, o.O., o.J. (um 1961); im folgenden zitiert als "FDP, Kulturpolitische Thesen".
- 999 Stellungnahme des Kulturpolitischen Bundesausschusses zu den Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen zum Aufbau der Hauptschule, Sonderdruck, o.O., o.J. (1964); im folgenden zitiert als "FDP, Stellungnahme zu Folge 7/8" (Abdruck auch in: Kulturpolitische Mitteilungen, a.a.O., 5/1964, S. 7 f.).
- 1000 Vom Wohlstand zur Bildung, Die Bildungs- und Ausbildungspolitik der Freien Demokratischen Partei, o.O., o.J. (1965); im folgenden zitiert als "FDP, Vom Wohlstand zur Bildung".
- 1001 Vgl. dazu MAUCH, B.: Die FDP..., a.a.O., S. 157.  
"Es scheint auch, als ob sich diese Partei (die FDP; A.K.) ... nicht von nationalen und mittelständischen Taktiken zu lösen vermag" (o.V.: Ideologieverdacht in Sachen Bildungspolitik, in: liberal 2/1966, S. 131).
- 1002 Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: Die Freie Demokratische Partei, bearbeitet von der Abteilung Werbung und Information in der Bundesparteileitung der FDP, Bonn o.J. (1957), S. 12.
- 1003 Ebenda, S. 13.  
"Der Staat soll sich auf die notwendigen Regierungs- und Verwaltungsaufgaben beschränken; seine Grundlage ist eine lebendige Selbstverwaltung. Gesetze und Verordnungen müssen auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden." (FDP, Berliner Programm, a.a.O., S. 3).  
Vgl. auch BERTSCH, H.: Die FDP ..., a.a.O., S. 606.

BLÜCHER, Franz: Der politische Standort und die Ziele der Freien Demokratischen Partei. Rede vor dem 4. ordentlichen Bundesparteitag der FDP am 20. November 1952 zu Bad Ems. Herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei, Bonn o.J.

LETZ, Georg: Liberalismus heute. FDP-Schriftenreihe, a.a.O., Heft 1 (um 1957).

MAUCH kommt zu folgender Zusammenfassung nach eingehender Analyse der Bayerischen FDP: "Im ganzen bot sich die FDP als eine Partei mittelständischer Bestrebungen dar, die die Prinzipien mittelständischen Wettbewerbs, der Eigentumbildung, der sozialen Selbstverantwortung und der Beschränkung der innerstaatlichen Kompetenzen auf relativ wenige, von gesellschaftlichen Gruppierungen möglichst unabhängige Ordnungsfunktionen in die Praxis umzusetzen versuchten." MAUCH, B.: Die Bayerische FDP, a.a.O., S. 182.

- 1004 "Der Parteitag hat bestätigt, daß Bildungspolitik eines der zentralen Anliegen einer liberalen Partei von heute und morgen ist. Bildungspolitik gehört zu den Grundvoraussetzungen einer modernen Wirtschaftspolitik und damit einer dynamischen Sozialpolitik. Sie ist das Kernstück einer modernen Gesellschaftspolitik. Die Liberalen fordern Bildungsgerechtigkeit. Sie wollen damit bessere Lebenschancen für alle Schichten unseres Volkes schaffen." (WEYER, Willi: Freie Bahn den Freien Demokraten, in: FDP-Politiker stehen Rede und Antwort. 16. Bundesparteitag der Freien Demokraten in Frankfurt am Main, 22. bis 23. März 1965. Herausgegeben von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei, Bonn o.J., S. 138).

"Liberale Politik ist im Kern stets Bildungspolitik gewesen. Mithandeln im Staat setzt Mitdenken voraus, beruht auf der Chance umfassender Bildung. Die Freiheit aller, der soziale Aufstieg des einzelnen, menschenwürdige Lebensform und kontinuierliches Wirtschaftswachstum sind nur zu sichern, wenn die Wohlstandsgesellschaft von heute zu einer Bildungsgesellschaft von morgen wird." (Von der Wohlstandsgesellschaft zur Bildungsgesellschaft. Abschlußbericht des Arbeitskreises Bildungspolitik auf dem 15. Bundesparteitag der FDP in Duisburg, Juni 1964, in: liberal, a.a.O., Sonderheft 4/1964, S. 40).

- 1005 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 2.  
Vgl. auch: FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 1.

- 1006 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 1.
- 1007 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 8.
- 1008 In welchem Maße die geforderte Chancengleichheit in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht erreicht wurde, belegt die FDP jeweils mit Hinweisen auf die Untersuchungen ihrer führenden Bildungspolitiklerin, Hildegard Hamm-Brücher.
- Vgl. HAMM-BRÜCHER, Hildegard: Bildung des einzelnen entscheidet die Zukunft aller. Rede auf dem 16. Bundesparteitag in Frankfurt am Main 1965. Herausgegeben von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei, Bonn o.J.
- 1009 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 2.  
FDP, Berliner Programm, a.a.O., S. 8.
- "Wir haben stets die Revolutionsphrase 'Freiheit und Gleichheit' abgelehnt. Die Menschen sind nicht gleich, und sie werden es auch nie. In den Vermögen der Menschen und in ihrer Begabung werden immer Unterschiede bestehen. Das ist unabänderlich."  
(Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: Die Freie Demokratische Partei, a.a.O., S. 14 f.).
- 1010 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 2.  
MENDE, Erich: Weitsicht entscheidet unsere Zukunft, in: FDP-Politiker stehen Rede und Antwort, a.a.O., S. 35.
- 1011 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 29.  
Vgl. auch HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen..., a.a.O., S. 18.
- JUNG, Kurt: Gesamtschule - Schule der Zukunft, in: fdk, Jahrgang 2/2, vom 20. März 1967, S. 2 - 4.  
JUNG zieht als Fazit: "Die Gesamtschule ist die Realisierung des Liberalismus im Bildungswesen."
- MOERSCH, Karl: Keine Schulreform ohne Reform der Lehrerbildung, in: fdk, a.a.O., Jahrgang 2/2, vom 20. März 1967, S. 4.
- Bundes- und Landtagsfraktionsvorsitzendenkonferenz, 13. bis 15. Januar 1966 (Ergebnisbericht), in: FDP, Kulturpolitische Mitteilungen, 1/1966, S. 6.
- 1012 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 11.

- 1013 Ebenda, S. 15.
- 1014 Erstaunlich ist, daß die FDP als liberale Partei auf dem Gebiet des Bildungswesens die Schockwirkung des Begriffs "Planung" überwunden zu haben scheint und die "Laissez-faire-Doktrin" eindeutig negiert.  
Vgl. vor allem WEYER, W.: Freie Bahn den Freien Demokraten, a.a.O., S. 142.  
HAMM-BRÜCHER, H.: Perspektiven einer freiheitlichen Bildungsgesellschaft. Als Referat auf dem Bundeskongreß der FDP in Göttingen am 7. Juli 1965 gehalten, Sonderdruck.
- 1015 HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ..., a.a.O., S. 46.
- 1016 MENDE, E.: Weitsicht entscheidet unsere Zukunft, a.a.O., S. 34.
- 1017 HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ..., a.a.O., S. 44.
- 1018 MENDE, E.: Weitsicht entscheidet unsere Zukunft, a.a.O., S. 34.
- 1019 FDP, Bildungspolitik, Blatt 4, "Der Föderalismus in der Kulturpolitik", o.O. o.J. (1965).
- 1020 Nach den Vorstellungen der FDP sollte der Bildungsrat mit dem Wissenschaftsrat gekoppelt werden.  
Vgl. ebenda.  
FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 35.
- 1021 FDP, Bildungspolitik, a.a.O., Blatt 4.
- 1022 "Besonders könnte eine dirigistische Politik bei der Schaffung von Ausbildungseinrichtungen oder bei der Berufsberatung und -aufklärung leicht zu Fehlinvestitionen führen oder gar bei einer allgemeinen Berufslenkung enden." (LEUZE, Eduard: Harmonisierung der Berufsausbildung in der EWG, in: liberal, a.a.O., 3/1964, S. 18).  
"Bildungsplanung kann erst zukünftigen Freiheitsraum schaffen" (HAMM-BRÜCHER, H.: Perspektiven ..., a.a.O.).

- 1023 Die Grundeinstellung der FDP zum DAfEuB ist sehr positiv, weil sie der Meinung ist, die Institutionalisierung des Ausschusses gehe auf eigene Vorschläge zurück. (Vgl. SCHOLDER, Klaus: Kulturpolitik - warum und wie?, FDP, Schriftenreihe, Heft 11, S. 14).
- FUNCKE, Liselotte: Zur Schlußsitzung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: FDP, Kulturpolitische Mitteilungen, a.a.O., 4/1965, S. 4).
- Zum Hauptschulgutachten stellt die FDP generell fest, daß es "im Prinzip nichts Neues" enthalte, sondern nur eine "Systematisierung seit längerer Zeit diskutierter Vorstellungen" liefere (vgl. FDP-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O.).
- 1024 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 3.
- 1025 HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ..., a.a.O., S. 12.
- 1026 FDP-Stellungnahme zu Folge 7/8, a.a.O.
- Auch das "Liberale Kulturforum" vom 8. bis 9. April 1964 in Stuttgart stellt in seiner 4. These fest, daß die Verlängerung der Schulzeit nicht zu einer einfachen Anhängung an die Volksschule führen dürfe, sondern die Einbeziehung des 9. und 10. Schuljahres als Berufsgrundschuljahr an der Berufsschule denkbar sei. Wenn das 9. und 10. Schuljahr an der Volksschule verbleibe, müßten dort jedoch Berufsschullehrer mitwirken (in: liberal, a.a.O., 3/1964, S. 39).
- Eine Einführung in die Arbeitswelt durch Volksschullehrer wird im Hinblick auf deren fachliche Qualifikation nicht für möglich gehalten (vgl. ERBE, Walter: Berufsbildendes Schulwesen und Berufsbildung, in: FDP, Kulturpolitische Mitteilungen, a.a.O., 2/1965, S. 3).
- Die FDP rechnet jedoch damit, daß die zehnjährige Schulpflicht bis 1975 erst für maximal 50% aller Hauptschüler zu erreichen sein wird (HAMM-BRÜCHER, H.: Aufgaben und Ziele liberaler Bildungspolitik, in: Freie Bildung und Erziehung 1/1965, S. 4).
- Vgl. auch: Von der Wohlstandsgesellschaft zur Bildungsgesellschaft, a.a.O., S. 39 - Hier wird allerdings die stufenweise Einführung des 10. Schuljahres bis 1975 verlangt, wobei bereits 1970 50% aller Schüler zehn Jahre lang die Schule besuchen sollen.



- 1027 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 18.  
Vgl. auch: Mitteilungen des Landesverbandes Hamburg (für die Einführung des 10. Schuljahres als Berufsgrundschuljahr), in: Kulturpolitische Mitteilungen, a.a.O., 4/1963, S. 10.  
Demgegenüber bleibt HAMM-BRÜCHER in der Formulierung offener, wenn sie das letzte Schuljahr "wahlweise als Berufsgrundschuljahr" gestaltet wissen will. (HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ..., a.a.O., S. 12).  
Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der Länderparlamente und des Bundestages forderte auf ihrer Sitzung am 3. und 4. Februar 1967 in Berlin "die Durchführung von Schulversuchen mit einem Berufsgrundschuljahr in allen Bundesländern, um durch ein solches Vollzeitschuljahr praktische und theoretische Ausbildungsgrundlagen für eine Gruppe verwandter Berufe zu schaffen und die Allgemeinbildung zu verbessern." (Umschau, in: DBbSch 1967, S. 293).
- 1028 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 18.
- 1029 Ebenda, S. 18.  
Der gleiche Gedanke zur Berufsberatungsfunktion kommt in einer Stellungnahme des Kulturpolitischen Landesausschusses Schleswig-Holstein "Zur Neuordnung des Berufsausbildungswesens" zum Ausdruck: "Um die Berufs- und Betriebsreife des Nachwuchses zu fördern, praktische Begabungen zu erkennen und zu erproben, muß vor Eintritt in die Betriebswelt für alle Jugendlichen eine betriebliche, berufliche Grundausbildung gesetzlich gesichert werden." (FDP, Kulturpolitische Mitteilungen, a.a.O., 2/1965, S. 5).
- 1030 HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ..., a.a.O., S. 18.
- 1031 ERBE, W.: Berufsbildendes Schulwesen ..., a.a.O., S. 3.
- 1032 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 17.  
Liberales Kulturforum, Thesen, in: liberal 3/1964, S. 39.  
IMLE, Wolfgang: Die gesetzliche Reform der Berufsausbildung, in: liberal, a.a.O., 3/1964, S. 24.

1033 LEUZE, Eduard: Harmonisierung ..., in: liberal, a.a.O., 3/1964, S. 18.

Die Wurzeln für das Festhalten am dualen System sind etwa die gleichen wie die für die CDU/CSU aufgezeigten (vgl. Abschnitt 3.6.3).

Zu a) Berufsausbildung ist Selbstverwaltungsaufgabe der Wirtschaft (Liberales Kulturforum, Thesen, in: liberal 3/1964, S. 39).

Zu b) "Die sittlichen Werte des Christentums haben für das gesellschaftliche Leben grundlegende Bedeutung" (FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 2; vgl. auch FDP, Bildungspolitik, a.a.O., Blatt 2).

"Nichts ist empfindlicher als unser Bildungs- und Erziehungswesen. Wer hier mit Gewalt Änderungen vornehmen will, kann alles verderben" (SCHOLDER, K.: Kulturpolitik - warum und wie?, a.a.O., S. 6).

"Das öffentliche Bildungswesen soll die Jugend des Volkes befähigen, die Kultur der Väter ehrfürchtig zu übernehmen und verantwortlich zu entwickeln" (FDP, Berliner Programm, a.a.O., S. 8).

Wenn gelegentlich gegen den Traditionalismus im Bildungswesen Stellung genommen wird, bleibt der Bereich der speziellen Berufserziehung unangesprochen (vgl. HAMM-BRÜCHER, H.: Liberale Bildungspolitik 1964, in: liberal, a.a.O., Sonderheft 4/1964, S. 10).

Zu c) Beim "Liberalen Kulturforum" vom 8. bis 9. April 1964 in Stuttgart sind zum Beispiel die in Referaten vorgetragenen Gedanken von Günther EICHWEDE (Vorsitzender des Berufsschulausschusses des DIHT) und Wilhelm FIELMANN (DVG) in die vom Forum verabschiedeten Thesen wesentlich eingegangen (vgl. liberal, a.a.O., 3/1964).

1034 Vgl. die Übereinstimmung mit der CDU/CSU in diesem Punkt. (Vgl. Abschnitt 3.6.3.1).

Die Vorstellungen der CDU/CSU über ein Mitspracherecht der Arbeitnehmer und Berufsschullehrer bei den Selbstverwaltungsorganen (vgl. Abschnitt 3.6.3.9) sind der FDP zu weitgehend. "Die Einschaltung eines paritätisch besetzten Arbeitsausschusses in die

Verwaltungsgeschäfte der Kammern muß aus grundlegenden ordnungspolitischen Bedenken abgelehnt werden" (SALLOCH, Heinz-Harro: Berufsausbildung - Politische Aufgabe mit hoher Priorität, in: fdk, a.a.O., vom 21. November 1966, S. 8).

- 1035 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 3.
- 1036 HOFFMANN, K.M.: Forderungen an ein neues Bildungsprogramm, in: Kulturpolitische Mitteilungen, a.a.O., 3/1962, S. 5.
- 1037 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 3.
- 1038 ERBE, W.: Berufsbildendes Schulwesen und Berufsbildung, a.a.O., S. 3.
- 1039 Ebenda, S. 4.
- 1040 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 4.
- 1041 IMLE, Wolfgang: Die gesetzliche Reform der Berufsausbildung, in: liberal 3/1964, S. 22.  
Zur Durchsetzung einer angemessenen fachtheoretischen Unterrichtung verlangt die FDP die Einführung des Fachlehrerprinzips auch für die Berufsschule (vgl. ERBE, W.: Berufsbildendes Schulwesen und Berufsbildung, a.a.O., S. 4).
- 1042 Vgl. FDP, Bildungspolitik, a.a.O., Blatt 3.
- 1043 IMLE, W.: Die gesetzliche Reform der Berufsausbildung in: liberal 3/1964, S. 22.
- 1044 Liberales Kulturforum, Thesen, in: liberal 3/1964, S. 39.
- 1045 LEUZE, E.: Harmonisierung ..., in: liberal 3/1964, S. 18.
- 1046 Mit dem Hinweis verbunden, für die Errichtung von Lehrwerkstätten müßten eventuell steuerliche Anreize geboten werden. (Vgl. Liberales Kulturforum, Thesen, in: liberal 3/1964, S. 39.
- 1047 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 19.

- 1048 FDP, Bildungspolitik, a.a.O., Blatt 3.
- 1049 HAMM-BRÜCHER, H.: Perspektiven ..., a.a.O.
- 1050 Vgl. auch Abschnitte 3.6.3.4 und 3.6.3.12.
- 1051 "Auch in der Wirtschaft ist der enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bildung anerkannt. Das zeigt sich auch an den vielfachen Bemühungen der Betriebe um eine bessere Ausbildung der Lehrlinge und um innerbetriebliche Fortbildung" (FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 31).  
Die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen für erhöhte Bildungsausgaben sollten durch den Staat aber positiv beeinflusst werden. "Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für betriebliche Bildungseinrichtungen zu schaffen, von der Lehrwerkstatt über Fortbildungseinrichtungen bis zu den Aufwendungen für Forschungszwecke" (ebenda, S. 32).
- 1052 "Die moderne hochtechnisierte Wirtschaft ist in ihrer Weiterentwicklung auf ein ständiges Angebot von Forschungsergebnissen angewiesen, andererseits verlangt sie eine steigende Zahl gut ausgebildeter, qualifizierter Arbeitskräfte. So ergibt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem Leistungsstand der Wirtschaft und dem Stand des Bildungswesens im allgemeinen. Es ist nachgewiesen, daß eine Wechselwirkung besteht zwischen den Ausgaben für das Bildungswesen und der Wachstumsrate der Wirtschaft. Wirtschaftswachstum bringt mehr materielle Güter und mehr Verdienst. Bildung hilft also, Wohlstand für alle zu schaffen." (Ebenda, S. 2 f.).  
"Berufliche Bildung hat zwei Richtungskomponenten. Sie zielt einmal auf die Persönlichkeitsförderung des Individuums und zum anderen auf die wirtschaftliche Effizienz. Sie hat also ökonomischen und sozialen Nutzen. Je mehr Bildung investiert wird, um so größer wird ihr ökonomischer Nutzen für den Betrieb und den Betriebsinhaber, für die soziale Sicherheit des Ausgebildeten und für die Gesamtheit" (FRIDERICHS, Hans: Berufsausbildung - Garantie unserer Zukunft, in: fdk, a.a.O., vom 21. November 1966, S. 2).

- 1053 HAMM-BRÜCHER, H.: Aufgaben und Ziele liberaler Bildungspolitik, a.a.O., S. 5 (Anpassung der Bildungsausgaben an die der westlichen Industrienationen).
- FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 33 (Steigerung der Ausgaben für das Bildungswesen insgesamt bis 1970 auf 5% des Bruttosozialprodukts).
- 1054 Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der FDP. Thesen zur liberalen Wirtschaftspolitik, in: fdk, a.a.O., 6/1967, vom 9. Mai 1967, S. 5.
- Nur aus diesem Zusammenhang heraus ist auch zu klären, inwieweit sich die FDP zu Recht oder Unrecht gegen den Vorwurf wehrt, eine "Wirtschaftspartei" zu sein: "...uns ist die richtige Gestaltung der Arbeit aller Bürger - und das ist Wirtschaft - die wegen ihrer politischen Bedeutung und ihres sozialen Wirkens tatsächlich ein besonderes Anliegen." Trotzdem sei die FDP keine Wirtschaftspartei (BLÜCHER, Franz: Der politische Standort und die Ziele der Freien Demokratischen Partei. Rede vor dem 4. ordentlichen Bundesparteitag der FDP am 20. November 1952 zu Bad Ems, herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei, Bonn o.J., S. 23).
- 1055 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 17.
- 1056 Vgl. Abschnitt 3.6.3.7 und Anmerkung 1053.
- Die FDP legt so starkes Gewicht auf die absolute Höhe der Bildungsinvestitionen, daß dahinter die Fragestellung nach der günstigsten Kosten-Leistungsrelation verschiedener Ausbildungswege bewußt oder unbewußt völlig zurücktritt.
- 1057 Stellungnahme des Kulturpolitischen Landesausschusses Schleswig-Holstein der FDP "Zur Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O., S. 5.
- 1058 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 3.
- 1059 Stellungnahme des Kulturpolitischen Landesausschusses Schleswig-Holstein der FDP "Zur Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O., S. 5 (Unterstreichung; A.K.).
- 1060 Damit wäre sofort die Frage nach der Vollzeitberufsschule als Konkurrenz zur betrieblichen Lehre aufgeworfen. Die Zuweisung der Grundausbildung an

das berufsbildende Schulwesen zeigt jedoch, daß die Berufsfachschule nur als Berufsvorschule erhalten bleiben soll. Der Landesverband Hamburg der FDP hat im Rahmen seiner "Leitsätze zur Kultur- und Schulpolitik" die vierjährige Berufsgrundschule verlangt, die ein Vollschuljahr und drei berufsbegleitende Schuljahre umfaßt, damit die Pflichtberufsschule die Jugendlichen "zu tüchtigen Arbeitsbürgern und zugleich zu mündigen Staats- und Kulturbürgern" erziehen kann. Interessant ist die Parallelität der Gedanken mit denen des DVG auch im Hinblick auf den Einfluß einer solchen Konzeption auf die Hauptschule: "Dieser neue Weg der Berufsschule gibt der Oberstufe der Volksschule (Hauptschule) neue Anziehungskraft und verschafft ihr damit das gesellschaftliche Ansehen, das sie verdient." (Vgl. o.V.: Hamburger FDP propagiert Berufsgrundschule, in: DBbSch 1962, S. 42;

o.V.: Vorstoß der Hamburger FDP für den Berufsbildungsplan des DVG, in: DBbSch 1963, S. 627;

FIELMANN, W.: Aufgaben der Schule bei der beruflichen Bildung, in: liberal, a.a.O., 3/1964, S. 16 - FIELMANN ist Berufsschuldirektor in Hamburg und Mitglied des DVG).

- 1061 Vgl. die Ausführungen im Abschnitt 3.7.3.9.
- 1062 ERBE, W.: Berufsbildendes Schulwesen und Berufsbildung, a.a.O., S. 4.
- 1063 Vgl. Antwort MENDE auf die Befragungsaktion des DGB, in: BB 1965, Heft 2, S. 7.
- 1064 IMLE, W.: Die gesetzliche Reform der Berufsausbildung, in: liberal 3/1964, S. 21.
- 1065 Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der FDP..., a.a.O., S. 5.
- 1066 IMLE, W.: Die gesetzliche Reform der Berufsausbildung, in: liberal 3/1964, S. 24.

- 1067 "Der Bundestag überwies am 26. Oktober 1966 nach erster Lesung die beiden Entwürfe zu einem Berufsausbildungsgesetz - den gemeinsamen Entwurf der damaligen Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP und den eines "Arbeitsmarktanpassungsgesetzes" der SPD-Fraktion - federführend an den Ausschuß für Arbeit. Dem Antrag der FDP wurde Rechnung getragen, indem der Ausschuß für Wirtschafts- und Mittelstandsfragen beratend und der Ausschuß für Wissenschafts- und Kulturpolitik gutachtlich hinzugezogen werden sollen" (FRIDERICHS, Hans: Berufsausbildung - Garantie unserer Zukunft, a.a.O., S. 2).
- 1068 Vgl. Abschnitt 3.6.3.9.
- 1069 "Eine echte Reform verdient nur dann ihren Namen, wenn es gelingt, diese Rechtszersplitterung (Unterstreichung im Original) zu beseitigen. Der Gesetzentwurf, dem die Freien Demokraten ihre Zustimmung gegeben haben, bezieht etwa 95% aller Berufsausbildungsverhältnisse ein" (SALLOCH, Heinz-Harro: Berufsausbildung - Politische Aufgabe mit hoher Priorität, a.a.O., S. 7).
- 1070 Antwort MENDE auf die Befragungsaktion des DGB, in: BB 1965, Heft 2, S. 8.
- 1071 IMLE, W.: Die gesetzliche Reform der Berufsausbildung, in: liberal 3/1964, S. 23.
- 1072 Die Einführung der Parität bei den Kammern würde an der heutigen Praxis nichts ändern, da die Gewerkschaften überall beteiligt seien (vgl. ebenda, S. 22).
- 1073 "Diese Einschaltung eines paritätisch besetzten Arbeitsausschusses in die Verwaltungsgeschäfte der Kammern muß aus grundlegenden ordnungspolitischen Bedenken abgelehnt werden." (SALLOCH, H.-H.: Berufsausbildung - Politische Aufgabe mit hoher Priorität, a.a.O., S. 8).
- 1074 Vgl. Abschnitt 3.7.1 und die Anmerkung 1004 (Unterstreichung; A.K.).
- 1075 Liberales Kulturforum, Thesen, in: liberal 3/1964, S. 39.

- 1076 Vgl. HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ..., a.a.O., S. 18.
- 1077 Vgl. CDU/CSU-Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, § 3 Abs. 3 und Anmerkung 949.
- 1078 FRIDERICHES, H.: Berufsausbildung - Garantie unserer Zukunft, a.a.O., S. 2.
- 1079 Ebenda, S. 3.
- 1080 ERBE, W.: Berufsbildendes Schulwesen und Berufsbildung, a.a.O., S. 4; die Ausführungen stimmen weitgehend mit den Vorstellungen von Industrie und Handel überein; vgl. Abschnitt 3.2.3.10.
- 1081 FRIDERICHES, H.: Berufsausbildung - Garantie unserer Zukunft, a.a.O., S. 4.  
Vgl. auch: Stellungnahme des Kulturpolitischen Landesausschusses Schleswig-Holstein der FDP "Zur Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O., S. 6.
- 1082 Vgl. Abschnitt 3.6.3.9.
- 1083 Stellungnahme des Kulturpolitischen Landesausschusses Schleswig-Holstein der FDP "Zur Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O., S. 6.
- 1084 Ebenda, S. 6.  
Vgl. auch Abschnitt 3.6.3.12 hinsichtlich der Folgerungen, die sich aus dem gemeinsamen Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes ergeben.
- 1085 Vgl. Abschnitte 3.7.3.9 und 3.6.3.13.
- 1086 IMLE, W.: Die gesetzliche Reform der Berufsausbildung, in: liberal 3/1964, S. 23 f.
- 1087 Stellungnahme des Kulturpolitischen Landesausschusses Schleswig-Holstein der FDP "Zur Neuordnung des Berufsausbildungswesens", a.a.O., S. 6.
- 1088 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 2.
- 1089 Ebenda, S. 3.



- 1090 FDP, Bildungspolitik, a.a.O., Blatt 1.
- 1091 FDP, Berliner Programm, a.a.O., S. 4.  
MISCHNIK, Wolfgang: Antwort an den VDS betreffs  
Ausbildungsförderung, in: fdk, 10/1967, vom 10. Juli 1967,  
S. 3 (Voraussetzungen: Bedürftigkeit, Eignung, Neigung  
und Leistung).
- 1092 MISCHNIK, W.: Moderne Gesellschaft schafft Freiheit,  
in: FDP-Politiker stehen Rede und Antwort, a.a.O.,  
S. 124.
- 1093 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 32.  
Vgl. auch: FDP, Von der Wohlstandsgesellschaft zur  
Bildungsgesellschaft, a.a.O., S. 40.
- 1094 Ebenda, S. 39.
- 1095 HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ...,  
a.a.O., S. 40.
- 1096 MENDE, E.: Weitsicht entscheidet unsere Zukunft,  
a.a.O., S. 32 f.
- 1097 Vgl. Die politischen Parteien in der Bundesrepublik  
Deutschland, Die Freie Demokratische Partei, a.a.O.,  
S. 51;  
FDP, Berliner Programm, a.a.O., S. 8;  
FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 3 f.;  
FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 24 ff.;  
HAMM-BRÜCHER, H.: Bildung des einzelnen ...,  
a.a.O., S. 18 f.;  
dieselbe: Perspektiven ..., a.a.O.;  
FDP, Bildungspolitik, a.a.O., Blatt 3;  
Von der Wohlstandsgesellschaft zur Bildungs-  
gesellschaft, in: liberal, Sonderheft, 4/1964, S. 40.
- 1098 Ebenda, S. 40.

- 1099 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 11 f.
- 1100 FDP, Bildungspolitik, a.a.O., Blatt 3.
- 1101 FDP, Kulturpolitische Thesen, a.a.O., S. 3 f.
- 1102 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 18.
- 1103 ERBE, W.: Ohne Freiheit keine Bildung, in:  
Freie Bildung und Erziehung, Zeitschrift des  
Verbandes Deutscher Privatschulen e.V.,  
1/1965, S. 7.
- 1104 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 25.
- 1105 Von der Wohlstandsgesellschaft zur Bildungs-  
gesellschaft, in: liberal, Sonderheft, 4/1964, S. 40.
- 1106 FDP, Vom Wohlstand zur Bildung, a.a.O., S. 25.

zu 3.8 Die Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands (SPD)

---

- 1107 Vgl. ANDERS, Karl: Die ersten hundert Jahre. Zur Geschichte einer demokratischen Partei, Hannover 1963, insbesondere S. 113 ff.  
EICHLER, Willi: Hundert Jahre Sozialdemokratie. Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn 1962.  
ECKERT, Georg: (Hrsg.): 1863 - 1963. Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie, Bilder und Dokumente, Hannover o.J. (1963).
- 1108 Heute ist die Sozialdemokratische Partei mit etwa 650.000 Mitgliedern die weitaus mitgliedstärkste Partei. Vgl. die Schätzung für 1963 bei  
CLAESSENS, D.; KLÖNNE, A. und TSCHOEPE, A.: Sozialkunde ..., a.a.O., S. 81.  
(Mitgliederbestand Ende 1967: etwa 800.000; vgl. Der Tagesspiegel, Berlin, Nr. 6795 vom 17. Januar 1968, S. 5).
- 1109 "Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze ihrer Politik ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben. Alle anderen Richtungen in Deutschland sind mehr oder weniger schuld an dem Aufkommen des Nazismus, haben entweder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen... Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Anspruch auf die Führung beim Neubau des deutschen Staatswesens erhebt, dann tut sie das nicht aus einem selbstsüchtigen Parteimotiv" (Kurt Schumacher - Reden und Schriften, herausgegeben von Arno SCHOLZ und Walter G. OSCHILEWSKI, Berlin 1953, S. 31 f.).
- 1110 Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzungen um das Berliner Schulgesetz.

Vgl. die Analyse des Schulkampfes aus kommunistischer Sicht bei LEMM, Werner: Die Rolle der SPD bei der Entwicklung des Westberliner Schulwesens, Berlin (Ost) 1962.

- 1111 Im Selbstverständnis der SPD ist die Kulturpolitik bereits früher in das Zentrum ihrer politischen Forderungen getreten.

"Die ständige Auseinandersetzung über die Beziehungen zwischen Politik und Kultur unserer Zeit hat in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stets einen erheblichen Platz eingenommen. Die Partei hat damit gezeigt, daß sie eine der Hauptfragen der Gestaltung mitmenschlicher Beziehungen nicht nur begriffen, sondern auch politisch und pädagogisch zu lösen versucht hat. Von der Kulturkonferenz der SPD in Göttingen 1953 führt über den Münchener Parteitag 1956 und den Stuttgarter Parteitag 1958 bei der Erörterung der Beziehungen zwischen Kultur und Politik eine gerade Linie zum Godesberger Parteitag 1959, der das neue Grundsatprogramm der SPD annahm, und schließlich zum Kulturkongreß in Wiesbaden, der am 28. und 29. Oktober 1960 stattfand." (EICHLER, W.: Kultur und Politik in unserer Zeit. Dokumentation des Kongresses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Kultur und Politik in unserer Zeit - am 28. und 29. Oktober 1960 in Wiesbaden. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover 1960, S. 7).

"Die Sozialdemokratische Partei war sich dieser Aufgabe (der Gesundung des Erziehungs- und Ausbildungswesens; A.K.) ständig bewußt: Ihre Kulturkonferenzen von Ziegenhain, Göttingen, Düsseldorf, Wiesbaden und Hamburg, der Parteitag von München 1965 und der 'Plan Z' von 1959 zeugen davon." (BRANDT, Willi: Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn o.J. (1964), S. 5).

- 1112 Vgl. PIRKER, Theo: Die SPD nach Hitler, Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945 - 1964, München 1965, S. 237.

- 1113 "Wissenschaftliche Forschung, Erziehung, politische Bildung und gerechte Gestaltung der sozialen Ordnung sind unaufschiebbare Aufgaben unserer Zeit;

Kulturpolitik wird zu einer staatspolitischen Aufgabe, Politik und Wissenschaft treten damit in ein neues, engeres Verhältnis zueinander, denn politische Entscheidungen müssen die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen einbeziehen..." (Entschließung des Parteivorstandes, in: Vorwärts, vom 21. Juni 1957).

"In der jetzigen Phase unserer Entwicklung aber kommt es darauf an, die Fragen der Erziehung, der Menschenbildung, der wissenschaftlichen Forschung in den Mittelpunkt unseres politischen Bemühens zu rücken" (KNOERINGEN, Waldemar v.; ARNDT, Adolf: Sozialismus - gelebter Humanismus, Bonn 1958, S. 16. Vgl. auch die Beurteilung dieser Phase aus kommunistischer Sicht bei LEMM, W., a.a.O., S. 181 ff.).

1114 Vgl. Anmerkung 1111.

1115 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1959; im folgenden zitiert als "SPD, Godesberger Programm".

1116 EICHLER, W.: Kultur und Politik in unserer Zeit, a.a.O.

1117 Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 3. Auflage, Berlin-Hannover 1960; im folgenden zitiert als "SPD: Die Zukunft meistern".

1118 Dokumentation der Kulturpolitischen Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 29. und 30. August 1963 in Hamburg. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover 1965; im folgenden zitiert als "SPD, Aufstieg durch Bildung".

1119 Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn o.J. (1964); im folgenden zitiert als "SPD, Bildungspolitische Leitsätze".

- 1120 Berufsausbildung. Bildungspolitische Leitsätze der SPD. SOPADE-Rednerdienst, 1/2-1965; im folgenden zitiert als "SPD, Berufsausbildung".
- 1121 SPD: Die Zukunft meistern, a.a.O., S. 52.  
"Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten" (SPD, Godesberger Programm, a.a.O., S. 21).
- 1122 SCHMID, Carlo: Mensch und Technik, Bonn 1956, S. 19 f.
- 1123 SPD: Die Zukunft meistern, a.a.O., S. 50.
- 1124 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 14.
- 1125 "Der Ausschuß meint, daß der leidige Streit, ob das 9. und 10. Schuljahr dem Volksschulwesen oder dem beruflichen Schulwesen 'gehöre', durch das Zusammenwirken beider Erfahrungsbereiche geschlichtet werden kann und muß und, daß dabei auch Erfahrungen des Realschulwesens einzubeziehen sind. Es scheint dem Ausschuß an der Zeit, an der bisherigen Trennung der Bereiche das zu überwinden, was nur standespolitisch motiviert oder ideologisch verhärtet ist" (DAfEuB, Folge 7/8, S. 2; vgl. auch S. 15).
- 1126 "Legen wir doch den Technischen und Praktischen Zweig zusammen, dann haben wir zehn Schuljahre, und dann ist doch die sinnvolle und ordnungsgemäße Weiterbildung gegeben" (WEIGELT, F.: Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses von Berlin, 33. Sitzung vom 3. Januar 1952, S. 27).
- 1127 "Die bisherige Volksschule bricht mit ihrer Bildungsarbeit am jungen Menschen in einem Augenblick ab, da viele vorangegangene Bemühungen erst fruchtbar werden könnten" (DAfEuB, Folge 7/8, S. 12; vgl. auch S. 18 und für den Geschichtsunterricht und die Sozialkunde S. 36).

- 1128 "Politische Bildung und Erziehung sei bei Kindern bis zum 14. Lebensjahr nur in Vorformen möglich. Erst mit dem 15. Lebensjahr entstehe das Verständnis für geschichtliche Bewegungen und Zusammenhänge, ohne das aber die politische Gegenwart nicht erschlossen werden könne." (SPD: Die Zukunft meistern, a.a.O., S. 54). Die SPD macht sich hier die Meinung der "Empfehlungen zum Ausbau der Volksschule" des DAfEuB zu eigen. Vgl. DAfEuB, Folge 2, Stuttgart 1965, S. 32 f.).
- 1129 "9. und 10. Schuljahr dürfen nicht einfach den bisherigen Stoff der Oberstufe der Volksschule um zwei Jahre ausdehnen. Sie sollen auch nicht Lehrpläne und Methoden der heutigen Mittelschule oder höheren Schule übernehmen... Die verlängerte Schulzeit muß vor allem einer engeren Verbindung zur Arbeitswelt, einer verstärkten Freizeit-erziehung und einer intensiven politischen Bildung dienen" (SPD: Die Zukunft meistern, a.a.O., S. 54).  
Über die Beurteilung der Übereinstimmungen zwischen der SPD und dem DAfEuB vgl.: Verabschiedung des Deutschen Ausschusses, in: Tatsachen und Argumente. Erklärungen der SPD-Regierungsmannschaft. Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn 1965, S. 81 f.
- 1130 "Die 10. (Versuchs-) Klasse übernimmt grundsätzlich die Aufgaben, die im Bildungsplan für die 9. Klasse angegeben sind. Da die Schüler über eine größere Reife und über umfassendere Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, kann in der 10. (Versuchs-) Klasse das für die Klasse 9 vorgesehene Bildungsgut erweitert werden. Dabei darf eine Ausrichtung auf das Ziel der OTZ oder der Berufs- und Berufsfachschule nicht erfolgen, damit die Versuchsklasse den Charakter einer OPZ-Klasse nicht verliert" (Bildungsplan für die Oberschule Praktischen Zweiges, in: Amtsblatt für Berlin, Berlin 1957, Nr. 51, S. 1209; Unterstreichung; A.K.).  
"Die Zehnjahresschule ist nur zu rechtfertigen, wenn sie für alle, die können und wollen, Berufsgrundbildung leistet. Daraus folgt, daß das Evers'sche Konzept ergänzt werden muß durch die Hineinnahme einer vierten Schulform, die in diesem Bereich angesiedelt ist und in der Regel das 9. und 10. Schuljahr umfaßt, ... nämlich die Berufsfachschule" (Die Reform der berufsbildenden Schule. Seminar "Deutsche Schulreform" des Parteivorstandes der SPD, Würzburg vom 20. bis 24. April 1965, Information Nr. 15/65, S. 11).

- 1131 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 18 und 25.
- 1132 Vgl. SPD-Entwurf, § 3.
- 1133 "Die Erforschung des Nachwuchsbedarfes unserer Wirtschaft nach Zahl und Art ist Grundlage zureichender Berufsaufklärung und Berufsberatung" (SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 22).
- 1134 Vgl. SCHÜTTE, Ernst: Kulturpolitik im Bundesstaat, in: Aufstieg durch Bildung, a.a.O., S. 54 ff.
- 1135 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 5.
- 1136 Damit dürfte nur eine schulexterne, öffentliche Berufsberatung durch die Arbeitsverwaltung gemeint sein.
- 1137 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 5.
- 1138 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 22.
- 1139 Das gilt, obwohl einige Zitate wie das folgende das Gegenteil zu beweisen scheinen, weil keine entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.  
"Es gilt in der Ideologie des Deutschen Industrie- und Handelstages und des deutschen Handwerks als Dogma, daß Berufsausbildung nur in einer betrieblichen Lehre zu leisten ist und aparterweise hat der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen sich diese Ideologie nicht nur zu eigen gemacht, sondern sie in einem einzigen apodiktisch formulierten Satz ausgesprochen. 'Das duale Ausbildungssystem in Deutschland hat sich bewährt und ist beizubehalten!' Das ist eigentlich der Satz in dem Gutachten, an dem ich am meisten Anstoß nehme, über alles andere läßt sich reden." (Die Reform der berufsbildenden Schule, SPD-Seminar, a.a.O., S. 7).
- 1140 Antrag der Abgeordneten Behrendt, Folger, Junghans, Lange, Liehr und der Fraktion der SPD, a.a.O., (Anmerkung 2).
- 1141 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 1 f.



- 1142 Die private Trägerschaft von Schulen wird von der SPD nicht völlig abgelehnt.  
Vgl. Arbeitsgemeinschaft A: Gewissensfreiheit - Staat - Erziehung, in: Aufstieg durch Bildung, SPD-Dokumentation, a.a.O., S. 68 - 85.
- 1143 Einzelheiten dazu siehe unter Abschnitt 3.8.3.9.  
Ob die Kontrolle unter dem Mißbrauchsprinzip oder Verbotsprinzip zu realisieren ist, kann nicht eindeutig festgestellt werden. Im SPD-Entwurf heißt es im § 21 Abs. 1: "Die höhere Verwaltungsbehörde kann das Recht zur Begründung eines Berufsausbildungsverhältnisses befristet oder auf Dauer entziehen..." (Mißbrauchsprinzip). Dagegen sehen die "Bildungspolitischen Leitsätze" vor: "Die Ausbildungsbetriebe sind in öffentlicher Verantwortung zu beraten und zu beaufsichtigen. Ihre Anerkennung setzt voraus, daß sie eine umfassende Ausbildung gewährleisten und über fachlich sowie pädagogisch befähigte Ausbilder verfügen" (Verbotsprinzip - S. 23; Unterstreichung; A.K.).
- 1144 "Die Industriegesellschaft, in der wir leben, steht in ihrer technischen Entwicklung an der Schwelle zur Automation. Einschneidende Veränderungen der Strukturen in Berufs- und Arbeitswelt bahnen sich bereits unübersehbar an. Wenn trotz Automation eine 'menschliche Verwendung des Menschen' (Norbert WIENER) sichergestellt werden soll, bedarf es einer entschlossenen Anpassung der Berufsausbildung an die sich ändernden Verhältnisse. Die Wandlungen der Arbeitswelt sind durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:
1. Die Gesellschaft wird zunehmend eine Gesellschaft der Arbeitnehmer ('unselbständig Beschäftigte'). Um die Jahrhundertwende war rund ein Drittel der Erwerbstätigen selbständig, heute machen die Selbständigen etwa ein Achtel der Erwerbstätigen aus. Die Chance, 'sich selbständig zu machen', nimmt immer mehr ab.
  2. Die 'Arbeitnehmergesellschaft' entwickelt sich mehr und mehr zur 'Angestelltengesellschaft'. Der 'tertiäre' Bereich der Dienstleistungen, des Handels, der Verwaltung und des Unterrichtswesens gewinnt an Umfang, während der Anteil des primären (Urerzeugung, Landwirtschaft) und des sekundären Bereichs (gewerbliche Produktion) stetig zurückgeht.

3. Die Steigerung der Produktivität führt über die Verkürzung der Arbeitszeit zur Umsetzung menschlicher Produktivkraft in 'Kraft zur Muße'. Die moderne Massendemokratie ist auf die Dauer nur existenzfähig, wenn 'die Massen' über genügend Freizeit verfügen, um sich unter anderem auch gesellschaftlich und politisch zu betätigen. Nur dann können sie an der politischen Willensbildung teilnehmen, die in der Vergangenheit ein Privileg der Schichten mit ausreichender Freizeit war.
4. Die Anforderungen an berufliches Können haben sich durch den technischen Fortschritt entscheidend geändert. Dieser Vorgang setzt sich fort.
  - a) Die Anforderungen an handwerkliche Fertigkeiten gehen zurück, dafür tritt die Fähigkeit zur Maschinenbedienung in den Vordergrund. Geringere Ansprüche an das berufliche Können werden durch höhere Belastung der Sinne und Nerven abgelöst. Die Zahl der Facharbeiter im unmittelbaren Produktionsbereich geht zurück, der Anteil der angelernten Arbeiter wächst.
  - b) Im Bereich der Wartung und Instandhaltung hat die Facharbeit dagegen eine erhöhte Bedeutung erhalten; der Anteil der dort eingesetzten Facharbeiter wächst mit fortschreitender Mechanisierung, die Ansprüche an ihre Qualifikation werden höher.
  - c) Ein neuer Beruf des 'Automatikführers' mit hohen Anforderungen an Reaktionsfähigkeit und geistige Beweglichkeit bildet sich heraus.
  - d) In der Verwaltung werden traditionelle Büro-tätigkeiten durch neue Tätigkeiten im mechanisierten und rationalisierten Büro verdrängt.
5. Die gestiegene und weiter sich steigernde Produktivität der Wirtschaft ermöglicht einerseits und erfordert andererseits eine Verlängerung der Pflichtschulzeit auf zehn Jahre. Lange Ausbildungszeiten im Anschluß daran werden damit unnötig und unzumutbar. 'Die Industrie verlangt heute für alle Berufe eine erweiterte und verbesserte Bildung und legt zunehmend Wert auf allgemeine Kenntnisse und Fähigkeiten sowie auf charakterliche Eigenschaften und Haltungen, die nur in der

Geschlossenheit einer Schule vermittelt werden können' (Ettliger Kreis). Da es mehr und mehr auf die Fähigkeit zu abstraktem Denken, auf Vorstellungskraft, schöpferische Phantasie und allgemein auf die Fähigkeit ankommt, sich bestimmte Fertigkeiten schnell anzueignen, wird eine zweckmäßige Berufsausbildung mehr als bisher in den schulischen Raum verlegt werden müssen." (SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 2 f.).

1145 Ebenda, S. 5 und 7 f.

1146 "Dabei sind zu unterscheiden:

1. Der Typus des Vollzeitlehrganges der berufsbegleitenden Schule. Hier wird der Teilzeitunterricht im Rahmen der betrieblichen Lehre in Vollzeitepochen zusammengefaßt. Vollzeitausbildung im Betrieb und Vollzeitunterricht in der Berufsschule wechseln einander ab. Dieses System ist außer in städtischen Verhältnissen nur durchführbar, wenn die Möglichkeit der Unterbringung der Schüler in Wohnheimen besteht. Die echte Berufsausbildungsbegleitung verliert dabei vieles von ihrem ursprünglichen Charakter zugunsten einer mehr berufsfachschulischen Form der schulischen Ausbildung. Während die Intensität des Unterrichts wächst, schwindet die enge Beziehung zwischen der Betriebswirklichkeit und den Lehrgehalten der Berufsschule.
2. Der Typus einer der betrieblichen Ausbildung, Unterweisung oder Einweisung vorgeschalteten berufsvorbereitenden Vollzeitschule ('Berufsfachschule') von mindestens einjähriger, meist zweijähriger Dauer. Sie vermag die berufliche Grundausbildung zu vermitteln, während die spätere Spezialisierung dem Betrieb überlassen bleibt. Bei entsprechender Ausgestaltung des Lehrganges kann die (staatliche) Abschlußprüfung die Lehrabschlußprüfung ersetzen, mindestens kann die betriebliche Lehre stark, etwa auf ein Jahr, verkürzt werden. Die pflichtmäßige Einführung des 10. Schuljahres bietet Gelegenheit, diesen Typus in breitem Umfange einzuführen. Das Unterrichtsprogramm ist durch politische, wirtschafts-, sozial- und kulturkundliche sowie sprachliche Lehrgegenstände zu ergänzen. Die bestehenden und noch zu schaffenden Berufsfachschulen sind als Zweige des mittleren Bereichs des Schulwesens (Hauptschule) anzusehen. Es sollte daran gedacht werden, sie entsprechend der Dauer der Hauptschule (7. bis 10. Schuljahr) auf vier Jahre zu erweitern. In den beiden letzten Jahren ist den berufsfeld-

entschiedenen Schülern eine berufliche Grundausbildung zu vermitteln. Eine Anrechnung des Berufsfachschulbesuches auf Ausbildungszeiten ist zu fordern." (Ebenda, S. 8).

1147 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 24.

1148 "Dazu gehört ... die Prüfung der derzeitigen Ausbildungsbetriebe auf ihre Eignung hin. Der Ausbeutung der Arbeitskraft junger Menschen, die sich formal in Ausbildungsverhältnissen befinden, tatsächlich jedoch vollwertig in der Produktion eingesetzt werden, mit der 'Erziehungsbeihilfe' als Arbeitsentgelt, muß ein Ende gesetzt werden! Statistisch wird sich nie erfassen lassen, wieviel guter Wille unzähliger Jugendlicher alljährlich in ungeeigneten Ausbildungsbetrieben von ihrer Aufgabe nicht gewachsenen Lehrherren und Ausbildern verdorben und vertan wird - zum Schaden der Jugendlichen und der Gesellschaft. Von dieser Seite sind die gewichtigsten Bedenken gegen ein Fortbestehen der betrieblichen Lehre zu erheben, sie werden sich nur ausräumen lassen, wenn die Wirtschaft und ihre Selbstverwaltungsorgane alles daran setzen, die Ungeeigneten auszumerzen und unter Beteiligung der Gewerkschaften und des Staates für eine gründliche berufspädagogische Vorbereitung des Ausbildungspersonals Sorge zu tragen." (SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 5 f.).

"Eine rationellere, ergiebige und den Forderungen der Zeit möglichst nahekommende Berufsausbildung setzt die Existenz möglichst vieler ausreichend materiell und personell ausgestatteter Ausbildungsstätten voraus, seien sie nun betrieblicher oder schulischer Art." (Ebenda, S. 5).

1149 "Im Bereich des Mittel- und Kleingewerbes, im Handwerk, im Handel und für Splitterberufe empfiehlt sich die Errichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten mit einem größeren regionalen Einzugsbereich. Hier erscheint es zweckmäßig, von vornherein eine starke Beteiligung der öffentlichen Schulträger vorzusehen. Die Einrichtung bestehender beruflicher Schulen könnten den organisatorischen Kern solcher Ausbildungsstätten bilden beziehungsweise wären entsprechend auszubauen. In vielen Fällen wird sich eine internatsmäßige Unterbringung der Teilnehmer berufsfachschulartiger Vollzeitlehrgänge empfehlen." (Ebenda, S. 6; vgl. auch: SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 23).

- 1150 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 3.
- 1151 Ebenda, S. 3.  
SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 24
- 1152 SPD, Godesberger Programm, a.a.O., S. 22.
- 1153 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 5.
- 1154 Vgl. auch Abschnitt 3.8.3.2.
- 1155 Auf ein Argument, das sich gegen jede "produktionsverbundene Erziehung" in marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnungen richtet, von "rechtssozialdemokratischen" Bildungspolitikern aber nicht angeführt wird, sei lediglich hingewiesen.  
"Ohne wirkliche Umgestaltung der Gesellschaft ist eine produktionsverbundene Erziehung, soweit sie überhaupt möglich ist, auch künftig vor allem eine Hilfe für die Bourgeoisie." (STOLZ, Helmut: Pseudotheoretische Grundlagen der Schulpolitik und Pädagogik der SPD, Berlin (Ost) 1963, S. 50).
- 1156 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 23  
(Unterstreichung; A.K.).
- 1157 Vgl. auch Abschnitt 3.8.3.1.
- 1158 Vgl. SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 6.
- 1159 Vgl. Abschnitt 3.3.3.6.
- 1160 Tatsachen und Argumente, SPD-Erklärungen, a.a.O., S. 92.
- 1161 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 22.
- 1162 Die Reform der berufsbildenden Schule, SPD-Seminar, a.a.O., S. 11.
- 1163 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 22.
- 1164 Vgl. Die Reform der berufsbildenden Schule, SPD-Seminar, a.a.O., S. 10 f.
- 1165 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 22.

- 1166 Ebenda, S. 22.
- 1167 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 8.
- 1168 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 24.
- 1169 Zur Kritik an der Gesamtkonzeption des Entwurfs  
vgl. RICHTER, Ingo: Das Recht auf Bildung im  
Beruf. Ein Gesetzentwurf der SPD, mit dem  
niemandem gedient ist, in: Die Zeit, vom  
2. Dezember 1966;  
SEMMLER, Otto: Ohne Mitbestimmung, in: BB 1966,  
Heft 10, S. 5 f.;  
STOLP, Emil: Um das BAG, in: BB 1966, Heft 12, S. 8 - 10;  
WEBER, Maria: Zur Initiative der SPD, in: BB 1966,  
Heft 10, S. 4 f.
- 1170 Vgl. hinsichtlich des Umfangs der zu erfassenden  
Ausbildungsverhältnisse:  
"Alle Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse von  
Jugendlichen werden in sämtlichen Beschäftigungs-  
zweigen erfaßt" (SPD, Bildungspolitische Leitsätze,  
a.a.O., S. 25).  
Vgl. hinsichtlich der Beteiligung von Berufs-  
schullehrern: BRANDT, Willi: Antwort der SPD an  
den DGB (BRANDT spricht sich für die Gleich-  
berechtigung aller an der Ausbildung beteiligten  
Kräfte, auch der Berufsschullehrer, aus), in:  
BB 1965, Heft 2, S. 5 - 7.
- 1171 Der im Abschnitt I umrissene Zweck des Entwurfs  
stellt eindeutig auf die Anpassung des Faktors  
Arbeit an die wirtschaftliche Entwicklung durch  
Ausbildungsmaßnahmen ab. Die Forderung nach einer  
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Abschnitt II  
ist, neben der politischen Aktualität, logische  
Voraussetzung für die Steuerung des Anpassungs-  
prozesses.
- 1172 Die Abschnitte IV und V sehen einen Bildungsurlaub  
mit finanzieller Förderung und eine stärkere Sicherung  
der Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit und "unter-  
wertiger Beschäftigung" vor.
- 1173 § 6.

- 1174 Auf das Berufsausbildungsverhältnis findet das Arbeitsrecht Anwendung (§ 12 Abs. 1); der zur Berufsausbildung Beschäftigte ist "Arbeitnehmer" (§ 2 Ziff. 2).
- 1175 (a) Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte.  
(b) Keine Bestrafungen wegen sittlicher Verfehlungen.  
(c) Körperliche und geistige Eignung.  
(d) Zur Beschäftigung, Beaufsichtigung oder Anweisung nach § 39 Abs. 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes berechtigt.
- 1176 Die fachliche Eignung des Ausbilders und der Ausbildungsstätte sowie die Angemessenheit der Ausbildungsverhältnisse bestimmt sich nach der Berufs- und Ausbildungsordnung.
- 1177 Für das Handwerk und das graphische Gewerbe ist die heute bestehende rechtliche Kodifizierung der fachlichen Eignung als Sondervorschriften eingefügt worden.
- 1178 Besetzung: 15 Arbeitgeber, 15 Arbeitnehmer, 15 Vertreter öffentlicher Körperschaften, darunter 7 Vertreter der Bundesregierung, 7 Vertreter des Bundesrates und 1 Vertreter der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
- 1179 Besetzung: 7 Arbeitgeber, 7 Arbeitnehmer und 7 Vertreter öffentlicher Körperschaften, darunter je 1 Vertreter der Landesregierungen für Arbeit, Wirtschaft, Schulwesen, Fach- und Hochschulwesen und Gesundheitswesen, sowie des Landesjugendamtes und des Landesarbeitsamtes.
- 1180 Besetzung: 7 Arbeitgeber, 7 Arbeitnehmer und 7 Berufsschullehrer.
- 1181 Die Formulierung dieses Grundgedankens ist jedoch sehr einseitig: "Die Landesausschüsse sollen dahin wirken, daß der die Berufsausbildung begleitende Unterricht den Anforderungen entspricht."  
Auch findet die weitergehende Vorstellung keine Berücksichtigung, durch den Bundesausschuß unter Beteiligung der Berufsschullehrer schon beim Entwurf der Berufsordnungsmittel eine grundlegende Abstimmung zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung zu erzielen.
- 1182 Vgl. Anmerkungen 1175 - 1177.

- 1183 § 13 Abs. 4.
- 1184 Für das Handwerk gilt die Ausnahme im Hinblick auf die Meisterqualifikation. Vgl. Abschnitt 3.6.3.10.
- 1185 Vgl. SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 23.
- 1186 § 44 Abs. 3.
- 1187 § 10 Abs. 2.
- 1188 Sie wird ausdrücklich in den "Bildungspolitischen Leitsätzen" der SPD verlangt. Vgl. ebenda, S. 22.
- 1189 Aus der Formulierung, "die Grundstufe (und auch die Förderstufe) soll in sich abgeschlossen sein" in Verbindung mit der starken Betonung der Zwischenprüfungen (§ 9 Ziff. 9; § 23) kann auf die Durchführung von Stufenprüfungen, ohne die die gesamte Stufenausbildung ein wesentliches Ziel nicht erreichen könnte, geschlossen werden.
- 1190 "Wenn es gelingt, die zukünftig zehnjährige Pflichtschulzeit weitgehend in den Dienst der Vorbereitung auf das Berufsleben zu stellen - und das sollte das zentrale Anliegen aller Bildungspolitik sein -, ist eine Verkürzung vieler Ausbildungszeiten nicht nur gerechtfertigt, sondern unabweisbar" (SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 4 f.).
- 1191 "In einer Anzahl von Berufen werden die Anforderungen zum Teil erheblich steigen. Dem muß durch entsprechende Qualität und Intensität der Berufsausbildung Rechnung getragen werden und nicht so sehr durch eine schematische Verlängerung der Ausbildungszeit, wie dies in der Vergangenheit fast ausschließlich der Fall war."  
(Ebenda, S. 5).  
"Die von vornherein größere Intensität dieser Ausbildungsform (die systematische Ausbildung; A.K.) erlaubt eine Verkürzung der Lehrzeit..." (Ebenda, S. 5).
- 1192 Ebenda, S. 4.
- 1193 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 22
- 1194 § 18 Abs. 2.



- 1195 § 19 Abs. 3 und 4.
- 1196 "Wird eine Abschlußprüfung vor Ablauf der Ausbildungsdauer abgelegt und bestanden, so endet das Berufsausbildungsverhältnis mit Ablauf des Monats, in dem die Abschlußprüfung abgelegt wurde."
- 1197 § 24 Abs. 1 und 3.
- 1198 Nach § 9 muß die für jeden Ausbildungsberuf aufzustellende Berufs- und Ausbildungsordnung die Durchführung von Zwischenprüfungen umfassen.
- 1199 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 24.
- 1200 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 7.
- 1201 Besetzung: Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl, zusammen mindestens zwei Drittel der Ausschußmitglieder. "Dem Prüfungsausschuß müssen auch Lehrer an Berufsschulen angehören." (§ 24 Abs. 2) Damit könnten maximal ein Drittel Berufsschullehrer berufen werden.
- 1202 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 31 ff.
- 1203 Ebenda, S. 25.
- 1204 SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 10.  
Vgl. auch: Erwachsenenbildung - Auftrag und Verantwortung. Arbeitsgemeinschaft E, in: Aufstieg durch Bildung, SPD-Dokumentation, a.a.O., S. 163 - 182.
- 1205 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 15 f.
- 1206 Ebenda, S. 24; vgl. auch: SPD, Berufsausbildung, a.a.O., S. 10.
- 1207 SPD, Bildungspolitische Leitsätze, a.a.O., S. 25.

zu 4. Synopsis der Verbandsäußerungen zur Struktur  
des westdeutschen Ausbildungssystems

---

zu 5. Ausblick

---

1208 Vgl. S. 10 f.

1209 Da sich aufgrund der 16 Untersuchungskriterien und 8 in die Analyse einbezogenen Verbände eine 128-Felder-Matrix ergibt, die nur mit erheblichen schreib- und drucktechnischen Schwierigkeiten in einer Faltübersicht darzustellen wäre, wird ein einfacheres Verfahren gewählt.

Die Kurzfassung der Äußerungen jedes Verbandes zu jedem Kriterium wird in Abschnitten gegliedert fortlaufend geschrieben. Durch die Kennzeichnung der Abschnitte läßt sich sowohl der zwischenverbandliche Vergleich als auch die Gesamtkonzeption jedes einzelnen Verbandes ohne größere Schwierigkeiten gewinnen. Anstelle der üblichen Kennzeichnung der Zeilen mit  $x_{11}$ ,  $x_{12}$ ,  $x_{13}$  ... und der Spalten mit  $x_{21}$ ,  $x_{31}$ ,  $x_{41}$  ... wird die Symbolik der Gliederung verwendet. Um die Gliederung möglichst nahtlos fortsetzen zu können, wird die Spaltenziffer vorangestellt und von der Zeilenziffer durch Schrägstrich abgetrennt. Dadurch kann die Kennzeichnung für die 16 Untersuchungskriterien fortgeführt und jeweils durch Anfügen der Ziffern 1 bis 8 für Handwerk, Industrie und Handel bis SPD ergänzt werden. Es erscheinen dann zum Beispiel im Feld 4.2/1 die kurzgefaßten Äußerungen zur Vorstufe durch das Handwerk; im Feld 4.3.11/3 die zur Stufenausbildung durch den DGB; 4.4/8 die zur Folgestufe durch die SPD.

1210 Vgl. S. 11 f.

1211 Vgl. dazu auch S. 13 ff.

1212 Die Hypothesen sind in Anlehnung an die Bedingungs-faktoren des Modells angeordnet (vgl. S. 13 - 17). Da der Einstieg in die Analyse über den dritten Bedingungsfaktor erfolgte (vgl. S. 18), werden die diesem korrespondierenden Hypothesen vorrangig aufgelöst (a - f). Aus den Einzelanalysen hat sich ergeben, daß dem ersten Bedingungsfaktor von den

Verbänden - meistens unausgesprochen - entscheidende Bedeutung beigemessen wird. Die Hypothesen zu diesem Bereich "Arbeitsanforderungen" schließen sich deshalb an (g). Hinsichtlich der Faktoren 2 und 4 kann auf die Einleitung (S. 15 f. und 16 f.), bezüglich des Faktors 5 auf die Hypothese (b) verwiesen werden. Die Aspekte der Berufsbildungstheorie (vgl. S. 14 f.) sollen - auf die geschichtliche Situation bezogen - in Anlehnung an eine Forderung des Bildungsrates als letzte Hypothese berücksichtigt werden (k).

- 1213 Vgl. Anmerkung 14.
- 1214 Vgl. NYSSSEN, F.: Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände auf Lehrer, in: DBFSch 1969, insbesondere S. 437 ff.
- 1215 Vgl. dazu auch die Anpassung des VDDH an die Vorstellungen der Arbeitgeberverbände in bezug auf die Wirtschaftsoberschule (Abschnitt 3.5.1).
- 1216 Vgl. Anmerkung 2.  
Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969, BGBI. I S. 1112.
- 1217 Im Vorgriff auf diese Erörterungen und unter Berücksichtigung einer gegenüber der CDU/CSU-Koalition nur schwachen Regierungsmehrheit von SPD und FDP dürften die Möglichkeiten für die Reformen im Bereich der Berufsausbildung sich in der gegenwärtigen Legislaturperiode noch verschlechtert haben. Der Hinweis des Bildungsrates auf die mögliche Durchsetzung einer Fachaufsicht des Staates über die Berufsausbildung erscheint aus dieser Situation noch eher als leere Drohung (vgl. Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission "Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung", a.a.O., S. 10).
- 1218 Vgl. KELL, A.: Der Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf die Ordnung der Ausbildungsberufe, in: DBFSch 1969, S. 464. Beredter Ausdruck dieser Unkenntnis sind die Berufsordnungsmittel, besonders die Berufseignungsanforderungen. Als illustratives Beispiel sei auf die jahrelange Debatte um das Berufsbild Verkäufer/Einzelhandelskaufmann verwiesen.
- 1219 Vgl. für das Handwerk S. 42 ff.; für Industrie und Handel S. 77 ff.; für den DVG S. 146. Diese

Verbandsäußerungen sind typische Beispiele für die Dramaturgie der Verbandsideologie (vgl. HONDRICH, K.O.: Die Ideologien von Interessenverbänden, a.a.O., insbesondere S. 134 ff.).

- 1220 Über die Möglichkeiten, die Ausbildungsinhalte unter Berücksichtigung der Arbeitsanforderungen festlegen zu können, vgl. S. 29 ff., insbesondere Anmerkungen 52 und 53.
- Von eindeutig bestimmbareren Ausbildungsinhalten kann eine Veränderung der Vorstellung vor allem zu folgenden Kriterien erwartet werden: Ausbildungsstätte, Erkenntnisgewinnung, pädagogische Durchführung und Lehrzeitdauer; zusätzlich zur inhaltlichen Gestaltung der Arbeitslehre. (Vgl. Abschnitt 5.3).
- 1221 Zu erwartende Einflüsse auf die Vorstellungen zu den Kriterien Ausbildungsstätte, pädagogische Durchführung und Stufenausbildung (vgl. Abschnitt 5.3).
- 1222 Vgl. dazu auch S. 34 f.
- Zu erwartende Einflüsse auf die Vorstellungen zu den Kriterien Trägerschaft, Kosten und Ausbildungsförderung (vgl. Abschnitt 5.3).
- 1223 Vgl. Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission "Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung", a.a.O., S. 9.
- 1224 Es soll noch einmal zusammengefaßt werden, auf welche Teilergebnisse der Ausblick Bezug nimmt.
- (a) Aus den Einzelanalysen lassen sich alle Veränderungen in den Vorstellungen der Verbände seit 1945 summarisch erfassen.
  - (b) Die Synopsis gewährt durch ihren statischen zwischenverbandlichen Vergleich einen Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Vorstellungen.
  - (c) Die Vorbemerkungen zum Ausblick zeigen die Schwierigkeiten einer Prognose auf.
  - (d) Die Hypothesen geben den Standort des Urteilenden an.
- 1225 Vgl. als Beispiele S. 78f. (Industrie und Handel) und S. 171 (VDDH).

- 1226 Einen fruchtbaren und ausbaufähigen Ansatz haben Herwig BLANKERTZ u. a. vorgelegt.  
Vgl. BLANKERTZ, Herwig: Arbeitslehre in der Hauptschule, 3. erweiterte und verbesserte Auflage, Essen 1969.
- 1227 Die Arbeitgeberverbände und die CDU/CSU, bedingt auch die FDP, verlangen vor allem nach dem Subsidiaritätsprinzip die Abstimmung des Berufsschulunterrichts auf die Belange der betrieblichen Ausbildung.
- 1228 Vgl. BLANKERTZ, H.; CLAESSENS, D.; EDDING, F.: Ein zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung?, a.a.O., S. VII.
- 1229 Vgl. S. 33.
- 1230 Diese aus der Sicht des Kriteriums "Erziehungsprinzip" zugespitzte Formulierung soll die Widersprüchlichkeit der Vorstellungen deutlich machen. Sie stehen auch im Gegensatz zu den Erfahrungen, die die Arbeitgeberverbände und Unternehmungen bei der Ausbildung von Führungskräften mit Hilfe von Fallstudien und Planspielen bisher gemacht haben.  
  
Die mit dem Entwurf der Fälle und Planspiele beabsichtigte Simulation von Praxis soll gerade einen Lernprozeß vorwegnehmen, der in der Komplexität der Praxis nur noch schwer zu organisieren ist, und der darüber hinaus zu schweren Störungen der Betriebsprozesse führen kann. Es besteht aber kein Grund zu der Annahme, daß eine Reduzierung der Simulationsmodelle auf den Verständnishorizont von vierzehn- bis sechzehnjährigen Jugendlichen, auf Teilprobleme sowie auf Tätigkeiten, die rangmäßig einen stärkeren Ausführungs- als Entscheidungscharakter aufweisen, unmöglich ist.
- 1231 Vgl. zu den Einzelheiten des Verfahrens KELL, A.: Der Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf die Ordnung der Ausbildungsberufe, in: DBFSch 1969, S. 459 ff.
- 1232 Vgl. Anmerkung 257.
- 1233 Vgl. LEMPERT, Wolfgang: Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich 1950 bis 1963. Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Studien und Berichte Nr. 7, Berlin 1966.

- 1234 Vgl. LEMPERT, W. und EBEL, H.: Lehrzeitdauer ..., a.a.O., S. 298 ff.
- 1235 Vgl. Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (BGBI. I S. 582);  
Erstes Gesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Ausbildungsförderungsgesetz) vom 19. September 1969 (BGBI. I S. 1719).
- 1236 Vgl. dazu Anmerkungen 550 und 551.
- 1237 Als Prämisse wird an dieser Stelle gesetzt, daß ohne stoffliche Veränderungen ein Abschluß nach der 12. Klasse des Gymnasiums nicht in Betracht kommt.
- 1238 In Berlin haben die Arbeitgeberverbände zugestimmt, an der Berufsschule für Industriekaufleute das Modell einer sogenannten "integrierten Fachoberschule" ab 1. November 1969 einzuführen. Das Modell sieht während der Lehrzeit für Schule und Betrieb je die Hälfte der Ausbildungszeit im Sandwich-System mit wöchentlichem Turnus vor.

LITERATURVERZEICHNIS

Bücher

- Abel, Heinrich und  
Groothoff, Hans-Hermann Die Berufsschule. Gestalt und  
Reform, Darmstadt 1959
- Abel, Heinrich Das Berufsproblem im gewerblichen  
Ausbildungs- und Schulwesen  
Deutschlands (Bundesrepublik  
Deutschland), Braunschweig 1963
- Abendroth, Wolfgang Die deutschen Gewerkschaften,  
2. Auflage, Heidelberg 1955
- Abraham, Karl Der Betrieb als Erziehungsfaktor.  
Die funktionale Erziehung durch  
den modernen wirtschaftlichen  
Betrieb, 2. Auflage, Freiburg 1957
- ders. Wirtschaftspädagogik. Grundfragen  
der wirtschaftlichen Erziehung,  
Heidelberg 1960
- Achtenhagen, Frank Grundlagen und Probleme einer  
Didaktik des fremdsprachlichen  
Unterrichts an Wirtschaftsschulen -  
Entwurf eines Forschungsprogrammes,  
Dissertation Berlin 1969
- ders. Informationen zum Betriebspraktikum:  
Zur Sozialstruktur im Handel,  
Weinheim-Berlin-Basel 1969
- Anders, Karl Die ersten hundert Jahre.  
Zur Geschichte einer demokratischen  
Partei, Hannover 1963
- Baethge, Martin Ausbildung und Herrschaft - die  
unternehmerischen Interessen  
in der Bildungspolitik. Ein  
bildungssoziologischer Beitrag  
zum Verhältnis von Wirtschafts-  
interessen und Bildungspolitik -  
dargestellt am Beispiel der  
unternehmerischen Spitzenverbände.  
Dissertation Hannover 1969
- Baumgardt, Johannes Die kaufmännische Grundbildung,  
Freiburg 1959

- Bertsch, Herbert Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789 - 1963), Berlin (Ost) 1965
- Blankertz, Herwig Berufsbildung und Utilitarismus, Düsseldorf 1963
- ders. Theorien und Modelle der Didaktik, München 1969
- ders. Arbeitslehre in der Hauptschule, 3. erweiterte und verbesserte Auflage, Essen 1969
- Bungardt, Karl Das Große Ärgernis, Frankfurt o. J.
- Claessens, Dieter  
Klönne, Arno  
Tschoepe, Armin Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf und Köln 1965
- Conradi, Heinz Die Abwanderung der Handwerker in die Industrie. Dargestellt am Beispiel eines chemischen Großunternehmens. Studie Nummer 59 des Forschungsinstituts für Handwerkswirtschaft an der Universität Frankfurt am Main, Forschungsstelle im Deutschen Handwerksinstitut e. V., München o. O., o. J.
- Dahrendorf, Ralf und Ortlieb, Heinz-Dietrich (Herausgeber) Der Zweite Bildungsweg im sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart, Heidelberg 1959
- Dahrendorf, Ralf Bildung ist Bürgerrecht, Bramsche/Osnabrück 1965
- Deutscher Handwerkskammertag Handwerksfördernde Arbeit der Handwerkskammern, Bonn 1957
- Deutscher Industrie- und Handelstag Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung. Herausgegeben aus Anlaß der 100-Jahr-Feier des Deutschen Industrie- und Handelstages, Frankfurt am Main 1961
- Deutsches Handwerks-Institut Das Handwerk in der modernen Wirtschaft, Bad Wörishofen 1966



- Dörschel, Alfons  
Arbeit und Beruf in wirtschafts-  
pädagogischer Betrachtung,  
Freiburg im Breisgau 1960
- ders.  
Einführung in die Wirtschafts-  
pädagogik, Berlin und  
Frankfurt 1960
- Eckert, Georg  
(Herausgeber)  
1863 - 1963. Hundert Jahre  
deutsche Sozialdemokratie,  
Bilder und Dokumente,  
Hannover o. J. (1963)
- Edding, Friedrich  
Ökonomie des Bildungswesens.  
Lehren und Lernen als Haushalt  
und als Investition,  
Freiburg im Breisgau 1963
- Eichler, Willi  
Kultur und Politik in unserer  
Zeit. Dokumentation des Kongresses  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands - Kultur und Politik  
in unserer Zeit - am 28. und  
29. Oktober 1960 in Wiesbaden.  
Herausgegeben vom Parteivorstand  
der SPD, Hannover 1960
- ders.  
Hundert Jahre Sozialdemokratie.  
Herausgeber: Vorstand der SPD,  
Bonn 1962
- Fischlein, Wolfgang  
Die Arbeit der Industrie- und  
Handelskammern auf dem Gebiet  
der Jugendbildung bis 1933,  
Dissertation Nürnberg 1968
- Gutmann, G.  
Hochstrate, H.-J.  
Schlüter, R.  
Die Wirtschaftsverfassung der  
Bundesrepublik Deutschland,  
Schriften zum Vergleich wirt-  
schaftlicher Lenkungssysteme,  
Heft 4, herausgegeben von  
K. Paul Hensel, Stuttgart 1964
- Herbold, Rudi  
Die Abwanderung aus dem Handwerk.  
Studie Nummer 36 des Forschungs-  
instituts für Handwerkswirtschaft  
an der Universität Frankfurt  
am Main, Forschungsstelle im  
Deutschen Handwerksinstitut e. V.,  
München o. O., o. J.

- Hesse, Hans Albrecht  
Berufe im Wandel. Ein Beitrag zur Professionalisierung, Stuttgart 1968
- Hoffmann, Ernst  
Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, Bielefeld o. J. (1962)
- Hondrich, Karl Otto  
Die Ideologien von Interessenverbänden, Berlin 1963
- Humboldt, Wilhelm von  
Theorie der Bildung des Menschen, in: Wilhelm von Humboldt, Werke in fünf Bänden, herausgegeben von Andreas Flitner und Klaus Giel, Band I, Darmstadt 1960
- Institut für Berufserziehung im Handwerk  
Die Berufserziehungsarbeit der Landesinnungsverbände, Köln 1967
- Ipsen, Hans Peter  
Berufsausbildungsrecht für Handel, Gewerbe und Industrie, Tübingen 1967
- Kerschensteiner, Georg  
Theorie der Bildung, Leipzig 1926
- Kesselring, Michael  
Allgemeine Psychologie, 4. erweiterte Auflage, Bad Heilbrunn 1959
- Kieslinger, A.  
20 Jahre Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1965, Bielefeld o. J.
- Knoeringen, Waldemar von  
Arndt, Adolf  
Sozialismus - gelebter Humanismus, Bonn 1958
- Kolbenschlag/Patzig  
Die Deutsche Handwerksorganisation, Bonn 1968
- Kosiol, Erich  
Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. Reinbek bei Hamburg 1966
- Krause, Erwin  
Grundlagen der betrieblichen Berufsausbildung und Berufserziehung des Facharbeiter Nachwuchses der Industrie, Stuttgart 1955

- Lemm, Werner Die Rolle der SPD bei der Entwicklung des Westberliner Schulwesens, Berlin (Ost) 1962
- Lempert, Wolfgang und Ebel, Heinrich Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg. Grundlagen für die Bemessung des Zeitraumes der Ausbildung bis zum Facharbeiter-niveau, Freiburg im Breisgau 1965
- Lempert, Wolfgang Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich 1950 bis 1963, Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Studien und Berichte 7, Berlin 1966
- Litt, Theodor Führen oder Wachsenlassen, 8. Auflage, Stuttgart 1960
- Lutz, Burkhardt  
Bauer, Leo  
Kornatzki, Jürgen von Berufsaussichten und Berufsausbildung in der Bundesrepublik, eine Dokumentation des Stern, 3 Folgen, Hamburg 1964, 1965, 1966
- Mauch, Berthold Die Bayerische FDP, Dissertation Erlangen-Nürnberg 1965
- Nebas, Walter Neue Wege kaufmännischer Nachwuchsbildung, München 1959
- Nyssen, Friedhelm Schule im Kapitalismus. Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule, Köln 1969
- Pirker, Theo Die SPD nach Hitler. Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945 - 1964, München 1965
- Reinmöller, Lore  
(Herausgeber) Kulturpolitik und Menschenbildung, Festschrift für Paul Luchtenberg, Neustadt/Aich 1965

- Reitzenstein, Irene von                   Solidarität und Gleichheit.  
Ordnungsvorstellungen im deutschen  
Gewerkschaftsdenken nach 1945,  
Berlin 1961
- Richter, Ingo                               Die Rechtsprechung zur Berufs-  
ausbildung, Stuttgart 1969
- Riege, Fritz-Albert                       Die gewerkschaftlichen  
Organisationsformen in der  
Bundesrepublik Deutschland,  
Dissertation Göttingen 1965
- Rolff, Hans-G.                           Sozialisation und Auslese durch  
die Schule, Heidelberg 1967
- Sander, Theodor  
Rolff, Hans-G.  
Winkler, Gertrud                       Die demokratische Leistungs-  
schule, Hannover-Berlin-  
Darmstadt-Dortmund 1967
- Schlieper, Friedrich                   Allgemeine Berufspädagogik,  
Freiburg im Breisgau 1963
- Schmid, Carlo                           Mensch und Technik, Bonn 1956
- Schneider, Herbert                      Die Interessenverbände,  
München-Wien 1965
- Schorb, Alfons O.                      Für und Wider zum Rahmenplan,  
Stuttgart 1960
- Schulenburg, Walter                   Pädagogische Maßnahmen zur  
Intensivierung der Handwerkslehre.  
Praxis der Berufserziehung im  
Handwerk. Herausgegeben vom  
Institut für Berufserziehung im  
Handwerk an der Universität Köln,  
Heft 1, Köln 1957
- Stolz, Helmut                           Pseudotheoretische Grundlagen  
der Schulpolitik und Pädagogik  
der SPD, Berlin (Ost) 1963
- Stratenwerth, Wolfgang  
(Herausgeber im Auftrage  
der Gesellschaft zur  
Förderung des Instituts  
für Berufserziehung im  
Handwerk an der Univer-  
sität zu Köln e.V.)                   Berufserziehung zwischen Tradition  
und Fortschritt, Festgabe für  
Friedrich Schlieper zu seinem  
70. Geburtstag, Köln 1967

- Tollkötter, Bernhard      Bildungsmaßnahmen in der Wirtschaft,  
Deutsches Institut für Internationale  
Pädagogische Forschung, Studien  
zur Arbeits- und Berufspädagogik,  
Band 1, Weinheim 1966
- ders.      Hauptschule und berufliches  
Bildungswesen in der Diskussion,  
Deutsches Institut für Internatio-  
nale Pädagogische Forschung,  
Studien zur Arbeits- und Berufs-  
pädagogik, Band 3, Weinheim 1967
- Topitsch, Ernst  
(Herausgeber)      Logik der Sozialwissenschaften,  
Köln und Berlin 1965
- Wälde, Eberhard      Die Anschauung im Unterricht der  
kaufmännischen Schulen,  
Darmstadt 1962
- Wahrmut, Hans      Kosten und Erträge der Lehrlings-  
haltung im Handwerk, Köln 1957
- Walle, Bernhard      Das Lehrlingsrecht in der  
Bundesrepublik Deutschland und  
seine Vereinheitlichung,  
Bad Wörishofen 1965
- Wander, Hilde      Berufsausbildung und  
Produktivität, Kiel 1953
- Warth, Theodor      Probleme einer wirtschaftlichen  
Beurteilung der Lehrlingsaus-  
bildung und die Frage der  
Ausbildungskosten, Münster/Westf.  
1963
- Weniger, Erich      Die Eigenständigkeit der  
Erziehung in Theorie und  
Praxis, 3. Auflage,  
Weinheim 1964
- Winterhager, Wolfgang  
Dietrich      Kosten und Finanzierung der  
beruflichen Bildung,  
Stuttgart 1969



Arbeitsstelle für  
Betriebliche Berufsausbildung (ABB)

15 Jahre Arbeitsstelle für  
Betriebliche Berufsausbildung,  
Bielefeld o. J.

Ausbildungsmittel, Bonn 1964

Betriebliche Berufsausbildung in  
der gewerblichen Wirtschaft,  
Veröffentlichung der Arbeits-  
stelle für Betriebliche Berufsausbildung,  
Berlin-Köln-Frankfurt o. J.

Die industriellen Lehrwerkstätten  
1964. Auswertung einer Lehr-  
werkstättenenerhebung - Stand  
31. Dezember 1963, Bielefeld o. J.  
(1965)

Arlt, Fritz

Der Zweite Bildungsweg,  
München 1958

ders.

Der "Zweite Bildungsweg" als  
wirtschaftspolitisches Problem,  
in: Nürnberger Abhandlungen  
zu den Wirtschafts- und Sozial-  
wissenschaften, Heft 9,  
Berlin 1959

ders.

Stellungnahmen und Leistungen  
der Unternehmer und ihrer  
Organisationen zum Zweiten  
Bildungsweg, in: Dahrendorf,  
Ralf und Ortlieb, Heinz-Dietrich  
(Herausgeber): Der Zweite  
Bildungsweg im sozialen und  
kulturellen Leben der Gegenwart,  
Heidelberg 1959

ders.

Industriemeister - über ihre  
Stellung im Betrieb, ihre  
Bildungsbedürfnisse und die  
von ihnen gewünschten Fortbil-  
dungsmethoden, in: BPZ Heft 14,  
1961

ders.

Von den Möglichkeiten humaner  
Existenz im Betrieb und von  
der Bedeutung der Bildung für  
die Erhaltung und Förderung  
dieser Möglichkeiten, in:  
DBbSch 1962, S. 85 - 97

- Arlt, Fritz Die Wirtschaft ist Bildungsfaktor, in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 38, vom 21.9.1962, S. 4 - 6
- ders. Wandlungen und Wandlungstendenzen betrieblicher Bildungsarbeit im letzten Jahrzehnt, in: DBbSch 1963, S. 946 - 952
- ders. Rationalisierung der betrieblichen Bildungsarbeit, in: Deutsches Industrieinstitut, Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, erster Beitrag, Folge 8, Köln 1964
- ders. Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Rationalisierung betrieblicher Bildungsarbeit, in: Deutsches Industrieinstitut, Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 8, Köln 1964
- ders. Betriebliche Bildungsarbeit als Kosten- und Produktionsproblem, in: Deutsches Industrieinstitut, Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 11, Köln 1965
- ders. Berufsbildung als Aufgabe von Betrieb und Jugendsozialarbeit, in: Jugendaufbauwerk 1965, Heft 2, S. 4 f.
- ders. und Wilms, Dorothee Vom Lehrling zur Führungskraft. Struktur und Ordnung von Ausbildungs- und Fortbildungshilfen der gewerblichen Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 20, herausgegeben vom Deutschen Industrieinstitut, Köln 1967



- Baethge, Martin Die Bildungspolitik der unternehmerischen Wirtschaftsverbände, in: DBFSch 1969, S. 403 - 416
- Balke, Siegfried Forschung, Wissenschaft und Hochschulen, in: Erziehung, Bildung, Ausbildung; Presse- und Informationsdienste der CDU (Herausgeber), Bonn 1961
- Baumgardt, Johannes Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses. Berufspädagogische Erwägungen zu einer Stufenausbildung in der Berufserziehung des kaufmännischen Nachwuchses, in: Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Band 26, neue Folge, Braunschweig 1966, S. 7 - 25
- Becker, Immanuel Das Problem betriebsnaher Ausbildung, in: WuBE 1953, S. 31 f.
- Becker, Walter Ausbildungsförderung als gesellschaftliche Aufgabe, in: WuBE 1969, S. 108 - 112
- Beelitz, Anne Anwendungsmöglichkeiten des Fernunterrichts in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung, in: Deutsches Industrieinstitut, Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, Folge 11, Köln 1965
- Berninger, Karl Der Lehrling als "Ausbeutungsobjekt", in: DLw 1957, S. 206 f.
- Bertelsmann, W.E. Arbeitsgebiete und Aufgaben des Lehrmeisters, in: WuBE 1954, S. 147 - 153
- ders. Unternehmer und Berufsausbildung, in: WuBE 1968, S. 181 f.





- Böckler, Hans Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Referat auf dem Gründungskongreß des DGB, Sonderdruck, herausgegeben vom DGB, Düsseldorf 1949
- ders. Rede am 2. Juni 1950 in Goslar vor der Vertreterversammlung der GEW, in: Um Schule und Stand, eine Schriftenreihe der GEW, 1954
- Boehm, Ullrich und Winterhager, Wolfgang Dietrich Ein Modell zur Organisation und Finanzierung der beruflichen Bildung, in: DBFSch 1968, S. 889 - 900
- bpd Umsatteln bringt nichts ein, in: DLw 1967, S. 167
- Brandt, Willi Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn o. J. (1964), S. 5 f.
- ders. Antwort der SPD an den DGB, in: BB 1965, Heft 2, S. 5 - 7
- Braun, Günter Neue Lehren für die Lehre, herausgegeben vom DIHT, Bonn 1967
- B. Sch. Der Weg der Ingenieurschulen, in: DBbSch 1958, S. 31 - 38
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Erklärung des Deutschen Volkshochschulverbandes e. V. und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 10. April 1957; zitiert bei Arlt, Fritz: Der Zweite Bildungsweg, München 1958, Anlage 5, S. 113
- Förderung begabter Jugendlicher durch Wirtschaft und Betrieb, Empfehlungen des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit der BDA, Köln 1958

BDA

Die Informations- und Bildungsaufgabe der Arbeitgeberverbände, Vorträge auf der Geschäftsführerkonferenz der BDA 1958, Schriftenreihe der BDA, Heft 20, Köln 1959

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Empfehlung des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit, Köln 1959

Schule und Wirtschaft, Anregungen und Grundsätzliches, Empfehlung des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit, 3. Auflage, Köln 1962

Bildungsarbeit im Betrieb, Empfehlungen des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit der BDA, 3. Auflage, Köln 1962

"Schule/Wirtschaft", Zeitschrift der gleichnamigen Arbeitskreise in der "Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens", Heft 1, o. O., o. J. (1963)

Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft. Grundsätzliches und Beispiele, Empfehlung des Jugend- und Bildungsausschusses der BDA, Köln 1964

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Berufsausbildung und Fortbildung, in: WuBE 1967, S. 36

Zum Bildungsurlaub, in: WuBE 1967, S. 37

- BDA und BDI "Begabtenförderung", in:  
WuBE 1958, S. 182
- BDA und DI Leistung der Wirtschaft für die  
Fortbildung Jugendlicher und  
Erwachsener, in: WuBE 1967,  
S. 53
- BDA, BDI, DIHT;  
Arbeitskreis für  
Berufsausbildung Berufsausbildung in freiheit-  
licher Ordnung, o. O., 1963
- Brief vom 24. Juli 1963 an  
den Präsidenten der KMK
- Unternehmer und Betriebsjugend,  
in: WuBE 1963, S. 141 f.
- BDA, BDI, DHKT, DIHT Stellungnahme zu Folge 7/8 der  
Empfehlungen und Gutachten des  
Deutschen Ausschusses für das  
Erziehungs- und Bildungswesen,  
Bonn/Köln 1965
- Brief an den Präsidenten der  
KMK vom 7. Mai 1965, abgedruckt  
in: WuBE 1965, S. 360 f.
- Erklärung der Wirtschaft zur  
Ausbildung graduierter Ingenieure,  
abgedruckt in: WuBE 1968,  
S. 156 f.
- Von der Praxis zum Ingenieur,  
Bonn 1969
- Von der Praxis zum Betriebswirt,  
Bonn 1969
- Ideologie und Wirklichkeit.  
Zu den Empfehlungen der Bildungs-  
kommission "Zur Verbesserung der  
Lehrlingsausbildung", Bonn 1969
- BDA, BDI, DHKT, DIHT  
u. a. Berufsausbildung der Jugend in  
freiheitlicher Ordnung, in:  
WuBE 1962, S. 81 f.
- Bundesverband der Deutschen  
Industrie (BDI) Fünf Jahre BDI. Aufbau und  
Arbeitsziele des industriellen  
Spitzenverbandes. Herausgegeben  
vom Bundesverband der Deutschen  
Industrie, Bergisch Gladbach  
1954

- BDI  
Der Weg zum industriellen Spitzenverband, Hoppenstedts Wirtschafts-Archiv, Darmstadt 1956  
Jahresberichte 1965 bis 1968/69, Bergisch Gladbach o. J.
- Bungardt, Karl  
Schulpolitik in Bewegung, in: MUND Nr. 95, 4. Folge 1960
- Bunk, G. P.  
Kaufmännische Berufsausbildung in mehreren Stufen, in: Stufenausbildung in der Diskussion, Veröffentlichungen des deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Band 26, neue Folge, S. 23 - 26
- Burkhard, Wolfgang  
Handwerksgesellen in der Industrie, in: WuBE 1963, S. 90 - 93
- C.  
Schwierige Berufswahl, in: DLw 1964, S. 329
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/  
Christlich-Soziale Union Deutschlands (CDU/CSU)  
Erziehung, Bildung, Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU, (1.) Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU in Gelsenkirchen vom 28. bis 30. November 1960, Presse- und Informationsdienste der CDU (Herausgeber), Bonn 1961
- (o. V.)  
Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands; Geschichte, Idee, Programm, Statut, 3. Auflage, Bonn 1962  
Bildung und Beruf in der modernen Gesellschaft. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU, (2.) Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU in Augsburg vom 4. bis 6. November 1962, Presse- und Informationsdienste der CDU (Herausgeber), Bonn 1963

Christlich-Demokratische  
Union Deutschlands/  
Christlich-Soziale Union  
Deutschlands (CDU/CSU)

Zwischen Freiheit und Ordnung.  
Zur Kulturpolitik der CDU/CSU.  
Herausgegeben von der Bundes-  
geschäftsstelle der CDU,  
Bonn 1964

Bildung in der modernen Welt.  
Zur Kulturpolitik der CDU/CSU,  
3. Kulturpolitischer Kongreß  
der CDU/CSU am 9. und 10.  
November 1964 in Hamburg,  
Presse- und Informationsdienste  
der CDU (Herausgeber),  
Bonn 1965

Arbeitskreis, Schule und Ausbil-  
dung - Jedem seine Chance,  
EntschlieÙung auf dem 13.  
Bundesparteitag der CDU vom  
29. bis 31. März 1965 in Düssel-  
dorf, in: WuE 1966, S. 232

"Leitsätze zur Kulturpolitik",  
Arbeitsergebnis des Kulturaus-  
schusses der CDU des Rheinlandes,  
zugleich Arbeitsgrundlage für  
einen kommenden Kulturkongreß,  
in: WuBE 1966, S. 116 - 118

D.

Erfüllen öffentliche Grundlehr-  
gänge ihre Aufgaben ?, in:  
WuBE 1953, S. 155

D.

Wirtschaft und Bundesjugendplan,  
in: WuBE 1954, S. 221 und  
S. 229 f.

Danzer, Robert

Die Arbeitslehre, herausgegeben  
von der Bildungsabteilung des  
Deutschen Industrieinstituts,  
Köln 1967

Deutscher Gewerkschafts-  
bund (DGB)

Bundeskongresse des DGB - Ent-  
schlieÙungen und Anträge zum  
Erziehungs- und Bildungswesen  
sowie zu Jugendfragen - 1949-1962,  
in: Gewerkschaftliche Beiträge  
zu Fragen der Berufsbildung,  
herausgegeben vom DGB-Bundes-  
vorstand, Abteilung Berufliches  
Bildungswesen, Heft 5,  
Düsseldorf 1963



Deutscher Gewerkschafts-  
bund (DGB)

Gewerkschaftliche Beiträge zu  
Fragen der Berufsbildung,  
herausgegeben vom DGB-Bundes-  
vorstand, Abteilung Berufliches  
Bildungswesen, Heft 1, Düsseldorf  
o. J., bis Heft 8, Köln 1965

Das DGB-Programm zur beruflichen  
Bildung. Als Manuskript gedruckt.  
Herausgegeben vom DGB-Bundesvor-  
stand, Abteilung Berufliches  
Bildungswesen, Düsseldorf o. J.

Der Bundestag wolle beschließen ...,  
Entwurf zu einem Berufsausbildungs-  
gesetz, Bochum o. J.

"Leitgedanken zum Zweiten Bildungs-  
weg", in: Informationen über das  
berufliche Bildungswesen 1961,  
Heft 5/6

Grundsatzprogramm des DGB,  
beschlossen auf dem Außerordent-  
lichen Bundeskongreß am 21. und  
22. November 1963 in Düsseldorf

Um die Ordnung der Berufsausbildung.  
Dokumentation, herausgegeben  
vom DGB-Bundesvorstand, Abteilung  
Berufliches Bildungswesen,  
Düsseldorf 1963

Die Wirtschaftsakademie, herausge-  
geben vom DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Angestellte und Abtei-  
lung Berufliches Bildungswesen,  
Köln 1965

Aktionsprogramm des DGB, in:  
DGB-Informationen zum beruflichen  
Bildungswesen 1965, Heft 4

Stufenausbildung in der Diskussion,  
herausgegeben vom DGB-Bundes-  
vorstand, Abteilung Berufliches  
Bildungswesen, Düsseldorf 1965

Deutscher Handwerks-  
kammertag (DHKT)

Jahresberichte 1955 - 1966, als  
Manuskripte gedruckt,  
Bad Wörishofen o. J.

"ein klarer Weg, ein sicheres  
Ziel", Bonn o. J.

Deutscher Handwerks-  
kammertag (DHKT)

Erfolg durch Weiterbildung.  
Wegweiser für den jungen Hand-  
werker zu Fach-, Werkkunst- und  
Ingenieurschulen sowie anderen  
Weiterbildungseinrichtungen,  
bearbeitet von Heinrich Hampe,  
3. Auflage, Dortmund 1964

Deutscher Industrie- und  
Handelstag (DIHT)

Berichte 1951 - 1968; o. O.  
1952 - 1969. Schriftenreihe,  
Heft 1 - 111; Bonn 1949 - 1968

Stellungnahme des Deutschen  
Industrie- und Handelstages  
"Zur Frage der Berufsnot der  
Jugendlichen", in: WuBE 1950,  
S. 243 - 248

Stellungnahme des Deutschen  
Industrie- und Handelstages zu  
einer Reform des Jugendschutz-  
Gesetzes vom 30. April 1938,  
in: WuBE 1951, S. 16 f.

Stellungnahme des Deutschen  
Industrie- und Handelstages zu  
den Bestrebungen auf Verbesserung  
des Jugendarbeitsschutzes im  
Hinblick auf die Erfordernisse  
der Berufsausbildung, in: WuBE  
1955, S. 57 f.

Stellungnahme des DIHT zur Ein-  
führung eines 9. Schuljahres,  
in: WuBE 1956, S. 101

DIHT-Stellungnahme "Keine Experi-  
mente in der Berufsausbildung",  
in: WuBE 1958, S. 44 - 46

Stellungnahme des Deutschen Industrie-  
und Handelstages zum Entwurf der  
Bundesregierung betr. Jugend-  
arbeitsschutzgesetz (Bundes-  
tagsdrucksache Nr. 317 vom  
3. April 1958), in: WuBE 1958,  
S. 181

DIHT-Stellungnahme zum "Rahmen-  
plan" des Deutschen Ausschusses  
für das Erziehungs- und Bildungs-  
wesen: "Wirtschaft und Bildungs-  
reform", in: WuBE 1960, S. 61

Deutscher Industrie- und  
Handelstag (DIHT)

Richtlinien für die Tätigkeit von  
Lehrwarten (Ausbildungsberatern)  
bei den Industrie- und Handels-  
kammern. Beschlossen vom Vorstand  
des Deutschen Industrie- und  
Handelstages am 4. Juni 1964;  
abgedruckt als Anhang in:  
DIHT-Schriftenreihe, Heft 96,  
S. 137 - 142

Empfehlungen und Ratschläge des  
DIHT zur Errichtung von Gemein-  
schaftslehrwerkstätten, Anhang  
in DIHT-Schriftenreihe, Heft 99,  
S. 168 - 170

Empfehlung des Deutschen Industrie-  
und Handelstages zur Lehrzeit-  
abkürzung aufgrund vorange-  
gangenen Schulbesuchs, Anhang  
in DIHT-Schriftenreihe, Heft  
104, S. 139 - 141

"Drei DIHT-Forderungen zum Be-  
rufsausbildungsgesetz", in:  
WuBE 1967, S. 13

Zeitgemäße Berufsausbildung,  
o. O. o. J. (1967)

DIHT-Verlautbarung: Volksschul-  
lehrermangel gefährdet berufliche  
Ausbildung, in: WuBE 1967,  
S. 36

DIHT-Verlautbarung "Verlängerung  
der Schulzeit hatte wenig  
Erfolg", in: WuBE 1967, S. 98

"Pläne, Modelle und Versuche".  
Von der Schule zum Beruf.  
Überlegungen der Wirtschaft,  
Bonn 1968

DIHT-Verlautbarung "Krisenfeste  
Arbeitsplätze durch gute  
Berufsausbildung", in:  
WuBE 1969, S. 76

DIHT und DHKT

Der internationale Berufswett-  
bewerb. Eine Dokumentation,  
Bonn o. J.

DIHT/Arbeitsgemeinschaft  
der Industrie- und  
Handelskammern

Richtlinien der Arbeitsgemein-  
schaft der Industrie- und  
Handelskammern zur Förderung  
des industriellen Meisternach-  
wuchses, in: WuBE 1949, Heft 5/6,  
S. 38 f.

DIHT/Arbeitsgemeinschaft  
der Industrie- und  
Handelskammern

Stellungnahme der Arbeitsge-  
meinschaft der Industrie- und  
Handelskammern zu den Schulreform-  
Plänen, in: WuBE 1949, Heft 7/8,  
S. 40 f.

DIHT: Unsere Meinung

(Hf.)

Zur Frage der Lehrwerkstätten  
bei Berufsschulen, in: WuBE 1957,  
S. 20

(Hf.)

Sind Lehrlinge "ein Geschäft",  
in: WuBE 1957, S. 215 - 217

(o. V.)

Das Berufseintrittsalter mit  
16 Jahren, in: WuBE 1959,  
S. 22 f.

(o. V.)

Das Handwerk - die Lehrwerk-  
stätte der deutschen Wirtschaft,  
in: WuBE 1959, S. 163 f.

(G.)

Fachausbildung bedeutet nicht  
Spezialisierung, in: WuBE 1959,  
S. 204

(o. V.)

Berufsausbildungsgesetz ein  
Schritt zum Perfektionismus,  
in: WuBE 1960, S. 74 f.

(o. V.)

Die Aufgabe einer Höheren  
Wirtschaftlichen Lehranstalt,  
in: WuBE 1961, S. 178 f.

(o. V.)

Leitgedanken des Deutschen  
Gewerkschaftsbundes zum zweiten  
Bildungsweg, in: WuBE 1961,  
S. 195 f.

(o. V.)

vorsicht nebel, in: WuBE 1961,  
S. 239

(Hf.)

Eine neue Berufsausbildungs-  
abgabe?, in: WuBE 1962, S. 77 f.

(Ditlmann)

Zweiter Berufsschultag?,  
in: WuBE 1962, S. 97

(o. V.)

Warum auch nicht?!, in:  
WuBE 1962, S. 177 f.

(o. V.)

Bundesregierung verschleppt  
Berufsausbildungsgesetz,  
in: WuBE 1963, S. 77

(o. V.)

"Berufsausbildung zweitrangig?",  
in: WuBE 1963, S. 98

DIHT: Unsere Meinung

- (S.) Die Jugendverbände zum Berufsausbildungsgesetz, in: WuBE 1964, S. 17
- (Hll) Ein fatales Schlagwort, in: WuBE 1964, S. 159
- (W.) "Das 10. Schuljahr kommt bestimmt", in: WuBE 1964, S. 194 - 196
- (S.) "Wie neutral ist der Betrieb?", in: WuBE 1964, S. 220
- (S.) "Warum werden unsere Lehrlinge immer schlechter?", in: WuBE 1965, S. 76
- (Ge.) Reform der Finanzierung der Berufsausbildung, in: WuBE 1969, S. 36 f.
- (Ge.) Vollbeschäftigung erschwert die Lehrlingsausbildung, in: WuBE 1969, S. 58
- (Ge.) Lehrlingsausbildung in Deutschland, in: WuBE 1969, S. 77 f.
- (o. V.) Finanzierung und Reform der beruflichen Bildung - zu einer Polemik, in: WuBE 1969, S. 135 - 137
- Deutscher Verband der Gewerbelehrer (DVG) EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 7./9. 4. 1949 in Recklinghausen, betreffend "Frage des 9. Schuljahres"; betreffend "Ausbildung der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen"
- EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 5. 10. 1951 in Minden/Westfalen, betreffend "Frage der Ausbildung der Gewerbelehrer und Gewerbelehrerinnen"
- EntschlieÙung der Vertreterversammlung am 3. - 7. Juni 1952 in Frankfurt, betreffend "Bildungsweg der werktätigen Jugend"; betreffend "Ausbildung der Gewerbelehrer"

Deutscher Verband der  
Gewerbelehrer (DVG)

EntschlieÙung der Vertreter-  
versammlung am 15. und 16. Mai 1953  
in Osnabrück, betreffend  
"Neue Handwerksordnung des Bundes"

EntschlieÙung der Vertreter-  
versammlung am 3. Juni 1954 in  
Bielefeld, betreffend "3. Deutscher  
Berufsschultag, Bewahrung des  
Menschen in der Entwicklung der  
Technik"

Eingabe des DVG am 8. April 1957  
an die KMK, betreffend "Besoldung  
der Gewerbelehrer"

Schulprogramm des Deutschen  
Verbandes der Gewerbelehrer,  
o. O., o. J. (31. Oktober 1957)

Schulpolitische EntschlieÙung  
des Landesverbandes Bremen,  
in: DBbSch 1958, S. 257

EntschlieÙung der Vertreterver-  
sammlung 1958 in Hamburg,  
betreffend "Verlängerung der  
Schulpflicht"; betreffend  
"Aufgaben der Gewerblichen  
Berufsschulen"; betreffend  
"Zusammensetzung des Deutschen  
Ausschusses für das Erziehungs-  
und Bildungswesen"

EntschlieÙung der Vertreterver-  
sammlung am 2. Mai 1959 in  
Freiburg im Breisgau, betreffend  
"Hochschulbildung der Gewerbe-  
lehrer"

Stellungnahme (beschlossen vom  
erweiterten Vorstand des DVG am  
19. und 20. Juni 1959 in Bad  
Hersfeld) zum "Rahmenplan zur  
Umgestaltung und Vereinheit-  
lichung des allgemeinbildenden  
öffentlichen Schulwesens"

EntschlieÙung der Vertreterver-  
sammlung am 30. Mai 1960 in  
Berlin, betreffend "Gestaltung  
des zweiten Bildungsweges";  
betreffend "Politische Bildung  
und Erziehung in berufsbildenden  
Schulen"; betreffend "9. und  
10. Vollschuljahr für den  
Nachwuchs in praktischen Berufen";  
betreffend "Ausbau des berufs-  
bildenden Schulwesens"

Deutscher Verband der  
Gewerbelehrer (DVG)

Vorschlag vom 20. September 1961  
"Zur Neufassung der Gruppen-  
bezeichnungen im Gebiete des  
berufsbildenden Schulwesens"

7. Deutscher Berufsschultag,  
Essen 13./14. Juni 1962,  
Berufsbildungsplan des DVG,  
Teil I, Die vierjährige  
Berufsgrundschule

Eingabe des DVG, VDDH, BLB an  
die KMK vom August 1962,  
betreffend "Einrichtung eines  
ständigen Ausschusses 'Berufs-  
bildende Schulen'"

Sitzung des Hauptvorstandes am  
21. und 22. September 1962 in  
Kassel, vgl. DBbSch 1962,  
S. 792 - 794

Tagung des Ständigen Ausschusses  
Pädagogik in Marburg am  
31. Januar 1964, in:  
DBbSch 1964, S. 436 - 441

Entschließung der Vertreter-  
versammlung am 19. Mai 1964 in  
Hannover, betreffend "Frage der  
Zuordnung eines 9. und 10. Schul-  
jahres, in: DBbSch 1964, S. 560;  
betreffend "Neuordnung des  
Berufsausbildungswesens", in:  
DBbSch 1964, S. 561 f.

Tagung des Ständigen Ausschusses  
Pädagogik in Bremen am  
20. November 1964, in: DBbSch  
1965, S. 68

Entschließung der Vertreter-  
versammlung am 3. Juni 1966 in  
München, betreffend "Ausbau des  
beruflichen Bildungsweges - ein  
Erfordernis der Bildungspolitik",  
in: DBbSch 1966, S. 544 f.;  
betreffend "Zulassung zum  
Hochschulstudium", in: DBbSch  
1966, S. 545; betreffend  
"Anpassung der Versorgungsberufe",  
in: DBbSch 1966, S. 546 f.

Deutscher Verband der  
Gewerbelehrer (DVG)

EntschlieÙung der Vertreterver-  
sammlung am 4. Juni 1966 in  
München, betreffend "Ausbildung  
für Assistentenberufe", in:  
DBbSch 1966, S. 545

Stellungnahme des Deutschen  
Verbandes der Gewerbelehrer  
zur Stufenausbildung, in:  
DBbSch 1966, S. 547

EntschlieÙung der Vertreter-  
versammlung am 12. Juni 1965  
in Bremen betreffend "Die Frage  
der Neugestaltung des berufs-  
bildenden Schulwesens", in:  
DBbSch 1965, S. 660; betreffend  
"Zur Frage der Freistellung von  
Schülern des Zweiten Bildungs-  
weges vom Wehrdienst", in:  
DBbSch 1965, S. 666;  
betreffend "Frage der finanziellen  
Förderung von Schülern des zweiten  
Bildungsweges"

EntschlieÙung der Vertreter-  
versammlung des Landesverbandes  
Niedersachsen am 17./18. Juni  
1966 in Osnabrück, in: DBbSch 1966,  
S. 658 f.

Stellungnahme zu Folge 7/8 der  
Empfehlungen und Gutachten des  
Deutschen Ausschusses für das  
Erziehungs- und Bildungswesen,  
Krefeld (Juli) 1966

DVG (Verbandsnachrichten)  
(o. V.)

Verbandsnachrichten, in:  
DBbSch 1962, S. 448 - 450

(o. V.)

Verbandsnachrichten: Der Deutsche  
Verband der Gewerbelehrer (DVG)  
spricht mit dem Deutschen  
Handwerkskammertag (DHKT) über  
Berufsbildungsfragen, Sitzung  
am 16. März 1962 in Bonn, in:  
DBbSch 1962, S. 449 f.

(o. V.)

Verbandsnachrichten (Landesverband  
Nordrhein-Westfalen), in:  
DBbSch 1963, S. 654 f.



Deutscher Verband für  
das kaufmännische  
Bildungswesen

Stufenausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, Veröffentlichungen Band 26, neue Folge, Braunschweig 1966

Deutsches Industrie-  
institut (DI)

Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, 1. Folge 1958 bis 22. Folge 1967 (Köln)

Erwachsenenbildung in der Wirtschaft; Diskussionsvorlage für das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Köln 1962

Bildung und Wissenschaft in wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Sicht, in: Vortrags- und Lehrunterlagen der wirtschafts- und sozialpolitischen Grundinformationen IV 18 1965, Nr. 4, herausgegeben von der Bildungsabteilung des DI

Dierks, D.

Erziehungsbeihilfe oder Arbeitslohn für Lehrlinge, in: WuBE 1955, S. 34 - 36

Dinter, Hugo

Duale Berufsausbildung - gemeinsame Berufserziehung, in: BPZ 1965, S. 54 ff.

ders.

Recht und Möglichkeiten der Ausbilderförderung in der dualen Berufsausbildung, in: DBFSch 1966, S. 694 ff.

ders.

Zum Lehrherrn geeignet?, in: WuBE 1968, S. 64 - 67

ders.

Standort und Recht der beruflichen Erwachsenenbildung, in: WuBE 1968, S. 143 - 148

Disch, Franz O.

Berufsausbildung und Berufsauslese, in: WuBE 1952, S. 187 - 191

ders.

Aktuelle Fragen der Berufsausbildung aus der Sicht der Industrie- und Handelskammern, in: WuBE 1953, S. 8 f.

- Disch, Franz O. Der Kampf um die Erhaltung der betrieblichen Lehre, in: WuBE 1958, S. 103 - 105
- ders. Die Stellung der Wirtschaft zur Berufsschule, in: DBbSch 1962, S. 499 - 505
- Ditlmann, Klaus Wirtschaft und Volkshochschule, in: WuBE 1955, S. 51 f.
- ders. Wirtschaft und Bundesjugendplan, in: WuBE 1956, S. 203 - 205
- ders. Reform des Jugendarbeitsschutzes - Rückblick und Ausblick, in: WuBE 1957, S. 123 f.
- ders. Neuregelung des Jugendarbeitsschutzes, in: WuBE 1960, S. 169 f.
- ders. Die Höhere Wirtschaftsfachschule soll der Wirtschaftspraxis dienen, in: WuBE 1963, S. 85 - 88
- ders. Englisch-Berufsausbildungsgesetz, in: WuBE 1964, S. 61 f.
- Dörschel, Alfons Kritik an den Vorschlägen des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: DBFSch 1966, S. 81 - 85
- Dübber, U. An den Stellwerken der Macht, in: Die neue Gesellschaft 1962, Heft 2
- Düren, Albrecht Um die Zukunft der Berufsausbildung, in: WuBE 1960, S. 224 - 228
- ders. Wirtschaft und betriebliche Berufsausbildung, in: Der Arbeitgeber 1965, S. 612 - 616
- ders. Zu Leitgedanken des DIHT über die Zukunft der Berufsbildung, in: DIHT-Schriftenreihe, Heft 70, S. 50 - 58

- Ebeling, Friedrich                   Gehen die Schulentlassenen den rechten Weg?, in: DLw 1958, S. 39 - 41
- Ehlers                                 Verdient der Lehrherr am Lehrling?, in: WuBE 1964, S. 86 - 89
- Ehrhard, Ludwig                    Ansprache auf dem 3. Kulturpolitischen Kongreß der CDU, in: Bildung in der modernen Welt, Presse- und Informationsdienste der CDU (Herausgeber), Bonn 1965
- Eichler, Wolfgang                  Bildungsprobleme und Bildungspolitik aus der Sicht der Unternehmer, in: Bildungsfeld Wirtschaft, Schriftenreihe der BDA, Heft 39, Köln 1965
- Eichwede, Günther                  Zur Berufsbildungspolitik des Deutschen Industrie- und Handeltages, in: WuBE 1961, S. 204 - 207
- ders.                                 Die zehn allgemeinen Grundsätze der EWG für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung, in: DIHT-Informationen für Presse und Rundfunk, herausgegeben von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, 16/63 vom 13. Mai 1963
- ders.                                 Das 9. Volksschuljahr, in: WuBE 1964, S. 134
- ders.                                 Berufsausbildung vollzieht sich im Betrieb; Ausbildungsleistung als Visitenkarte des Unternehmers, in: Der Arbeitgeber 1965, S. 626 - 628
- Einhaus, E.                          Das Übungskontor im Meinungsstreit, in: WuE 1954, S. 516 - 520
- Eppig, Rudolf                        Mit den Berufsberatern ständig Fühlung halten!, in: DLw 1954, S. 355 - 357
- ders.                                 Dies ist wohl nicht der richtige Weg, in: DLw 1955, S. 137 f.

- Eppig, Rudolf Eignungsprüfungen bewähren sich,  
in: DLw 1956, S. 117 - 119
- ders. Heute "Zeit" - Morgen "Leistung",  
in: DLw 1957, S. 10 - 12
- Erbe, Walter Ohne Freiheit keine Bildung,  
in: Freie Bildung und Erziehung  
1/1965
- ders. Berufsbildendes Schulwesen und  
Berufsbildung, in: FDP, Kultur-  
politische Mitteilungen 2/1965
- Fielmann, Wilhelm Die Verlängerung der Schulpflicht  
als Anpassung des Schulsystems  
an eine sich wandelnde Welt,  
in: DBbSch 1958, S. 79 - 83
- ders. Idee und Gestalt einer Bildungs-  
phase zwischen der herkömmlichen  
Volks- und Berufsschule, in:  
DBbSch 1959, S. 103 - 108
- ders. Die Berufsschule von morgen -  
eine vierjährige Berufsgrund-  
schule, in: DBbSch 1962,  
S. 484 - 499
- ders. Aufgaben der Schule bei der  
beruflichen Bildung, in:  
liberal 3/1964
- Franke, A. Zur Frage der Weiterbildung der  
kaufmännischen Angestellten,  
in: WuBE 1952, S. 115 - 118
- ders. Die "Höhere Kaufmännische  
Fachschnle" die Schule für  
Kaufleute, in: WuBE 1957,  
S. 43 - 48
- Freie Demokratische  
Partei (FDP) Berliner Programm der Freien  
Demokratischen Partei. Beschlossen  
und verkündet durch den VIII.  
Ordentlichen Parteitag am  
26. Januar 1957 in der Reichs-  
hauptstadt, o. O., o. J.  
  
Die politischen Parteien in der  
Bundesrepublik Deutschland:  
Die Freie Demokratische Partei,  
bearbeitet von der Abteilung  
Werbung und Information in der  
Bundesparteileitung der FDP,  
Bonn o. J. (1957)

Freie Demokratische  
Partei (FDP)

Kulturpolitische Thesen der  
Freien Demokratischen Partei,  
o. O., o. J. (um 1961)

Liberales Kulturforum vom  
8. bis 9. April 1964 in  
Stuttgart, Thesen, in:  
liberal 3/1964

Von der Wohlstandsgesellschaft  
zur Bildungsgesellschaft. Abschluß-  
bericht des Arbeitskreises  
Bildungspolitik auf dem XV. Bundes-  
parteitag der FDP in Duisburg,  
Juni 1964, in: liberal,  
Sonderheft 4/1964

Stellungnahme des Kulturpoli-  
tischen Bundesausschusses zu  
den Empfehlungen und Gutachten  
des Deutschen Ausschusses für  
das Erziehungs- und Bildungswesen  
zum Aufbau der Hauptschule,  
Sonderdruck, o. O., o. J. (1964)

Der Föderalismus in der Kultur-  
politik, in: FDP, Bildungspolitik,  
Blatt 4, o. O., o. J. (1965)

Vom Wohlstand zur Bildung.  
Die Bildungs- und Ausbildungs Poli-  
tik der Freien Demokratischen  
Partei, o. O., o. J. (1965)

Stellungnahme des Kulturpolitischen  
Landesausschusses Schleswig-  
Holstein "Zur Neuordnung des  
Berufsausbildungswesens", in:  
FDP, Kulturpolitische Mitteilungen  
2/1965

Antwort Mende auf die Befragungs-  
aktion des DGB, in: BB 1965,  
Heft 2, S. 7

Bundes- und Landtagsfraktions-  
vorsitzendenkonferenz, 13. bis  
15. Januar 1966 (Ergebnisbericht),  
in: Kulturpolitische Mitteilungen  
der Freien Demokratischen Partei.  
Herausgeber: Luchtenberg, Paul;  
verantwortlich Haferland, Hans;  
Bonn, 1/1966

Ziele des Fortschritts. Aktions-  
programm der FDP. Thesen zur  
liberalen Wirtschaftspolitik, in:  
fdk, Fachdienst für Kultur- und  
Bildungspolitik der FDP,  
vom 9. Mai 1967

- Frentzel, Gerhard Die Industrie- und Handelskammern und ihre Spitzenorganisationen in Staat und Wirtschaft, in: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung, herausgegeben aus Anlaß der 100-Jahr-Feier des Deutschen Industrie- und Handelstages, Frankfurt am Main 1961
- Freybe, Günter Die Ausbildung des Lehrlings im ersten Lehrjahr, in: DLw 1954, S. 231 f.
- ders. Voraussetzungen zur Abkürzung der Lehrzeit, in: DLw 1954, S. 313 f.
- ders. Träger der Übungswerkstätten: Das Handwerk!, in: DLw 1956, S. 178 - 181
- ders. Ist das alles wirklich notwendig?, in: DLw 1956, S. 359 - 361
- ders. Welchen Schutz hat die Jugend am nötigsten, in: DLw 1957, S. 326 - 328
- ders. Rechtfertigt die körperliche Gesundheit der Jugend weitere Arbeitszeitverkürzungen?, in: DLw 1960, S. 46 - 49
- ders. Berufserziehung und Berufsausbildung in der Praxis, in: DLw 1961, S. 354 - 357
- ders. Berufserziehung und Berufsausbildung in der Sicht des Handwerks, in: DLw 1962, S. 13 - 16
- ders. Bewährte Ausbildung im Handwerksbetrieb, in: DLw 1965, S. 109 - 116
- ders. Neue Ausbildungsformen im Handwerk, in: DLw 1965, S. 355 - 358

- Freybe, Günter Fachschulunterricht auch in Zukunft, in: DLw 1966, S. 167 - 169
- ders. Die Zwischenprüfung der Lehrlinge, in: Berufserziehung zwischen Tradition und Fortschritt, Festgabe für Friedrich Schlieper zu seinem 70. Geburtstag, herausgegeben von Wolfgang Stratenwerth, Köln 1967
- Friderichs, Hans Berufsausbildung - Garantie unserer Zukunft, in: fdk, Fachdienst für Kultur- und Bildungspolitik der FDP, vom 21. November 1966
- Funcke, Liselotte Zur Schlußsitzung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: Kulturpolitische Mitteilungen der Freien Demokratischen Partei, Heft 4, Bonn 1965
- G. Die Elitenbildung der "Werkstätigen" als pädagogisches Problem der Berufsschule, in: DBbSch 1957, S. 726 - 732
- Gericke, Werner Zur Berufsordnung, in: WuBE 1951, S. 267 - 272
- ders. Ist Einheitlichkeit in der Berufsausbildung wünschenswert?, in: WuBE 1951, S. 272 f.
- ders. Berufsfördernde Grundausbildungslehrgänge im Rahmen des Bundesjugendplanes, in: WuBE 1952, S. 226 - 228
- ders. Um die Einheit und den Bestand von Erziehung und Bildung, in: WuBE 1952, S. 236 - 239
- ders. Wirtschaft und Volksschule, in: WuBE 1953, S. 64 - 66
- ders. Berufserziehung von morgen, in: WuBE 1954, S. 207 - 210

- Gericke, Werner Förderung der Allgemeinbildung der Jugend, in: WuBE 1958, S. 222 - 226
- ders. Die Gemeinschaftslehrwerkstatt der Industrie- und Handelskammer Lübeck, in: WuBE 1959, S. 198 - 200
- ders. Grundschulen und Grundausbildung, in: WuBE 1961, S. 110 - 114
- ders. Warum Gemeinschaftslehrwerkstätten, in: WuBE 1964, S. 27 - 31
- ders. Zur Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Lehrbetrieb, in: WuBE 1965, S. 213 - 215
- ders. Bildungspolitische Diskussion auf der Tagung des Verbandes der Geschäftsführer Deutscher Industrie- und Handelskammern, "Erwachsenenbildung als Kammeraufgabe", in: WuBE 1967, S. 31 f.
- Gerstenmaier, Eugen Freiheit - wozu?, in: Erziehung, Bildung, Ausbildung; Presse- und Informationsdienste der CDU (Herausgeber), Bonn 1961
- Götz, A. Die Erziehungsbeihilfe im Handwerk, in: DLW 1960, S. 76
- ders. DGB-Programm zur Ausbildung, in: DLW 1965, S. 283 - 286
- Gohr, K.-H. Der Beruf muß Mittelpunkt bleiben!, in: DLW 1957, S. 9 f.
- Gr. Die berufliche Erwachsenenbildung, Einleitung, in: DBbSch 1963, S. 445
- Gr. Berufsbegleitend, in: DBbSch 1965, S. 79 - 81
- Gr. Berufsvorbildung - Berufsgrundausbildung, in: DBbSch 1965, S. 235 f.



- Gr. Das duale System, in:  
DBbSch 1965, S. 391 - 393
- Gr. Der Leistungsstand der Volksschüler ..., in: DBbSch 1967,  
S. 1 f.
- Gress, Werner Lehrjahre für die Katz?,  
in: DLw 1963, S. 319 - 325
- ders. Zur Neuordnung des Bildungswesens, in: DLw 1964, S. 331 - 334
- ders. Gegen Vollzeitberufsschulunterricht, in: DLw 1965,  
S. 91 - 96
- ders. Stufenausbildung - Kein Modell für das Handwerk, in: DLw 1966,  
S. 307 f.
- ders. Entwürfe für ein Berufsausbildungsgesetz, in: DLw 1966,  
S. 355 - 359
- ders. Konzentration auf wenige Berufe, in: DLw 1967, S. 157 - 160
- Grether, O. Die Wirtschaftlichkeit der Lehrlingsausbildung, in: WuBE 1951, S. 63 - 65
- Grüner, Gustav Die Elitenbildung der "Werk-tätigen" als pädagogisches Problem der Berufsschule, in: DBbSch 1957, S. 726 - 732
- ders. Arten der Berufsschulwerkstätten, in: DBbSch 1961,  
S. 74 - 76
- ders. Politische Ideologien - und berufspädagogisches Denken, in: DBbSch 1961, S. 165 - 167
- ders. Nachwort zur Diskussion um die Schulwerkstätten, in: DBbSch 1961, S. 501 f.
- ders. Das duale System, in: DBbSch 1965, S. 391 - 393
- ders. Das berufsbildende Sekundarschulwesen, in: DBbSch 1966,  
S. 498 - 508

- Günther  
Wirtschaft und Mittlere Schule,  
in: WuBE 1951, S. 148 - 151
- Hagebölling, Walter  
Die überbetriebliche Ausbildung  
der Lehrlinge, in: DLw 1954,  
S. 66 - 68
- ders.  
Die Befähigung zur Anleitung  
von Lehrlingen, in: DLw 1954,  
S. 306 - 308
- Hahn  
Kulturpolitik und Bildungsplanung,  
in: Bildung in der modernen  
Welt, Presse- und Informations-  
dienste der CDU (Herausgeber),  
Bonn 1965
- Hamm-Brücher, Hildegard  
Bildung des einzelnen entscheidet  
die Zukunft aller. Rede auf dem  
16. Bundesparteitag in Frankfurt  
am Main 1965. Herausgegeben  
von der Bundesparteileitung  
der Freien Demokratischen Partei,  
Bonn o. J.
- dies.  
Liberale Bildungspolitik 1964,  
in: liberal, Sonderheft 4/1964
- dies.  
Perspektiven einer freiheitlichen  
Bildungsgesellschaft. Als  
Referat auf dem Bundeskongreß  
der FDP in Göttingen am  
7. Juli 1965 gehalten, Sonderdruck
- dies.  
Aufgaben und Ziele liberaler  
Bildungspolitik, in: Freie  
Bildung und Erziehung 1/1965
- Hampe, Heinrich  
Gedanken zum Problem der  
Zwischenprüfung, in: DLw 1954,  
S. 18 f.
- ders.  
Falsche Töne, in: DLw 1961,  
S. 287 - 289
- ders.  
Falsche Töne, Antwort auf einen  
aggressiven Artikel, in:  
DBbSch 1962, S. 46 - 49
- ders.  
Berufserziehung und Bildungs-  
reform, in: DLw 1962, S. 284 f.
- ders.  
Handwerksmeister als Fachlehrer,  
in: DLw 1963, S. 35

- Handwerkskammer-Berichte      Düsseldorf, in: DLw 1958, S. 175  
und 1960, S. 80 - 82
- Flensburg, in: DLw 1966, S. 10 - 13
- Hansen, Walter      Die Lehre dient der Vorbereitung  
auf den Beruf!, in: DLw 1954,  
S. 207 f.
- ders.      Lehrlinge von heute - Meister  
von morgen, in: DLw 1954, S. 341 f.
- Hauenstein, Fritz      Die Gründerzeit der Wirtschafts-  
verbände, in: ORDO Jahrgang IX,  
1957, S. 43 - 64
- Hedderich, Günther      Keine Entwicklungsmöglichkeiten  
für junge Kaufleute, in:  
WuBE 1965, S. 183 - 188
- ders.      Die integrierte Gesamtschule -  
eine Ideallösung?, in:  
WuBE 1969, S. 8 - 11
- Heidtmann, Frank      Zum ideologischen Gehalt der  
Äußerungen der Bundesvereinigung  
der Deutschen Arbeitgeberverbände  
zum Zweiten Bildungsweg, in:  
DBFSch 1969, S. 416 - 427
- Heinz, Willi      Lehrlingsausbildung nicht  
zu leicht nehmen!, in:  
DLw 1954, S. 345 f.
- Heller, Franz      Die Meisterlehre in ihren  
Grundlagen sichern!, in:  
DLw 1960, S. 59 - 62
- Helling, H.      Die Berufsbezogenheit der  
Berufsaufbauschule, in:  
DBbSch 1960, S. 296 - 299
- ders.      Die "Eigenart" der Berufs- und  
Berufsaufbauschule, in:  
DBbSch 1961, S. 189 - 192
- ders.      Der Zweite Bildungsweg in der  
Sicht Schelskys, in:  
DBbSch 1962, S. 125 f.
- ders.      Es geht um die Relationen,  
in: DBbSch 1962, S. 617 f.

- Helling H. Der Bezug der polytechnischen Bildung zur Berufsausbildung, in: DBbSch 1964, S. 637 - 639
- Henning, Eberhard Schulkenntnisse bei Lehrbeginn. Trübe Erfahrungen eines Lehrherrn, in: WuBE 1968, S. 83 - 86
- Herbold, Rudi Die Abwanderung aus dem Handwerk, in: DLw 1958, S. 146 - 149
- Hf. Sind Lehrlinge ein Geschäft?, in: WuBE 1965, S. 51 f. und DLw 1965, S. 86 - 88
- h.k. Keine Scheuklappen, in: DBbSch 1962, S. 208 f.
- h.k. Die Organisation der Gewerbelehrer vor drei Jahrzehnten, in: DBbSch 1962, S. 367 - 369
- Hockelmann, Anton ... die guten Willens sind, in: DLw 1954, S. 2 f.
- ders. Gründung des Deutschen Jung- handwerkerbundes, in: DLw 1956, S. 341 - 344
- ders. Des Handwerks Ehre ist seine Leistung, in: DLw 1958, S. 203 f.
- Hoffmann, Ernst Schulreform und kaufmännisches Bildungswesen, in: WuBE 1950, S. 9 - 12
- ders. Rechtsfragen zum Thema "Nachlehre", in: WuBE 1953, S. 177 - 179
- ders. Entziehung der Ausbildungsbefugnis, in: WuBE 1958, S. 205 - 208
- ders. Richtlinien für die Eignung von Lehrbetrieben?, in: WuBE 1962, S. 6 - 9
- ders. Zum gegenwärtigen Stand der Industriemeisterausbildung in Westdeutschland, in: WuBE 1962, S. 27 - 32

- Hoffmann, Ernst                    Brauchen wir ein Berufsausbildungs-  
gesetz, in: WuBE 1962, S. 83 - 90
- ders.                                Über Berufsprognosen und Berufs-  
wechsel, in: WuBE 1965, S. 8 - 14
- ders.                                Die Ingenieurschulen, in:  
WuBE 1967, S. 47 - 52
- ders.                                Gibt es eine ideale Ordnung der  
Berufe, in: WuBE 1969, S. 87 - 92
- Hoffmann, K. M.                    Forderungen an ein neues liberales  
Bildungsprogramm, in: FDP,  
Kulturpolitische Mitteilungen  
3/1962
- Hofmann, Josef                    Berufsbildung in Schule und  
Betrieb, in: Bildung und Beruf  
in der modernen Gesellschaft,  
Presse- und Informationsdienste  
der CDU (Herausgeber), Bonn 1963
- Huth, Albert                        Begabungsstruktur und Wirtschafts-  
struktur, in: WuBE 1957, S. 48 - 50
- ders.                                Arbeitsanlagen und Arbeitscharakter,  
in: WuBE 1964, S. 104 - 111
- ders.                                Begabung und Bildung, in:  
WuBE 1967, S. 84 - 89
- Imle, Wolfgang                    Die gesetzliche Reform der  
Berufsausbildung, in:  
liberal 3/1964
- Industriegewerkschaft Metall    Berufsausbildung in der industriellen  
Gesellschaft. Eine Dokumentation.  
Schriftenreihe der IG Metall  
Nr. 37, 2. durchgesehene Ausgabe,  
Frankfurt/Main 1960
- Keine Verlängerung der Lehrzeit-  
dauer - sondern Verbesserung  
der Berufsausbildung. Stellung-  
nahme des Handwerksausschusses  
der IG Metall zur Berufsausbildung  
im Metallhandwerk, in: IbB 1963,  
Heft 3
- Berufsausbildung und beruflicher  
Bildungsweg. Eine Dokumentation.  
Herausgegeben vom Vorstand der  
IG Metall, Abteilung Berufs-  
ausbildung, Frankfurt/Main 1966

- Industriegewerkschaft Metall Funktionsbild des Industrielehrmeisters, herausgegeben vom Vorstand der IG Metall, Abteilung Berufsausbildung, o. O., o. J.
- Industrie- und Handelskammer-Berichte Bayreuth, in: WuBE 1966, S. 151  
Bonn, in: WuBE 1954, S. 56;  
1956, S. 172;  
1969, S. 113 f.  
Braunschweig, in: WuBE 1951, S. 279  
Dortmund, in: WuBE 1966, S. 115  
Essen, in: WuBE 1951, S. 61  
Eßlingen, in: WuBE 1964, S. 173  
Hagen, in: WuBE 1958, S. 51  
Hamburg, in: WuBE 1954, S. 56  
Hamburg, Bericht 1966, S. 61 - 74  
Hamburg, in: WuBE 1968, S. 213  
Koblenz, in: WuBE 1969, S. 130  
Stuttgart, in: WuBE 1949, Heft 11, S. 157  
Stuttgart, in: WuBE 1956, S. 76  
Stuttgart, in: WuBE 1968, S. 54
- Industrie- und Handelskammer-Gemeinschaften Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung der Norddeutschen Industrie- und Handelskammern, V. Colloquium: Systematische Förderung betrieblicher Ausbilder. Initiativen der Industrie- und Handelskammern, Bielefeld 1962
- Janisch, R. Produktive Lehrarbeit im Lehrwerkstättenunterricht an österreichischen gewerblichen Berufsschulen, in: DBbSch 1961, S. 81 - 84
- Jeangros, Erwin Stilformen der Berufserziehung, in: DBFSch 1953, S. 2 f.
- Jung, Kurt Gesamtschule - Schule der Zukunft, in: fdk, Fachdienst für Kultur- und Bildungspolitik der Freien Demokratischen Partei, Bonn, Jahrgang 2/2, vom 20. März 1967, S. 2 - 4

- K. Erziehungsbeihilfe oder Lehrlingslohn, in: WuBE 1949, Heft 5/6, S. 1
- K. Öffentliche Lehrwerkstätten, in: WuBE 1949, S. 145
- K. Berufsausbildung 1950, in: WuBE 1950, S. 1 f.
- K. Die Berufsberatung, in: WuBE 1950, S. 97 f.
- K. Zur Behebung der Berufsnot der Jugendlichen, in: WuBE 1950, S. 241
- K. Um die Berufsschule, in: WuBE 1950, S. 265
- K. "Ausbeutung der Jugend", in: WuBE 1951, S. 73
- K. Gedanken zum neuen Bundesjugendplan, in: WuBE 1951, S. 169 f.
- K. Vom Wert der Betriebslehre, in: WuBE 1951, S. 241
- K. Das Industriemeisterproblem, in: WuBE 1952, S. 73 f.
- K. Begabtenförderung, in: WuBE 1953, S. 141 f.
- K. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: WuBE 1953, S. 181
- K. Nachwuchslenkung?, in: WuBE 1955, S. 61 f.
- K. Berufsausbildung an der Jahreswende, in: WuBE 1957, S. 1 f.
- K. Zur Jahreswende - Rückblick und Ausblick, in: WuBE 1963, S. 2
- K. Berufsausbildungsgesetz!?, in: WuBE 1964, S. 41 f.
- K. Das Gutachten, in: WuBE 1965, S. 21
- K. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: WuBE 1965, S. 141
- K. Der Deutsche Bildungsrat, in: WuBE 1965, S. 161
- K. Der Sonderschüler, in: WuBE 1966, S. 201

- Kabuschat, Heinz Die Scheinfirmenarbeit, in:  
DAG-Schriftenreihe, Heft 28,  
Hamburg 1955
- Kadow, Franz Ein ernstes Problem unserer Zeit,  
in: DLw 1955, S. 306 - 309
- Katzer, Hans Verbesserte Berufsausbildung,  
in: Politisch-Soziale Korrespondenz  
1966, Nr. 22
- Kautz, Kurt Vorschlag zur Einführung von  
Zwischenprüfungen in den Fach-  
berufen der Industrie,  
in: WuBE 1950, S. 117
- Kell, Adolf Einige Ungereimtheiten in der  
Diskussion um die Stufenausbildung  
des kaufmännischen Nachwuchses,  
in: DBFSch 1967, S. 99 - 105
- ders. Die Folgerungen aus der Haupt-  
schulkonzeption für die Berufs-  
ausbildung, in: BLz 1968,  
Heft 1, S. 33 - 35
- ders. Die Stellung des Kaufmanns in  
der Wirtschaft, in: Moderner  
Ratgeber des Kaufmanns, heraus-  
gegeben von Ludwig Steinherr,  
München 1969, S. 13 - 46
- ders. Der Einfluß wirtschaftlicher  
Interessengruppen auf die Ordnung  
der Ausbildungsberufe,  
in: DBFSch 1969, S. 452 - 466
- Kemp, Tomas Schwarz-Weiß-Malerei. Buchbe-  
sprechung von Lempert, Wolfgang  
und Ebel, Heinrich: Lehrzeitdauer,  
Ausbildungssystem und Ausbildungs-  
erfolg, in: Der Arbeitgeber,  
1965, S. 686 f.
- ders. Gefahren für die Berufsausbildung,  
in: Der Arbeitgeber, 1968,  
S. 151 f.
- Kerkhoff, H. Verzichtet die "Berufsschule von  
morgen" auf den 2. Berufsschul-  
tag?, in: DBbSch 1958, S. 17 f.



- Kerkhoff, H. Die schulpolitische Situation der berufsbildenden Schulen, in: DBbSch 1961, S. 28 - 32
- ders. Angriff auf die Berufsaufbau-  
schule, in: DBbSch 1961,  
S. 113 - 117
- ders. Walter Krefting als Verbandsmann  
und Begründer dieser Zeitschrift,  
in: DBbSch 1962, S. 408 - 410
- ders. Ewald Baar, in: DBbSch 1962,  
S. 386 - 393
- Keunecke, Helmut Kammern und Erwachsenenbildung,  
in: WuBE 1967, S. 106 - 109
- Kg. Engere Zusammenarbeit zwischen  
Wirtschaft und Volkshochschule,  
in: WuBE 1967, S. 43
- Kiefer, Josef Die Berufsausbildung im Handwerk,  
in: DLw 1956, S. 199 - 203
- Kieslinger, Adolf Staat und Berufsausbildung.  
Gedanken zu einer zeitnahen Frage,  
in: WuBE 1949, Heft 1, S. 2 f.
- ders. Berufsausbildung am Scheideweg?,  
in: WuBE 1950, S. 4 - 6
- ders. Wesen und Wert der betrieblichen  
Lehre als Kern der Berufserziehung,  
in: WuBE 1953, S. 146 - 150
- ders. Wirtschaft und Erziehung,  
in: WuBE 1955, S. 5 - 8
- ders. Zeitgemäße Berufsausbildung,  
in: WuBE 1956, S. 230 - 233
- ders. Berufliche Weiterbildung der  
Fachkräfte, in: WuBE 1957,  
S. 62 - 65
- ders. Förderung der betrieblichen  
Ausbilder - eine vordringliche  
Aufgabe, in: WuBE 1961, S. 64 - 69
- ders. 20 Jahre Berufsausbildung in  
der Bundesrepublik Deutschland  
(1945 - 1965), in: WuBE 1967,  
S. 69 - 72; 92 - 95; 110 - 112;  
151 - 153; 190 - 192

- Kieslinger, Rainer M.                    Zur bildungspolitischen Situation,  
in: WuBE 1969, S. 121
- Kind, Werner                            Zum Selbstverständnis des  
Handwerks, in: Berufserziehung  
zwischen Tradition und Fort-  
schritt, Festgabe für Friedrich  
Schlieper zu seinem 70. Geburts-  
tag, herausgegeben von  
Wolfgang Stratenwerth, Köln 1967
- Kirsten, Robert                        BDA-Präsident fordert Einfluß  
der Wirtschaft ..., in:  
WuBE 1967, S. 14
- Klatt, Walter                          Wirtschaftsbildung ist Allgemein-  
bildung, in: WuE 1956, S. 72 - 77
- Kolbenschlag, Heinrich                Handwerksordnung und Gewerbe-  
lehrerschaft, in: DLw 1954,  
S. 9 - 11
- ders.                                    Das Handwerk und seine Nachwuchs-  
politik, in: DLw 1960,  
S. 147 - 150
- ders.                                    Nachwuchswerbung - ein Gebot  
der Stunde, in: DLw 1963,  
S. 139 - 142
- ders.                                    Wandlungen der Meisterlehre, in:  
Kulturpolitik und Menschenbildung,  
Festschrift für Paul Luchtenberg,  
herausgegeben von Lore Reinmöller,  
Neustadt/Aich 1965, S. 347 - 360
- ders.                                    Gegen Eingriffe in die Berufs-  
ausbildung, in: DLw 1967,  
S. 139 - 142
- ders.                                    Rahmenregelung statt Einheits-  
gesetz, in: Berufserziehung  
zwischen Tradition und Fortschritt,  
Festgabe für Friedrich Schlieper  
zu seinem 70. Geburtstag,  
herausgegeben von Wolfgang  
Stratenwerth, Köln 1967
- Kratzsch, Konrad                        Die Aufwendungen der Wirtschaft  
für die betriebliche Berufsaus-  
bildung, in: WWI-Mitteilungen  
1963, S. 304 - 309

- Krause, Erwin Die Ausbildung des Industrie-  
meisters als Weg zum Betriebs-  
erfolg, in: WuBE 1952, S. 76 f.
- ders. Zusammenarbeit zwischen Betrieb  
und Berufsschule, in: WuBE 1952,  
S. 248 - 250
- ders. Offene Worte zur Anerkennung von  
neuen industriellen Ausbildungs-  
berufen, in: WuBE 1955,  
S. 147 - 149
- ders. Internationale Leistungsvergleiche  
der Berufsausbildung, in:  
BPZ 1957, S. 15
- ders. Was wird aus dem 9. Schuljahr?,  
in: WuBE 1960, S. 64 - 67
- ders. Vordringliche Probleme der  
betrieblichen Berufsausbildung,  
in: WuBE 1964, S. 45 - 48
- ders. Kernpunkte der betrieblichen  
Berufsausbildung, in:  
DBFSch 1967, S. 89
- ders. Neustrukturierung der beruflichen  
Bildung, Wege in die Zukunft,  
herausgegeben von der ABB,  
Berlin, Köln, Frankfurt 1969
- Kreth, Hermann Aufbau und Einrichtung von  
Demonstrationsräumen und Versuchs-  
werkstätten für das Metallgewerbe  
an berufsbildenden Schulen,  
in: DBbSch 1957, S. 514 - 522
- ders. Demonstration und Versuch - eine  
Voraussetzung für konkrete  
Schülervorstellungen, in:  
DBbSch 1961, S. 88 - 91
- Krupp, Friedrich Rahmenplan zur Stufenausbildung,  
Arbeitsunterlagen, 1. Teil,  
Gewerbliche Berufsausbildung,  
herausgegeben von Friedrich Krupp,  
Stabsabteilung Personal,  
Essen 1965
- L. Rund um die Berufsausbildung,  
in: DLw 1967, S. 49 - 52

- Lehnert  
Nachwuchsfragen des Handwerks  
in der Diskussion, in: DLw 1959,  
S. 135 - 138
- Leimig, Josef  
Berufsbildung - zeitgemäß?,  
in: GBB, Heft 2, o. O., o. J.,  
S. 13 - 15
- ders.  
DGB-Bundestagung für Berufs-  
bildung, in: IbB 1961, Heft 10
- ders.  
Ist die betriebsgebundene Berufs-  
ausbildung die für Deutschland  
gemäße Form?, in: Beiträge zur  
Reform der Berufserziehung,  
o. O., o. J.
- Leiss, Manfred  
Handwerkliche Berufsausbildung  
im Zeichen zunehmender Speziali-  
sierung, Referat (Zusammenfassung)  
auf der 2. Bezirkshandwerkerskonferenz  
der IG Metall in Hameln,  
am 7. Oktober 1963
- ders.  
Durch Stufenausbildung zu einer  
leistungsorientierten Berufsordnung,  
in: Stufenausbildung in der  
Diskussion, herausgegeben vom  
DGB-Bundesvorstand,  
Düsseldorf 1965
- Lemke, Horst  
Ja zur Stufenausbildung!, in:  
Stufenausbildung in der Diskussion,  
DGB-Bundesvorstand, Abteilung  
Berufliches Bildungswesen,  
Düsseldorf 1965
- ders.  
Ein Schritt nach vorn in der  
Stufenausbildung, in: BB 1966,  
Heft 12, S. 1 - 6
- Lempert, Wolfgang  
Berufsbildung und Demokratie,  
in: Neue Sammlung 1965,  
S. 313 - 324
- Lenneper, P.  
Für und wider die Stufenausbildung,  
in: DLw 1967, S. 27 - 30
- Letz, Georg  
Liberalismus heute. Schriftenreihe  
der Freien Demokratischen Partei,  
Heft 1, herausgegeben von der  
FDP, Bonn o. J. (um 1957)

- Leuze, Eduard Harmonisierung der Berufsausbildung in der EWG, in: liberal 3/1964
- Lienenbürger Handwerk und Berufsberatung, in: DLw 1955, S. 194 - 198
- Lübsen, W. Berufsschule und Kaufmannsgehilfenprüfung, in: WuBE 1953, S. 94
- Lumpp, Paul Praktische Fachkunde in Baden-Württemberg, in: DBbSch 1961, S. 76 - 80
- Maaßen, N. und Zeiger, Ph. Handelsschule und Realschule, in: WuE 1954, S. 161 - 171
- Mann, Werner Zur Neuordnung der kaufmännischen Berufsausbildung, in: WuBE 1964, S. 203 - 211
- Marwedel, Friedrich Zu einigen Bildungsfragen unserer Zeit - Thesen zu Fragen der Volksschule, des berufsbildenden Schulwesens und der Erwachsenenbildung aus der Sicht der Wirtschaft, in: WuBE 1965, S. 5 - 8
- Mende, Erich Weitsicht entscheidet unsere Zukunft, in: FDP-Politiker stehen Rede und Antwort. 16. Bundespartei-tag der Freien Demokraten in Frankfurt am Main, 22. bis 23. März 1965. Herausgegeben von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei, Bonn o. J.
- Metzger, Karl Das Ausbildungssystem den Verhältnissen anpassen, in: DLw 1954, S. 38 f.
- Mischnik, Wolfgang Antwort an den VDS betreffs Ausbildungsförderung, in: fdk, Fachdienst für Kultur- und Bildungspolitik der FDP, 10/1967 vom 10. Juli 1967
- ders. Moderne Gesellschaft schafft Freiheit, in: FDP-Politiker stehen Rede und Antwort. 16. Bundespartei-tag der Freien Demokraten in Frankfurt am Main, 22. bis 23. März 1965. Herausgegeben von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei, Bonn o. J.

- ML. Die überbetriebliche Berufsausbildung im Handwerk, in: DBbSch 1966, S. 126 - 130
- Moersch, Karl Keine Schulreform ohne Reform der Lehrerbildung, in: fdk, Fachdienst für Kultur und Bildungspolitik, herausgegeben von der FDP, Jahrgang 2/2, vom 20. März 1967
- Moll, Eva Arbeitsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Berufsausbildung, in: Gewerkschaftliche Beiträge zu Fragen der Berufsausbildung, Heft 1, o. O., o. J., S. 11 - 23
- Molle, Fritz Sinnvolle Berufsnachwuchspolitik oder "laissez faire"?, in: WuBE 1960, S. 47 - 49
- Mollenhauer, Klaus Pädagogik und Rationalität, in: DDSch 1964, S. 665 - 676
- Münchmeyer, Alwin Aktuelle Fragen der Berufsausbildung, in: WuBE 1962, S. 95 f.
- n. Die Berufsausbildung darf nicht Schaden leiden, in: WuBE 1960, S. 181
- Nyssen, Friedhelm Gewerkschaft und Schule, in: DBFSch 1969, S. 428 - 435
- ders. Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände auf Lehrer, in: DBFSch 1969, S. 436 - 445
- O. G. Lehrwerkstatt und Betrieb, in: WuBE 1950, S. 86
- ohne Verfasser:  
(Handwerk) Der "Lehrlingswart" im neuen Jahr, in: DLw 1954, S. 1  
Ordnungsgrundsätze der Meisterlehre, in: DLw 1954, S. 3 - 6  
Stiftung für die Begabtenförderung im Handwerk, in: DLw 1954, S. 53 f.  
Vor den mageren Jahren, in: DLw 1954, S. 337

ohne Verfasser:

(Handwerk)

Appell an das soziale Verantwortungsbewußtsein, in: DLw 1955, S. 50 f.

Die Bedeutung der Berufserziehung im Handwerk, in: DLw 1955, S. 114 f.

Leistungswettkampf 1955, in: DLw 1955, S. 177

Vom Wert des Sparens, in: DLw 1955, S. 321

Handwerk für Nachwuchsausbildung überflüssig?, in: DLw 1955, S. 338 f.

Berufsberatung - Helferin des Handwerks, in: DLw 1956, S. 52

Bewährte Handwerkslehre, in: DLw 1956, S. 193

Jugendförderung im Handwerk, in: DLw 1956, S. 210 - 213

Gründung des Deutschen Jugendhandwerkerbundes, in: DLw 1956, S. 341 - 344

Ausbau der überbetrieblichen Ausbildung, in: DLw 1956, S. 354 f.

Das Problem der Lehrzeitdauer im Handwerk, in: DLw 1956, S. 357 - 359

Eignung soll entscheiden!, in: DLw 1957, S. 29

Dynamik der Meisterlehre, in: DLw 1957, S. 173

Probleme der handwerklichen Meisterlehre, in: DLw 1957, S. 190 - 192

9. Schuljahr?, in: DLw 1957, S. 293

Überbetriebliche Unterweisungsstätten, in: DLw 1957, S. 309

Handwerk und Berufsberatung, in: DLw 1958, S. 163 - 165

ohne Verfasser:

(Handwerk)

Ein Festtag der Meisterlehre,  
in: DLw 1958, S. 194 - 196

Die Meisterlehre soll attraktiv  
gestaltet werden, in: DLw 1958,  
S. 199 f. und 206 f.

Handwerkstreue Erziehung,  
in: DLw 1958, S. 289

Politik der offenen Tür,  
in: DLw 1959, S. 37

Nicht tragbar, in: DLw 1959,  
S. 85

Die Meisterlehre in der Diskussion,  
in: DLw 1959, S. 359 - 362

Berufsausbildungsfragen in der  
Diskussion, in: DLw 1960,  
S. 107 - 110

Die Ergebnisse der Arbeitskreise  
auf dem Kongreß "Jugend im  
Handwerk", in: DLw 1960,  
S. 160 - 165

Ein Beweis für den Wert der  
handwerklichen Meisterlehre,  
in: DLw 1960, S. 203 - 208

Grundausbildung und Berufsfach-  
schule, in: DLw 1960, S. 314

Berufsaufklärung und Gewerbe-  
förderung, in: DLw 1961, S. 90

Vorschläge des Niedersächsischen  
Kammertages für die überbetrieb-  
liche Lehrlingsunterweisung,  
in: DLw 1961, S. 112 f.

Meisterlehre ist mehr als bloße  
Berufsausbildung, in: DLw 1962,  
S. 52

Mainzer Bilanz, in: DLw 1962,  
S. 201

Die Meisterlehre steht nach wie  
vor in hohem Ansehen, in:  
DLw 1962, S. 267 - 269

Die Vorzüge der betriebsgebundenen  
Lehre, in: DLw 1962, S. 336 f.

Zeugnis für die Meisterlehre,  
in: DLw 1963, S. 157



ohne Verfasser:

(Handwerk)

Kein Ersatz für die Meisterlehre,  
in: DLw 1963, S. 286

Wer möchte sein eigener Chef  
sein?, in: DLw 1963, S. 311 - 313

Bewährte Handwerksausbildung,  
in: DLw 1963, S. 367

"Stern"-Deutungen, in: DLw 1964,  
S. 1

Sachliche Argumente gegen unsach-  
liche Feststellungen,  
in: DLw 1964, S. 3 - 6

Kosten der Lehrlingsausbildung,  
in: DLw 1964, S. 108 - 111

Bildungschancen für den Praktiker  
- "Vorschläge für die Weiter-  
bildung der Handwerker" -,  
in: DLw 1964, S. 139 - 142

Bayerischer Handwerkskammertag  
gegen Akademisierung der Gewerbe-  
lehrrerausbildung, in: DLw 1964,  
S. 198

Lehrling-Geselle-Meister-Unter-  
nehmer, in: DLw 1964, S. 202

Schwierige Berufswahl, in:  
DLw 1964, S. 329

Die Zwischenprüfung der Lehrlinge,  
in: DLw 1964, S. 251 - 257

Lehrstoff für das 9. Schuljahr,  
in: DLw 1964, S. 346

Handwerker - ein Beruf mit  
Zukunft, in: DLw 1964, S. 347 - 350

Förderung der Betriebslehre,  
in: DLw 1964, S. 379 - 386

Leichtfertige Berufsprognosen,  
in: DLw 1965, S. 3 f.

Überbetriebliche Ausbildung  
fördern, in: DLw 1965, S. 5 - 7

Gesichtspunkte für die Planung  
der Berufserziehung, in:  
DLw 1965, S. 122

Mitspracherecht bei der Bildungs-  
reform, in: DLw 1965, S. 171 - 173

ohne Verfasser:

(Handwerk)

Stufenausbildung, in:

DLw 1966, S. 305

Verstaatlichung verbessert nichts,

in: DLw 1966, S. 360

Bedenklicher Mangel an Kenntnissen.

DIHT-Test beweist schlechte

schulische Vorbildung, in:

DLw 1966, S. 361

Gefährliche Experimente, in:

DLw 1966, S. 378 f.

Meisterlehre und Stufenausbildung,

in: DLw 1967, S. 3 - 6

Berufsbildung darf kein Stiefkind

sein, in: DLw 1967, S. 203 - 206

"Fallmethode" - Im Handwerk nicht

neu, in: DLw 1967, S. 214 f.

Die Teilnehmer waren überfordert,

in: DLw 1967, S. 215 f.

Die stolze Bilanz von Madrid,

in: DLw 1967, S. 217

Zentrales Forschungsinstitut für

Berufsbildung?, in: DLw 1967,

S. 314

Klare Antworten, in: DLw 1967,

S. 329

Antworten des Handwerks,

in: DLw 1967, S. 331 - 337

Ausbildung der Ausbilder,

in: DLw 1967, S. 345

Realistische Bildungspolitik tut

not, in: DLw 1967, S. 347 - 351

Antworten des Handwerks,

in: DLw 1967, S. 357 - 359

Schulpolitische Experimente

abgelehnt, in: DLw 1967, S. 363

Fragen der Berufserziehung,

in: DHwB 1962, S. 394 f.

Wege zum Aufstieg und zur Meister-

schaft, in: DHwB 1963, S. 225 - 230

An der betrieblichen Lehre soll

festgehalten werden, in:

DHwB 1964, S. 488 - 490

ohne Verfasser:

(Industrie und Handel)

- Überblick, in: WuBE 1949, Heft 1, S. 9
- Überblick, in: WuBE 1949, Heft 3/4, S. 1 f.
- Überblick, in: WuBE 1949, Heft 5/6, S. 3
- Steuerpolitik im Dienste der Berufsausbildung, in: WuBE 1950, S. 25
- Lehrzeitdauer, in: WuBE 1950, S. 193 f.
- Forderungen der Wirtschaft zur Berufsausbildung, in: WuBE 1953, S. 101 und S. 221
- Deutscher Industrie- und Handelstag zu einem Berufsausbildungsgesetz, in: WuBE 1954, S. 41
- Einjährige Vorlehre an der Bekleidungsberufsschule in Hamburg, in: WuBE 1955, S. 162
- Die Zukunft der Höheren Schule, in: WuBE 1956, S. 88 - 90
- Berufliche Weiterbildung - eine Forderung des Tages, in: WuBE 1957, S. 61
- Diskussion über die Höhere Fachschule für Kaufleute, in: WuBE 1958, S. 13 - 16
- Untersuchung über die Kosten der Lehrlingshaltung, in: WuBE 1958, S. 35 - 37
- Das Handwerk - die Lehrwerkstätte der deutschen Wirtschaft, in: WuBE 1959, S. 163 f.
- Neue Wege in der Berufsausbildung, in: WuBE 1959, S. 209
- Dokumentation für Berufsausbildung, in: WuBE 1961, S. 181 f.
- Intensivierung der betrieblichen Berufsausbildung, in: WuBE 1961, S. 214 - 216

ohne Verfasser:

(Industrie und Handel)

Ein neuer Meistertyp für die Industrie, in: WuBE 1963, S. 72 f.

Fünfzehn Deutsche siegten im XII. Internationalen Berufswettkampf in Dublin (Irland) - Erneuter Beweis für den hohen Stand der deutschen Berufsausbildung, in: WuBE 1963, S. 167 f.

Stufenausbildung, in: WuBE 1966, S. 1 f.

Überblick, in: WuBE 1966, S. 23

Der Wert der betrieblichen Lehre, in: WuBE 1966, S. 161

Jeder zweite Berufsschüler ohne ausreichenden Unterricht, in: WuBE 1967, S. 41

Überblick, in: WuBE 1967, S. 102

Verstärktes Interesse für berufliche Weiterbildung, in: WuBE 1968, S. 23

Wirtschaft besteht auf einheitlicher Ingenieurausbildung - Dringender Appell an die Ministerpräsidenten, in: WuBE 1968, S. 214 f.

ohne Verfasser:

(DGB)

Keine Verlängerung der Lehrzeitdauer - sondern Verbesserung der Berufsausbildung im Metallhandwerk, in: IbB 1961, Heft 3

ohne Verfasser:

(DVG)

Mitteilungen aus der 2. Haupttagung unseres Deutschen Verbandes, in: DBbSch 1952, S. 310

Frisch ans Werk im neuen Jahr, in: DBbSch 1962, S. 1

Idee der Berufsgrundschule gewinnt an Boden, in: DBbSch 1962, S. 42

Der Berufsbildungsplan des DVG stieß auf großes Interesse in der Öffentlichkeit, in: DBbSch 1962, S. 470 - 473

ohne Verfasser:

(DVG)

Stellungnahme des DVG zu Ulrich,  
Erich: Die Lehrlingsausbildung  
gehört in den Betrieb,  
in: DBbSch 1963, S. 141 f.

Fachgruppenausschüsse "Berufs-  
bildende Schulen" in der GEW,  
in: DBbSch 1963, S. 222 - 226

Handwerk und Berufsschule im  
Gespräch, in: DBbSch 1964,  
S. 816 - 818

Umschau, in: DBbSch 1966, S. 368

Umschau, in: DBbSch 1967, S. 49

Umschau, in: DBbSch 1967, S. 293

ohne Verfasser:

(FDP)

Hamburger FDP propagiert Berufs-  
grundschule, in: DBbSch 1962,  
S. 42

Vorstoß der Hamburger FDP für  
den Berufsbildungsplan des DVG,  
in: DBbSch 1963, S. 627

Mitteilungen des Landesverbandes  
Hamburg, in: FDP, Kulturpolitische  
Mitteilungen 4/1963

Ideologieverdacht in Sachen  
Bildungspolitik, in: liberal  
2/1966, S. 131

ohne Verfasser:

(VDDH)

Die Berufsgrundschule,  
in: WuE 1964, S. 30 f.

Pabst, Willi

Ist eine Verlängerung der  
Lehrzeit notwendig?, in: IbB 1954,  
S. 550

Pampus, Klaus

Berufsaufbauschule und Abendreal-  
schule - Eine kritische Gegen-  
überstellung, in: DBbSch 1964,  
S. 330 - 340

ders.

Abendrealschule bleibt Stein  
des Anstoßes - Eine Entgegnung,  
in: DBbSch 1965, S. 129 - 131

- Partikel, Heinz Gewerkschaften und handwerkliche Berufsausbildung, in: BPZ 1958, S. 182 - 184
- Paul, Georg Zur Abkürzung der kaufmännischen Lehrzeit der Abiturienten, in: WuBE 1949, Heft 12, S. 173 f.
- ders. Berufsschule an der Wende, in: WuBE 1951, S. 123 - 125
- Paulsen, Andreas Wirtschaftsbild und wirtschaftliche Wirklichkeit, in: WuE 1958, S. 289 - 299
- Pfeiffer, Anton Die Vereinheitlichung im kaufmännisch-wirtschaftlichen Schulwesen im Hinblick auf die Schulreform in Deutschland, in: WuE 1949, S. 149 - 151
- ders. Osterwünsche 1950, in: WuE 1950, S. 105
- ders. Bochum, Ausdruck unseres Aufbauwillens, in: WuE 1950, S. 201 f.
- ders. Bericht Gesamtverband, in: WuE 1954, S. 263
- ders. Entwicklungslinien im deutschen kaufmännischen Schulwesen, in: WuE 1954, S. 435 - 441
- ders. Der Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer, in: Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, Darmstadt 1963, S. 525 ff.
- ders. Über das Bildungsprogramm des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer, in: DBFSch 1965, S. 903 - 913
- Pütz, Traute Diskussionsbeitrag, in: Stufen- ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, Veröffentlichungen des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Band 26, neue Folge, Braunschweig 1966, S. 47 f.



- Reinermann, Wilhelm Die Handwerkslehre im Kreuzfeuer der Sozialkritik, in: Berufserziehung zwischen Tradition und Fortschritt, Festgabe für Friedrich Schlieper zu seinem 70. Geburtstag, herausgegeben von Wolfgang Stratenwerth, Köln 1967
- ders. Vom Gesellen zum Gesellschafter. Viele Hilfen für den Sprung in die Selbständigkeit, in: Die Welt vom 4. Juni 1966
- Reismann Schülerpraktikum im Handwerk, in: DLw 1964, S. 285 - 288
- Reusch, Hans Neue Unterrichtsformen für Jungangestellte, in: BPZ 1965, S. 92 - 97
- Richter, Ingo Das Recht auf Bildung im Beruf. Ein Gesetzentwurf der SPD, mit dem niemandem gedient ist, in: Die Zeit vom 2. Dezember 1966
- Richter, P. S. Die Probleme der Berufsausbildung, in: WuBE 1953, S. 108 - 113
- ders. Benötigen wir ein Berufsausbildungsgesetz?, in: WuBE 1954, S. 69 - 72
- ders. Zum Problem der Höheren Wirtschaftsfachschulen, in: WuBE 1959, S. 34 - 37
- Ritzerfeld, Gerd Berufung - Berufswahl - Berufsfreude, in: DLw 1956, S. 279 - 281 und S. 311 - 313
- ders. Meisterlehre und Lehrwerkstatt, in: DLw 1957, S. 20 - 23 und S. 51 - 53
- ders. Berufsausbildung als Erziehungsaufgabe, in: DLw 1960, S. 64 f.
- ders. Berufsausbildung in der Diskussion, in: DLw 1967, S. 149 - 151, 162 - 165, 177 - 181, 228 f. und 242 f.





- Schanz, H. Lehrzeitverkürzung für Absolventen der Wirtschaftsoberschulen und Handelsschulen, in: WuBE 1958, S. 57
- Schlieper, Friedrich Grundfragen der Lehrzeitdauer im Handwerk, Vortrag am 12. Oktober 1956, in: DHKT-Jahresbericht 1956/57, S. 92 f.
- Schmull, Herbert Zwischenprüfungen und ihre Bedeutung, in: DLw 1954, S. 338 - 340
- Schneider, Ernst Lehrlingsreife als Ziel der Volksschuloberstufe, in: DIHT-Informationen für Presse und Rundfunk 50/63, vom 22. November 1963
- ders. Berufsausbildung als Kammeraufgabe, in: WuBE 1964, S. 221 f.
- Schön, Alfred Enge Verbindung mit der Berufsberatung halten!, in: DLw 1956, S. 67 f.
- Schönherr, Kurt Grundlinien einer Ordnung des deutschen Fernschulwesens, in: WuBE 1968, S. 44 - 50
- Scholder, Klaus Kulturpolitik, warum und wie, Schriftenreihe der Freien Demokratischen Partei, Heft 11; Herausgeber: Bundesparteileitung der FDP, Bonn o. J.
- Scholz, Arno und Oschilewski, Walter G. Kurt Schumacher - Reden und Schriften, Berlin 1953
- Schrader, Heinrich Rückblick auf die Tagung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen vom 19. und 20. Mai 1950, in: WuE 1950, S. 170
- ders. Gespräch um die kaufmännische Berufserziehung, in: WuE 1953, S. 12 - 19
- ders. Umstrittenes BAG, in: WuE 1954, S. 289 - 293

- Schrader, Heinrich  
DIHT zur Berufsausbildung,  
in: WuE 1958, S. 193 f.
- ders.  
Brauchen wir ein BAG, in:  
WuE 1962, S. 16 - 19
- ders.  
Strukturwandel in der kaufmänni-  
schen Tätigkeit und seine Aus-  
wirkungen auf die Ausbildung,  
WuE 1963, S. 313 - 320
- Schubert, Helmut  
Nachwuchssicherung und Nachwuchs-  
werbung, in: DLw 1955, S. 181 f.
- ders.  
Grundfragen zur Gestaltung des  
ersten Lehrjahres, in: Berufs-  
erziehung zwischen Tradition  
und Fortschritt, Festgabe für  
Friedrich Schlieper zu seinem  
70. Geburtstag, herausgegeben  
von Wolfgang Stratenwerth,  
Köln 1967
- ders.  
Ausbildungsassistenten für die  
Ausbildung von Lehrlingen,  
in: DHwB 1968, S. 202 f.
- Schütte, Ernst  
Kulturpolitik im Bundesstaat,  
in: Aufstieg durch Bildung.  
Dokumentation der Kulturpolitischen  
Konferenz der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands am 29. und  
30. August 1963 in Hamburg.  
Herausgegeben vom Parteivorstand  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands, Hannover 1965,  
S. 43 - 57
- Schütz, Werner  
Die allgemeinbildenden Schulen -  
Aufgabe und Organisation, in:  
Erziehung, Bildung, Ausbildung;  
Presse- und Informationsdienste  
der CDU (Herausgeber), Bonn 1961
- Schulenburg, Walter  
Pädagogische Maßnahmen zur  
Intensivierung der Handwerkslehre.  
Praxis der Berufserziehung im  
Handwerk. Herausgegeben vom  
Institut für Berufserziehung  
im Handwerk an der Universität  
Köln, Heft 1, Köln 1957



- Sörensen, Richard Schwierigkeiten und Bemühungen in der Meisterlehre, in: DLW 1962, S. 91 - 94
- Sorg, Jonny Fachschulreife als Abschluß der Mittelschule, in: DBbSch 1960, S. 360 f.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Entschließung des Parteivorstandes, in: Vorwärts vom 21. Juni 1957
- Bildungsplan für die Oberschule praktischen Zweiges, in: Amtsblatt für Berlin, Berlin 1957, Nr. 51, S. 1209
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. - 15. November 1959. Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1959
- Die Zukunft meistern. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 3. Auflage, Berlin-Hannover 1960
- Aufstieg durch Bildung. Dokumentation der Kulturpolitischen Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 29. und 30. August 1963 in Hamburg. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover 1965
- Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn o. J. (1964), S. 14
- Berufsausbildung. Bildungspolitische Leitsätze der SPD. SOPADE - Rednerdienst, 1/2 - 1965
- Die Reform der berufsbildenden Schule. Seminar "Deutsche Schulreform" des Parteivorstandes der SPD, Würzburg vom 20. - 24. April 1965, Information Nr. 15/65

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Verabschiedung des Deutschen Ausschusses, in: Tatsachen und Argumente. Erklärungen der SPD-Regierungsmannschaft. Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn 1965
- St. Änderung der Lehrzeit, in: DLw 1966, S. 94 f.
- Stein, Wilhelm Bildungsplan und Bildungsarbeit der experimentellen Werkkunde in Berufsschulen für Lehrlinge im Maschinenbau, in: DBbSch 1958, S. 2 - 16
- Steinert, Fritz Betriebspraktikum als Berufswahlhilfe - gute Erfahrungen mit der "Arbeit auf Probe" von Volksschülern, in: DLw 1967, S. 263
- Stemme, Heinz Leistungsstau der Berufsanfänger, in: WuBE 1953, S. 227 - 231
- ders. Industriemeisterausbildung und -prüfung, in: WuBE 1954, S. 144 - 147
- ders. "40-Stunden-Woche" und Berufsausbildung, in: WuBE 1955, S. 107 - 110
- Stolp, Emil Um das BAG, in: BB 1966, Heft 12, S. 8 - 10
- Stoltenberg, Gerhard Nachwuchsförderung, in: Erziehung, Bildung, Ausbildung; Presse- und Informationsdienste der CDU (Herausgeber), Bonn 1961
- Stratenwerth, Wolfgang Neue Wege der Lehrlingsunterweisung, in: DLw 1954, S. 325 f.
- ders. "Betriebsgebundene" und "schulgebundene" Berufserziehung, in: DBFSch 1959, S. 811 - 822
- Tanzer, Helene Was die Lehrlingsausbildung in der Industrie kostet, in: Mensch und Arbeit 1955, Heft 7

- Teerwagen, Fritz . . . . . Das berufsbildende Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland, in: BB 1966, Heft 9
- Topitsch, Ernst . . . . . Sprachlogische Probleme der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, in: Logik der Sozialwissenschaften, herausgegeben von Ernst Topitsch, Köln und Berlin 1965, S. 17 - 36
- Tust, Paul . . . . . Wie führt der Betrieb den Lehrling in sein neues Lebens- und Aufgabengebiet ein?, in: WuBE 1953, S. 71 f.
- Ulrich, Erich . . . . . Die Lehrlingsausbildung gehört in den Betrieb, in: DBBSch 1963, S. 136 - 142
- Vaubel, Heinz-Dieter . . . . . Kaufmann oder kaufmännischer Hilfsarbeiter, in: Die Welt vom 9. Juli 1966
- Verband Bayerischer Berufsschullehrer . . . . . Stellungnahme zu den Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Folge 7/8, in: DNBSch 1965, Sonderdruck zu Heft 10
- Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer (VDDH) . . . . . "Dortmunder Richtlinien" des Unterausschusses für das kaufmännische Bildungswesen vom 5. und 6. Oktober 1946, in: WuE 1950, S. 201 f.
- EntschlieÙung Wirtschaftsober- schule, in: WuE 1955, S. 150 f.
- Verbandsnachrichten, in: WuE 1955, S. 185
- Verbandsnachrichten, in: WuE 1956, S. 43
- Stellungnahme zur Organisation der kaufmännischen Schulen und des Wirtschafts- und Sozial- wissenschaftlichen Gymnasiums, in: WuE 1956, S. 448 - 453
- Direktorenkonferenz der Wirt- schaftsoberschulen, in: WuE 1959, S. 83 f.

- Verband Deutscher  
Diplom-Handelslehrer (VDDH)      Arbeitsgemeinschaft der WO-  
Direktoren, in: WuE 1961,  
S. 141 - 144
- Empfehlungen zum Ausbau des  
kaufmännischen Schulwesens,  
in: WuE 1961, S. 238 - 244
- Direktorenarbeitsgemeinschaft  
Wirtschaftsoberschulen und  
Wirtschaftsgymnasien, in:  
WuE 1962, S. 76
- Stellungnahme zur Wirtschafts-  
oberschule, in: WuE 1963, S. 276
- Entwurf eines Bildungsprogramms,  
in: WuE 1965, S. 241 - 264
- Memorandum zur Errichtung von  
Wirtschaftsgymnasien an kauf-  
männischen Schulen (Landesverband  
Berlin), September 1966
- Vogel, A.      Ist Lehrlingsausbildung  
gewinnbringend?, in: WuBE 1963,  
S. 148 - 152
- Vytrisal, Franz Ludwig      Die Lehrlingserziehung im  
Betrieb heute, in: DLw 1958,  
S. 291 f.
- Walle, Bernhard      Das Erziehungsmoment in der  
Berufsausbildung, in: Berufs-  
erziehung zwischen Tradition und  
Fortschritt, Festgabe für  
Friedrich Schlieper zu seinem  
70. Geburtstag, herausgegeben  
von Wolfgang Stratenwerth,  
Köln 1967
- Wallura, H.      Ein unerträglicher Zustand,  
in: DBbSch 1961, S. 118 - 121
- Wawretzko, Herbert      Das Experiment des Ausgleichs-  
stocks, in: WuBE 1956,  
S. 129 - 131
- Weber, Maria      Zur Initiative der SPD,  
in: BB 1966, Heft 10, S. 4 f.
- Wecks, Paul      Es gibt kein allgemeingültiges  
Rezept ..., in: DLw 1954,  
S. 215 - 217



- Weigelt, F. Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses von Berlin, 33. Sitzung vom 3. Januar 1952
- Wentz, Dietrich Die Kosten und Erträge der Lehrlingshaltung, in: DLw 1957, S. 342 - 346
- ders. Die Kosten der Lehrlingsausbildung, in: DLw 1961, S. 281 - 283
- Wenzlawski, Günther Weiterbildung von heute - Ausbildung morgen, in: DHwB 1965, S. 495 f.
- ders. Weiter- und Fortbildung des Handwerks im Umbruch, in: DHwB 1966, S. 209 - 214
- Westdeutscher Handwerkskammertag Bericht, in: DLw 1960, S. 117 f.
- Weyer, Willi Freie Bahn den Freien Demokraten, in: FDP-Politiker stehen Rede und Antwort. 16. Bundesparteitag der Freien Demokraten in Frankfurt am Main, 22. bis 23. März 1965. Herausgegeben von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei, Bonn o. J.
- Wienecke, R. Theorie und Praxis, in: WuBE 1956, S. 166 f.
- Wild, Joseph Geleitwort zur Abschlußfeier des Leistungswettbewerbs 1960, in: DLw 1960, S. 188
- ders. Begrüßung auf dem Kongreß "Jugend im Handwerk 1966", in: Bildungsauftrag des Handwerks und Bildungsreform, Dokumentation '66, Jugend im Handwerk, vierter Kongreß 1966, veranstaltet vom Zentralverband des Deutschen Handwerks anlässlich der 18. Internationalen Handwerksmesse, München am 16. und 17. Mai 1966, Bonn o. J.

- Wirth, Harry Die systematische Gestaltung der betrieblichen Bildungsarbeit, in: WuBE 1965, S. 229 - 233
- Wissing, Jürgen Das "duale System" oder welches sonst?, in: DBFSch 1966, S. 347 - 352
- wlz. Verlängerung der Lehrzeit, in: DLw 1967, S. 364 f.
- Wölker, Herbert Wirtschaft und Schule - Gegensatz oder Partner?, in: WuBE 1966, S. 84 - 88
- Wolff, Wolf von Zum Zweiten Bildungsweg, in: AfB 1961
- Wünsch Zwischenprüfung als Mittel zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildung, in: WuBE 1964, S. 83 - 86
- Zekorn, H. J. Die Gesamtschule im Gespräch, in: DBbSch 1966, S. 282 - 284
- ders. Impressionen, in: DBbSch 1967, S. 44 - 46
- ders. Das Recht auf Berufsausbildung - zu den Gesetzentwürfen der SPD- und CDU/CSU-Fraktionen zur Neuregelung der Berufsausbildung, in: DBbSch 1967, S. 128 - 132
- Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) Jugend im Handwerk (Kongresse 1957, 1960, 1963, 1966), o. O., o. J.
- Zk. Mittelständische Schulpolitik, in: DBbSch 1964, S. 219 - 221
- ders. Berufsfachschule in der Diskussion, in: DBbSch 1964, S. 302 - 304

- Zk. Wie real ist eigentlich die Realschule, in: DBbSch 1964, S. 668 f.
- Zk. Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 209 f.
- Zk. DIHT und DVG an einem Tisch, in: DBbSch 1965, S. 211 f.
- Zk. Zur Lage, in: DBbSch 1965, S. 359 f.
- Zk. Vertreterversammlung des DVG in Bremen (Bericht), in: DBbSch 1965, S. 657 - 659
- Zk. Vorbemerkung zu M. L.: Die überbetriebliche Berufsausbildung im Handwerk, in: DBbSch 1966, S. 126
- Zk. Landesverband Württemberg (Bericht), in: DBbSch 1966, S. 141
- Zk. Ausschuß Verbindung zur Wirtschaft tagte, in: DBbSch 1966, S. 296
- Zk. Zur Lage, in: DBbSch 1966, S. 881 f.
- Zk. Zur Lage, in: DBbSch 1967, S. 194 - 196

Gesetze, Gutachten, Statistiken

- Arbeitsförderungsgesetz (AFG)  
vom 25. Juni 1969, BGBI I,  
S. 582
- Berufsbildungsgesetz vom  
14. August 1969, BGBI I, S. 1112
- Blankertz, Herwig  
Claessens, Dieter  
Edding, Friedrich
- Ein zentrales Forschungsinstitut  
für Berufsbildung? Gutachten im  
Auftrage des Senators für Arbeit  
und soziale Angelegenheiten des  
Landes Berlin, Berlin 1966
- Bundesministerium für  
Arbeit und Sozialordnung  
(Herausgeber)
- Hauptergebnisse der Arbeits- und  
Sozialstatistik 1961  
(zitiert nach DIHT-Schriften-  
reihe Heft 96, S. 69)
- Bundesminister für  
Wirtschaft
- Verordnung über die Festsetzung  
der Lehrzeitdauer im Handwerk  
vom 30. November 1960,  
BGBI I, S. 851
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Entwurf eines Gesetzes zur  
Regelung der Berufsausbildung  
(Berufsausbildungsgesetz),  
Bundestags-Drucksache V/1009
- Deutscher Ausschuß für das  
Erziehungs- und Bildungs-  
wesen
- Empfehlungen und Gutachten,  
Stuttgart 1965
- Empfehlung zum neunten Schuljahr  
vom 15. Februar 1954 (Folge 1,  
S. 26)
- Empfehlung zum Ausbau der Volks-  
schule vom 9. März 1957  
(Folge 2, S. 32 - 41)
- Rahmenplan zur Umgestaltung und  
Vereinheitlichung des allge-  
meinbildenden öffentlichen  
Schulwesens vom 14. Februar 1959  
(Folge 3, S. 1 - 55)
- Zur Situation und Aufgabe der  
deutschen Erwachsenenbildung  
vom 29. Januar 1960 (Folge 4,  
S. 1 - 78)
- Zur Diskussion des Rahmenplanes.  
Kritik und Antwort; vom  
2. Juli 1960 (Folge 5, S. 5 - 104)

Deutscher Ausschuß für das  
Erziehungs- und Bildungs-  
wesen

Empfehlungen zum Aufbau der  
Hauptschule;  
Gutachten über das Berufliche  
Ausbildungs- und Schulwesen  
(Folge 7/8, S. 1 - 154)

Deutscher Ausschuß für  
Technisches Schulwesen

Die Lehrlingsausbildung in der  
mechanischen Industrie,  
Abhandlungen und Berichte,  
Band VI, Berlin 1919

Deutscher Bildungsrat

Empfehlungen der Bildungskommission  
"Zur Verbesserung der Lehrlings-  
ausbildung", Bonn 1969

DIHT

Einheitslehrvertrag

Erstes Gesetz über individuelle  
Förderung der Ausbildung  
(Ausbildungsförderungsgesetz)  
vom 19. September 1969,  
BGBl I, S. 1719

Gesetz zur Ordnung des Handwerks  
(Handwerksordnung) vom  
17. September 1953 in der Fassung  
der Novelle vom 28. Dezember 1965,  
BGBl I/1966, S. 1

Gesetz zur vorläufigen Regelung des  
Rechts der Industrie- und Handels-  
kammern vom 18. Dezember 1956,  
BGBl I, S. 920

Gesprächskreis Wissenschaft  
und Wirtschaft

"Entschliebung zur Errichtung von  
Höheren Wirtschaftlichen Lehran-  
stalten (HWL)", abgedruckt in:  
WuBE 1961, S. 37 f.

KMK

Gutachten zur Berufsausbildung  
der Deutschen Jugend, erstattet  
vom Ausschuß für Berufserziehung  
im Auftrage der Ständigen Konferenz  
der Kultusminister der Länder  
in der Bundesrepublik Deutschland,  
Bielefeld o. J. (1952)

Novelle zur HwO vom 9. September  
1965, BGBl I/1965, S. 1254

- Richter, Ingo  
Über die öffentliche Verantwortung für Berufsausbildung und berufliche Erwachsenenbildung, Rechtsgutachten für die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1969
- SPD-Bundestagsfraktion  
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Arbeitsmarktes an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik (Arbeitsmarkt-Anpassungsgesetz), Bundestags-Drucksache V/887
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Herausgeber)  
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, Stuttgart und Mainz 1969 (alle Jahrgänge jeweils Gebiet VII: Erwerbstätigkeit, Abschnitt C: Berufsausbildung)
- Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg über die Zusammenarbeit bei der Abnahme des schriftlichen Teils der Schul- und Lehrabschlussprüfungen, in Kraft getreten am 1. Februar 1968 (abgedruckt in: WuBE 1968, S. 198)
- Verein für Sozialpolitik  
Die Reform des Lehrlingswesens, 16 Gutachten und Berichte, Schriften Band 10, Leipzig 1875
- Ware, George, W.  
Berufserziehung und Lehrlingsausbildung in Deutschland, herausgegeben vom Amt des Hohen Kommissars für Deutschland, Amt für öffentliche Angelegenheiten, Kulturabteilung, o. O. 1952
- Zentralstelle für Volkswohlfahrt  
Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses, Vorbericht und Verhandlungen der 5. Konferenz am 19. und 20. Juni 1911 in Elberfeld, Berlin 1912